

Peter Wellach

**Zivilgesellschaftliche Entwürfe
in den Bürgerbewegungen
der DDR (1986 - 1990) im
ostmitteleuropäischen Kontext**

Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Der Autor

Peter Wellach, Historiker und Dramaturg, Studium der Geschichte und Theaterwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin bei Prof. Dr. Hartmut Kaelble und an der Freien Universität Berlin bei Prof. Dr. Jürgen Kocka, an der Hochschule der Künste Berlin bei Prof. Dr. Peter Simhandl und am Bauhaus Dessau.

Danach Tätigkeit als Dramaturg; Kommunikationsberater am Schauspiel Frankfurt; 2002 Gründung eines Büros zur Entwicklung von Ausstellungen und Kommunikationsräumen; Seitdem Tätigkeit in der Entwicklung, Konzeption und Gestaltung von kulturhistorischen sowie zeithistorischen Ausstellungen und Veranstaltungen, thematischer Schwerpunkt DDR- Opposition und Diktaturaufarbeitung, aktuell auch zur Revolution in Tunesien; Lehraufträge an der Humboldt-Universität zu Berlin

www.beier-wellach.de

Das Maecenata Institut

Das **Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft, Berlin** wurde 1997 als unabhängige wissenschaftliche Einrichtung gegründet. Das Institut hat die Aufgabe, das Wissen über und das Verständnis für die Zivilgesellschaft und den sogenannten Dritten Sektor mit den Themenfeldern Bürgerschaftliches Engagement, Stiftungs- und Spendenwesen durch Forschung, akademische Lehre, Dokumentation und Information sowie den Austausch zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis zu fördern. Das Institut versteht sich als unabhängiger Think Tank.

Das Institut ist eine nicht rechtsfähige Einrichtung der Maecenata Stiftung (München) und hat seinen Arbeitssitz in Berlin. Von 2004 bis 2013 war das Institut in der Form eines An-Instituts an die Humboldt-Universität zu Berlin (Philosophische Fakultät III, Institut für Sozialwissenschaften) angegliedert.

Weitere Informationen unter: www.institut.maecenata.eu

Die Reihe Opuscula

Die Reihe **Opuscula** wird seit 2000 vom Maecenata Institut herausgegeben. Veröffentlicht werden kleinere Untersuchungen und Forschungsarbeiten sowie Arbeitsberichte aus Projekten des Instituts. In der Publikationsstruktur des Maecenata Instituts hat die Reihe *Opuscula* neben den im Verlag Lucius&Lucius erscheinenden *Maecenata Schriften*, einen hohen Stellenwert. Die Registrierung dieser in elektronischer Form erscheinenden Reihe unter der ISSN 1868-1840, sowie die Vergabe von Einzelkennungen (URNs) durch die Deutsche Nationalbibliothek sorgen für eine beständige Verfügbarkeit. Eine Übersicht der neuesten Exemplare erhalten Sie auf der letzten Seite jeder Ausgabe.

Die gesamte Reihe *Opuscula* finden Sie zum kostenlosen Download unter:

<http://www.opuscula.maecenata.eu>

Impressum

Herausgeber

MAECENATA Institut
Wilhelmstr. 67, D- 10117 Berlin,
Tel: +49-30-28 38 79 09,
Fax: +49-30-28 38 79 10,

E-Mail: mi@maecenata.eu

Website: www.maecenata.eu

Redaktion: Markus Edlefsen, Christian Schreier

ISSN (Web) 1868-1840

URN: urn:nbn:de:0243-072014op733



Alle Rechte vorbehalten! Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Dieses Werk bzw. Inhalt steht unter einer [Creative Commons 3.0 Deutschland Lizenz](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de).

Die Beiträge geben ausschließlich die Meinung der Verfasserin bzw. des Verfassers wieder.

Haftungsausschluss: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernimmt das Maecenata Institut keine Haftung für die Inhalte externer Links.

Für den Inhalt verlinkter Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Maecenata Institut, Berlin 2014

Vorwort des Herausgebers

25 Jahre nach den folgenschweren Umwälzungen im ost- und mitteleuropäischen Raum nimmt das Maecenata Institut dieses Jubiläum zum Anlass, sich auf verschiedenen Ebenen mit den damaligen Ereignissen und den daraus resultierten Entwicklungen aus zivilgesellschaftlicher Perspektive zu beschäftigen.

Während die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements und der organisierten sowie der informellen Zivilgesellschaft hierzulande inzwischen weithin anerkannt scheint und sich langsam ein gewisser Forschungskanon ausbildet, scheint sich die Bedeutung der Zivilgesellschaftsdiskurse im mittelosteuropäischen Raum zunehmend auf ihre historische Rolle im Transformationsprozess zu verkürzen. Dabei finden sich in den vergangenen zivilgesellschaftlichen Diskussion in Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei und auch in der DDR anregende und auch heute noch aktuelle Ideen und Konzepte.

25 Jahre nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Systeme, welcher maßgeblich durch die im Zivilgesellschaftskontext geeinte Opposition befördert wurde, ist das Grund genug, sich mit der Situation der Zivilgesellschaft und ihres öffentlichen Diskurses eingehender auseinander zu setzen.

Da aus der Wendezeit bislang kaum fundierte Untersuchungen über diesen Bereich vorliegen freut sich das Maecenata Institut besonders, die zwar schon ältere aber umso interessantere bisher noch unveröffentlichte Arbeit vorlegen zu können. Gerade der Fokus der Untersuchung auf die vergleichende Betrachtung der mittelosteuropäischen Debatten über zivilgesellschaftliche Aspekte einer demokratischen Gesellschaftsordnung, hat das uns bewogen, diese Magister Arbeit von Peter Wellach auch noch 15 Jahre nach ihrer Entstehung zu veröffentlichen. Denn 25 Jahre nach dem erfolgreichen Aufbegehren der Bürger im Osten Europas und im Osten Deutschlands, die angetreten waren auch das westliche Demokratieverständnis mit neuen Konzepten zu erweitern, würden wir uns wünschen, dass die damaligen Ideen nicht in Vergessenheit geraten. Diese Publikation soll eine Anregung dafür sein, die damaligen Konzepte für die Diskussionen über die demokratische Verfasstheit der heutigen Gesellschaft, wieder zu entdecken.

Inhalt

I. EINLEITUNG	5
1. Thema und Fragestellung.....	5
2. Chronologie, Aufbau und Methode	7
3. Forschungsstand und Quellenlage	8
4. Begriffe	12
4.1. Bürgerbewegung.....	12
4.2. Oppositionelle und Opposition	13
4.3. Intellektuelle	13
4.4. „Zivilgesellschaft“ als Tertium Comparationis: Die Problematik eines Begriffes	14
II. DIE DISKUSSIONEN ÜBER ZIVILGESELLSCHAFT IN OST-MITTELEUROPA	20
1. Der Raum der Diskussionen: unabhängige publizistische Öffentlichkeit (Samizdat)	20
1.1. Polen.....	20
1.2. Tschechoslowakei	22
1.3. Ungarn	23
1.4. Fazit	24
2. Die Diskussionen (1976-1989/90)	24
2.1. Polen.....	24
2.2. Tschechoslowakei	34
2.3. Ungarn	42
2.4. Fazit	52
III. DIE DDR UND DIE ZIVILGESELLSCHAFTLICHEN ENTWÜRFE DER BÜRGERBEWEGUNGEN.....	54
1. Die Bedingungen der Möglichkeit oppositioneller Kritik in der DDR	54
1.1. Die staatliche Repressions-, Abschiebe-, Ausreise- und Ausgrenzungspraxis	55
1.2. Die Rolle der Kirche	58
1.3. Die oppositionellen Intellektuellen und die „kulturschaffende“ Intelligenz.....	61
1.4. Fazit	63
2. Die Diskussion über eine zivile Gesellschaft in den ostdeutschen Bürgerbewegungen (1986-1990)	64
2.1. Die unabhängige publizistische Öffentlichkeit in der DDR.....	64
2.2. Die Protagonisten der Debatte.....	66
2.3. Die Diskussionsphasen	69
2.4. Fazit	95
IV. DIE OSTDEUTSCHEN UND DIE OST-MITTELEUROPÄISCHEN ZIVILGESELLSCHAFTSKONZEPTE: GEMEINSAMKEITEN UND UNTERSCHIEDE.....	97
V. ANHANG	100

I. EINLEITUNG

1. Thema und Fragestellung

In Ost-Mitteuropa¹ wurde im Laufe der 70er und 80er Jahre das in Vergessenheit geratene Konzept einer „Zivilgesellschaft“ wieder auf die politische Agenda gebracht. Der Ruf der Oppositionellen nach Menschen- und Bürgerrechten und einer vom Staat unabhängigen gesellschaftlichen Selbstorganisation sowie unzensurierten Öffentlichkeit entstaubte das ursprünglich aus der westlichen philosophischen Tradition hervorgegangene Schlagwort „Zivilgesellschaft“². In ihren Diskussionen verbanden die ost-mitteleuropäischen Regimekritiker vor allem in der Anfangszeit sozialistische Selbstorganisationsentwürfe mit eigenen politischen Traditionen zu Gesellschaftsentwürfen mit einem hohen Grad an unabhängiger gesellschaftlicher Selbstverwaltung³. Allerdings fand die Idee der „Zivilgesellschaft“ nicht in gleichem Maße und vor allem nicht gleichzeitig Eingang in die Diskussionen der ost-mitteleuropäischen Oppositionellen. Erst die Forderungen der Solidarnosc-Bewegung riefen eine lebhafte Diskussion in den anderen ost-mitteleuropäischen Staaten hervor. In Polen war die Debatte auch aus der nationalen politischen Tradition heraus am stärksten⁴.

In den Kreisen der tschechoslowakischen Opposition bediente man sich vor allem des von Vaclav Benda stammenden Begriffs „Paralelni Polis“, also Paralleles Gemeinwesen⁵. In Ungarn war die Idee weniger verbreitet, wurde allerdings auch diskutiert. Mit Tadeusz Mazowiecki könnte man sagen, „daß unabhängig von der Terminologie die Idee der ‚Civil Society‘, zumindest seit Mitte der 70er Jahre zum politischen Merkmal und Charakteristikum dieser Region wurde.“⁶

Im Westen wurden die zivilgesellschaftlichen Entwürfe der polnischen, tschechoslowakischen und ungarischen Oppositionellen mit großer Aufmerksamkeit verfolgt und diskutiert. International bekannte

¹ Zu Ost-Mitteuropa zählen wir die Tschechoslowakei, Ungarn und Polen, ohne uns damit spezifisch auf eine der umstrittenen Traditionen des Mitteleuropagedankens zu beziehen. Zur Definition siehe Garton Ash, Timothy, Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas. 1980-1990. München 1990, S. 232, hier zitiert: Garton Ash, Jahrhundert; Zur Diskussion über Mitteleuropa Bayer, József, Geschichte als Schicksal oder Chance? Die Mitteleuropa-Diskussion, in: Misselwitz, Hans, Segert, Dieter (Hg.), Rückkehr nach Europa? Die geistig-politische Dimension des ostmitteleuropäischen Umbruchprozesses seit 1989, Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung 1997, S. 10-22

² Vgl. Gellner, Ernest, Bedingungen der Freiheit. Die Zivilgesellschaft und ihre Rivalen. (orig. London 1994) Stuttgart 1995, S. 10.

³ Dazu einleitend Arato, Andrew, Revolution, Civil Society und Demokratie. In: Transit - Europäische Revue 1, 1990, S. 110/111, hier zitiert: Arato, Civil Society; Fehr, Helmut, Von der Dissidenz zur Gegenelite. Ein Vergleich der politischen Opposition in Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und der DDR (1976-1989) in: Ulrike Poppe et al. (Hg.), Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR, Berlin 1995, S. 301-334, hier zitiert: Fehr, Dissidenz. Sowie Garton Ash, Timothy, Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas 1980-1990. München 1992 (engl. 1989), S. 177; Zu diesen Bewegungen siehe auch Deppe, Rainer; Dubiel, Helmut; Rödel, Ulrich (Hg.), Demokratischer Umbruch in Osteuropa. Frankfurt/ Main 1991, hier zitiert: Deppe/Dubiel/Rödel, Demokratischer Umbruch; Geremek, Bronislaw, Die Civil Society gegen den Kommunismus: Polens Botschaft. In: Krzysztof Michalski (Hg.), Europa und die Civil Society, (=Castelgandolfo - Gespräche, 1989), Stuttgart 1991, S. 264-273, hier zitiert: Geremek, Civil Society; Honneth, Axel, Soziologie. Eine Kolumne. Konzeptionen einer „Civil Society“. In: Merkur, 46. Jg., 1992, S. 61-66, hier zitiert: Honneth, Soziologie; Arato, Civil Society, S. 110-127; Arato, Andrew, Cohen Jean, Civil Society and Political Theory. London 1992, S.31-36, 58-69; weitere Literatur siehe die Verweise in den jeweiligen darstellenden Kapiteln.

⁴ Vgl. Hahn, Hans-Henning, Zur Dichotomie von Gesellschaft und Staat in Polen: Genese und Aktualität eines Grundmusters der polnischen Mentalität, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 20, Köln 1989.

⁵ Vgl. Benda, Vaclav, The Parallel ‚Polis‘ (1978), in: H.G. Skilling/P. Wilson (ed.), Civic Freedom in Central Europe, Basingstoke 1991, hier zitiert: Benda, Parallel Polis.

⁶ Mazowiecki, Tadeusz, Chancen der Civil Society in Mitteleuropa, in: Ingrid Czechowski, Drei Meilen vor dem Anfang, Reden über die Zukunft, Leipzig 1998, S. 9, hier zitiert: Mazowiecki, Chancen.

Intellektuelle wie Adam Michnik, Václav Havel oder György Konrád wurden zu Ikonen der neuen Zivilgesellschaftsdiskussion. Die Entwürfe und Konzepte der ostdeutschen Oppositionellen für eine neue Gesellschaftsorganisation wurden im Vergleich dazu eher marginal behandelt, was auch das Zitat von Mazowiecki deutlich macht. Gerade im Westen spricht man immer wieder von der Schwäche der ostdeutschen Bürgerrechtsbewegung und kritisiert das Festhalten am Sozialismus und die Orientierung auf „Dritte Weg“-Utopien⁷. Manche Autoren vertreten sogar die Meinung, „daß es sich (in der DDR, PW) erstmals um eine Revolution ohne Vordenker“⁸ handelte und daß die Opposition „weder Organisation und Infrastruktur noch – vor allem – ein politisches Programm“ besaß⁹.

Zehn Jahre nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Systeme soll hier nun der Versuch unternommen werden, die zivilgesellschaftlichen Diskussionen und Konzepte in den relevanten ostdeutschen oppositionellen Gruppen und Bürgerbewegungen zwischen 1986 und 1990 mit den als Kontrastfolie skizzierten Debatten und Modellen der führenden ost-mitteleuropäischen oppositionellen Intellektuellen zu vergleichen. Dabei soll gezeigt werden, daß in der DDR-Diskussion, obwohl in Ostdeutschland keine international bekannten Intellektuellen veröffentlichten und einige der ostdeutschen Protagonisten das intellektuelle Handwerk erst erlernen mußten, vergleichbare zivilgesellschaftliche Konzepte vorhanden waren, die sich nach anfänglichen Bezügen zu „Dritte Weg“-Utopien von diesem Paradigma lösten¹⁰.

Folgende Fragestellungen stehen im Mittelpunkt der einzelnen Kapitel:

Für die Diskussion in Ost-Mitteuropa:

Wie verliefen die Debatten? Welche zivilgesellschaftlich orientierten Modelle gab es? Auf welche philosophischen oder politischen Traditionen berufen sich die betrachteten oppositionellen Intellektuellen, und beziehen sie sich auf die Entwürfe der anderen Oppositionellen in Ost-Mitteuropa? Welche Auswirkungen hatten die Transformationsphasen¹¹ auf die Modelle der Oppositionellen?

Für die DDR

Warum begann die Debatte erst verspätet? Welche zivilgesellschaftlichen Forderungen hatten die herausragenden Köpfe der relevanten Bürgerbewegungen in der DDR? Welche zivilgesellschaftlichen und etatistischen Ziele verfolgten sie? Welche Bezüge oder Transfers wurden vorgenommen und aus welchen

⁷ Vgl. Neubert, Erhart, Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989. Bonn 1997, S. 25-35, hier zitiert: Neubert, Opposition. Rochtus, Dirk, Zwischen Realität und Utopie. Das Konzept des „dritten Weges“ in der DDR 1989/1990. Leipzig 1999 (mit ausführlicher Bibliographie)

⁸ Fest, Joachim, Schweigende Wortführer. Überlegungen zu einer Revolution ohne Vorbild, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. Sept. 1989.

⁹ Wollé, Stefan, Die heile Welt der Diktatur, Alltag und Herrschaft in der DDR. Berlin 1998, S. 341. Diese Einschätzungen teilen auch Joppke, Christian, East German Dissidents and the Revolution of 1989: Social Movement in a Leninist Regime. Basingstoke 1995 und von Beyme, Klaus, Systemwechsel in Osteuropa. Frankfurt/Main 1994 und besonders Jarausch, Konrad, Die unverhoffte Einheit 1989-1990, Frankfurt/Main 1995, S. 119-148

¹⁰ „Der ‚dritte Weg‘, in den siebziger Jahren noch durchaus eifrig debattiert, spielte in den achtziger Jahren keine Rolle mehr.“ Poppe, Ulrike, „Der Weg ist das Ziel“. Zum Selbstverständnis und der politischen Rolle oppositioneller Gruppen der achtziger Jahre, in: Ulrike Poppe; Rainer Eckert; Ilko-Sascha Kowalczyk (Hg.), Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstands und der Opposition in der DDR, Berlin 1995, S. 270, hier zitiert: Poppe, Ulrike, Der Weg ist das Ziel.

¹¹ Zur neutralen Kennzeichnung der verschiedenen Übergänge zur Demokratie wird der Begriff „Transformationsphase“ genutzt. Er bezeichnet die Übergangszeit zwischen dem vollständigen Legitimitätsverlust der jeweiligen staatssozialistischen Regierungen, der meist mit der Gründung der ersten pol. Bürgerbewegungen und der Einberufung der Runden Tische eintritt und bis zu den ersten freien Wahlen andauert. Die Nutzung dieses neutralen Begriffs erscheint sinnvoller als die durch politische und wissenschaftliche Debatten äußerst schillernden Begriffe wie Revolution, Refolution, Reform, Wende oder Umbruch. Vgl. für Ost-Mitteuropa Garton Ash, Jahrhundert, S. 263-295 und zur Umbruch/Wende/Revolutions-Debatte in Deutschland vgl. Kühnhardt, Ludger, Umbruch-Wende-Revolution. Deutungsmuster des deutschen Herbstes 1989, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40-41/1997, S. 12-18.

Ländern? Veränderten sich die Positionen der Oppositionellen im Prozeß der Befreiung der Öffentlichkeit von Zensur und durch die Transformation der ostdeutschen Gesellschaft in eine parlamentarische Demokratie?

Für das Schlußkapitel:

Sind die ostdeutschen Diskussionen und Konzepte mit einzelnen Strömungen der zivilgesellschaftlichen Diskussion in Ost-Mitteleuropa vergleichbar, oder gab es einen ostdeutschen „Sonderweg“? Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede sind festzustellen?

2. Chronologie, Aufbau und Methode

Da die Diskussionen in Ost-Mitteleuropa früher als in der DDR begannen und teilweise inhaltliche Voraussetzung für die ostdeutschen Diskussionen waren, werden die Debatten in Ost-Mitteleuropa und Ostdeutschland chronologisch geordnet nach dem Beginn der Diskussionen betrachtet. In Ost-Mitteleuropa wendeten sich die Oppositionellen nach der Zäsur durch die Niederschlagung des Prager Frühlings von reformsozialistischen Modellen ab. Die polnischen Oppositionellen entfernten sich zuerst vom Reformsozialismus und entwarfen Konzepte für eine neue oppositionelle Strategie. Die polnische Diskussion hatte ausstrahlenden Charakter. Erst danach diskutierten Intellektuelle in ganz Ost-Mitteleuropa sowie im „Westen“ über zivilgesellschaftlich orientierte Demokratiekonzepte. In der DDR begann die Umorientierungsphase und die Lösung von reformsozialistisch orientierten Forderungen erst um 1986 mit der Gründung der „Initiative Frieden und Menschenrechte“, die erstmals auch Themen wie Menschenrechte und Demokratie in den Vordergrund stellte.¹² Den Endpunkt der Diskussionen in Ost-Mitteleuropa und der DDR setzten meist die ersten freien Wahlen in 1990. Nach der Übernahme pluralistischer Demokratien verebbte die Debatte über zivilgesellschaftlich orientierte demokratische Gesellschaftssysteme in Ost-Mitteleuropa und der DDR zwar nicht vollständig, wurde jedoch von ökonomischen und politischen Problemen der postkommunistischen Gesellschaften in den Hintergrund gedrängt.¹³

Aufbau

Vor der Darstellung der Zivilgesellschaftsdiskussionen und den verschiedenen konzeptionellen Entwicklungen in den einzelnen Ländern werden wir jeweils die Entstehung der unabhängigen publizistischen Öffentlichkeit betrachten, um die Möglichkeiten zu unzensurierten Debatten einschätzen zu können. Darauf werden die Protagonisten der Debatte kategorisiert und die Phasen der Diskussionen eingeteilt. Zur Erläuterung der Gründe für die im Vergleich eher späte Umorientierung der Oppositionellen in der DDR stellen wir dem Kapitel über die ostdeutsche Debatte einen Abschnitt die Bedingungen der Möglichkeit oppositioneller Kritik voran. Im letzten Kapitel werden abschließend die Diskussionen und die Zivilgesellschaftskonzepte in der DDR mit den Konzepten und Debatten in den ost-mitteleuropäischen Ländern verglichen, um die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu beschreiben.

Methode

Im Vordergrund der Darstellung stehen die Entwürfe und Konzepte der ostdeutschen Diskussion. Hier wird auch eine eingehendere Untersuchung der Quellen nötig sein, da die Diskussionen in den Bürgerbewegungen der DDR durch die Forschung noch nicht unter dieser Fragestellung ausgewertet worden sind. Die Diskussionen in Ost-Mitteleuropa dienen als Kontrast- oder Vergleichsfolien und zeitigen eher den

¹² Vgl. Fehr, Dissidenz, S. 315-317.

Kontext. Sie wurden ausgewählt, weil die Oppositionellen in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei als Ikonen der Zivilgesellschaftsdebatten in den früheren kommunistischen Regimen gelten. Für die Darstellung der Zivilgesellschaftskonzepte in Ost-Mitteleuropa können wir auch auf Sekundäranalysen zurückgreifen und werden uns weitgehend auf sie stützen. Dennoch können wir in allen drei Ländern die wichtigsten Essays der Protagonisten der Debatten in Übersetzungen einsehen. Der asymmetrische Vergleich ist daher durch die übersetzte Quellenlage und den ausreichenden Forschungsstand abgesichert (Zum Forschungsstand und zur Quellenlage vgl. Kap.I., 3.) und zur Darstellung einer Kontrastfolie wie zum Vergleich vollkommen ausreichend. Ein symmetrischer Vergleich würde, abgesehen von der Frage der Sprachkompetenz, auch den Rahmen einer Magisterarbeit sprengen. Eine diachrone Herangehensweise wirft oftmals Probleme auf, weil die zu betrachtenden Vergleichsfälle in verschiedenen historischen Zusammenhängen stehen. Dies ist auch bei unserer Fragestellung der Fall. Die ost-mitteleuropäischen Protagonisten der Zivilgesellschaftsdiskussionen entwarfen ihre Konzepte seit Mitte der 70er Jahre noch in gefestigten kommunistischen Regimen, die Protagonisten in der DDR begannen ihre Debatten erst kurz vor der Transformationsphase der ostdeutschen Gesellschaft, konnten also teilweise schon in einer unzensurierten Öffentlichkeit diskutieren. Die Entwürfe legten auch aus diesem Grund teilweise andere Schwerpunkte, können aber dennoch verglichen werden, weil die bedeutendsten ost-mitteleuropäischen Zivilgesellschaftsentwürfe meist im Ausland, oder wie in Polen 1980/81 oder auch in Ungarn in einer kaum zensurierten Öffentlichkeit veröffentlicht wurden. Durch die diachrone Herangehensweise und verschieden starke Ausprägung der Debatten wird eine qualitative und inhaltliche, jedoch keine quantitative Analyse der Debatten und Entwürfe durchgeführt. Das Tertium comparationis der zu betrachtenden Fälle ist das überwiegend normativ verstandene Modell einer Zivilgesellschaft. Dieses Konzept wird als Analyseinstrument genutzt, um die einzelnen Diskussionen und Konzepte in den Vergleichsländern zu kategorisieren und zu beschreiben¹⁴.

Aufgrund dieses zur Zeit eher schillernden Begriffs streben wir ein enges Begriffsverständnis an. Die Problematik des Begriffes und seine Anwendung auf die ost-mitteleuropäischen und die ostdeutsche Gesellschaft sollen weiter unten ausgeführt werden.

3. Forschungsstand und Quellenlage

Ost-Mitteleuropa

Für die Debattenbeschreibung in Ost-Mitteleuropa wurde die grundlegende englische und deutsche Literatur ausgewertet. Besonders die Zusammenschau der Zivilgesellschaftsdiskussionen in der Abhandlung „Wiedergeburt des Politischen“¹⁵ von Winfried Thaa muß hier hervorgehoben werden. Auch der von Rainer Deppe, Helmut Dubiel und Ulrich Rödel herausgegebene Sammelband „Demokratischer Umbruch in Osteuropa“¹⁶ untersucht sehr differenziert unter Mithilfe des zivilgesellschaftlichen Konzeptes die osteuropäische gesellschaftliche Entwicklung. Zudem schildert der von Timothy Garton Ash verfasste

¹³ Vgl. Arato, Civil Society, S. 110-112.

¹⁴ Zu den Vergleichskategorien vgl. Haupt, Heinz-Gerhard; Kocka, Jürgen, Historischer Vergleich: Methoden, Aufgaben, Probleme. Eine Einleitung, in: dies., Geschichte und Vergleich. Frankfurt/Main 1996, S. 9-47; Kaelble, Hartmut, Der historische Vergleich. Frankfurt/Main 1999.

¹⁵ Vgl. Thaa, Winfried, Die Wiedergeburt des Politischen. Zivilgesellschaft und Legitimitätskonflikt in den Revolutionen von 1989. Opladen 1996.

¹⁶ Vgl. Deppe, Rainer; Dubiel, Helmut; Rödel, Ulrich (Hg.), Demokratischer Umbruch in Osteuropa. Frankfurt/ Main 1991.

Zeitzeugenbericht „Ein Jahrhundert wird abgewählt“¹⁷ teilweise sehr anschaulich die Debatten der ost-mitteleuropäischen oppositionellen Intellektuellen. Außerdem beschäftigt sich ein hervorragender Aufsatz von Helmut Fehr mit dem Vergleich der Programmatiken in Ost-Mitteleuropa¹⁸. Diese Darstellungen halfen auch bei der Strukturierung der Debattenabläufe. Der Forschungsstand für die einzelnen Länder ist sehr unterschiedlich. In Polen kann durch die ausstrahlende Wirkung der Solidarnosc-Bewegung auf die westlichen linken Intellektuellen und Wissenschaftler auf eine Vielzahl von Abhandlungen über die Programmatik und die Geschichte der oppositionellen Bewegung zurückgegriffen werden. Allerdings sind neuere Erscheinungen kaum vorhanden. Der Band „Solidarity and the Politics of Anti-Politics“¹⁹ von David Ost und die vergleichende Analyse der unabhängigen Öffentlichkeit und sozialen Bewegungen von Helmut Fehr²⁰ sowie die Veröffentlichung von Kuy-Young Lee²¹, die explizit die Zivilgesellschaft als Analyseinstrument in den Mittelpunkt stellt, sind Ausnahmen. Gerade diese Abhandlungen waren hilfreich bei der Einschätzung der Debatten über Ziele und Konzepte der oppositionellen Intellektuellen kurz vor dem Umbruch in Polen.

Die Untersuchung der tschechoslowakischen oppositionellen Bewegung ist nicht ausgeprägt; vor allem für die 80er Jahre fehlen neuere differenzierte Forschungen über die Ziele und Diskussionen der Charta 77-Unterzeichner. Nur ein Autor hat sich in der Betrachtung gerade der oppositionellen Intellektuellen und deren Programme für eine andere demokratische Tschechoslowakei hervorgetan. Gordon S. Skilling widmete der Bürgerrechtsbewegung Charta 77 seine wichtigsten Werke, wie „Charta 77 and Human Rights“, „Civic Freedom in Central Europe“ und „Samizdat and Independent Society“ in denen er gerade das Konzept der Zivilgesellschaft in den Mittelpunkt der Betrachtung stellt.²² Wenn man von den oben erwähnten großen Vergleichen der Debatten in Ost-Mitteleuropa absieht, ist die Aufarbeitung der Diskussionen in Ungarn in westlichen Sprachen nur sehr marginal vorhanden; auch die wissenschaftliche Untersuchung der Geschichte der oppositionellen Bewegungen ist noch nicht ausgeprägt. Nur der Historiker György Dalos, der gleichzeitig auch Zeitzeuge war, beschäftigt sich in seinem Buch „Archipel Gulasch“²³, das zum Standardwerk avancierte, sehr ausführlich mit den oppositionellen Bewegungen in Ungarn. Auf vergleichbare Autoren wie Skilling für die Tschechoslowakei oder Fehr für Polen kann für Ungarn nicht zurückgegriffen werden. Allerdings legte die Zeitschrift Gegenstimmen großen Wert auf Darstellung der ungarischen oppositionellen Debatten.

Die Quellenlage ist für Polen sehr gut. Gerade in den 80er Jahren wurden alle bedeutenden programmatischen Äußerungen übersetzt und in Sammelbänden herausgegeben. Der von Barbara Büscher herausgegebene Sammelband „Solidarnosc. Die polnische Gewerkschaft ‚Solidarität‘ in Dokumenten,

¹⁷ Vgl. Garton Ash, Timothy, Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas. 1980-1990. München 1990.

¹⁸ Vgl. Fehr, Helmut, Von der Dissidenz zur Gegen-Elite. Ein Vergleich der politischen Opposition in Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und der DDR (1976-1989), in: Ulrike Poppe; Rainer Eckert; Ilko-Sascha Kowalczyk (Hg.), Zwischen Selbstbehauptung und Opposition. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR, Berlin 1995, S. 301-334.

¹⁹ Vgl. Ost, David, Solidarity and the Politics of Anti-Politics. Opposition and Reform in Poland since 1968. Philadelphia 1990.

²⁰ Vgl. Fehr, Helmut, Unabhängige Öffentlichkeit und soziale Bewegungen. Fallstudien über Bürgerbewegungen in Polen und der DDR. Opladen 1996.

²¹ Vgl. Lee, Kyu-Young, Zivilgesellschaft als Ansatzpunkt für den Umbruch der sozialistischen Systeme in Ostmitteleuropa? Das Beispiel Polen. Frankfurt/Main 1994.

²² Skilling, H. Gordon, Samizdat and an Independent Society in Central and Eastern Europe. Basingstoke 1989; Skilling, H. Gordon/Wilson, Paul (eds.), Civic Freedom in Central Europe. Basingstoke 1991; Skilling, H. Gordon, Charter 77 and Human Rights in Czechoslovakia. London 1981.

²³ Dalos, György, Archipel Gulasch. Die Entstehung der demokratischen Opposition in Ungarn. Bremen 1986.

Diskussionen und Beiträgen“²⁴ stellt viele wichtige programmatische Konzepte in deutscher Sprache zur Verfügung. Alle wichtigen Äußerungen der herausragenden Protagonisten der Diskussionen sind in westlichen Sprachen erhältlich. In der Tschechoslowakei lagen die grundlegendsten Konzepte und Überlegungen der prominenten Protagonisten in Übersetzungen vor, so daß kaum auf Informationen aus zweiter Hand zurückgegriffen werden mußte. Gerade Gordon Skilling muß hier als Übersetzer und Herausgeber der wichtigsten Konzepte genannt werden²⁵. In Ungarn ist die Quellenlage unbefriedigender. Dennoch konnten fast alle wichtigen Zeugnisse der Diskussionen über das Konzept einer selbstverwalteten zivilen Gesellschaft aus erster Hand eingesehen und ausgewertet werden. Gerade die Essays von György Konrád, eines der wichtigsten oppositionellen Intellektuellen in Ungarn, sind in westliche Sprachen übersetzt.²⁶ Insgesamt muß die Zeitschrift „Gegenstimmen“, die in Wien erschien, als wichtiger Lieferant von Originalstimmen zur Programmatik der Diskutanten in allen ost-mitteleuropäischen Ländern erwähnt werden. Diese Zeitschrift war eine der ersten Periodika in Westeuropa, die gerade die programmatischen Artikel veröffentlichte, die sonst in keinem der betrachteten Länder an der Zensur vorbeigekommen wären.

DDR

Vor 1990 wurden in Westdeutschland kaum wissenschaftliche Studien zu den oppositionellen Bewegungen in der DDR vorgelegt. Informationen über das oppositionelle Milieu stammten überwiegend aus dem journalistischen Bereich, da der Zugang zu Quellen für westliche Wissenschaftler kaum möglich war. Bis 1990 erschien nur eine einzige Monographie, die wiederum von einem Journalisten verfaßt worden war.²⁷ Aber auch 10 Jahre nach dem Untergang der DDR ist die Forschungsliteratur zur DDR-Opposition noch nicht allzu umfangreich, obwohl in 1999 schon vier größere Abhandlungen zur DDR-Widerstands- und Oppositionsgeschichte veröffentlicht wurden oder werden sollten.²⁸ Zudem sind die Abhandlungen meist aus einer sehr theoretischen sozialwissenschaftlichen Perspektive geschrieben. Die 1997 erschienene umfangreiche Abhandlung von Erhart Neubert „Geschichte der Opposition in der DDR“²⁹ ist eine Ausnahme. Allerdings stellt Neubert die Kirche und die Bedeutung der kirchlichen Gruppen sehr stark in den Mittelpunkt. Ein allgemeiner Überblick über die Geschichte des oppositionellen Verhaltens in der DDR und zwei aufschlußreiche Aufsätze über die Bedeutung der ost-mitteleuropäischen Diskussion für die Entwürfe der ostdeutschen oppositionellen Intellektuellen findet sich in den Veröffentlichungen der Enquete-Kommission des Bundestages zur Aufarbeitung der Folgen der SED-Diktatur³⁰. Auch die neuesten Untersuchungen und Sammelbände legen ihren Schwerpunkt nicht auf die programmatischen und konzeptionellen Debatten innerhalb der Bürgerbewegungen und schon gar nicht auf zivilgesellschaftliche Fragestellungen. Sie interessieren sich mehr für die chronologische Entwicklung und sozialstrukturelle Zusammensetzung der

²⁴ Büscher, Barbara u.a., (Hg.), Solidarnosc – Die polnische Gewerkschaft „Solidarität“ in Dokumenten, Diskussionen und Beiträgen, Köln 1983.

²⁵ Vgl. Skilling, H. Gordon/Wilson, Paul (eds.), Civic Freedom in Central Europe. Voices from Czechoslovakia. Basingstoke 1991; Skilling, H. Gordon; Precan, Vilem (eds.), Parallel Politics: Essays from Czech and Slovak Samizdat, in: International Journal of Politics, XL, No. 1 (Spring 1981), S. 85-100.

²⁶ Vgl. Hans-Henning Paetzke (Hg.), Andersdenkende in Ungarn, Frankfurt/Main 1986 und Dalos, György, Archipel Gulasch. Die Entstehung der demokratischen Opposition in Ungarn. Bremen 1986.

²⁷ Vgl. Fricke, Karl Wilhelm, Opposition und Widerstand in der DDR. Köln 1984.

²⁸ Vgl. Henke, Dietmar, Steinbach, Peter; Tuchel, Johannes (Hg.), Widerstand und Opposition in der DDR. Köln 1999; Chio, Sung-Wan, Von der Dissidenz zur Opposition. Die politischen Alternativen Gruppen in der DDR von 1978 bis 1989. Köln 1999; Rochtus, Dirk, Zwischen Realität und Utopie. Das Konzept des „dritten Weges“ in der DDR 1989/1990. Leipzig 1999; Kuhrt, Eberhard (Hg.), Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft. Analysen, Erfahrungsberichte, Dokumente. Opladen 1999, noch nicht erschienen.

²⁹ Neubert, Erhart, Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989. Bonn 1997.

einzelnen Gruppierungen³¹. Die programmatischen Diskussionen innerhalb der intellektuellen Opposition in der DDR werden im Allgemeinen kaum betrachtet. Die meisten – auch die hier genannten – Veröffentlichungen gehen auf die einzelnen Vertreter der Bürgerbewegungen nicht ein. Nur zwei Autoren (Fehr und Probst) stellen das Konzept der Zivilgesellschaft in den Mittelpunkt ihrer Untersuchungen³². Aber auch Probst betrachtet in seinem empirischen Teil ausführlich nur die oppositionellen Gruppen in Leipzig und nicht die Berliner Protagonisten der Debatten. Ein weiterer Autor nimmt das Analysekonzept in die Beschreibung der inneren Ursachen des Umbruchs in der DDR auf, behandelt allerdings nicht die konzeptionellen Debatten³³. Die Mehrzahl der Autoren, die sich mit den Politikkonzepten der Bürgerbewegungen auseinandersetzen, fokussieren auf das Analysekonzept des „Dritten Weges“³⁴.

Auch der Vergleich mit den ost-mitteleuropäischen oppositionellen Bewegungen wird in der Forschung noch vernachlässigt. Nur zwei Autoren vergleichen die DDR-Bürgerbewegungen mit ost-mitteleuropäischen Entwicklungen: Einmal Helmut Fehr, der in mehreren hervorragenden Untersuchungen die gesamte ost-mitteleuropäische oppositionelle Bewegung mit der DDR vergleicht³⁵, und zum anderen Annabelle Lutz, die Dissidenten und Bürgerbewegungen in der DDR und der Tschechoslowakei vergleicht. Lutz interessiert sich allerdings nicht für die konzeptionelle Entwicklung, sondern für das Verhältnis der oppositionellen Intellektuellen zu ihrem eigenen Land³⁶. Die Wissenschaftler konzentrieren sich in den meisten Fällen, vor allem in den soziologischen Untersuchungen, auf einen Vergleich mit den westeuropäischen oder westdeutschen Neuen Sozialen Bewegungen³⁷. Aus diesem Grund möchte die vorliegende Arbeit einen ersten Schritt zur differenzierten vergleichenden Betrachtung der ostdeutschen und ost-mitteleuropäischen Zivilgesellschaftsdebatten machen.

Auch die Quellen über die konzeptionellen Gedanken der Bürgerbewegungen sind noch nicht weit genug aufgearbeitet. Meist sind die Äußerungen einzelner Autoren und die programmatischen Veröffentlichungen der einzelnen Gruppen in ausgewählten Editionen oder Sammelbänden veröffentlicht. Die Aufsplitterung der Quellen in Privatarchive und Sammlungen erschwert zudem die weitere Quellensuche. Daher hat der Autor versucht, durch Gespräche mit den betreffenden Personen noch nicht veröffentlichte Konzeptpapiere aus der Zeit zwischen 1986 und 1990 zu erhalten. Aber auch bei diesem Versuch bereiteten die wenig aufgearbeiteten privaten Archive Schwierigkeiten. Dennoch konnten durch Gespräche mit Wolfgang Ullmann, Ulrike Poppe, Hans-Jürgen Fischbeck, Gerd Poppe, Stephan Bickhardt und Ludwig Mehlhorn

³⁰ Vgl. Deutscher Bundestag (Hg.), Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland, Frankfurt/Main 1995, Bd. VII/1 und VII/2.

³¹ Vgl. Chio und Henke, Steinbach, Tuchel.

³² Vgl. Probst, Lothar, Ostdeutsche Bürgerbewegungen und Perspektiven der Demokratie. Entstehung, Bedeutung und Zukunft. Köln 1993, Fehr, Helmut, Unabhängige Öffentlichkeit und soziale Bewegungen. Fallstudien über Bürgerbewegungen in Polen und der DDR. Opladen 1996.

³³ Vgl. Natter, Erik, Die inneren Ursachen des Umbruchs in der DDR. Eine Analyse der politisch-kulturellen Debatten 1989-1991. Mainz 1994

³⁴ Vgl. Rochtus, Dirk, Zwischen Realität und Utopie. Das Konzept des „dritten Weges“ in der DDR 1989/1990. Leipzig 1999 (mit ausführlicher Bibliographie)

³⁵ Vgl. Fehr, Helmut, Unabhängige Öffentlichkeit und soziale Bewegungen. Fallstudien über Bürgerbewegungen in Polen und der DDR. Opladen 1996; Fehr, Helmut, Von der Dissidenz zur Gegen-Elite. Ein Vergleich der politischen Opposition in Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und der DDR (1976-1989), in: Ulrike Poppe; Rainer Eckert; Ilko-Sascha Kowalczyk (Hg.), Zwischen Selbstbehauptung und Opposition. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR, Berlin 1995, S. 301-334.

³⁶ Vgl. Lutz, Annabelle, Dissidenten und Bürgerbewegung. Ein Vergleich zwischen DDR und Tschechoslowakei. Frankfurt/Main 1999.

³⁷ Vgl. Schmidtbauer, Bernhard, Die oppositionellen Gruppen in der DDR – Stiefkinder der bundesdeutschen DDR-Forschung, in: Heiner, Timmermann (Hg.), DDR-Forschung, Bilanz und Perspektiven, Berlin 1995, S. 263-299 und Pollack, Detlef.; Rink, Dieter (Hg.), Zwischen Verweigerung und Opposition. Politischer Protest in der DDR 1970-1989. Frankfurt/Main 1997, S. 13-24, hier S. 16-19.

einige Konzeptpapiere und Interviews gefunden werden, die bis heute noch nicht in den Sammelbänden veröffentlicht sind. Die Gespräche selbst wurden jedoch aufgrund der nach 10 Jahren schwierigen Verschiebung der Betrachtungsperspektiven und der damit einhergehenden Problematik der „Oral History“ nicht genutzt. Zudem brachte die eingehende Recherche im Matthias Domaschk- und Robert Havemann-Archiv einige neue Aspekte und konzeptionelle Veröffentlichungen vor allem für die Zeit vor 1989 zutage. Auch die dort gesammelten Bürgerbewegungszeitungen wie „Neues Forum“ und „Demokratie Jetzt“ und die „radix“-Blätter halfen bei der programmatischen Orientierung.

Die Quellenbasis beschränkt sich damit weitestgehend auf gedrucktes Material. Also auf die veröffentlichten Editionen und Sammelbände sowie auf die in den Archiven gefundenen Papiere. Bei den Sammelbänden müssen vor allem die von Rein und von Pollack herausgegebenen Veröffentlichungen erwähnt werden³⁸. Sie waren bei der Beantwortung der Fragestellung sehr nützlich. Gerade die darin veröffentlichten Interviews mit den führenden Oppositionellen waren hilfreich bei der Erarbeitung der Positionen. Eine Zeitungsauswertung wurde immer nur in Bezug auf wichtige politische Ereignisse vorgenommen. Äußerungen zu unserem Thema waren allerdings eher gering vertreten und meist in „Der Tageszeitung“ (taz) zu finden. Ergiebiger zeigten sich die wissenschaftlichen Zeitschriften wie „Deutschland Archiv“, „Aus Politik und Zeitgeschichte“, „Blätter für internationale und deutsche Politik“, insbesondere, was die Einschätzung und die Beschreibung der Programmatik der neu entstehenden Gruppen betrifft. Besondere Beachtung wurde dem „Grenzfall“ zuteil, der ersten unabhängigen im Samizdat erschienen Zeitschrift der „Initiative für Frieden und Menschenrechte“³⁹.

4. Begriffe

Gerade bei vergleichenden Betrachtungen stellen die auf mehrere Vergleichsfälle angewendeten Begriffe hohe Anforderungen an eine eindeutige Begriffsbestimmung. Daher wird hier versucht, möglichst genaue Definitionen der wichtigsten Begriffe aufzustellen, was gerade bei unserem Hauptbegriff „Zivilgesellschaft“ von großer Bedeutung ist.

4.1. Bürgerbewegung

Als Bürgerbewegungen bezeichnen wir die in der Transformationsphase gegründeten Vereinigungen, die auch als Institution politische Programme zur Demokratisierung der kommunistischen Regime ausarbeiteten und sich in ihrer Programmatik mit Bedacht von den Parteien absetzten. Dazu zählen wir in der DDR das „Neue Forum“, „Demokratie Jetzt“ sowie auch die „Initiative Frieden und Menschenrechte“, obwohl sie schon 1986 in einem scheinbar noch gefestigten SED- Staat gegründet wurde. In der Tschechoslowakei wird das „Bürgerforum“ und in Polen werden die „Bürgerkomitees“ so bezeichnet. Aber auch das „Ungarische Demokratische Forum“, das ungarische „Netzwerk Freier Initiativen“ und den ostdeutschen „Demokratischen Aufbruch“ kennzeichnen wir vor ihrer Umbenennung in eine Partei als Bürgerbewegung.

³⁸ Vgl. Pollack, Detlef; u.a.. Die Entzauberung des Politischen: Was ist aus den politisch alternativen Gruppen der DDR geworden? Interviews mit führenden Vertretern. Leipzig 1994; Gerhard Rein (Hg.), Die Opposition in der DDR. Entwürfe für einen anderen Sozialismus, Berlin 1989.

³⁹ Vgl. Hirsch, Ralf; Kopelew, Lew (Hg.), Initiative Frieden und Menschenrechte. Grenzfall. Vollständiger Nachdruck aller in der DDR erschienenen Ausgaben (1986/87). Erstes unabhängiges Periodikum. Berlin 1989.

Solidarnosc und das KOR oder die Charta 77 werden nicht als Bürgerbewegung bezeichnet. Solidarnosc verstand sich ausdrücklich als Gewerkschaft, und sowohl das KOR, als auch die Charta 77 vertraten keine politischen Programme als Institution. Diese beiden Gruppierungen kümmerten sich ausschließlich um die Menschen- und Bürgerrechte und klagten diese beim Staat ein, auch wenn einzelne Vertreter wie Havel, Kuron oder Michnik für uns wichtige programmatische Thesen in ihren Essays vertraten⁴⁰. Diese Vorläufer der politisch programmatischen Bürgerbewegungen bezeichnen wir als Bürgerrechtsbewegungen.

4.2. Oppositionelle und Opposition

Wir nutzen die Begriffe „Oppositionelle“ und „Opposition“ in diesem Zusammenhang zur Bezeichnung der Regimekritiker und regimekritischen Bewegungen in Ost-Mitteleuropa und der DDR, obwohl die von uns nun als „Oppositionelle“ bezeichneten Personen sich selbst oftmals nicht so bezeichnen wollten⁴¹ – zumindest bis zu den Transformationsphasen – und obwohl der Begriff „Opposition“ mit westlichen parlamentarischen Konnotationen besetzt ist⁴², weil die regimekritischen Personen und Gruppen in den jeweiligen Ländern die Rolle der „Opposition“ gegenüber den herrschenden kommunistischen Regimen übernahmen. Dies zeigt auch die breite institutionelle Verankerung der Oppositionellen in Gewerkschaften, Bürgerrechtsbewegungen oder Bürgerbewegungen und der Rahmen der Veröffentlichungen und Konzepte der vor allem in Polen und in den neuen Bürgerbewegungen über einen dissidenten Charakter der sporadischen Einzelkritik hinausging. Zudem können die von uns betrachteten Personen und Mitglieder der Bürgerbewegungen außer in Polen auch in den entstehenden demokratischen Systemen wiederum als Oppositionelle bezeichnet werden. Denn sie propagierten weiterhin ihre zivilgesellschaftlichen Konzepte, die den Mainstream der Transformationsvorstellungen in den betrachteten Ländern widersprachen, auch wenn sie wie Václav Havel ins Präsidentenamt gewählt wurden.

4.3. Intellektuelle

Um den Begriff „Intellektuelle“, seine Relevanz und Bedeutung wird gestritten, seit er durch die Dreyfus-Affäre am Ende des 19. Jahrhunderts in Frankreich erstmals in die öffentliche Diskussion eingeführt wurde. Die in ganz Europa geführten Debatten können hier nicht nachvollzogen werden. Wir subsumieren unter dem Begriff bezugnehmend auf die Definition von M. Rainer Lepsius „typischerweise die Schriftsteller, die Publizisten und Journalisten, die Akademiker und Wissenschaftler, Leute, die – wie Schumpeter sagt – die Macht des geschriebenen Wortes. Man könnte heute hinzufügen, diejenigen, die die Macht des Bildes handhaben“⁴³ und sich öffentlich für die Belange der Bürger und des Gemeinwesens einsetzen. Ähnlich

⁴⁰ Zur Definition Bürgerbewegung siehe auch Wielgohs, Jan, Auflösung und Transformation der ostdeutschen Bürgerbewegung, in: Deutschland-Archiv, 4/93, S. 426; Kowalczyk, Ilko-Sascha, DDR: Opposition und Widerstand, in: Werner Weidenfeld, Karl-Rudolf Korte (Hg.), Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999, Bonn 1999, S. 165, hier zitiert: Kowalczyk, Opposition und Widerstand, S. 165.

⁴¹ Vgl. Havel, Versuch in der Wahrheit zu leben (orig 1978), Reinbek 1989, S. 43-51, hier zitiert: Havel, Versuch in der Wahrheit zu leben. und Gutzeit, Martin, Der Weg in die Opposition: Über das Selbstverständnis und die Rolle der Opposition im Herbst 1989 in der ehemaligen DDR, in: Walter Euchner (Hg.), Politische Opposition in Deutschland und im internationalen Vergleich. Göttingen 1993, S. 84/85.)

⁴² Zu den Begriffen vgl. Kowalczyk, Opposition und Widerstand, S. 164/65; Kleßmann, Christoph, Opposition und Dissidenz in der Geschichte der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B. 5, 1991, S. 52-62; Eckert, Rainer, Die revolutionäre Krise am Ende der achtziger Jahre und die Formierung der Opposition, in: Deutscher Bundestag (Hg.), Materialien der Enquete-Kommission, Frankfurt/Main 1995, Bd. VII/1, S. 682-688.

⁴³ Rainer M. Lepsius, Kritik als Beruf. Zur Soziologie der Intellektuellen, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 16 Jg. 1964, S. 75-91, hier: 85.

definiert auch Václav Havel: „Für mich ist ein Intellektueller eine Person, die ihr Leben dem Nachdenken über die Angelegenheiten dieser Welt und dem größeren Zusammenhang der Dinge widmet. Natürlich tun das nicht nur Intellektuelle. Sie tun es jedoch – wenn ich so sagen darf – von Berufs wegen. Das heißt ihre Haupttätigkeit ist Studieren, Lesen, Lehren, Schreiben, Veröffentlichen, die Öffentlichkeit ansprechen.“⁴⁴ Damit müssen Intellektuelle nicht unbedingt gleichzeitig Oppositionelle sein. Der Begriff „Intellektuelle“ kann also nicht gleichgesetzt werden mit „Oppositionelle“, weil auch aus anderen gesellschaftlichen Gruppen Personen zu publizierenden Oppositionellen werden konnten, oder sich auch Intellektuelle nicht unbedingt zu Oppositionellen entwickelten. Daher bezeichnen wir Intellektuelle, die zudem als Oppositionelle auftraten auch als oppositionelle Intellektuelle verstehen jedoch den Begriff „Oppositionelle“ als Oberbegriff für alle in der Opposition tätigen⁴⁵.

4.4. „Zivilgesellschaft“⁴⁶ als Tertium Comparationis: Die Problematik eines Begriffes

Die ost-mitteleuropäischen Oppositionellen beriefen sich seit den frühen 80er Jahren explizit auf den Begriff Zivilgesellschaft⁴⁷, auch wenn sie teilweise noch andere Termini für das Phänomen Zivilgesellschaft (Parallele Polis, selbstverwaltete Gesellschaft) benutzten. Allerdings bezogen sie sich nicht auf seine lange westliche philosophische und politiktheoretische Tradition. Für den historischen Begriff unterstreicht Aleksander Smolar, ein polnischer Soziologe, daß die „*notion of civil society as used in Central and Eastern Europe never had much to do with the grand theoretical debates that one may trace across two centuries in the works of Locke, Adam Smith, Hegel, Tocqueville, Marx, among others.*“⁴⁸ Dennoch beschäftigten sie sich, wegen der rigorosen Unterdrückung jedweder unabhängiger Organisation und Meinung in den staatssozialistischen Systemen, mit denselben Fragestellungen wie die Vorväter der westlichen Zivilgesellschaftsdebatte und stellten den intermediären Bereich zwischen Privatsphäre und Staat sowie die unzensurierte Öffentlichkeit in den Mittelpunkt ihrer oppositionellen Strategien. Allerdings bezogen sie sich eher auf eigene nationale politische Denker und Theoretiker oder auf christliches wie auch sozialistisches Gedankengut (Vgl. Kap II.,3) und erarbeiteten keine Definition des Begriffes Zivilgesellschaft mit Bezug auf die geistesgeschichtliche Tradition⁴⁹. Ihre programmatischen Essays regten auch ostdeutsche Oppositionelle an, sich von reformsozialistischen Zielen ab- und zivilgesellschaftlich orientierten Konzepten zuzuwenden.

Angeregt durch das ost-mitteleuropäische Beispiel begannen auch die „westlichen“ Intellektuellen, erneut über das Konzept einer Zivilgesellschaft und den Nutzen für die Demokratie nachzudenken⁵⁰. Die Debatte im Westen rekurrierte jedoch wieder überwiegend auf die fast 200jährige westliche Begriffsgeschichte,

⁴⁴ Havel, Václav, Intellektuelle in die Politik, in: Transit, H. 10, 1995, S. 156-161.

⁴⁵ Vgl. zur Dreyfus-Affäre und die Erfindung der „Intellektuellen“ sowie zur Debatte: Bering, Dietz, Die Intellektuellen. Geschichte eines Schimpfwortes. Stuttgart 1978, zu Dreyfus bes. 32-64; Zur Geschichte und Entwicklung der Intellektuellen im 19. Jahrhundert: Charle, Christophe, Vordenker der Moderne. Die Intellektuellen im 19. Jahrhundert. Frankfurt/Main 1996, zur Begrifflichkeit bes. S. 9-21; Garton Ash, Timothy, Prag: Intellektuelle und Politiker, in: Transit, H. 10, 1995, S. 136-155.

⁴⁶ Der Begriff wird als Synonym von „Civil Society“ und „société civile“ verwendet.

⁴⁷ Vgl. Michnik, Adam, Ein Jahr Solidarnosc (1981), in: Helga Hirsch, (Hg.), Adam Michnik, Polnischer Frieden, Aufsätze zur Konzeption des Widerstands, Berlin 1985, S. 55-63, hier S. 55 hier zitiert: Michnik, Ein Jahr Solidarnosc, S. ... ; Hejdanek, H., Prospects for democracy and socialism in eastern Europe, in: Havel, Power of the Powerless, S. 149; Konrád, György, Antipolitik. Mitteleuropäische Meditationen. Frankfurt/Main 1985, hier zitiert: Konrad, Antipolitik, S. ...

⁴⁸ Smolar, Aleksander, From Opposition to Atomization, in: Journal of Democracy 7 1996, S. 27

⁴⁹ Vgl. Honneth, Soziologie, S. S. 61-66, bes. S. 61 sowie Geremek, Civil Society.

⁵⁰ Dazu auch Honneth, Soziologie, S. 61-66; Arato/ Cohen, S.36-48.

beginnend mit den schottischen Aufklärern um Adam Ferguson⁵¹. Manche Autoren begannen ihre Untersuchungen sogar mit Aristoteles und seinem Entwurf für eine „koinonía politiké“ (lat. *Societas civilis*)⁵². In ihren begriffsgeschichtlichen Zugängen standen, anders als in Ost-Mitteleuropa, Autoren wie Locke, Montesquieu, Hegel, Tocqueville, Marx und Gramsci oder Hannah Arendt im Mittelpunkt. Bedingt durch die verschiedenen theoretischen Zugänge der westlichen Diskutanten entspann sich eine sehr akademische Debatte über die Bedeutung und das Aussehen einer Zivilgesellschaft, die vor allem daran interessiert war, den Begriff normativ zu definieren.⁵³ Aus dieser Diskussion entwickelten sich besonders in 1989/90 verschiedene neue Definitionen von Zivilgesellschaft, die teilweise auf die Debatten in Ost-Mitteleuropa und auch der DDR zurückwirkten. Auch wir können uns, da es eindeutige ost-mitteleuropäischen Definitionen nicht gibt, nur auf die nach 1989 entwickelten westlichen Begriffsbestimmungen berufen. Daher muß hier vordringlich erläutert werden, mit welchem definitorischen Muster wir die Entwürfe und Konzeptionen der Oppositionellen in Ost-Mitteleuropa und vor allem in der DDR, die bis jetzt kaum unter dieser Fragestellung betrachtet wurden, beschreiben, prüfen und als zivilgesellschaftlichen Entwurf charakterisieren.

In Westeuropa und den USA standen im Wesentlichen drei theoretische Zugänge zum Begriff der Zivilgesellschaft im Mittelpunkt der Diskussionen, die auf verschiedene begriffsgeschichtliche Traditionen zurückgreifen: Einmal die dominierende liberale Definition, die so illustre Autoren wie Ralf Dahrendorf, Edward Shils und Ernest Gellner entworfen haben, sowie der kommunitaristische Zugriff auf die Theorie der Zivilgesellschaft. Als Vertreter dieser Zivilgesellschaftstheorie müssen vor allem Michael Walzer und Charles Taylor genannt werden, aber auch die kritisch-emanzipatorische Zivilgesellschaftsdefinition der zweiten und dritten Generation der Frankfurter Schule (Jürgen Habermas, Ulrich Rödel, Frank Dubiel) und der neuen amerikanischen Linken wie Andrew Arato und Jean Cohen.

In der Debatte über zivilgesellschaftlich orientierte Demokratiekonzepte im Westen wurde das Modell der westlichen parlamentarischen Demokratien in seinen Grundzügen nicht in Frage gestellt, sondern von der großen Mehrheit der Debattenteilnehmer als rechtliche Voraussetzung für eine Zivilgesellschaft angesehen, wenn nicht gar als Verkörperung der Zivilgesellschaft selbst⁵⁴. Der Streit über das Konzept einer

⁵¹ Vgl. Ferguson, Adam, Versuch über die bürgerliche Gesellschaft. Hrsg. und übersetzt von Zwi Batscha und Hans Medick. Frankfurt/Main 1986.

⁵² Vgl. Aristoteles, Politik. Stuttgart 1986.

⁵³ Da sich die ost-mitteleuropäischen und ostdeutschen oppositionellen Intellektuellen nicht auf die westliche Begriffsgeschichte beziehen, wurde hier im wesentlichen auf eine begriffsgeschichtliche Darstellung verzichtet. Eine vollständige Analyse würde auch eine eigene Abhandlung erfordern und vom Thema wegführen. Aus der Vielfalt und fast schon unübersichtlichen Literaturmenge zur Begriffsgeschichte und Geschichte der Debatte vgl. vor allem: Riedel, Manfred, Gesellschaft, bürgerliche, in: Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 2, Stuttgart 1972, S. 719-800; Keane, John, Despotism and Democracy. The Origins and Development of the Distinction Between Civil Society and the State 1750-1850, in: John Keane (Ed.), Civil Society and the State, New European Perspectives, London 1988, S. 35-73; Arato, Andrew; Cohen, Jean, Civil Society and Political Theory. London 1992, S. 29-177; Seligman, Adam B., The Idea of Civil Society. Princeton 1995, S. 15-59; Ehrenberg, John, Civil Society: the critical history of an idea. New York 1999; Taylor, Charles, Die Beschwörung der Civil Society, in: Krzysztof Michalski (Hg.), Europa und die Civil Society, (=Castelgandolfo - Gespräche, 1989), Stuttgart 1991, S. 52-81; Merkel, Wolfgang; Lauth, Hans-Joachim, Systemwechsel und Zivilgesellschaft. Welche Zivilgesellschaft braucht die Demokratie?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6-7/98, S. 3-12; Brumlik, Michael, Was heißt „Zivile Gesellschaft“? Versuch, den Pudding an die Wand zu nageln, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 36, Heft 8 (1991), S. 987-993; Gransow, Volker, Zivilgesellschaft und demokratische Frage. Ein Literaturbericht, in: Das Argument 180, 1990, S. 249-254; Honneth, Soziologie, S. 61-66; Kebir, Sabine, Gramsci's Zivilgesellschaft. Hamburg 1991 und Bobbio, Norberto, Gramsci and the Concept of Civil Society, in: John Keane (Ed.), Civil Society and the State, New European Perspectives, London 1988, S. 73-101

⁵⁴ „Die atlantische Gesellschaft ist eine Zivilgesellschaft und hat sich im allgemeinen, zumindest seit 1945, dieses Zustands erfreut.“ Gellner, S. 22; „In the West, by contrast, we lived in civil society for many years without knowing it.“

Zivilgesellschaft entzündete sich im Westen, anders als in Ost-Mitteleuropa, nicht an den Grundlagen der existierenden Gesellschaftsformationen, sondern an der Frage der Optimierung der liberalen Demokratien und Sozialstaaten, deren Basisorganisation kaum noch umstritten war und ist. Dabei wurden Debatten aus den letzten fünfzehn bis zwanzig Jahren über Demokratie und Staat mit einer anderen Etikettierung wieder aufgenommen⁵⁵.

Alle heutigen westlichen Konzepte einer Zivilgesellschaft basieren auf dem aus der westlichen Aufklärungsdebatte des 18. Jahrhunderts hervorgegangenen Menschen- und Bürgerrechtskatalog und dem dazugehörigen Staatsverständnis. Sie geben dem Staat jedoch jeweils verschiedene Bedeutungen im demokratischen Prozeß. Aus diesen schon zweihundert Jahre währenden inhaltlichen Grundannahmen über die beste Staatsorganisation hat sich im „Westen“ ein dominierendes liberales Verständnis von Demokratie, der dazugehörigen Staatsorganisation und der Zivilgesellschaft herausgebildet, welches der liberale Soziologe Edward Shils folgendermaßen zusammenfaßt:

„Civil Societies gibt es in nennenswerten Umfang erst seit Beginn des 19. Jahrhunderts. Einige ihrer wichtigsten Merkmale, die sich seitdem herausgebildet haben, seien hier nochmals aufgezählt: Freiheit der Meinungsäußerung, religiöse Toleranz, Rechtsgleichheit, Parteienpluralismus, allgemeines Wahlrecht, Pressefreiheit, öffentlich beratendes Parlament als Repräsentativorgan und ein relativ unparteiischer Beamtenapparat. Im Rahmen dieser Entwicklung bildete sich die Rolle des Staatsbürgers heraus, der ein vollberechtigtes Mitglied der politischen Gesellschaft und für die Gesellschaft als Ganzes mitverantwortlich ist. Civil Societies sind nicht nur durch ihre zivilen Institutionen, sondern auch durch ihr ziviles Kollektivbewußtsein gekennzeichnet. [...] Eine Civil Society setzt eine Wirtschaftsordnung voraus (und stützt diese wiederum), die überwiegend marktorientiert ist. Sie achtet die Rechten und Pflichten von Individuen, Gemeinschaften und Kollektiven, denen sie eine weitreichende Autonomie zugesteht.“⁵⁶

Die Zivilgesellschaft als eine vom Staat getrennte Sphäre spielt in diesem Modell eine eher untergeordnete Rolle und geht im liberalen Staatsverständnis auf. Andere liberale Theoretiker wie Ralf Dahrendorf oder Ernest Gellner interpretieren Zivilgesellschaft enger; zusammen mit Shils Definition kennzeichnen sie den liberalen Zugang zur Zivilgesellschaft. Ralf Dahrendorf zum Beispiel definiert:

„Civil Societies sind im allgemeinen gekennzeichnet durch die Existenz autonomer, d.h. nicht staatlicher oder in anderer Weise zentral geleiteter Organisationen und Institutionen als Organe des Volkswillens. Politische Parteien und Gewerkschaften gehören hierzu, aber auch Industrieunternehmen und soziale Bewegungen, freie Berufe und autonome Universitäten, freie Kirchen und gemeinnützige Stiftungen.“⁵⁷

Im Mittelpunkt seiner Definition steht die Forderung nach Bürgerrechten, die die Teilhabechancen des Volkes einerseits vor dem Zugriff der Regierung und andererseits vor den Wechselfällen des Marktes schützen⁵⁸.

Ernest Gellner gibt eine ähnliche Definition. Für ihn ist Zivilgesellschaft

Walzer, Michael, The Concept of Civil Society. In: Michael Walzer (Ed.), Toward a Global Civil Society, Oxford 1995, S. 7-29, hier S. 8, hier zitiert: Walzer, Civil Society.

⁵⁵ Vgl. Arato/Cohen, S. 3.

⁵⁶ Shils, Edward, Was ist eine Civil Society? in: Krzysztof Michalski (Hg.), Europa und die Civil Society, (=Castelgandolfo - Gespräche, 1989), Stuttgart 1991, S. 13-52, hier: S. 49.

⁵⁷ Dahrendorf, Ralf, Die gefährdete Civil Society, in: Krzysztof Michalski (Hg.), Europa und die Civil Society, (=Castelgandolfo - Gespräche, 1989), Stuttgart 1991, S. 247-63, hier S. 262.

⁵⁸ Vgl. ebenda, S. 262/ 263.

„eine Reihe verschiedener nicht-staatlicher Institutionen, stark genug, um ein Gegengewicht zum Staat zu bilden, doch ohne ihn daran zu hindern, seine Rolle als Friedenshüter und Vermittlungsinstanz für die wichtigsten Interessengruppen zu spielen, und gleichwohl fähig, ihn daran zu hindern, die übrige Gesellschaft zu beherrschen und zu atomisieren.“⁵⁹

Er schließt allerdings historische Strukturen wie Gilden, tribale oder religiöse Organisationen aus der Zivilgesellschaft aus, weil sie, nach Gellners Meinung, keine freiwilligen Zusammenschlüsse sind, sondern familiäre oder Klientelstrukturen (unter dem Diktat von Ritualen) aufweisen, die einen Zwang ausüben⁶⁰.

Den zweiten definitorischen Zugang, der sich auch durch die Kritik an den liberalen Auffassungen entwickelte, fanden die sogenannten Kommunitaristen. Sie verbanden seit den 80er Jahren eine allgemeine Wertediskussion über die notwendigen moralischen Grundlagen der westlichen liberalen Gesellschaften, die über das durch Shils angesprochene zivile Kollektivbewußtsein hinausgehen würden, mit der Kritik an der liberalen Definition von Zivilgesellschaft. Die Kommunitaristen hinterfragen das Postulat der liberalen Theoretiker, demzufolge zivilgesellschaftliche Strukturen erst im 19. Jahrhundert entstanden und nur auf Freiwilligkeit beruhen.

Sie behaupten, „daß die Tiefenstruktur auch der liberalen Gesellschaft in Wirklichkeit kommunitaristisch sei“⁶¹ und damit einer älteren Gemeinschaftsorganisation gehorche, als die liberalen Theoretiker annähmen: So zum Beispiel und konträr zu Gellner durch die Religionszugehörigkeit und familiäre Netzwerke, die nicht unbedingt durch rationale Zweckmäßigkeit, sondern durch starke moralische Werte geprägt sind⁶². Ihr Bezug auf Gemeinschaft schaffende Werte resultiert aus dem christlichen Moralkodex, den die Autoren als konstitutiv für eine funktionierende Zivilgesellschaft ansehen. Dieser Moralkodex materialisiert sich nach Charles Taylor im in der Gesellschaft vorhandenen Bürgersinn, d.h. der politischen Kultur und deren Institutionen und Organisationen außerhalb des staatlichen Machtapparates. Für ihn existiert eine Zivilgesellschaft erstens dort, wo freie Vereinigungen nicht vom Staat bevormundet werden, zweitens, wo die Gesellschaft sich durch o.g. Vereinigungen koordiniert und strukturiert. Drittens existiert sie immer dort, wo die Gesamtheit der Vereinigungen in die staatliche Politik eingreifen, diese bestimmen und modulieren kann. Taylor bezieht sich in seinen Äußerungen vor allem auf die politiktheoretischen Traditionen von Locke und Montesquieu⁶³. Bei Walzer wird die christliche Tradition und Wertegebundenheit der Kommunitaristen noch deutlicher:

„Die Worte ‚zivile Gesellschaft‘ bezeichnen sowohl den Raum von (zwischen)menschlichen Vereinigungen, die nicht erzwungen sind, als auch das Ensemble jener Beziehungsnetzwerke, die um die der Familie, des Glaubens, der jeweiligen Interessen und einer bestimmten Ideologie willen gebildet worden sind und diesen Raum ausfüllen.“⁶⁴

Zur Zivilgesellschaft zählen für die Kommunitaristen ein dezentralisierter Staat und eine vergesellschaftete Wirtschaft, die sowohl genossenschaftliche als auch private Akteure auf dem Markt zuläßt. Die Definition der Zivilgesellschaft unterscheidet sich, abgesehen vom moralischen Anspruch, nicht wesentlich vom liberalen Zugang.⁶⁵

⁵⁹ Gellner, S. 14

⁶⁰ Siehe Gellner, S.15-17.

⁶¹ Walzer, Michael, Die kommunitaristische Kritik am Liberalismus. In: Axel Honneth (Hg.), Kommunitarismus, Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften, Frankfurt/ Main ³1995, S. 157-180, hier S. 163.

⁶² Vgl. Walzer; kommunitaristische Kritik, S. 157-181 dazu auch Arato/Cohen, S. 8-10.

⁶³ Vgl. Taylor, S. 57.

⁶⁴ Walzer, Michael, Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie. Frankfurt/ Main 1996, S. 65.

⁶⁵ Zu den Kommunitaristen vgl. auch Honneth, Axel, (Hg.), Kommunitarismus, Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften, Frankfurt/ Main 1995, darin vor allem die Einleitung, S. 7-17 und Krämer-Badoni,

Der dritte und für uns interessanteste kritisch-emanzipatorische Ansatz⁶⁶ erhebt die Zivilgesellschaft zum „Schlüsselbegriff einer neuen kritischen Theorie der zeitgenössischen Industriegesellschaft“, in welchem Elemente „radikaler Demokratie“ und des „Sozialismus“ als „Erbe“ bewahrt werden. Er ist stark angeregt durch die Konzepte und Entwürfe der ost-mitteleuropäischen oppositionellen Intellektuellen⁶⁷. In Deutschland wurde die Debatte über den emanzipatorischen Zugang durch das Essay „Die demokratische Frage“ von Rödel, Frankenberg und Dubiel herausgefordert⁶⁸. Nach Überzeugung der Autoren kann den Krisensymptomen der westlichen Demokratien nur mit mehr Demokratie begegnet werden.

Die zentrale These des Buches lautet demnach, daß die angestrebte weitere Demokratisierung nur als eine schrittweise Erweiterung der zivilgesellschaftlichen Einflußsphäre denkbar ist. Für die drei Autoren umfaßt der Terminus Zivilgesellschaft den nicht von Verwaltung, Staat und Ökonomie umfaßten Teil der Gesellschaft, in dem sich „selbstorganisierte Aktivitäten und Assoziationen gegenüber dem Staat als Ort der Macht“ bilden⁶⁹. Anders formuliert, wird die Zivilgesellschaft über das Bild einer autonom handlungsfähigen Gesellschaft konzipiert, die sich aus aktiven und politisch partizipierenden Bürgern zusammensetzt. Die zivile Gesellschaft kennzeichnen nach Rödel/Frankenberg/Dubiel vor allem Bürgerbewegungen, die gegenüber dem Staat den Anspruch auf Selbstbestimmung bzw. Partizipation sichern sollen.⁷⁰ Dieses Konzept der Zivilgesellschaft hat ebenfalls in die aktualisierte Demokratietheorie bei Habermas Eingang gefunden. In dessen diskurstheoretischen Demokratiemodell wird Zivilgesellschaft aufgefaßt als „die gesellschaftliche Basis für eine vitale zwischen Ökonomie und Staat fungierende öffentliche Kommunikation, in der sich die Staatsbürgerschaft bewähren soll“. Den institutionellen Kern der Zivilgesellschaft bilden „jene nicht-staatlichen und nicht ökonomischen Zusammenschlüsse und Assoziationen auf freiwilliger Basis.“⁷¹ Damit schließt Jürgen Habermas, anders als die Liberalen oder Kommunitaristen, nicht nur staatliche Institutionen und politische Parteien, sondern auch die ökonomischen Interessengruppen aus dem Konzept der Zivilgesellschaft aus. Allerdings soll die politische Gesellschaft über die Betätigung politischer Parteien und die Wahlberechtigung der Staatsbürger mit der Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft verschränkt bleiben.⁷²

Neben dem schon erwähnten Band „Die demokratische Frage“ von Rödel, Frankenberg und Dubiel sowie den Abhandlungen von Habermas kennzeichnet vor allem die umfangreiche Monographie „Civil Society and

Thomas, u.a., Die Entwicklung der Civil Society in einer Gesellschaft mit zwei politischen Kulturen. Städtische Bürgerinitiativen in Ost- und Westdeutschland: Versuch einer vergleichenden Analyse. (=Forschungsberichte der Universität Bremen, Nr. 10) Bremen 1998, S. 32-36; Selznick, Philip, From Socialism to Communitarianism, in: Michael Walzer (Ed.), Toward a Global Civil Society, Oxford 1995, S. 127-133; Taylor, S. 52-85.

⁶⁶ Begriff geprägt von Fein, Elke; Matzke, Sven, Zivilgesellschaft. Konzept und Bedeutung für die Transformation in Osteuropa. (=Arbeitspapiere des Osteuropainstitutes der FU Berlin, H. 7) Berlin 1997, S. 21.

⁶⁷ Vgl. Arato, Andrew, Civil Society, History and Socialism, in: Praxis International, Bd. 9, 1989, S. 133-151. Die Zitate finden sich auf S. 133.

⁶⁸ Vgl. Rödel, Ulrich; Frankenberg, Günter; Dubiel, Helmut, Die demokratische Frage. Frankfurt/Main 1989.

⁶⁹ Rödel/Frankenberg/Dubiel, S. 56.

⁷⁰ Vgl. ebenda, S. 89 und auch Fein, Elke; Matzke, Sven, Zivilgesellschaft. Konzept und Bedeutung für die Transformation in Osteuropa. (=Arbeitspapiere des Osteuropainstitutes der FU Berlin, H. 7) Berlin 1997, S. 18/19.

⁷¹ Habermas, Jürgen., Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt/Main 1992, S. 436 und 443, hier zitiert: Habermas, Faktizität und Geltung, S.

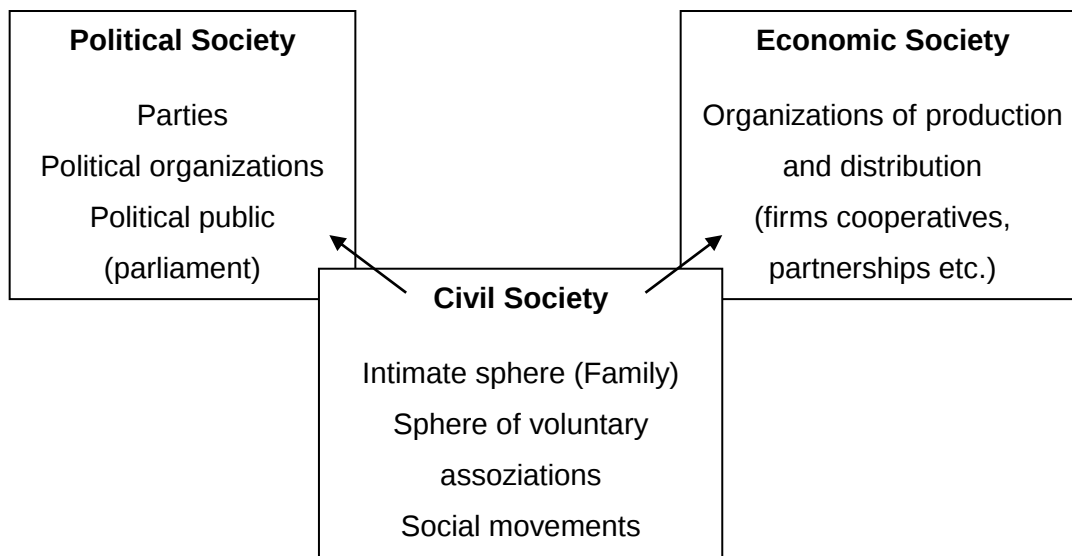
⁷² Vgl. Habermas, Faktizität und Geltung, S. 445. Zum zivilgesellschaftlichen Ansatz der Frankfurter Schule vgl. zudem Habermas, Faktizität und Geltung, S.435-468; Habermas, Jürgen, Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Frankfurt/Main 1990, bes. S. 45-50; Fein/Matzke, S. 17-19; Merkel, Wolfgang; Lauth, Hans-Joachim, Systemwechsel und Zivilgesellschaft. Welche Zivilgesellschaft braucht die Demokratie? in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6-7/98, S. 3-12, hier S. 5/6; Emtmann, Anette, Zivilgesellschaft zwischen Revolution und Demokratie. Die „samtene Revolution“ im Licht von Antonio Gramscis Kategorien der „società civile“. Berlin 1998, S. 12-24.

Political Theory“ des amerikanischen Sozialwissenschaftler-Ehepaares Andrew Arato und Jean Cohen den emanzipatorischen Zugang zum Konzept der Zivilgesellschaft in toto⁷³.

Arato und Cohen entwickeln in ihrer Studie ein Zivilgesellschaftskonzept, das sie als normatives, aber auch handlungsleitendes politisches Projekt verstehen. Da der theoretische Unterbau der Monographie die Kritische Theorie der Frankfurter Schule ist, definieren sie Zivilgesellschaft ähnlich wie Habermas:

„We understand ‚civil society‘ as a sphere of social interaction between economy and state, composed above all of the intimate sphere (especially the family), the sphere of associations (especially voluntary associations), social movements, and forms of public communication. Modern civil society is created through forms of self-constitution and self-mobilization. It is institutionalized and generalized through laws, and especially subjective rights, that stabilize social differentiation. (...) It is necessary and meaningful to distinguish civil society from both a political society of parties, political organizations, and political publics (in particular, parliaments) and an economic society composed of organizations of production and distribution, usually firms, cooperatives, partnerships and so one. Political and economic society generally arise from civil society, share some of its forms of organization and communication, and are institutionalized through rights (political rights and property rights especially) continuous with the fabric of rights that secure modern civil society. (...) Finally we want to stress that under liberal democracies, it would be a mistake to see civil society in opposition to the economy and state by definition. Our notions of economic and political society refer to mediating spheres through which civil society can gain influence over political-administrative and economic processes.“⁷⁴

Im Schaubild könnte man dieses Konzept folgendermaßen darstellen:



(Eigene Skizze)

Obwohl Habermas/Rödel/Dubiel und Frankenberg sowie Cohen/Arato die Zivilgesellschaft von der „ökonomischen“ und „politischen Gesellschaft“ abgrenzen, bleiben sie dennoch bei den hergebrachten Demokratie-Modellen für die politische Sphäre. Sie gehen von einem parlamentarischen demokratischen System nach westlichem Muster aus, das vor allem Menschen- und Bürgerrechte wie Versammlungs-, Vereinigungs- und Meinungsfreiheit garantiert.

Sie wollen die „politische Gesellschaft“ jedoch durch eine starke zivile Gesellschaft ergänzen, die durch die Öffentlichkeit den Staat kontrolliert und, durch ihr zugestandene politische Befugnisse, die Demokratisierung vorantreibt. Vorstellungen für die ökonomische Gesellschaft werden allerdings nicht ausformuliert.⁷⁵

⁷³ Vgl. Arato, Andrew; Cohen, Jean, Civil Society and Political Theory. London 1992.

⁷⁴ Arato/Cohen, S. IX,X.

⁷⁵ Vgl. Habermas, Faktizität und Geltung, S. 445 und Arato/Cohen S. 505-507)

Auch wenn der emanzipatorische Ansatz im Westen nicht der dominierende ist und der liberale Begriff die Diskussion bestimmt, hat er doch das größte Potential, um die Entwürfe und Konzepte der ost-mitteleuropäischen und ostdeutschen Oppositionellen zu beschreiben: Erstens, weil die Autoren sich explizit auf die ost-mitteleuropäischen Konzepte beziehen, und zweitens, weil auch die ost-mitteleuropäischen und ostdeutschen Oppositionellen die Sphäre der Zivilgesellschaft zumindest bis 1989 restriktiv von der „ökonomischen“ und „politischen Gesellschaft“ trennen und der durch Bürgerinitiativen und -bewegungen sowie einer unzensierten Öffentlichkeit charakterisierten Zivilgesellschaft aufgrund der Unterdrückung jedweder unabhängiger gesellschaftlicher Initiative oder unabhängiger Öffentlichkeit in den kommunistischen Gesellschaften große Bedeutung beimessen. Überdies hilft die eher schematische und normative Definition bei der Fokussierung auf die zivilgesellschaftlichen Entwürfe und Konzepte der ost-mitteleuropäischen und ostdeutschen Oppositionellen und hat idealtypischen Charakter.⁷⁶ Allerdings muß immer wieder überprüft werden, ob nicht einzelne Autoren in den zu betrachtenden Ländern andere Zivilgesellschaftskonzepte bevorzugen, die vielleicht den liberalen oder kommunitaristischen Definitionen nahekommen oder sie miteinbeziehen.

II. DIE DISKUSSIONEN ÜBER ZIVILGESELLSCHAFT IN OST-MITTELEUROPA

Um die Bedeutung und Tragweite der Debatten der ost-mitteleuropäischen Oppositionellen einschätzen zu können, werden nachfolgend die unabhängigen publizistischen Öffentlichkeiten und die Protagonisten der Diskussionen dargestellt, Darauf werden wir in chronologischer Reihenfolge (geordnet nach dem Beginn der Debatten) die Zivilgesellschaftsdiskussionen und Entwürfe in den einzelnen Ländern betrachten.

1. Der Raum der Diskussionen: unabhängige publizistische Öffentlichkeit (Samizdat)⁷⁷

1.1. Polen

Obwohl einzelne Ursprünge der unabhängigen Presse und Verlagsbewegung bis in die 60er Jahre zurückreichen⁷⁸, kam es erst im Zuge der Gründung des „Komitees für gesellschaftliche Selbstverteidigung“ (KOR)⁷⁹, der ersten unabhängigen Bürgerrechtsbewegung, zur breiten Entwicklung eines unabhängigen Presse- und Verlagswesens, das hinsichtlich der inhaltlichen Vielfalt und der Beteiligung intellektueller Prominenz in Ost-Mitteleuropa beispiellos blieb. Schon zu dieser Zeit erschienen fast regelmäßig 22 Informationsdienste und Zeitschriften⁸⁰. Die wichtigsten und mit der höchsten Auflage erscheinenden

Zu Konzept von Arato/Cohen vgl. zudem Arato/Cohen S. 4-8/19/20 und 492-563; Fein Matzke, S. 21-23; Thaa, S. 187-189; Klein, Ansgar, Politik als zivilgesellschaftliche Einflußnahme. Literaturbericht über Jean L.Cohen/Andrew Arato: „Civil Society and Political Theory“, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 1/94, S. 98-104.

⁷⁶ Zur idealtypischen Begriffsbildung vgl. Weber, Max, Die „Objektivität“ sozialwissenschaftlicher Erkenntnis (1904), in: ders., Soziologie – Universalgeschichtliche Analysen – Politik, hrsg. von Johannes Winckelmann, Stuttgart 1973, S. 233-244.

⁷⁷ Ein russ. Begriff, mit dem man in ganz Osteuropa und der DDR das unabhängige Informations-, Zeitschriften- und Verlagswesen bezeichnete.

⁷⁸ Für die Zeit vor 1976 vgl. Kwiatkowska, Jadwiga, Versuch, eine Bilanz über die unabhängigen Initiativen von Bürgern zu ziehen, in: Sozialistisches Osteuropakomitee, H. 38, 1979, S. 5-12

⁷⁹ Zur Gründung vgl. Holzer, Jerzy, Solidarität. Die Geschichte einer Gewerkschaft in Polen. München 1985, S. 89-97. Ausführliche Beschreibung in Kap II., 3.1.

⁸⁰ Vgl. Preibisz, Joanna M. ed., Polish Dissident Publications. An Annotated Bibliography. New York 1982.

Zeitschriften waren die Publikationen des KOR. Das Komitee veröffentlichte ein „Informationsbulletin“ und war Mitherausgeber des „Robotnik“ (Der Arbeiter), der in einer Auflage von bis zu 50.000 Exemplaren erschien⁸¹. Die Untergrundpresse Polens entwickelte sich nach kurzer Zeit zum Forum eines breiten pluralistischen Meinungsaustausches. Es entstand eine regelrechte Presselandschaft mit theoretisch-politischen und literarischen Zeitschriften, die zum Teil eng an einzelne politische Gruppierungen gebunden waren. Ausmaß und Bedeutung dieses Pressewesens reichten bald weit über die Dimensionen einer Infrastruktur oppositioneller Zirkel hinaus⁸². Dies zeigte sich besonders an der Herausbildung eines eigenen Verlagswesens⁸³.

Der polnische Samizdat veröffentlichte nicht nur einzelne von der Zensur betroffene Werke, sondern fungierte darüber hinaus als eigenständiges Forum einer kulturellen und politischen Selbstverständigung der Gesellschaft⁸⁴. Die Zulassung von Solidarnosc veränderte die Situation der kritischen publizistischen Gegenöffentlichkeit Polens dramatisch. Der überwiegende Teil der Publikationen konnte nun offen und legal erscheinen. Dies führte ab Herbst 1980 nicht nur zu einer Flut leicht zugänglicher Informationsbulletins, Bücher, Zeitungen und Periodika und damit zum vorläufigen Ende der Parteikontrolle über die Öffentlichkeit, sondern begünstigte auch die weitere Herausbildung einer politisch differenzierten Presselandschaft.

Bei den gewerkschaftseigenen Publikationen lassen sich zwei Kategorien unterscheiden: die unzensuriert erscheinenden, offiziell nur für den internen Gebrauch vorgesehenen Informations- und Diskussionsblätter zum einen, sowie die offen an Kiosken oder über Abonnements vertriebenen Tageszeitungen und Zeitschriften, welche einer allerdings abgeschwächten Zensur unterlagen (z.B. das zentrale Organ der Gewerkschaft, die von Tadeusz Mazowiecki geleitete Wochenzeitschrift „Tygodnik Solidarnosc“ und die beiden Tageszeitungen „Niezaleznosc“ (Unabhängigkeit) und „Wiadomosci dnia“ (Tagesnachrichten)). „Tygodnik Solidarnosc“ erreichte bis zum Herbst 1981 eine Auflage von einer Million, die beiden Warschauer Tageszeitungen 25.000 bzw. 12.000 Exemplare⁸⁵. Gegen Ende des Jahres 1981 konnte von einem staatlichen Informationsmonopol auch im Hinblick auf breite Bevölkerungsschichten keine Rede mehr sein. Sogar innerhalb der offiziellen Massenmedien verstärkten sich die Bestrebungen, unabhängig von Parteivorgaben nach journalistischen Kriterien zu arbeiten⁸⁶. Nach Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981 wurden die Publikationen von Solidarnosc verboten, und die offiziellen Medien kehrten weitgehend zur früheren, konformen Berichterstattung zurück. Trotz der Internierung von über 10.000 Gewerkschaftlern und anderen Oppositionellen und der Konfiszierung von Maschinen und Material gelang es dem Jaruzelski-Regime nicht, das Monopol über die öffentliche Sphäre zurückzugewinnen; zu gefestigt waren die Strukturen der unabhängigen publizistischen Öffentlichkeit.

⁸¹ Vgl. zur Gründung und Geschichte des KOR: Lipski, Jan Jósef, KOR, A History of the Worker's Defence Committee in Poland 1976-1981, Berkeley 1985 hier besonders S. 229.

⁸² Lipski spricht für 1979 von insgesamt 100.000 Kopien monatlich, vgl. Lipski, S. 305ff.

⁸³ Mitglieder des KOR gründeten z.B. den „Nowa“-Verlag und konnten bis 1980 fast 100 Titel veröffentlichen und zwei Literaturzeitschriften herausgeben, vgl. Hirsch, Helga, Bewegungen für Demokratie und Unabhängigkeit in Polen 1976-1980. Mainz 1985 S. 92, hier zitiert: Hirsch, Bewegungen.

⁸⁴ Vgl. Preibisz in der Einleitung zu ihrer Bibliographie.

⁸⁵ Vgl. Hirsch, Helga, Unabhängiges Publikationswesen in Polen 1976-1983, in: Osteuropa, 34. Jg., H. 7, 1984, S. 515-531 besonders S. 522f hier zitiert: Hirsch, Unabhängiges Publikationswesen, S. ...

⁸⁶ Vgl. Holzer, Jerzy, Solidarität. Die Geschichte einer Gewerkschaft in Polen. München 1985, S. 171, hier zitiert: Holzer, Solidarität.

Bereits in den ersten Tagen nach dem 13. Dezember 1981 erschienen wieder unabhängige Informationsdienste. Im August 1982 waren es landesweit 250 Titel⁸⁷. Die Konzentration zahlreicher Aktivisten auf den Erhalt einer unabhängigen Öffentlichkeit vereitelte jede „Normalisierung“ und verteidigte unter hohen Kosten einen öffentlichen Raum, der bald weiter gesteckt war als vor 1980⁸⁸. Nach der Generalamnestie von 1986 reduzierte das Jaruzelski-Regime seine Repressionen gegen die Untergrundpresse. Das endgültige Scheitern des Versuchs, ein Monopol über die öffentliche Meinung zurückzugewinnen, und den Beginn einer Politik des ideologischen Rückzugs der Partei, mit der die Partei die Unterstützung der Gesellschaft für die notwendigen ökonomischen Reformen gewinnen wollte, signalisierte schließlich 1987 die offizielle Publikationserlaubnis von „Res Publica“, einer wichtigen politisch-theoretischen oppositionellen Zeitschrift⁸⁹. Die Ausgrenzung der Oppositionellen als feindliche Gruppe war damit zunehmend unmöglich geworden. Entgegen der monopolistischen Restaurationsversuche der Partei unter dem Kriegsrecht und trotz der gelungenen organisatorischen Schwächung von Solidarnosc hatte sich in Polen ein pluralistisch strukturierter öffentlicher Raum schon vor 1989 erfolgreich weiterentwickelt.

1.2. Tschechoslowakei

Nach der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ und durch die restriktive Kulturpolitik des neuen kommunistischen Regimes entwickelte sich eine breitere unabhängige Öffentlichkeit in der Tschechoslowakei erst wieder mit der Gründung der Charta 77⁹⁰. Auch hier war ihr Ursprung eng mit dem öffentlichen Anprangern staatlicher Rechtsbrüche und Menschenrechtsverletzungen verbunden. Neben den Mitteilungen der Charta entwickelte sich jedoch sehr schnell ein breites Samizdatwesen, das bis 1989 überlebte und auch in Zeiten erhöhter Repression nicht wesentlich beeinflusst werden konnte⁹¹. Stärker als es in Polen mit dem KOR der Fall war, prägte die Charta 77 die entstehende Öffentlichkeit. Ihre Haupttätigkeit bestand in der Herausgabe von Dokumenten, Erklärungen und offenen Briefen an staatliche Stellen oder international bekannte Persönlichkeiten⁹². Bei der Verbreitung dieser Dokumente war die Charta auf westliche Funkmedien angewiesen. Die staatliche Kontrolle und der Monopolanspruch der kommunistischen Partei wurden in der Tschechoslowakei sehr viel rigoroser durchgesetzt als in Polen. Dies zeigte auch die unaufhörliche Verfolgung der Sprecher der Charta 77, durch die der Philosoph Jan Patocka zu Tode kam.

Im Grunde bestand ihre Hauptfunktion darin, die offizielle staatliche Sicht der Dinge mit kritischen Gegenpositionen zu konfrontieren. Die Öffentlichkeit, die so hergestellt wurde, war weit mehr als in Polen auf ihr Gegenüber, den Parteistaat, bezogen. Der Samizdat in der Tschechoslowakei umfaßte jedoch bald auch eine Vielzahl kultureller, geisteswissenschaftlicher und historischer Zeitschriften sowie ein eigenes Verlagswesen⁹³. Allein „Expedice“ (Sendung), einer von acht wichtigen Untergrundverlagen, brachte bis Mitte

⁸⁷ Vgl. Hirsch, Unabhängiges Publikationswesen, S. 528.

⁸⁸ Skilling zufolge sollen die unabhängigen Verlage allein im Jahre 1985 ungefähr 500 Titel publiziert haben. Vgl. Skilling, H. Gordon, Samizdat and an Independent Society in Central and Eastern Europe. Basingstoke 1989, S. 24 hier zitiert: Skilling, Samizdat.

⁸⁹ Vgl. Skilling, Samizdat, S. 213 und Kennedy, Michael D., The Intelligentsia in the Constitution of Civil Societies and Post-Communist Regimes in Hungary and Poland, in: Theory and Society 21, 1992, S. 29-76 hier S.57.

⁹⁰ Zur Gründung der Charta 77 vgl. Riese, Hans Peter, Bürgerinitiative für die Menschenrechte. Die tschechoslowakische Opposition zwischen dem „Prager Frühling“ und der „Charta 77“. Frankfurt/Main 1977 und Skala, Jan, Die CSSR: Vom Prager Frühling zur Charta 77. Berlin 1978 und Hoensch, Klaus, Geschichte der Tschechoslowakei. Stuttgart 1992, S. 193-195 hier zitiert: Hoensch, Tschechoslowakei, S.

⁹¹ Dazu Skilling, Samizdat, S. 26ff.

⁹² Vgl. Skilling, Samizdat, S. 47. Skilling nennt bis 1987 die Anzahl von 340 Dokumenten.

⁹³ Die Charakterisierung der wichtigsten Periodika findet sich bei Skilling, Samizdat, S. 28f.

1987 250 Titel heraus⁹⁴. Anders als in Polen waren die Auflagen von Periodika und Büchern jedoch gering. Da die oppositionellen Intellektuellen nicht in die Illegalität abgedrängt werden wollten, versuchten sie gar nicht erst, ein konspiratives Druck- und Verteilungssystem aufzubauen. Eine explizite Politisierung der unabhängigen publizistischen Öffentlichkeit setzte in der Tschechoslowakei im Herbst 1988 ein. Angesichts der politischen Entwicklungen in Polen und Ungarn bildeten sich nun Gruppen, die spezifische Forderungen erhoben und eigene Programme ausarbeiteten⁹⁵.

1.3. Ungarn

Unter ungarischen Intellektuellen war noch in der zweiten Hälfte der 70er Jahre umstritten, ob es angesichts der liberalen Kulturpolitik des Staates überhaupt einer unabhängigen Publizistik bedürfe. Eine Art ungarischen „Ur-Samizdat“ bildete dann die 1978 von Janos Kenedi herausgegebene Anthologie „Profil“, die auf nahezu 1000 getippten Seiten Texte enthielt, die von Verlagen und Redaktionen unter verschiedenen Vorwänden abgelehnt worden waren. Der endgültige Durchbruch im Aufbau eigener Periodika und Verlage gelang jedoch erst zu Beginn der 80er Jahre nach der Veröffentlichung des Bibó-Gedenkbandes⁹⁶. Kurz darauf (1981) wurde der erste unabhängige Verlag und die erste unabhängige Zeitschrift „Beszélő“ (Sprecher) gegründet⁹⁷.

Der AB-Verlag gab neben offiziell nicht erscheinender belletristischer Literatur vor allem geisteswissenschaftliche und politische Werke heraus⁹⁸. Das bevorzugte Aktionsfeld der Samizdat-Presse lag auch in Ungarn auf kulturellem Gebiet. Es wurden allerdings auch politische Perspektiven und Programme diskutiert. Diese Tendenz zur politischen Differenzierung der unabhängigen Öffentlichkeit in Ungarn muß allerdings auf den liberalen Charakter des Regimes zurückgeführt werden, anders als in Polen, wo dies die Stärke und gesellschaftliche Verankerung der Opposition reflektierte⁹⁹.

Skilling betont die zahlenmäßige Schwäche der Samizdatbewegung Ungarns. Er spricht von 50 bis 60 Aktivisten, ungefähr 200 Unterstützern und einigen tausend Lesern¹⁰⁰. Hinzu kommt, daß die unabhängige Öffentlichkeit weitgehend von der städtischen Intelligenz in Budapest getragen wurde. Aufgrund der weniger klaren Trennlinien zwischen inoffizieller und offizieller Kultur konnte die unabhängige Öffentlichkeit jedoch in erheblichem Ausmaß in die staatlich kontrollierten Bereiche hineinwirken. Die Samizdatliteratur und die Positionen der Oppositionellen wurden in der staatlich kontrollierten offiziellen Öffentlichkeit Ungarns nicht generell totgeschwiegen oder durch Feinderklärungen ausgegrenzt. Teilweise fanden in den Medien sogar ernsthafte Auseinandersetzungen mit der oppositionellen Kritik statt¹⁰¹.

⁹⁴ Vgl. Skilling, Samizdat, S. 31.

⁹⁵ Vgl. Thaa, Winfried, Die Wiedergeburt des Politischen. Zivilgesellschaft und Legitimitätskonflikt in den Revolutionen von 1989. Opladen 1996, S. 246.

⁹⁶ Zu Bibó vgl. Dalos, György, Archipel Gulasch. Die Entstehung der demokratischen Opposition in Ungarn. Bremen 1986, S. 71f, hier zitiert: Dalos, Archipel. Ausführlich zum Bibó-Band und seine Auswirkungen auf die oppositionellen Bewegung vgl. Kap. II., 3.3.

⁹⁷ Dazu Dalos, Archipel, S. 80/81 und Thaa, S. 220.

⁹⁸ Vgl. Demzky, Gábor, Die unverbrämte Wahrheit ist die Überwältigende des Samizdat, in: Paetzke, H.-H., Hg. Andersdenkende in Ungarn. Frankfurt/Main 1986, S. 164, der für das Jahr 1982 von 35 verlegten Titeln spricht.

⁹⁹ Vgl. Thaa, S. 248.

¹⁰⁰ Skilling, Samizdat, S. 35.

¹⁰¹ Vgl. Dalos, Archipel, S. 81/82. Zur Beschreibung der Entwicklung des ungarischen Samizdat ist die Veröffentlichung von Dalos, Archipel Gulasch am aufschlußreichsten.

1.4. Fazit

Durch die verschieden stark ausgeprägten unabhängigen Öffentlichkeiten in den Ländern Ost-Mitteleuropas waren die Diskussionsmöglichkeiten der Oppositionellen über die Konzeption einer zivilen Gesellschaft unterschiedlich und teilweise stark eingeschränkt. Zudem wurden die bedeutendsten Werke der über die Grenzen der ost-mitteleuropäischen Länder hinaus bekannten zivilgesellschaftlichen Theoretiker meist erst im Ausland veröffentlicht, um dann über illegale Wege in die jeweiligen Länder eingeführt zu werden. Daher werden zum Beispiel die Entwürfe für eine Zivilgesellschaft in Polen deutlicher und konkreter sein als in der Tschechoslowakei, wo keine breite Diskussion in einer wenigstens zeitweise unzensurierten Öffentlichkeit, wie 1980/1981 in Polen, stattfinden konnte. Durch die Marginalität der ungarischen oppositionellen Szene wird es schwer werden, die Diskussionen nachzuzeichnen. Zudem setzten die Oppositionellen in Ungarn durch die eher liberale Zensurpolitik andere Schwerpunkte.

2. Die Diskussionen (1976-1989/90)

2.1. Polen

Polen kann als „Vorreiterland“ angesehen werden. Hier diskutierten die Oppositionellen schon seit den frühen 1970er Jahren über zivilgesellschaftliche Fragestellungen. Schon 1981 spricht Michnik in Bezug auf die Gründung der Solidarnosc-Gewerkschaft von der Rekonstruktion einer „société civile“¹⁰².

In Polen entwickelten sich nach der Niederschlagung des „Prager Frühlings“, die eine Zäsur im politischen Denken der Oppositionellen hervorrief, und der Unterdrückung der polnischen 68er Bewegung, bis zur Ausrufung des Kriegsrechts und des Verbots von Solidarnosc (13.12.1981) in drei Schritten zwei zivilgesellschaftlich orientierte Konzepte. Diese wurden dann seit der Generalamnestie in 1986 und der Freilassung der führenden Oppositionellen¹⁰³ in einer vierten Diskussionsphase fast vollständig von anderen Transformationskonzepten abgelöst¹⁰⁴.

Die Diskussionen wurde im Wesentlichen innerhalb der Gruppe der „linken“ oppositionellen Intellektuellen geführt, die sich aus früheren Mitgliedern der revisionistischen Bewegung und der überwiegend studentischen Oppositionsgeneration der „68er“ zusammensetzte. Integrationsfiguren dieser Gruppe waren Adam Michnik¹⁰⁵ und Jacek Kuron¹⁰⁶. Sie entwarfen auch die grundlegenden zivilgesellschaftlichen Konzepte. Aber auch einzelne katholische Intellektuelle, die bis 1975 überwiegend der neo-positivistischen Bewegung angehörten, trugen seitdem zur Schärfung der Definition bei¹⁰⁷.

¹⁰² Vgl. Michnik, Ein Jahr Solidarnosc, S. 55.

¹⁰³ Vgl. Kennedy, S. 57.

¹⁰⁴ Zur Phaseneinteilung vgl. auch Fein, Elke; Matzke, Sven, Zivilgesellschaft. Konzept und Bedeutung für die Transformationen in Osteuropa. (=Arbeitspapiere des Osteuropainstituts der Freien Universität Berlin, H 7) Berlin 1997, S. 27-34.

¹⁰⁵ Adam Michnik (geb. 1946), Historiker, einer der herausragenden Studentenführer der polnischen 68er Bewegung, KOR Mitbegründer, Solidarnosc-Berater, 5 Jahr in Haft, Parlamentsabgeordneter 1989, Chefredakteur der bekanntesten liberalen Zeitung „Gazeta Wyborcza“. Zur Person vgl. Kahlweit, Cathrin, Architekten des Umbruchs, Die Erben Gorbatschows: 85 Politiker des neuen Ost-Europa in Porträts. Frankfurt/Main 1993, S. 224-231.

¹⁰⁶ Jacek Kuron (geb. 1934), Historiker, kam aus der revisionistischen Bewegung, 5 Jahre in Haft, Mitbegründer des KOR, Solidarnosc-Berater, 1989 Mitglied des Runden Tisches und Parlamentsabg.. Vgl. Kahlweit, S. 212-216.

¹⁰⁷ Die Revisionisten und Neo-Positivisten glaubten den Kommunismus an sich noch reformieren zu können. Die beiden Oppositionsströmungen hatten eine lange politische Tradition in Polen. Entstanden waren sie im Zuge der revolutionären Ereignisse des Jahres 1956. Michnik charakterisierte die Ziele der beiden Bewegungen in seinem Manifest „Der Neue Evolutionismus“ sehr anschaulich: „Wenn man die Metapher von der UDSSR als der ‚Kirche‘ und

Die Positionen dieser Gruppe charakterisieren die konzeptionellen Entwürfe von Tadeusz Mazowiecki¹⁰⁸. Im Gegensatz dazu diskutierten die nationalistischen Traditionen verbundenen Oppositionellen kaum über das Konzept. Sie gründeten zwar in der politischen Aufbruchsstimmung der 70er Jahre unabhängige Bürgerrechtsbewegungen, wie 1977 die Bewegung zur Verteidigung der Menschen- und Bürgerrechte (ROPCzIO), die sich Ende 1978 in die Bewegung junges Polen (RMP) und die Konföderation für ein unabhängiges Polen (KPN) aufspaltete, beriefen sich allerdings bis auf die KPN in ihrem Programm vom Juni 1979 mit dem Titel „Revolution ohne Revolution“ nicht auf ein zivilgesellschaftliches Oppositionskonzept. Den nationalistischen Regimekritikern ging es in erster Linie um die nationale Souveränität, oftmals sogar im chauvinistischen Verständnis des Begriffs. Nach dem Umsturz wollten sie eine elitär-pluralistische Demokratie mit einer liberalen Marktwirtschaft nach westlichem Muster aufbauen. Eine Weiterentwicklung des angestrebten westlichen liberalen Verständnisses von Staat und Gesellschaft durch das Konzept der gesellschaftlichen Selbstverwaltung und die Propagierung einer neuen demokratischen Gesellschaftsorganisation, die die Zivilgesellschaft in den Mittelpunkt stellte, war nicht beabsichtigt¹⁰⁹. Die Arbeiter zeigten ihre oppositionelle Haltung bis zur Gründung von Solidarnosc vorwiegend durch spontanen aktiven Widerstand, d.h. durch Streik. Sie diskutierten bis dahin kaum über theoretische Konzepte oder Oppositionsstrategien¹¹⁰.

Die erste Phase (1970/71-76)

Die Intervention der Truppen des Warschauer Paktes in der Tschechoslowakei und die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ sowie die Unterdrückung der im Zuge der Aufbruchsstimmung aufgeflammt Studentenproteste (1968) und des Arbeiterstreiks (1970) in Polen provozierten eine Zäsur im politischen Denken der oppositionellen Bewegung. Die Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki (1975) und die Verfassungsdiskussion (1975), die eine weitere Annäherung an die UDSSR vorsah, verstärkten diese Tendenz¹¹¹. Die hier entstandene tiefe Kluft zwischen dem kommunistischen Staat und der oppositionellen Bewegung konnte auch die neue Regierung unter dem Parteivorsitzenden Gierek (1970) nicht mehr

der marxistischen ideologischen Doktrin als der ‚heiligen Schrift‘ verwendet, so könnte man sagen: Der Revisionismus blieb den ‚Schriften‘ treu, interpretierte sie aber auf seine eigene Weise, während der Neopositivismus der ‚Kirche‘ treu blieb, während er auf das mehr oder minder rapide verschwinden der Schrift hoffte.“ (Vgl. Michnik, Adam, *Der Neue Evolutionismus* (1976), in: Helga Hirsch, (Hg.), *Adam Michnik, Polnischer Frieden, Aufsätze zur Konzeption des Widerstands*, Berlin 1985, S. 40-55, hier: S. 41, hier zitiert: Michnik, *Neuer Evolutionismus*, S.... .) Beide Strömungen hofften auf einen aufgeklärten Führer innerhalb der kommunistischen Partei, der Reformen anregte und durchführte. (Zu den beiden oppositionellen Strömungen vgl. auch Geremek, *Civil Society*, S. 266; Michnik, *Neuer Evolutionismus*, S. 40-47; Rupnik; Jacques, *Dissent in Polen, 1968-1978, The End of Revisionism and the Rebirth of Civil Society*, in: Tökés, Rudolf L. (ed.), *Opposition in Eastern Europe*. London 1979, S. 60-113 hier S. 62-68; Thaa, S. 173 und 197; Holzer, S. 30ff; Hirsch, *Bewegungen*, S. 13-25.

¹⁰⁸ Tadeusz Mazowiecki (Geb 1927), Jurist, Chefredakteur verschiedener katholischer Zeitungen, 1961-1971 Parlamentsabg., Solidarnosc-Berater, Chefredakteur der Solidarnosc-Zeitung „Tygodnik Solidarnosc“, 1989 Mitglied des Runden Tisches, Parlamentsabg., Ministerpräsident. Zur Person vgl. Kahlweit, S. 217-223.

¹⁰⁹ Vgl. die Einschätzung durch Büscher, B. u.a., (Hg.), *Solidarnosc – Die polnische Gewerkschaft „Solidarität“ in Dokumenten, Diskussionen und Beiträgen*, Köln 1983, S. 50/51 hier zitiert: Büscher, *Solidarnosc*. Zu diesen Bürgerinitiativen siehe Hirsch, *Bewegungen*, S. 59-77, Rupnik, S. 90/91 u. 102/103 oder Holzer, S. 97-100; Arato, *Civil Society*, S. 69.

¹¹⁰ Bis auf eine Ausnahme in der Streiksaison 1970, in der Arbeitervertretungen einige politische Forderungen, wie direkte Wahl unabhängiger Arbeitervertretungen, aufstellten. Vgl. Rupnik, S. 69-74.

¹¹¹ Vgl. Michnik, *Neuer Evolutionismus*; Ost, S. 49-53; Thaa, S. 210; Rupnik, S. 78-80; Mackenbach, Werner (Hg.), *Das KOR und der „polnische Sommer“*. Analysen, Dokumente und Interviews 1976-1981. Hamburg 1982, S. 16-18; Hirsch, *Bewegungen*, S. 13-21.

überbrücken, obwohl es – bedingt durch westliche Kredite – durch ökonomische Reformen in den 70er Jahren zu einem kurzen ökonomischen Aufschwung und kulturellen „Tauwetter“ kam¹¹².

Der grundlegende theoretische Text, der die Umorientierung der „linken“ Oppositionellen kennzeichnete, wurde von dem Philosophen Leszek Kolakowski, einem der bekanntesten früheren Revisionisten, 1971 im Exil veröffentlicht¹¹³. In seinen „Thesen über Hoffnung und Hoffnungslosigkeit“ fordert er die Abkehr vom Glauben an eine Reform durch die Nomenklatura der Partei. Kolakowski entzieht dem Kommunismus die Existenzberechtigung¹¹⁴. Er bekennt sich aber noch zum Sozialismus, in dem die Gesellschaft allerdings als Kontrolleur der Macht im Mittelpunkt steht.

„Hätte sie die Freiheit der Wahl, würde sich wahrscheinlich die Mehrheit der polnischen Arbeiterklasse und Intelligenz für den Sozialismus entscheiden: für Sozialismus, das heißt für einen souveränen nationalen Organismus, dessen Voraussetzung die Kontrolle der Gesellschaft über die Verwendung und Entwicklung der Produktionsmittel, über die Verteilung des Nationaleinkommens und über den Verwaltungs- und politischen Apparat ist, einem Apparat, der als Organ der Gesellschaft funktioniert, nicht aber als Herr, dem die Gesellschaft zu dienen hat; für einen Organismus, der Freiheit der Information und Kommunikation, politischen Pluralismus und Vielfalt der Formen des gesellschaftlichen Eigentums voraussetzt.“¹¹⁵

Wenn man von der Terminologie absieht, kann schon hier ein zivilgesellschaftliches, nicht mehr staatszentriertes oppositionelles Denken erkannt werden. In späteren oppositionellen Veröffentlichungen wird auch der Begriff Sozialismus nicht mehr genutzt, und die gesellschaftliche Selbstorganisation tritt in den Mittelpunkt der Diskussion.

Ein Sozialismus dieser Art könnte nach Kolakowski geschaffen werden, wenn die Gesellschaft sich wieder ihrer Würde und ihrer Selbst bewußt wird und zum Aussprechen der Wahrheit zurückkehrt¹¹⁶. Schon hier spielte der Begriff „Wahrheit“ und der moralische Ratschlag, doch zur Wahrheit zurückzukehren, eine große Rolle im politischen Denken von Kolakowski. In ganz Ost-Mitteuropa werden später die moralischen Kategorien Wahrheit, Würde und der Wunsch nach einer gesellschaftlichen Kommunikation ohne Schutzlügen als Voraussetzung für alle oppositionellen Konzepte genannt. Der Schlüsselbegriff „Gesellschaft“ (*Spoleczenstwo*), auf den die überwiegende Mehrzahl aller nun folgenden Abhandlungen rekurrierte, hat eine lange politische Tradition in Polen. Schon vor der ersten Teilung Polens wurden weite Teile der Gesellschaft nicht durch den Staat, sondern durch den Adel (*Schlachta*) verwaltet. Der ausgebildete Adelsparlamentarismus und die weitgehende Selbstverwaltung der einzelnen *Wojewodschaften* (Gemeinden) hatte anhaltende Wirkung im Staatsverständnis der Polen¹¹⁷.

¹¹² Vgl. Reinhardt, Klaus, Polen 1977 – Gierek, ein zweiter Husak?, S. 257-269 und Rupnik, S. 74-78 sowie Holzer, Solidarität, S. 30-41 u. 74/75; Thaa, Politik, S. 201/202 und Schmidt-Rösler, Polen, S. 228-231.

¹¹³ Zu Kolakowski und der Umorientierung der Opposition in Polen siehe auch Hirsch, Bewegungen, 106-112 wie auch Michnik, Neuer Evolutionismus, S. 42; Lee, S. 115-120, Ost, S. 58-64; Kennedy, S. 32f; Thaa, S. 195-198; Bernhard, Michael, Civil Society and Democratic Transition in East Central Europe, in: Political Science Quarterly, Vol. 108 No. 2, 1993, S. 307-325, hier besonders S. 312/313 sowie im allgemeinen und zu seiner Person, Gesine Schwan, Leszek Kolakowski – Ein religiöser Narr und konservativ-liberaler Sozialist, in: Gesine Schwan (Hg.), Leszek Kolakowski, Narr und Priester - Ein philosophisches Lesebuch, Frankfurt/Main 1987, S. 375-407.

¹¹⁴ „Die internationale kommunistische Bewegung hat aufgehört zu existieren. Auch die Idee des Kommunismus hat aufgehört zu existieren.“ Kolakowski, Leszek, Ist der bürokratische Sozialismus reformierbar? Thesen über Hoffnung und Hoffnungslosigkeit (org. 1971), in: Gesine Schwan (Hg.), Leszek Kolakowski, Narr und Priester, Ein philosophisches Lesebuch, Frankfurt/Main 1987, S. 286/287 hier zitiert: Kolakowski, Thesen.

¹¹⁵ Kolakowski, Thesen, S. 286

¹¹⁶ Vgl. Kolakowski, Thesen, S. 283; 286 und 291.

¹¹⁷ Hahn, Dichotomie, S. 8-10; Lee, Kyu-Young, Zivilgesellschaft als Ansatzpunkt für den Umbruch der sozialistischen Systeme in Ostmitteleuropa? Das Beispiel Polen. Frankfurt/Main 1994, S. 162/163 und Garton Ash, Timothy, The Polish Revolution. Solidarity 1980-82. London 1983, S. 231, hier zitiert: Garton Ash, Solidarity.

Am Ende des 19. Jahrhunderts entwarf der polnische Anarchist Edward Abramowski ein politisches Programm, das den Staat völlig durch autonome gesellschaftliche Organisationen ersetzen sollte. Sein Ziel war es, die von den Polen als Unterdrückungsapparate empfundenen staatlichen Strukturen der Deutschen und Russen durch gesellschaftliche Selbstorganisationen abzuwehren und kontinuierlich aufzulösen.

„Überall dort, wo gemeinsame Bedürfnisse bestehen oder aufkommen – nach Verbesserung der Lebensbedingungen, Schutz der Gesundheit, öffentlicher Sicherheit, nach Kultur und Bildung, geistiger oder moralischer Natur – überall dort sollen Vereinigungen entstehen, die diese gemeinsamen Interessen in ihre Hände nehmen und gerade dadurch für die Menschen staatliche Aktivitäten auf diesem Gebiet entbehrlich machen. Den Staat kann man nur mit Hilfe von Vereinigungen eliminieren. (...) Deshalb ist auch die Bildung irgendwelcher Vereinigungen, auch wenn sie keinerlei revolutionäre Ziele haben, sondern nur gesellschaftlich nützliche Aufgaben erfüllen, in sich selbst ein höchst umstürzlerisches und für die Revolution bedeutendes Faktum (...).“¹¹⁸.

Auch in der kurzen Zeit der polnischen Republik wurde die Tradition der gesellschaftlichen Selbstorganisation weitergetragen¹¹⁹. Und besonders in der nationalsozialistischen Besatzungszeit durch den Aufbau des sogenannten „Untergrundstaats“, der faktisch auf Selbstorganisation und Freiwilligkeit beruhte, weiter gefördert und ausgebaut. Durch den mit Ausnahme der Zeit zwischen 1918-1939 fast ununterbrochenen Besatzungsstatus bedeutete politische Aktivität und soziales Engagement für mehrere Generationen von Polen beinahe ausschließlich Betätigung im nicht-staatlichen, gesellschaftlichen Bereich¹²⁰. In den zivilgesellschaftlichen Diskussionen der 70er und 80er Jahre können deutliche Anleihen bei Abramowski und Bezugnahmen auf die Erfahrungen der Mitglieder des „Untergrundstaates“ in der nationalsozialistischen Besatzungszeit sowie auf die Adelsdemokratie gefunden werden¹²¹.

Die späteren Entwürfe der oppositionellen Intellektuellen des KOR oder der Solidarnosc unterscheiden sich allerdings in einem wesentlichen Punkt deutlich vom Programm Abramowskis. Kolakowski, Kuron, Michnik oder Mazowiecki wollten nie den Staat durch die Selbstorganisation der Gesellschaft vollständig auflösen, sondern eine starke selbstverwaltete Zivilgesellschaft, d.h. intermediäre Sphäre, die einen demokratischen Staat als rechtlichen Ordnungsrahmen behält¹²².

Die zweite Phase (1976-1980)

Die zweite Phase der Diskussion begann mit der Gründung der ersten offen auftretenden Bürgerrechtsbewegung KOR (Komitee zur Verteidigung der Arbeiter) am 23.9.1976 und währte bis zur Danziger Vereinbarung (31. August 1980)¹²³. In dieser Phase wurden die grundlegenden theoretischen Ansätze für eine aufzubauende Zivilgesellschaft entwickelt und eine Institutionalisierung der gesellschaftlichen Selbstorganisation vorangetrieben.

¹¹⁸ So zitiert bei Hahn, Dichotomie, S. 24 und Lee, S. 218.

¹¹⁹ Vgl. Hahn, Dichotomie, S. 27.

¹²⁰ Dazu Hahn, Dichotomie, S. 25-29.

¹²¹ Zur Tradition der gesellschaftlichen Selbstorganisation in Polen siehe Hahn, Dichotomie der ganze Artikel bes. aber S. 20-24; Lee, S. 163-165 und 215-220; Fehr, Helmut, Unabhängige Öffentlichkeit und soziale Bewegungen. Fallstudien über Bürgerbewegungen in Polen und der DDR. Opladen 1996, S. 81/82 hier zitiert: Fehr, Öffentlichkeit; Garton Ash, Solidarity, S. 230-232. Auch Geremek bezieht sich noch 1989 auf Abramowski, vgl. Geremek, Civil Society, S. 269. Auch im Programm des 1981 gegründeten Klubs für eine selbstverwaltete Republik, vgl. Dok. 27 bei Büscher, Solidarnosc, S. 252-258 wird Bezug auf die Abramowski-Tradition genommen, und auch Adam Michnik bezieht sich in seinen Texten auf Abramowski.

¹²² Vgl. Lee, S. 219 siehe auch die Äußerungen Kolakowskis zur Bedeutung des Staates in der Diskussion (Wieder-) Aufbau der Civil Society, in: Transit 1, 1990, S. 128.

¹²³ Vgl. Kemp-Welch, A. (ed.), The Birth of Solidarity – The Gdansk Negotiations, 1980, Oxford 1983, S. 143ff.

Ideelle Unterstützung erfuhren die polnischen Oppositionellen 1977 durch die Unterzeichnung der UNO Menschenrechtskonvention¹²⁴, und durch die Wahl des Krakauer Erzbischofs Karol Wojtila zum Papst (1978) in Rom. Besonders sein erster Besuch in Polen (Juni 1979) gab den oppositionellen Kräften Selbstvertrauen. Bei seinem Besuch forderte der Papst die polnische Gesellschaft öffentlich auf, ihre Würde wiederzufinden und ein Leben in Wahrheit zu führen. Damit unterstützte er die Forderungen der oppositionellen Intellektuellen um Kolakowski¹²⁵.

Ein großer Schritt zur Institutionalisierung und Weiterentwicklung der neuen Oppositionsstrategie war die Gründung des „Komitees zur Verteidigung der Arbeiter“ (KOR) am 23. September 1976, welches sich 1977 in „Komitee zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung“ umbenannte und seine Stoßrichtung nun auch im Namen deutlich machte¹²⁶. Oppositionelle Intellektuelle um Jacek Kuron hatten die brutale Niederschlagung eines Arbeiterprotestes in Ursus/Radom (1976) zum Anlaß genommen, das Komitee einzuberufen.

Die führenden Mitglieder und erfahrenen oppositionellen Intellektuellen aus dem „linken“ Milieu, Adam Michnik und Jacek Kuron, bestimmten weitgehend die politische Orientierung des KOR¹²⁷. Beide entwickelten die programmatischen Äußerungen Abramowskis und Kolakowskis weiter und begründeten mit ihren Ideen ein Verständnis von zivilgesellschaftlicher Organisation, welches in seinen Grundzügen bis in die Transformationsphase (1988/1989) Bestand hatte.

Adam Michnik veröffentlichte sein grundlegendes Manifest „Der Neue Evolutionismus“ 1976 in Frankreich. Darin entzieht er den schon erwähnten oppositionellen Strömungen der Revisionisten und Neo-Positivisten die Existenzberechtigung und fordert eine Umorientierung der oppositionellen Intellektuellen. Im Mittelpunkt des „Neuen Evolutionismus“ stand der Aufbau unabhängiger gesellschaftlicher Organisationen und einer unabhängigen Öffentlichkeit. Bei der Ausweitung der gesellschaftlichen Selbstorganisation sollte jedoch immer der Grundsatz der Selbstbeschränkung gelten. Die Initiativen sollten zwar die Freiräume für eine Zivilgesellschaft vergrößern, aber niemals die politischen Machtverhältnisse in Polen radikal in Frage stellen, sondern auf langsame Veränderungen bauen¹²⁸. Er schildert die neue Art der oppositionellen Arbeit als „unablässigen Kampf für Reformen, zugunsten einer Evolution, die zu einer Ausdehnung der bürgerlichen Freiheiten und die Respektierung der Menschenrechte führen wird.“¹²⁹ Zur Durchführung dieses Programmes riet er den oppositionellen Intellektuellen, ihre Stimmen mit denen der Arbeiter und der Kirche zu vereinigen und ein gesamtgesellschaftliches Bündnis zu gründen¹³⁰. Wie Kolakowski nennt auch Michnik die Rückbesinnung auf ein Leben in Wahrheit und Würde als Grundvoraussetzung für diese neue Oppositionsstrategie.

¹²⁴ Vgl. Holzer, S. 77-79.

¹²⁵ vgl. Holzer, S. 79-82; Kennedy, S. 38; Thaa, S. 259.

¹²⁶ Zur Gründung und Entwicklung des KOR vgl. vor allem Mackenbach, Werner (Hg.), Das KOR und der „polnische Sommer“. Analysen, Dokumente und Interviews 1976-1981. Hamburg 1982 aber auch Fehr, Öffentlichkeit, S. 74-88; Lipski, Jan Józef, KOR, A History of the Worker's Defence Committee in Poland 1976-1981, Berkeley 1985, Holzer, Solidarität, S. 89-97; Lee, besonders S. 246-251; Zielonka, Jan, Die Bewegung der gesellschaftlichen Selbstverteidigung in Polen (KSS-KOR), in: Osteuropa, 2/1986, S. 91-110.

¹²⁷ Vgl. Mackenbach, S.39.

¹²⁸ Vgl. Michnik, Neuer Evolutionismus, S. 48-50.

¹²⁹ Michnik, Neuer Evolutionismus, S. 48.

¹³⁰ Vgl. Michnik, Neuer Evolutionismus, S. 54.

Die Konzeptionen von Jacek Kuron waren schon politischer und genauer. Sein Programm des „offenen organisierten Protestes“¹³¹ und der „selbstbeschränkten Revolution“, welches er in der Abhandlung „Gedanken zu einem Aktionsprogramm“ (1977) entwirft, hat den Aufbau einer ausgeprägten zivilen Gesellschaft mit starken sozialen Bewegungen und eine unabhängige Öffentlichkeit in Abgrenzung zum kommunistischen Staat zum Ziel¹³². Als Fernziel und als Rahmen für eine zivile Gesellschaft strebt er einen demokratischen Staat mit parlamentarischen und basisdemokratischen Entscheidungsprozessen an¹³³.

Die Programmentwürfe Michniks und Kurons sind die einflußreichsten Äußerungen in der Diskussion über eine zukünftige Zivilgesellschaft. Sie bestimmten die weitere programmatische Diskussion¹³⁴. Beide gingen zu diesem Zeitpunkt davon aus, daß die innen- und außenpolitische Situation Polens nicht veränderbar war und entwickelten ihre Konzepte daher immer in Bezug auf den Einparteienstaat. Sie lehnten jede nicht auf die gesellschaftliche Selbstorganisation beschränkte Zielsetzung ab. Entwürfe für die „politische Gesellschaft“ wurden von ihnen nur dezent vorgetragen. Es wird allerdings deutlich, daß sie eine parlamentarische Demokratie anstrebten. Michnik bezeichnet in der Rückschau diese Strategie als antipolitisch und bezieht sich auf die Oppositionsentwürfe von Václav Havel und György Konrád¹³⁵:

„So entstand die politische Idee, die Institution einer Bürgergesellschaft aufzubauen, die unabhängig vom totalitären Staat ist (KOR), die Idee einer ‚antipolitischen Politik‘ – nach György Konráds bekannter Formulierung – oder einer Politik, die auf die Macht der Machtlosen beruht, wie Václav Havel es definierte“¹³⁶.

Die Vorbilder für Michniks „Neuen Evolutionismus“ und Kurons Programm der „Selbstbeschränkten Revolution“ waren nationale politische Traditionen, wie die Ideen der polnischen Intellektuellen am Beginn des 20. Jahrhunderts (z.B. Abramowski, Brzozowski)¹³⁷. Sie stellten selbst keine Bezüge zu westeuropäischen Zivilgesellschaftstheoretikern her, obwohl vor allem Michnik durch seinen Frankreichaufenthalt (1976/1977) und durch die Veröffentlichung des Aufsatzes „Neuer Evolutionismus“ in der in Paris erscheinenden polnischen Emigrantenzeitschrift „Kultura“ keine Rücksicht auf die staatliche Zensur nehmen mußte¹³⁸.

Auch die Gruppe der Neo-Positivisten, vorwiegend katholische Intellektuelle, löste sich in dieser Zeit von ihren staatsorientierten Reformprogrammen¹³⁹. Der endgültige Bruch der oppositionellen katholischen Intellektuellen mit der kommunistischen Führung wurde durch die Verfassungsdebatte (1975)¹⁴⁰ vollzogen. Jetzt konnte vor allem ihr herausragender Kopf, Tadeusz Mazowiecki, der schon 1961 die Annäherung der

¹³¹ Kuron, Jacek, Gedanken zu einem Aktionsprogramm (1976), in: J. Pelikan/M. Wilke (Hg.), Menschenrechte: Ein Jahrbuch zu Osteuropa, Hamburg 1977, S. 279 hier zitiert: Kuron, Aktionsprogramm.

¹³² Vgl. Kuron, Aktionsprogramm, S. 280-283.

¹³³ „Ich möchte deutlich machen, daß ich selbst in einem parlamentarischen System für direkte Demokratie wäre und mich an jeder Bewegung beteiligen würde, die deren Einführung erwarten ließe.“ Kuron, Aktionsprogramm, S. 277/278.

¹³⁴ Vgl. das erste Programm des KOR, an dem Kuron und Michnik entscheidend mitgewirkt haben. Vgl. Mackenbach, Dok. 10, S. 86-88.

¹³⁵ Vgl. Konrad, Antipolitik und Havel, Versuch in der Wahrheit zu leben. Reinbek 1980.

¹³⁶ Michnik, Adam, Ethik und Politik (1989), in: ders., Der lange Abschied vom Kommunismus. Reinbek 1992, S. S. 198 hier zitiert: Michnik, Ethik und Politik.

¹³⁷ Vgl. Michnik, Neuer Evolutionismus, S. 54.

¹³⁸ Die ideelle Beeinflussung Michniks in Frankreich durch westeuropäische Denker kann hier nicht nachvollzogen werden. Zu den beiden Programmen vgl. auch Thaa, S. 195 und 208; Fehr, Polen, S. 81 Büscher, S. 19-23; Rupnick, S. 61, 97-101; Kennedy, S. 29-36; Ost, S. 67-70; Lee, S. 120-126; Skilling, Samizdat, S. 180/181.

¹³⁹ Vgl. Michnik, Neuer Evolutionismus und Büscher, S. 24, Rupnik, S. 86-92.

¹⁴⁰ Die Regierung wollte eine noch engere Bindung an die UDSSR und die Festschreibung der Vormachtstellung der kommunistischen Partei durchsetzen. Vgl. Kennedy, S. 37, Hirsch, Bewegungen, S. 21-25, 33-39 und 127, Michnik, Neuer Evolutionismus.

beiden oppositionellen Lager gefordert hatte¹⁴¹, als Moderator eines Integrationsprozesses zwischen den „Linken“ und der katholischen oppositionellen Intelligenz fungieren. Mazowiecki verband religiöse Werte mit den zivilgesellschaftlichen Forderungen des KOR und erweiterte damit das Verständnis einer aufzubauenden intermediären Sphäre. Er öffnete den oppositionellen Syntheseprozess, der half, alle Oppositionsbewegungen unter dem Dach der Solidarnosc zu vereinen. Vor allem die beiden Referate¹⁴², die Mazowiecki 1977 auf einer Tagung des Warschauer „Klubs der Katholischen Intelligenz“ zum Thema „Der Christ und die Menschenrechte“ hielt, versuchten, die Konzepte der beiden oppositionellen Strömungen zusammenzuführen. Er fordert eine Umorientierung der Programme der katholischen oppositionellen Intellektuellen. Sie sollten nicht mehr nur beim Staat die Einhaltung der Menschenrechte einfordern, sondern sich gleichzeitig stärker am Aufbau einer unabhängigen gesellschaftlichen Infrastruktur, respektive zivilen Gesellschaft, beteiligen¹⁴³. Dazu führt Mazowiecki aus:

„Ich denke, daß (...) dieser Prozeß der Einforderung der Menschen- und Bürgerrechte auf zwei Ebenen stattfindet. Die erste Ebene ist die des Protests: Hier wird Mißbrauch und Unterdrückung dieser Rechte demaskiert und die Einhaltung der Menschenrechte gefordert. Auf der zweiten Ebene wird etwas geschaffen, was man als gesellschaftliche Infrastruktur der Menschenrechte ansehen kann (...).“ Er stellt allerdings fest, daß die katholischen Intellektuellen „die Arbeit am Aufbau jener gesellschaftlichen Infrastruktur nicht genügend schätzen. Dabei gehört auch diese Arbeit zum Kampf für die Menschen- und Bürgerrechte, für die Identität und die Kultur der Nation, für die Stärke der Gesellschaft.“¹⁴⁴

Die beiden Lager der oppositionellen Intellektuellen hatten sich damit bis 1980 soweit angenähert, daß einer institutionellen Zusammenführung mit den streikenden Arbeitern, wie sie von Michnik gefordert wurde, im Zuge der dramatischen Ereignisse des Streiks in der Danziger Werft nichts mehr im Wege stand. Gerade das KOR unterstützte sehr früh die Streikbewegung, und Jacek Kuron wie auch Adam Michnik waren in Beratergremien der Streikenden zusammen mit den katholischen oppositionellen Intellektuellen um Mazowiecki tätig.¹⁴⁵

Die dritte Phase (1980/81)

Die dritte Phase der programmatischen Entwicklung in Polen kennzeichnet die institutionelle Zusammenführung der oppositionellen Gruppen sowie der wichtigsten oppositionellen Intellektuellen (Michnik, Kuron und Mazowiecki) unter dem Dach von Solidarnosc und die damit einhergehende endgültige Ausformung des Programmes für eine „Selbstverwaltete Republik“. In diesen Programmen treten allerdings Arbeiterselbstverwaltungsvorstellungen und „Dritte Weg“-Utopien in den Vordergrund. Mit der Unterzeichnung des Danziger Vertrags (31. August 1980) und der offiziellen Registrierung der Solidarnosc (10. November 1980) war erstmals im kommunistischen Ost-Mitteuropa eine unabhängige selbstverwaltete Gewerkschaft offiziell registriert und vertraglich abgesichert¹⁴⁶.

¹⁴¹ Vgl. Luks, Zur Rolle des polnischen Katholizismus nach 1956: Programme und Politik, Frankfurt/Main 1989 S. 95-131.

¹⁴² Vgl. Mazowiecki, Tadeusz, Christentum und Menschenrechte (1977), hier zitiert: Mazowiecki, Christentum und Menschenrechte, S. ... und „Menschenrechte als Aufgabe des einzelnen Christen“, in: ders., Partei nehmen für die Hoffnung. Über Moral in der Politik. Freiburg 1990

¹⁴³ Vgl. Mazowiecki, Christentum und Menschenrechte, S. 146-148.

¹⁴⁴ beide Zitate in: Mazowiecki, Menschenrechte als Aufgabe jedes einzelnen Christen, S. 146. Zur Kirche und der katholischen Intelligenz zwischen 1976 und 1980 vgl. Fehr, Öffentlichkeit, S. 82 und Hirsch, Bewegungen, S. 119-134 zu Mazowiecki besonders 127/128; Büscher, S. 24.

¹⁴⁵ Vgl. Mackenbach, S. 28-39, Büscher, S. 25-35.

¹⁴⁶ Zum Danziger Vertrag und zur Entstehung der „Solidarnosc“ vgl. Büscher 29-35 und 44-49 sowie darin die Dokumente 1 und 3 (Danziger Abkommen und Statut der Unabhängigen Selbstverwalteten Gewerkschaft „Solidarnosc“) aber auch Holzer, S. 110-161 und Garton Ash, Solidarity, S. 41-116.

Michnik sprach nun sogar von der Rekonstruktion der *société civile*¹⁴⁷. Auch in dieser Massenorganisation¹⁴⁸ mit neun bis zehn Millionen Mitgliedern hatten Kuron und Michnik großen Anteil an der programmatischen Ausrichtung und waren in leitenden Positionen in den Programmräten tätig. Nun zeigten sich allerdings erstmals eindeutige programmatische Unterschiede in den Konzeptionen¹⁴⁹. In seinem Vortrag „Was wir wollen und was wir können?“ im November 1980 orientierte sich Michnik nun an westlichen Vorbildern. Er propagierte den spanischen Weg zur Demokratie (*Transición*) als erstrebenswertes Vorbild für Polen: „Wenn ich ein Vorbild für den polnischen Weg suchen sollte, so wäre es der spanische Weg (...).“¹⁵⁰.

Nähme man den spanischen Weg als Vorbild ernst, würde er zu einer pluralistischen Demokratie mit (sozialer) Marktwirtschaft nach westlichem Vorbild führen.¹⁵¹ Kuron dagegen schlug, wie schon 1977, einen anderen Weg vor. In seinem Aufsatz „Wie weiter?“ (1980)¹⁵² stellt er die Selbstorganisation der Gesellschaft in den Vordergrund und sieht als Fernziel eine parlamentarische Demokratie mit direkten Entscheidungsprozessen. Er fordert die Selbstorganisation auf allen Ebenen der Gesellschaft und nun auch die Wiedereinführung der Arbeiterselbstverwaltung¹⁵³. Beide gingen weiterhin von einem Einparteiensystem aus und verwahrten sich gegen die Forderungen einzelner Fraktionen, radikaler aufzutreten und Parteien zu gründen. Michnik und noch eindeutiger Kuron setzten dagegen auf die Ausformung einer Zivilgesellschaft in Opposition zum Staat, die dem Staat in weite Bereiche der Gesellschaft das Zugriffsrecht verweigerte. Michnik sah die Ausweitung der gesellschaftlichen Selbstverwaltung und den Aufbau einer zivilen Gesellschaft als Schritt zur parlamentarischen Demokratie nach spanischem Muster, Kuron wohl eher als Grundorganisation der jetzigen und der zukünftigen demokratischen Gesellschaft nach einem möglichen Sturz des kommunistischen Staates.

Auf dem ersten großen Kongreß der *Solidarnosc*-Gewerkschaft im September 1981 versuchte die Programmkommission von *Solidarnosc*, alle Konzepte gesellschaftlicher Selbstorganisation zusammenzuführen. Die programmatischen Forderungen gingen nun in ihrer Radikalität über die Entwürfe des KOR, vor allem über diejenigen von Michnik, und der katholischen oppositionellen Intellektuellen hinaus. Der durch Bronislaw Geremek¹⁵⁴ geleitete Programmrat entwarf, zurückgehend auf Forderungen von Jacek Kuron, das Konzept einer „selbstverwalteten Republik“¹⁵⁵. Hier entwickelte sich das radikalste und wahrscheinlich auch utopischste Selbstverwaltungskonzept in Ost-Mitteleuropa, das vor allem im ökonomischen Teil eher einer „Dritten Weg“-Theorie das Wort redet. Das staatliche Zugriffsrecht auf die Gesellschaft sollte soweit wie möglich zurückgedrängt werden. Wo es möglich war, sollten Bürgerinitiativen oder andere freie Vereinigungen die vormals vom Staat übernommenen Aufgaben durchführen. Lokale und

¹⁴⁷ Vgl. Michnik, Ein Jahr *Solidarnosc*, S. 55-63 hier S. 55.

¹⁴⁸ Zu *Solidarnosc* im allgemeinen siehe vor allem Holzer, *Solidarität*; Ost, *Solidarity* und Garton Ash, *Solidarity* sowie Pelczynski, Z.A., *Solidarity and „The Rebirth of Civil Society“ in Poland, 1976-81*, in: Keane, John (Hg.), *Civil Society and the State. New European Perspectives*. London 1988, S. 361-381 sowie die gesamte Abhandlung von Staniszkis, J., *Poland's Self-Limiting Revolution*. Hrsg. v. J.T. Gross, Princeton 1984.

¹⁴⁹ Vgl. die Unterscheidung der Ziele von Michnik und Kuron bei Arato, *Civil Society*, S. 68/69.

¹⁵⁰ Michnik, Adam, Was wir wollen und was wir können (1980), in: Helga Hirsch, (Hg.), Adam Michnik, *Polnischer Frieden, Aufsätze zur Konzeption des Widerstands*, Berlin 1985, S. 30 hier zitiert: Michnik, Was wir wollen. Dazu auch ders., *Ethik und Politik*, S. 201. Zu Spanien siehe Bernecker, Walther L.; Corlado Seidel, Carlos, Hg., *Spanien nach Franco. Der Übergang von der Diktatur zur Demokratie 1975-1982*, (=Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Bd. 67, 1993).

¹⁵¹ Zu Michnik vgl. Lee, S. 222/223; Kennedy, S. 37/38 und Büscher, S. 20/21.

¹⁵² Vgl. Kuron, Jacek, *Wie weiter?* (1980), in: Büscher, S. 75-82 hier zitiert: Kuron, *Wie weiter?*

¹⁵³ Vgl. Kuron, *Wie weiter*, S. 75-82.

¹⁵⁴ Bronislaw Geremek (geb. 1932), bekannter Historiker, lebte einige Jahre in Paris und in den USA, bis 1968 Mitgl. der kommunistischen Partei, *Solidarnosc*-Berater, 1989 Mitglied des Runden Tisches und Parlamentsabg.. Zur Person vgl. Kahlweit, S. 345.

regionale Selbstverwaltungen waren daher angedacht. Sogar karitative Organisationen, soziale Versorgung und die Verwaltung von Wohnsiedlungen sollten teilweise durch Bürgerinitiativen und gesellschaftliche Selbstverwaltung übernommen werden¹⁵⁶. Die gesellschaftliche Selbstverwaltung sollte in der „ökonomischen Gesellschaft“ das bestimmende Element sein. In der selbstverwalteten Republik würden die staatlichen Großindustriunternehmen durch die Arbeiterselbstverwaltung geführt werden¹⁵⁷. Für die „politische Gesellschaft“ war das Fernziel der Aufbau einer parlamentarischen Demokratie mit unabhängiger Justiz, Öffentlichkeit und freier Meinungsäußerung. Solidarnosc stand allerdings vor der schwierigen Aufgabe, nur Teilforderungen formulieren zu können, welche die „führende Rolle der Partei“ in der Staatsverwaltung nicht in Frage stellen durften. Aus diesem Grund forderte sie keine Neuwahlen und Pluralisierung des Sejms, obwohl das Programm diese Ziele suggeriert¹⁵⁸. Das Konzept einer selbstverwalteten Republik, in der der Staat nur noch als rechtlicher Rahmen auftrat und sogar die Staatsunternehmen in gesellschaftliches Eigentum übergehen sollten, unterschied sich eindeutig vom Entwurf einer zivilen Gesellschaft nach spanischem Vorbild, welches zum Beispiel von Adam Michnik vertreten wurde und teilweise auch im eher moderaten Konzept Kurons.

Mit den radikalen Forderungen des Programmes von Solidarnosc übertrat die Bewegung trotz der versuchten Selbstbeschränkung die Schwelle zur direkten Konfrontation mit der kommunistischen Regierung. Am 13. Dez. 1981 geschah dann auch das Unvermeidliche; die Regierung rief den Ausnahmezustand aus und verbot die Gewerkschaft. Die Führer wurden verhaftet und die Organisation sowie der Diskussionsprozeß in die Illegalität gedrängt¹⁵⁹. Erst ab 1986 – im Zuge der Entspannungsbemühungen des kommunistischen Regimes und der Generalamnestie für Solidarnoscmitglieder – diskutierte man erneut ausgiebig und differenziert öffentlich über den Aufbau einer zivilen Gesellschaft. Bis dahin blieb die Untergrundbewegung den Zielen des Programmes von Solidarnosc (1981) treu¹⁶⁰.

Die vierte Phase (1986-1989)

In der vierten Diskussionsphase von der Amnestie führender Oppositioneller der Solidarnosc-Bewegung (1986) bis zu den ersten freien Wahlen im Juni 1989 kam es zu einem Paradigmenwechsel in der Diskussion über den Aufbau einer Zivilgesellschaft. In seinem Verlauf wurden das von Solidarnosc entworfene Programm und sogar die eher gemäßigten Programme von Adam Michnik und Jacek Kuron fast vollständig durch Transformationskonzepte abgelöst; sie stellten die Entwicklung hin zur parlamentarischen Demokratie ohne eine starke selbstverwaltete Zivilgesellschaft und mit einer Marktwirtschaft nach westlichem Muster in den Mittelpunkt. Nun wurden auch offen Konzepte vertreten, die eine Ablösung des kommunistischen Systems einplanten. Dieser Paradigmenwechsel wurde außenpolitisch durch den Amtsantritt Gorbatschows unterstützt, der den innenpolitischen Machtverlust der kommunistischen Partei beschleunigte¹⁶¹. Nun kam es zur Ausdifferenzierung und Pluralisierung der politischen oppositionellen Landschaft, welche die Partei nicht

¹⁵⁵ Vgl. Büscher, S. 245-251.

¹⁵⁶ Vgl. These 2 und 12 im Programm der freien und selbstverwalteten Gewerkschaft Solidarnosc, in Büscher, Dok. 37, S.302 und 309 vgl. Garton Ash, Solidarity, S. 238/39.

¹⁵⁷ Vgl. These 5 im Programm der freien und selbstverwalteten Gewerkschaft Solidarnosc, in Büscher Dok. 37, S. 304.

¹⁵⁸ Vgl. das gesamte Programm von Solidarnosc bei Büscher, Dok. 37, S. 296-332. Dazu auch Lee, S. 250-262. Pelczynski, S. 375-378, Kennedy, S. 40/41 und Büscher, S. 245-250, Holzer, Solidarität, S. 329-355.

¹⁵⁹ Vgl. Ash, Solidarity, S.244-283, Holzer, Solidarität, S. 387-416, Lee, S. 253-262, S.149-160.

¹⁶⁰ Vgl. die vorläufige Programmklärung der Untergrundkommission von Solidarnosc von 1981 das Dok. 51 bei Büscher, S. 401-405 und Karpinski, Jakub, Polish Intellectuals in Opposition, in Problems of Communism Vol XXXVI, no. 4, (July-August 1987), S. 44-58.

mehr verhinderte. Da jedoch die Gewerkschaft Solidarnosc nicht legalisiert wurde, bildeten sich neue Gruppen. Lech Walesa gründete 1987 das „Bürgerkomitee bei Lech Walesa“. 1988 wurden dann weitere politische Klubs und Initiativen gegründet. Obwohl nun verbreitet der Begriff „Zivilgesellschaft“ in der polnischen Diskussion genutzt wurde¹⁶², sprach man nicht mehr ausschließlich von dem zwischen 1970 und 1981 entwickelten Konzept. In die Terminologie der Diskussionen flossen immer eindeutiger liberale „westliche“ Sichtweisen des Begriffes ein. Schließlich diskutierte man im „Westen“ zur gleichen Zeit und angeregt durch die Erfolge der Solidarnosc-Bewegung ausgiebig über das theoretische Konzept einer Zivilgesellschaft¹⁶³. Die überwiegende Mehrzahl der von uns betrachteten oppositionellen Intellektuellen füllte den Begriff konkret nun mit liberaler westlicher Zivilgesellschaftsprogrammatik, die Zivilgesellschaft oftmals gleichsetzt mit pluralistischen repräsentativen Demokratien, mit einer (sozialen) Marktwirtschaft, in denen Vereinigungsfreiheit herrscht¹⁶⁴.

Die Programmpunkte des Entwurfes für eine „Selbstverwaltete Republik“ wurden kaum noch diskutiert. Die Mehrzahl der führenden Solidarnosc-Intellektuellen wandelte sich, bedingt durch die ökonomische Misere und durch den gleichzeitig zu vollziehenden Umbau der Gesellschaft sowie durch den Wegfall des Einparteiensystems, zu Wirtschaftsliberalen¹⁶⁵. Ein durch eine starke Zivilgesellschaft ergänztes demokratisches System war nicht mehr im Gespräch.¹⁶⁶ Auch die moralischen, teilweise aus der christlichen Tradition hervorgehenden Komponenten des früheren Begriffsverständnisses wurden durch pragmatische Transformationskonzepte abgelöst. Das Leben in Wahrheit und Würde oder der aufzubauende Bürgersinn als Grundvoraussetzung für eine Zivilgesellschaft waren nicht mehr auf der öffentlichen Agenda¹⁶⁷. Das beste Beispiel für die Umorientierung der führenden oppositionellen Intellektuellen der Solidarnosc-Bewegung sind die Äußerungen von Geremek, immerhin der frühere Leiter der programmatischen Arbeitsgruppe der Solidarnosc. Er bezeichnet zwar den Aufbau einer Zivilgesellschaft als erstrebenswertes Ziel, bezieht sich nun jedoch eindeutig auf Dahrendorfs liberale Definition einer Zivilgesellschaft¹⁶⁸.

¹⁶¹ Vgl. Thaa, S. 249.

¹⁶² Vgl. Geremek, Civil Society 1989; Michnik, Adam, The Promise of a Civil Society, in: Times Literary Supplement, 19. Februar 1988, hier zitiert: Michnik, Civil Society.

¹⁶³ Vgl. Michalski, Krzysztof (Hg.), Europa und Civil Society. (Castelgandolfo-Gespräche 1989). Stuttgart 1991 sowie die Kurzzusammenfassung der Diskussion bei Brumlik, Michael, Was heißt „Zivile Gesellschaft“? Versuch, den Pudding an die Wand zu nageln, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 36, Heft 8 (1991), S. 987-993 Vgl. auch Kap. I., 4.3.

¹⁶⁴ Definitionen dieser Art finden wir bei Gellner, Ernest, Bedingungen der Freiheit. Die Zivilgesellschaft und ihre Rivalen. (org. London 1994) Stuttgart 1995, Shils, Edward, Was ist eine Civil Society? in: Krzysztof Michalski (Hg.), Europa und die Civil Society, (=Castelgandolfo - Gespräche, 1989), Stuttgart 1991, S. 13-52. Vgl. auch Kap. I., 4.3.

¹⁶⁵ Vgl. Arato, Civil Society, S. 110-126 und Offe, Claus, Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. Demokratisierung und Marktwirtschaft in Osteuropa, in: Merkur, 45. Jg., S. 279-292.

¹⁶⁶ Vgl. Geremek, Civil Society 1989; Michnik, Adam, Civil Society, 1988; Mazowiecki, Tadeusz, Chancen der Civil Society in Mitteleuropa, in: Ingrid Czechowski (Hg.), Drei Meilen vor dem Anfang. Reden über die Zukunft, Leipzig 1998. Dazu auch Tatur, Melanie, Zur Dialektik der „Civil Society“ in Polen, in: Deppe; Dubiel; Rödel, Demokratischer Umbruch, S. 234-254 und Deppe; Dubiel; Rödel, Einleitung, S. 16 sowie Ost, David, The Transformation of Solidarity and the Future of Central Europe, in: Telos 79, Spring 1989, S. 69-94.

¹⁶⁷ Vgl. Fehr, Helmut, Das Konzept der Zivilgesellschaft als ost-mitteleuropäische Alternative, in: Hans Misselwitz, Dieter Segert (Hg.), Rückkehr nach Europa? Die geistig-politische Dimension des ostmitteleuropäischen Umbruchprozesses seit 1989, Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung 1997, S. 70/71, hier zitiert: Fehr, Zivilgesellschaft.

¹⁶⁸ Vgl. Geremek, Civil Society, S. 264-273 hier 272 und das Konzept von Dahrendorf, welches er ausführlich entwickelt in Dahrendorf, Ralf, Die gefährdete Civil Society, in: Krzysztof Michalski (Hg.), Europa und die Civil Society, (=Castelgandolfo - Gespräche, 1989), Stuttgart 1991, S. 247-63 und in seiner Abhandlung „Betrachtungen über die Revolution in Europa in einem Brief der an einen Herrn in Warschau gerichtet ist“. Siehe Dahrendorf, Ralf, Betrachtungen über die Revolution in Europa in einem Brief der an einen Herrn in Warschau gerichtet ist. Stuttgart 1990. Vgl. auch die Ausführungen in Kap. I., 4.3.

Die einzigen zivilgesellschaftlichen Forderungen, die noch diskutiert wurden, waren die sozialen und lokalen Selbstverwaltungsvorstellungen. Für Mazowiecki war noch 1988 die lokale Selbstverwaltung ein kompromißlos durchzusetzender Eckpunkt des Zivilgesellschafts-konzeptes¹⁶⁹. Auch in der Rückschau hebt er die lokale und sogar regionale Selbstverwaltung als erstrebenswerte und weiterhin zu verfolgende Ziele hervor¹⁷⁰. Kuron war der einzige führende Intellektuelle, der sich nur bedingt von den basisdemokratischen und Selbstverwaltungszielen des früheren Programmes abwendete. 1986 empfahl er weiterhin den Aufbau einer unabhängigen Gesellschaft mit starker Selbstverwaltung¹⁷¹. Und 1993 stellte Kuron vor allem die Ideen der sozialen Selbstverwaltung und karitativen Bürgerinitiativen wie auch das Stiftungswesen als Grundorganisation der polnischen Gesellschaft auf lokaler Ebene in den Vordergrund¹⁷².

Dieser Paradigmenwechsel schlug sich auch in der Verfassungsdiskussion und in den Verhandlungen am Runden Tisch nieder. Auch hier ging es nicht mehr um die Einbeziehung oder Förderung der zivilen Gesellschaft. Erst 1997 wurde eine neue Verfassung diskutiert. Es kam zu einem heftigen Streit über den Verfassungsentwurf, der noch nicht einmal die Dezentralisierung des Verwaltungsaufbaus förderte und damit auch die letzte noch verbliebene Forderung des zivilgesellschaftlichen Konzeptes nicht mit einbezog. Dennoch wurde der Entwurf ohne Veränderungen am 2. April 1997 verabschiedet und die Frage der Dezentralisierung und der Förderung des Subsidiaritätsprinzips in ein späteres Gesetzesverfahren verschoben.¹⁷³

2.2. Tschechoslowakei

In der Tschechoslowakei begann die weniger ausgeprägte, aber für die ost-mitteleuropäische Zivilgesellschaftsdiskussion wichtige Debatte durch die hohe Repressivität des kommunistischen Regimes erst mit der Gründung der Charta 77¹⁷⁴. Im Mittelpunkt standen hier aufgrund der eher schwachen Arbeiterbewegung, die anders als in Polen kein herausfordernder Faktor für die programmatischen Überlegungen der oppositionellen Diskussionen war, eher theoretische Entwürfe, oftmals auch philosophische Fragen einer neuen Gesellschaftsorganisation, jedoch kaum politische Programme. Die im Vergleich zu Polen wenig streik- und diskussionsfreudige Arbeiterschaft in der Tschechoslowakei schuf keine Voraussetzungen, die zu einer Gewerkschaftsbewegung wie Solidarnosc geführt hätten und damit auch keine zeitweise zensurfreie Öffentlichkeit, die ausgiebige Debatten ermöglicht hätte¹⁷⁵. Die tschechoslowakische oppositionelle Bewegung wurde weitgehend dominiert von den oppositionellen Intellektuellen, die in einem äußerst repressiven Staat debattieren mußten, der auch vor der Verhängung

¹⁶⁹ Vgl. Fehr, Öffentlichkeit, S. 165.

¹⁷⁰ Vgl. Mazowiecki, Chancen, S. 16.

¹⁷¹ Vgl. Kuron, Jacek, Wir dürfen diese Chance nicht verpassen, in: Gegenstimmen Nr. 26/7Jg. Winter 1986, S. 2-4.

¹⁷² Vgl. Kuron, Jacek, Soziale Gerechtigkeit als soziale Bewegung, in Transit, H. 6, Herbst 1993, S. 6-25. Zu den einzelnen Oppositionsgruppen zwischen 1987 und 1989 siehe auch Smolar, Aleksander, Die polnische Opposition, in: A. Smolar; P. Kende, Die Rolle oppositioneller Gruppen am Vorabend der Demokratisierung in Polen und Ungarn (1987-1989), Köln 1989, S. 5-65 und Skilling, Samizdat, S. 208-218.

¹⁷³ Vgl. Ziemer, Klaus, Die Konsolidierung der polnischen Demokratie in den neunziger Jahren, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6-7/98, S. 29-38. Zur Veränderung der politischen Kultur vgl. auch Mildenerberger, Markus, Zwischen Konsens und Polarität. Zur Entwicklung der politischen Kultur in Polen, in: Ebenda, S. 39-49.

¹⁷⁴ Zur Anfangszeit der Charta 77 vgl. besonders Skala, Jan, Die CSSR: Vom Prager Frühling zur Charta 77. Berlin 1978, S. 24-45; Skilling, H. Gordon, Charter 77 and Human Rights in Czechoslovakia. London 1981, S. 18-23 hier zitiert: Skilling, Charta 77. Riese, Hans Peter, Bürgerinitiative für die Menschenrechte. Die tschechoslowakische Opposition zwischen dem „Prager Frühling“ und der „Charta 77“. Frankfurt/Main 1977, S. 33-39.

¹⁷⁵ Vgl. Hoensch, Klaus, Geschichte der Tschechoslowakei. Stuttgart 1992, S. 165-212, hier zitiert: Hoensch, Tschechoslowakei.

langer Haftstrafen bei relativ nichtigen Anlässen nicht zurückschreckte¹⁷⁶. Der Begriff „Zivilgesellschaft“ wurde in der tschechoslowakischen Diskussion schon 1985 genutzt¹⁷⁷.

Von 1977 bis 1988/89 standen allerdings die Begriffe „Paralelni Polis“ (Vaclav Benda) oder ähnlich wie in Polen „Gesellschaftliche Selbstverwaltung“ (Petr Uhl) im Mittelpunkt der Diskussionen. In der Tschechoslowakei können nur zwei Diskussionphasen abgegrenzt werden: Einmal der Zeitraum von der Gründung der Charta 77 (1. Januar 1977)¹⁷⁸, bis zur Gründung des „Bürgerforums“ am 19.11.1989, das alle relevanten oppositionellen Kräfte unter einem Dach zusammenführte¹⁷⁹. Hier entwickelten sich drei ganz verschiedene zivilgesellschaftlich orientierte Demokratisierungskonzepte in Abgrenzung zum kommunistischen Staat. Zum anderen ist die Transformationsphase von der Gründung des „Bürgerforums“ 1989 bis zu den ersten freien Wahlen im Juni 1990 zu nennen. In dieser Zeit büßten diese zivilgesellschaftlichen Entwürfe jedoch an Integrationskraft ein. „Im Mainstream des Bürgerforums setzte sich (nun, PW) schrittweise eine stark „rechts“ gefärbte neoliberale Ideologie durch“¹⁸⁰, die oftmals nicht nur das Konzept, sondern auch den Begriff „Zivilgesellschaft“, respektive „Civil Society“, ablehnte¹⁸¹.

Die Diskussionen wurden bis 1989 im Wesentlichen innerhalb der politisch heterogenen Bürgerrechtsbewegung Charta 77 geführt. Hier können drei politische Strömungen unterschieden werden, die teilweise eigene zivilgesellschaftliche Konzepte entwickelten: Zum einen die „linken“ bürgerrechtlich orientierten oppositionellen Intellektuellen, die Václav Havel¹⁸² anführte, zum zweiten die christlich-nationalen oppositionellen Intellektuellen, deren einflußreichster Zivilgesellschaftstheoretiker Václav Benda¹⁸³ war, und die eher sozialistischen Kräfte, deren Vordenker Petr Uhl¹⁸⁴ war. Die Entwürfe dieser drei oppositionellen Intellektuellen bestimmten die programmatische Diskussion innerhalb der Charta 77.

Die erste Phase (1977-1989)

Im Gegensatz zu Polen scheiterte die reformkommunistische Politik in der Tschechoslowakei nicht am innerparteilichen Widerstand, sondern wurde durch eine Intervention von außen gewaltsam beendet. Daher sahen viele, die sich der neostalinistischen Normalisierungspolitik unter Husak¹⁸⁵ nicht beugen wollten, im

¹⁷⁶ Václav Havel war zwischen 1977 und 1989 5 Jahre im Gefängnis, vgl. Kriseova, Eda, Vaclav Havel. Dichter und Präsident. Berlin 1991, S. 80.

¹⁷⁷ Vgl. Hejdanek, Prospects for democracy and socialism in eastern Europe, in: Havel, Václav et al., Power of the Powerless. London 1985, S. 149, hier zitiert Havel, Power of the Powerless und Dienstbier Jiri, in Skilling, Civic Freedom in Central Europe, Voices from Czechoslovakia. Basingstoke 1991, S. 57, hier zitiert: Skilling, Civic Freedom.

¹⁷⁸ Vgl. zur Gründungsgeschichte der Charta vor allem Skilling, Charta 77, S. 7-63.

¹⁷⁹ Zur Gründung des Bürgerforums vgl. Hoensch, Tschechoslowakei, S. 212/213; Wheaton, Bernhard, Kavan, Zdenek, The Velvet Revolution, Czechoslovakia, 1988-1991. Boulder 1992, S. 23-39; Horsky, Vladimir, Die sanfte Revolution in der Tschechoslowakei 1989. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 14, Köln 1990, S. 24/25 und Kriseová, S. 246-266.

¹⁸⁰ Sabata, Jaroslav, Probleme des Sozialstaats und Aspekte der Zivilgesellschaft, in: Jürgen Herda; Adolf Trägler (Hg.), Tschechien, der ferne Nachbar, Politik, Wirtschaft und Kultur nach 1989, Regensburg 1999, S. 123-130 hier S. 125.

¹⁸¹ Vgl. Václav Klaus in: Havel, Václav & Václav Klaus, Rival Vision (Ein Gespräch), in: Journal of Democracy, Vol. 7, No. 1, 1996, S. 13-23 bes. S 18, hier zitiert: Rival Visions.

¹⁸² Václav Havel (geb. 1936), Schriftsteller und Theaterautor aus bürgerlichen Hause, Regimekritiker seit 1968, Mitbegründer der Charta 77, 6 Jahre Haft, 1989 Mitbegründer des Bürgerforums und Präsident der CSFR. Zur Person vgl. Kriseová, S. 275-282 sowie Skilling, Samizdat, S. 131-136.

¹⁸³ Václav Benda (geb. 1946), Philosoph und Mathematiker, Charta 77 Mitgl., Sprecher der Charta 77, 4 Jahre Haft, 1990 Gründer der Christlich-Demokratischen Partei. Zur Person vgl. Kahlweit, S. 257-260.

¹⁸⁴ Petr Uhl (geb. 1941), Diplomingenieur, Dozent an der technischen Hochschule Prag, trotzistisch beeinflusst, 9 Jahre Haft, Charta Mitgl. Zur Person vgl. biographische Notiz im Gegenstimmenartikel Uhl, Petr, 17 Thesen, in: Gegenstimmen, Nr. 0, April 1980, S. 7-29 und Skilling, Samizdat 1989, S. 146/147. Zu den Strömungen vgl. Palme, Imma, 10 Jahre Charta 77, in: Gegenstimmen, Nr. 26 / 7 Jg., 1986, S. 9/10 und Skilling, Charta 77, S. 43-54.

¹⁸⁵ Zur Normalisierungspolitik vgl. Hoensch, Tschechoslowakei, S. 171-193; Simecka, Milan, The Restoration of Order. The Normalization of Czechoslovakia 1969-1976. London 1984 und Skala, S. 47-106.

Aktionsprogramm der kommunistischen Partei vom April 1968 weiterhin die Grundlage ihres politischen Selbstverständnisses. So bildeten noch Anfang der 70er Jahre Reformkommunisten die bestimmende Kraft innerhalb der marginalen oppositionellen Bewegung. Diskreditiert wurden sie allerdings durch die harte Repressionspolitik des Regimes und die ambivalente, bisweilen an stalinistische Unterwerfungsrituale erinnernde Haltung prominenter Reformkommunisten gegenüber der Sowjetunion und dem neuen Kurs der Parteiführung, vor allem aber das Verhalten Alexander Dubceks, der Symbolfigur des „Prager Frühlings“. Dubcek hatte schon im September 1969 seine Verbundenheit mit dem neuen Kurs der Partei erklärt und eine wichtige Rolle bei der Beschwichtigung des anhaltenden Widerstands der Bevölkerung gespielt¹⁸⁶.

Zur Schwächung der reformkommunistischen Kräfte führten die demoralisierenden Folgen einer derartigen, vermeintlich politisch „verantwortungsvollen“ Haltung, die Václav Havel bereits im Sommer 1969 kritisierte¹⁸⁷, aber vor allem die Erfolge der „Normalisierungspolitik“. Ihr gelang es, die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung zu entpolitisieren. All diese Faktoren begünstigten indirekt die Umorientierung der oppositionellen Intellektuellen auch in der Tschechoslowakei. Am Beginn des neuen Selbstverständnisses der regimekritischen Kräfte in der Tschechoslowakei stand allerdings, anders als in Polen, nicht die Entdeckung der Gesellschaft als politisches Subjekt einer neuen oppositionellen Strategie. Die meist nichtkommunistischen oppositionellen Intellektuellen, die Mitte der 70er Jahre die Initiative ergriffen, diagnostizierten vielmehr eine moralische Krise der Gesellschaft¹⁸⁸. Bürgersinn und die ethische Verpflichtung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und in der Zivilgesellschaft standen daher zuerst im Mittelpunkt der Überlegungen. Ermuntert durch das Beispiel der oppositionellen Bewegung in Polen, insbesondere aber durch die Bestätigung und Veröffentlichung der von der tschechoslowakischen Regierung unterzeichneten Schlußakte von Helsinki in der Sammlung der Gesetze der Tschechoslowakei am 23.10.1976¹⁸⁹, gründete diese heterogene Gruppe von oppositionellen Intellektuellen die Charta 77. Im Gründungsstatut heißt es:

„Charta 77 ist eine freie informelle und offene Gemeinschaft von Menschen verschiedener Überzeugungen, verschiedener Religionen und verschiedener Berufe, verbunden durch den Willen, sich einzeln und gemeinsam für die Respektierung der Bürger- und Menschenrechte in unserem Land und der Welt einzusetzen - jener Rechte, die dem Menschen von beiden kodifizierten internationalen Pakten, von der Abschlußakte der Konferenz von Helsinki, von zahlreichen weiteren internationalen Dokumenten gegen Krieg, Gewaltanwendung und soziale und geistige Unterdrückung zugestanden werden und die zusammenfassend von der ‚Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte‘ der UN zum Ausdruck gebracht werden.“¹⁹⁰

Die Charta 77 verstand sich als apolitische Bürgerrechtsbewegung und wollte gegenüber der staatlichen Repression die Einhaltung der Menschenrechte einklagen und zum Dialog in einer unzensurierten Öffentlichkeit aufrufen. Dies machte sie in ihrem ersten Manifest deutlich:

„Charta 77 ist keine Basis für oppositionelle politische Tätigkeit. Sie will dem Gemeininteresse dienen wie viele ähnliche Bürgerinitiativen in verschiedenen Ländern des Westens und des Ostens. Sie will also nicht

¹⁸⁶ Vgl. Skala, S. 78f.

¹⁸⁷ Vgl. Havel, Václav, Brief an Alexander Dubcek (1969) in: ders., Am Anfang war das Wort, Reinbek 1990, S. 9-32

¹⁸⁸ Vgl. Havel, Brief an Husak (1975), in: ders., Am Anfang war das Wort, Reinbek 1990, S. 52 und Thaa, S. 210. Zu den oppositionellen Bewegungen vom Prager Frühling bis zur Gründung der Charta 77 vgl. Emtmann, Anette, Zivilgesellschaft zwischen Revolution und Demokratie. Die „samtene Revolution“ im Licht von Antonio Gramscis Kategorien der „società civile“. Berlin 1998, S. 153-159; Kusin, Vladimir V., Challenge of Normalcy. Political Opposition in Czechoslovakia 1968-1977, in: Tökés, Rudolf, Opposition in Eastern Europe. Oxford 1979; 26-60; Hoensch, Tschechoslowakei, S. 186-193; Skala, S. 96-106.

¹⁸⁹ Vgl. Manifest der Charta 77, in: Millard, Männer und Mächte hinter der Charta 77, S. 82, hier zitiert: Manifest der Charta 77.

¹⁹⁰ Manifest der Charta 77, S. 86.

eigene Programme politischer oder gesellschaftlicher Reformen oder Veränderungen aufstellen, sondern in ihrem Wirkungsbereich einen konstruktiven Dialog mit der politischen und staatlichen Macht führen (...).“¹⁹¹

Die Charta veröffentlichte Dokumente, die auf Menschen- und Bürgerrechtsverletzungen in der Tschechoslowakei hinwiesen¹⁹². Die 257 Erstunterzeichner der Charta 77, unter denen bekannte Persönlichkeiten aus Kultur und Politik zu finden waren, wurden vom kommunistischen Staat mit aller Repressivität verfolgt und verbüßten hohe Haftstrafen, obwohl die öffentlichen Äußerungen niemals das Machtmonopol des Staates in Frage stellten und immer zum Dialog aufriefen¹⁹³. Die Charta 77 verfolgte keine politische Gesamtstrategie für den Aufbau einer postkommunistischen Gesellschaft und forderte in der Anfangsphase vor allem Meinungsfreiheit, Rechtssicherheit und Versammlungsfreiheit¹⁹⁴.

Ihre Veröffentlichungen bezogen sich ausschließlich auf die „politische Gesellschaft“. Nach dem Tod von Jan Patocka, dem in Folge der Verhöre durch die Staatspolizei am 13. März 1977 verstorbenen Sprecher der Charta 77¹⁹⁵, begann allerdings eine programmatische Diskussion mit zivilgesellschaftlichen Inhalten¹⁹⁶. Als erster entwarf der Václav Benda ein neues Konzept für die oppositionelle Arbeit der Charta und aller oppositionellen Bewegungen in der Tschechoslowakei¹⁹⁷. In seinem 1978 im Samizdat veröffentlichten Artikel „Paralelni Polis“ (Parallele Polis) lehnte er die ausschließliche Orientierung auf die Menschen- und Bürgerrechte ab. Das Regime nur moralisch, aufgrund der Menschenrechtscharta auf seine Pflicht zur Einhaltung der Menschen- und Bürgerrechte hinzuweisen, bedeutete für ihn, sich ins Abseits zu stellen. Er wollte den Aufbau von parallelen gesellschaftlichen Strukturen mit dem moralischen Anspruch der Charta verbinden¹⁹⁸. Die Charta sollte über ihr eigentliches Ziel, den Dialog mit der Regierung, hinausgehen und den Aufbau einer „parallelen Polis“ in Abgrenzung zum kommunistischen Staat fördern¹⁹⁹. Als Vorbild galt ihm die schon existierende unabhängige Kulturszene. „So far the second culture is the most developed and dynamic parallel structure. It should serve as a model for other areas (...).“²⁰⁰ Vergleichbare Strukturen sollten in der Wissenschaft, in der Ausbildung und Ökonomie aufgebaut werden. Besonderes Gewicht legt er auf die Ausweitung einer parallelen freien Öffentlichkeit. Zudem sollte der Boden für den Aufbau einer parallelen Politik bereitet werden. In der Sphäre der parallelen Politik sollten sich die unabhängigen politischen Bürgerinitiativen um den Aufbau des bürgerlichen Verantwortungsbewußtseins bemühen und theoretische Gesichtspunkte der Politik reformulieren. Zudem empfiehlt er die Kooperation mit anderen Bürgerrechtsbewegungen in anderen „Ostblockländern“. Die Charta 77 sollte zu einem Teil dieser parallelen Strukturen werden und sich auf ihren eigentlichen Zweck konzentrieren, das Ausarbeiten von Dokumenten, die auf Menschenrechtsverletzungen in der Tschechoslowakei hinweisen²⁰¹. Václav Benda entwirft jedoch kein Szenario für eine nachkommunistische Gesellschaftsorganisation. Seine „Parallele Polis“ braucht den Einparteienstaat als Gegenspieler.

¹⁹¹ Manifest der Charta 77, S. 82.

¹⁹² Vgl. Skilling, Charta 77, S. 47.

¹⁹³ Vgl. Hoensch, Tschechoslowakei, S. 193.

¹⁹⁴ Vgl. Skilling, Charta 77, S. 199-275 (Dokumentensammlung).

¹⁹⁵ Zu Patocka vgl. Skilling, Freedom, S. 20-23.

¹⁹⁶ Vgl. Skilling, Charter 77, S. 68-84.

¹⁹⁷ Vgl. Skilling, Civic Freedom, S. 5.

¹⁹⁸ Benda, Parallel Polis, S. 36.

¹⁹⁹ Benda, ebenda, S. 41.

²⁰⁰ Benda, ebenda, S. 38.

²⁰¹ Vgl. Benda, Parallel Polis, S. 35-41.

Václav Havel nahm den Anstoß von Benda auf und führte die national-christliche und seine sozialliberale Position in seinem grundlegenden Manifest „Versuch in der Wahrheit zu leben“ im Jahre 1979 zusammen und entwickelte es weiter. Er verband den hohen moralischen Anspruch des „Lebens in der Wahrheit“ mit Forderungen nach dem Aufbau einer „parallelen Polis“ und entwarf zudem noch ein allgemeines zivilgesellschaftliches Programm für eine zukünftige „postdemokratische“²⁰² Gesellschaft nach dem Sturz des kommunistischen Regimes. Allerdings blieb Havel eher theoretisch und gab kaum konkrete politische Handlungsanweisungen. Sein Konzept wurde von den oppositionellen Intellektuellen in ganz Ostmitteleuropa als theoretische Grundlage ihrer Arbeit anerkannt und war prägend für die Diskussion in der Tschechoslowakei. Adam Michnik bezeichnete Havels Essay in der Rückschau als die „umfassendste Formulierung der Philosophie der antitotalitären Bürgerbewegung“²⁰³. Damit stand er innerhalb der polnischen Oppositionsbewegung nicht allein. Zbygniew Bujak (der Warschauer Solidarnosc-Führer) formulierte 1981:

„Havels essay gave us theoretical backing, a theoretical basis for our actions. He enabled us to believe in their effectiveness. Until I read his text I was full of doubts.“²⁰⁴

Havel entwirft sein Programm ausgehend vom Individuum. Er stellt den Bürgersinn und die ethische Verpflichtung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft ins Zentrum seiner Überlegungen und konstatiert, daß die tschechoslowakische Gesellschaft in einer tiefen moralischen Krise steckt und das „Leben in der Lüge“ zur Normalität geworden ist. Daher kann es erst zum Aufbau einer parallelen Polis kommen, wenn die Bürger sich wieder zur Wahrheit bekennen²⁰⁵. Ein „Leben in der Wahrheit“ bedeutet den Ausbruch aus den durch das Regime verlangten Ritualen²⁰⁶:

„Wenn ich vom ‚Leben in der Wahrheit‘ spreche, meine ich natürlich nicht nur eine begrifflich formulierte Reflexion, zum Beispiel irgendeinen Protest oder Brief, den eine Gruppe von Intellektuellen schreibt. Es kann alles Mögliche sein, womit sich ein Mensch oder eine Gruppe von Menschen gegen ihre Manipulierung auflehnt: Von einem Brief der Intellektuellen bis zu einem Arbeiterstreik, von einem Rockkonzert bis zu einer Studentendemonstration, von der Ablehnung, sich an der Wahlposse zu beteiligen, über einen offenen Auftritt bei irgendeinem offiziellen Kongreß bis zu einem Hungerstreik.“²⁰⁷

Wenn die Bürger diese Hürde genommen haben, kann der Aufbau eines „unabhängigen geistigen, sozialen und politischen Lebens der Gesellschaft“ beginnen²⁰⁸. Die „reifste Phase dieses Weges ist das, was Václav Benda als Entwicklung von ‚Parallelstrukturen‘ formulierte“²⁰⁹. Für Václav Havel sind diese Parallelstrukturen und die daraus entstehende „Parallele Polis“ der artikulierteste Ausdruck des „Lebens in der Wahrheit“²¹⁰. Für ihn weist jedoch „wirklich nichts darauf hin, daß die westliche Demokratie – das heißt die Demokratie vom traditionellen parlamentarischen Typ – irgendeinen glaubhaften Ausweg eröffnet“²¹¹.

Für Havel

„sieht (es, PW) nicht so aus, als ob die traditionellen parlamentarischen Demokratien ein Rezept zu bieten hätten, wie man sich grundsätzlich der ‚Eigenbewegung‘ der technischen Zivilisation, der Industrie- und

²⁰² Begriff wird von Havel geprägt. Er bezeichnet eine postkommunistische demokratische Gesellschaftsorganisation mit einer starken selbstverwalteten Zivilgesellschaft, die nicht die Kopie des westlichen parlamentarischen Systems sein sollte. Vgl. Havel, Versuch in der Wahrheit zu leben, S. 88.

²⁰³ Michnik, Der lange Abschied vom Kommunismus. Reinbek 1992, S. 114.

²⁰⁴ So zitiert in: Havel, Power of the Powerless, S. 12.

²⁰⁵ Vgl. Havel, Versuch in der Wahrheit zu leben, S. 33.

²⁰⁶ Vgl. Havels Beispiel eines Gemüsehändlers, der ein Spruchband „Proletariat aller Länder, vereinigt euch“ in sein Schaufenster stellt, das nur Scheinüberzeugungen darstellt. Vgl. Havel, Versuch in der Wahrheit zu leben S. 14.

²⁰⁷ Havel, Versuch in der Wahrheit zu leben, S. 31.

²⁰⁸ Havel, ebenda, S. 56.

²⁰⁹ Havel, ebenda, S. 70.

²¹⁰ Vgl. Havel, ebenda, S. 72.

²¹¹ Havel, ebenda, S. 85.

Konsumgesellschaft widersetzen könnte. (...) Der traditionelle Parlamentarismus mit dem üblichen Spektrum großer politischer Parteien könnte eine geeignete Übergangslösung sein, die helfen könnte, das dezimierte Selbstbewußtsein der Bürger zu rekonstruieren, den Sinn für demokratische Diskussion zu erneuern, einen Raum für die Kristallisierung der elementaren politischen Pluralität – als wesentliche Intention des Lebens – zu öffnen. Sich jedoch an die traditionelle parlamentarische Demokratie zu klammern und der Illusion zu erliegen, daß nur diese ‚bewährte‘ Form den Menschen eine würdige und mündige Existenz auf die Dauer sichern kann, wäre meines Erachtens zumindest kurzfristig.“²¹²

Havel wagt aber nur einen allgemeinen Entwurf für eine „postdemokratische“ Gesellschaftsorganisation, in der die Zivilgesellschaft eine herausragende Bedeutung haben würde. Die Grundorganisation der „postdemokratischen“ Gesellschaft würde aus Bürgerinitiativen bestehen, die sich um die Rehabilitierung von Werten wie Vertrauen, Offenheit, Verantwortung, Solidarität und Liebe bemühen. Diese Bürgerinitiativen sollten keine Institutionen sein, sondern auf Vertrauen basierende Gemeinschaften²¹³.

Sie sollten am besten „ad hoc entstehen, voller Begeisterung für ein Ziel und nach Erreichung des Zieles sich auflösen. Diese Strukturen sollten selbstverständlich von unten entstehen, als Ergebnisse der gesellschaftlichen Selbstorganisation. (...) Auf die bunte und wechselhafte Zusammenarbeit solcher dynamisch entstehenden und sich auflösenden, vor allem aber aus ihrem aktuellen Sinn zehrenden und durch menschliche Bindungen zusammengehaltenen Organismen sollte sich das politische Leben wie auch das Wirtschaftsleben gründen. (...)“²¹⁴

„Diese informellen, unbürokratischen, dynamischen und offenen Gemeinschaften, diese ganze ‚parallele Polis‘“ sind für Havel „eine Art Keim oder symbolisches Mikromodell jener sinnvollen postdemokratischen politischen Strukturen, die eine bessere Ordnung der Gesellschaft begründen könnten?“²¹⁵

Havel bezog sich in seinem Manifest vor allem auf Thomas G. Masaryk, den Gründer und ersten Präsidenten des ersten unabhängigen Staates Tschechoslowakei (1918-37) und sein in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts entworfenes nationales Widerstandsprogramm gegen die österreichische Herrschaft. In dem Entwurf mit dem Titel „Kleinarbeit“²¹⁶, stand der einzelne Bürger und seine moralische Verbundenheit zur tschechischen nationalen Tradition im Mittelpunkt.

„Die Veränderung des Menschen war für Masaryk der Ausgangspunkt für die Veränderung der Lage der Nation.“²¹⁷ Die starke Betonung der moralischen Erneuerung als Grundvoraussetzung für das zivilgesellschaftliche Konzept von Havel resultiert auch aus dieser Tradition. Zudem verweist er immer wieder auf die durch das KOR entworfenen Konzepte²¹⁸.

Obwohl das Manifest von Vaclav Havel die politische Position der überwiegenden Mehrheit der Charta-Unterzeichner widerspiegelte, wurde es von der sozialistischen politischen Strömung in der Charta 77, vor allem aber von Petr Uhl, als zu gemäßigt und in den Grundaussagen zu elitär und zu wenig konkret abgelehnt²¹⁹. In Abgrenzung zu diesem Konzept entwarf Uhl ein an sozialistische Selbstverwaltungsentwürfe

²¹² Havel, ebenda, S. 86.

²¹³ Vgl. Havel, ebenda, S. 86/87.

²¹⁴ Havel, ebenda, S. 87/88.

²¹⁵ Havel, ebenda, S. 90.

²¹⁶ Zu Masaryk vgl. Truhlar, Dalibor, Thomas G. Masaryk. Philosophie der Demokratie. Frankfurt/Main 1994, vor allem S. 131 und zur Tradition des politischen Denkens bei Havel vgl. Baer, Josette, Politik als praktizierte Sittlichkeit. Zum Demokratiebegriff von Thomas G. Masaryk und Vaclav Havel. Sinzheim 1998, vor allem S. 342-347.

²¹⁷ Havel, Versuch in der Wahrheit zu leben, S. 51.

²¹⁸ Havel, ebenda, S. 59/60. Zu Havels zivilgesellschaftlichem Programm vgl. auch Havel, Václav, Anatomie einer Zurückhaltung, in: F. Herterich; Ch. Semler (Hg.), Ostmitteleuropäische Reflexionen, Frankfurt/Main 1989, S. 34-65; ders. Anti-Political Politics, in: Keane, John, (Hg.), Civil Society and the State, London 1988, S. 381-398; Thaa, S. 211-217 und Emtmann, S. 171-174 wie auch Baer, S. 208-219.

²¹⁹ Vgl. Uhl, Petr, Was heißt in der Wahrheit leben, in: Gegenstimmen, Nr. 1, Juni-September 1980, S. 41-43.

anknüpfendes politisches Programm, in dem die zivile Gesellschaft der Arbeiter und Bürger im Zentrum der politischen und wirtschaftlichen Entscheidung stehen würde. Sein „Programm der gesellschaftlichen Selbstverwaltung“ wurde in Anfängen schon innerhalb der 68er Bewegung konzipiert. In diesem minutiös ausgearbeiteten Modell übernimmt die Zivilgesellschaft der Arbeiterschaft und der Bürger die gesamte politische wie auch wirtschaftliche Macht. In den Selbstverwaltungsorganen, in die jeder Bürger gewählt werden kann, sollen alle politischen wie auch wirtschaftlichen Entscheidungen getroffen werden. Sogar die Gewaltenteilung meint Petr Uhl durch direkt gewählte Körperschaften ersetzen zu können. Daher lehnt er nicht nur das kommunistische System ab, das er als „bürokratische Diktatur“ bezeichnet, sondern auch die repräsentativen Demokratien mit kapitalistischen Wirtschaftssystemen²²⁰. Sein Programm erinnert stark an das Solidarnosc-Modell einer „selbstverwalteten Republik“.

Auch als 1986/87 auf Anregung von Gordon Skilling, eines herausragenden ausländischen Wissenschaftlers, nochmals über die „Parallele Polis“ diskutiert wurde, veränderten sich die Positionen kaum²²¹. Damals wurden bis auf Petr Uhl alle wichtigen Charta 77-Unterzeichner gebeten, sich in kurzen Essays mit dem Begriff und dem Konzept der „Paralelni Polis“ auseinanderzusetzen, und 10 Jahre nach der Veröffentlichung von Bendas Artikel ihre aktuelle Einschätzung abzugeben. Nur Václav Benda ging mit seinen Forderungen viel weiter als noch 1978.

Er verteidigt seinen Begriff „Parallel Polis“ als den richtigen gegenüber allen anderen, von seinen Kollegen gebrauchten Surrogaten (Independent Society/ Civil Society) und grenzt seinen Entwurf nochmals gegen die vereinnahmende Ausdeutung durch Havels Essay, „Versuch in der Wahrheit zu leben“ ab. Er bezeichnet Havels Zugang als elitär und nur auf eine Gruppe bezogen. Benda propagierte 1986 eine aggressivere Politik als 1978. Die „Parallele Polis“ sollte nun immer neue Bereiche der Gesellschaft erobern und sie dem Einfluß des Staates entziehen. Innerhalb der „Parallelen Polis“ sollte eine intellektuelle Elite aufgebaut werden, die im Moment der Krise den Platz der degenerierten politischen Führung übernehmen könnte²²². Bendas neuerlicher Entwurf war allerdings wiederum an das Einparteiensystem gebunden und hatte keine weiterführenden Ziele als den Aufbau einer Gegenelite, die im Fall des Falles die Macht sofort übernehmen könnte. Ein postkommunistisches zivilgesellschaftliches Modell, in dem Strukturen der „Parallelen Polis“ aufgehen würden, war nicht angedacht. Bis 1989 bestimmten diese drei Konzepte die Diskussion über den Aufbau einer zivilen Gesellschaft in der Tschechoslowakei²²³.

Die zweite Phase (1989/90)

Im Jahre 1989 standen sich also zwei theoretische Zivilgesellschaftskonzepte, ein eher sozialliberales (Havel) und ein eher sozialistisches Modell (Uhl), gegenüber, die auch Ziele für eine postkommunistische Gesellschaftsformation aufwiesen. Allerdings flossen gerade diese ausgeprägten Überlegungen und Konzepte nicht in die Programme der durch Václav Havel am 19. November 1989 gegründeten politischen Bürgerbewegung „Bürgerforum“ und in die Verhandlungen am Runden Tisch mit ein²²⁴. In den Wochen des beschleunigten gesellschaftlichen Wandels im November und Dezember 1989 sorgten sich die Verfechter

²²⁰ Vgl. Uhl, Petr, Die Herausforderung. Frankfurt/Main 1981, S. 150 und S. 152.

²²¹ Vgl. Skilling, Civic Freedom.

²²² Vgl. Benda, ebenda, S. 52-58.

²²³ Zur Diskussion über die „Paralle Polis“ siehe auch die Zusammenfassung von Skilling, Charta 77, S. 182-184 und Havel, Power of the Powerless, S. 30-45; Skilling, Samizdat, 43-127; Thaa, S. 209-219; Fehr, Dissidenz, S. 306-309.

einer starken Zivilgesellschaft, die nun führende Vertreter des „Bürgerforum“ waren, nur um die konzeptionellen Ziele für den Aufbau der „ökonomischen“ und „politischen Gesellschaft“, nicht aber um die Bedeutung und den Platz der von ihnen angedachten Zivilgesellschaftsmodelle²²⁵. Den Verfechtern einer moralischen zivilgesellschaftlichen Politik erwachsen nun neoliberale Gegner wie Vaclav Klaus, die eine Gesellschaftsorganisation ablehnten, welche der zivilen Gesellschaft breiten Mitbestimmungs- und Selbstverwaltungsraum zugestehen wollte. Václav Klaus²²⁶, ein in der Transformationsphase zum Bürgerforum hinzugestoßener Radikalliberaler, hatte gesellschaftspolitische Auffassungen, die in keiner Weise mit den zivilgesellschaftlichen Ansichten der erprobten oppositionellen Intellektuellen vergleichbar waren. Klaus bevorzugte die parlamentarische Demokratie und eine Marktwirtschaft ohne einschränkende Adjektive. Selbstverwaltung lehnte er ab und sah die direkte Beteiligung der Bürger an der Politik und Verwaltung eher als Gefahr für die Demokratie, da seines Erachtens zivilgesellschaftliche Organisationen, anders als Parteien bzw. deren gewählte Vertreter, nicht über eine ausreichende Legitimationsbasis verfügen würden²²⁷. Begünstigt durch die katastrophale ökonomische Situation und die Ablösung des Einparteiensystems, setzten sich diese Konzepte in der öffentlichen Diskussion durch. In das Programm des „Bürgerforum“ wurden Forderungen nach dem Aufbau einer starken zivilen Gesellschaft nicht mehr aufgenommen.²²⁸ Auch in den Diskussionen über eine neue Verfassung flossen die besonders von Havel geforderten zivilgesellschaftlichen Vorstellungen nicht ein. In den Verfassungsrevisionen, die besonders nach der Aufteilung der Tschechoslowakei durchgeführt wurden, wurden die Forderungen nach einer starken Zivilgesellschaft nicht durch rechtliche Absicherungen von Bürgerinitiativen oder dezentraler Verwaltung umgesetzt²²⁹.

Erst 1994, in einem Streitgespräch zwischen Václav Havel und Václav Klaus, in dem die inhaltlichen Unterschiede zwischen den beiden Transformationskonzepten klar ausgesprochen wurden, kommunizierte Havel wieder eindeutig seine ursprünglichen zivilgesellschaftlichen Ziele:

„I feel that the creation of a civil society is the primary task of our time. What is a civil society? I think it is a society with a large measure of self-government, where citizens assume their role in public affairs. Citizens must shoulder their share of responsibility for social development. Civil society is a social space that fosters the feeling of solidarity between people and love for one's community. There are various minority needs that a representative democracy cannot, in its present form, safeguard. Civil society encourages ordinary people to participate in government, thereby strengthening relations between citizens and their state“²³⁰.

In diesem Gespräch zeigte Klaus seine erbitterte Gegnerschaft zu Havels zivilgesellschaftlichen Konzept:

²²⁴ Vgl. Emtmann, S. 181-187; Wheaton; Kavan, S. 83-113 sowie die Gründungsproklamation des „Bürgerforum“ in ebenda, S. 202/203.

²²⁵ Vgl. die Darstellung einer der wichtigsten programmatischen Diskussionen des „Bürgerforum“, in der Václav Klaus das von ihm maßgeblich vorbereitete programmatische Manifest „Was wir wollen“ verfaß, welches nur Forderungen nach parlamentarischer Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft enthielt. Vgl. Garton Ash, Jahrhundert, S. 368-371 hier S. 371.

²²⁶ Václav Klaus ist Wirtschaftswissenschaftler. Zur Person vgl. Kahlweit, S. 245-248 und Orenstein, Mitchell, Václav Klaus: Revolutionary and Parliamentarian, in: East European Constitutional Review, Winter 1998, S. 46-55.

²²⁷ Vgl. Mansfeldova, Zdenka, Zivilgesellschaft in der Tschechischen und Slowakischen Republik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B6-7/98, S. 13-19, hier S. 18 und Klaus, Vaclav, Signale aus dem Herzen Europas. Wiesbaden 1991 passim.

²²⁸ Vgl. das Programm „Was wir wollen“ des „Bürgerforum“ vom 26. November 1989, in: Wheaton; Kavan, S. 206-208 und Emtmann, S. 188-193.

²²⁹ Vgl. Arato, Andrew, Bruch oder Kontinuität? Verfassungsdebatten in den neuen Demokratien, in: Transit, H. 9, 1995, S. 6-32.

²³⁰ Václav Havel, in: Rival Vision, S. 18.

„President Havel said that a representative democracy is not enough. This is a point on which I disagree with him. I do not think that a civil society is different from a democratic society. If necessary, I will fight with all my might to preserve the term „democratic society“.

Instead of ‚civil society‘, I would rather say ‚society of free citizen‘ who cooperate, assemble and organize however they wish. For me, the term ‚democratic society‘ is enough“²³¹.

Václav Klaus, zu dieser Zeit Premierminister, machte hier nochmals ganz deutlich, daß sich die Diskussion um das richtige politische Transformationskonzept für die Tschechoslowakei nun nicht mehr um träumerische Konzepte einer moralisch fundierten demokratischen Gesellschaftsorganisation mit einer selbstverwalteten zivilen Gesellschaft drehte, sondern um ökonomiezentrierte Transformationsmodelle, die eine liberale repräsentative Demokratie mit einer möglichst sehr freien Wirtschaft nach westlichem Muster bevorzugten²³².

2.3. Ungarn

In Polen und der Tschechoslowakei entstand die antistaatliche zivilgesellschaftliche Bewegung aus dem für endgültig gehaltenen Scheitern einer Reformpolitik, die wesentlich durch marxistisch geprägte Intellektuelle inspiriert war. Anders verlief die Entwicklung in Ungarn. Die bereits 1962 eingeleitete kulturelle und politische Liberalisierung sowie die 1968 in Kraft getretenen ökonomischen Reformen wurden nach dem gewaltsamen Ende des Prager Frühlings nicht vollständig zurückgenommen²³³. Zwar sah sich die Parteiführung durch äußeren Druck gezwungen, die Wirtschaftsreformen zu unterbrechen und kurz darauf gegen kritische marxistische Intellektuelle der sogenannten „Budapester Schule“ vorzugehen²³⁴. Beide Maßnahmen konnten jedoch den bereits in den 60er Jahren erworbenen Ruf des Kádár-Regimes nicht nachhaltig beeinträchtigen, unter den gegebenen geopolitischen Verhältnissen für Ungarn ein Optimum an ökonomischen Wohlstand und kulturell-politischer Liberalität zu sichern. Dazu trugen selbst noch die Repressionsmaßnahmen gegen oppositionelle Intellektuelle bei, die deutlich ungarische, d.h. gemäßigte Züge trugen. Die bekannten Philosophen und Gesellschaftswissenschaftler der um Georg Lukács entstandenen „Budapester Schule“ verloren ihre Stellungen und emigrierten z. T. in den Westen. Miklos Haraszti, ein Lukács-Schüler, wurde wegen der Veröffentlichung seines Buches „Stücklohn“, das tayloristische Arbeitsmethoden im sozialistischen Ungarn beschreibt, in einem Aufsehen erregenden Prozeß zu acht Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt²³⁵. Bereits Mitte der 70er Jahre setzte, nun im Kontrast zu anderen kommunistisch regierten

²³¹ Václav Klaus, in: Rival Vision, S. 18.

²³² Vgl. vor allem die Beschreibung der Flügelkämpfe im „Bürgerforum“ bei Srubal, Ilya, Elitenwandel in der Tschechischen Republik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 8/98, S. 21-33, bes. S. 24/25 und das konstruierte Gespräch zwischen Václav Havel und Václav Klaus in: Rival Vision sowie die programmatischen Äußerungen von Václav Klaus, in: ders., Signale aus dem Herzen Europas. Wiesbaden 1991, bes., S. 31.

²³³ Vgl. Hoensch, Ungarn-Handbuch: Geschichte. Politik, Wirtschaft. Hannover 1991, S. 147/148, hier zitiert: Hoensch, Ungarn; Kiss, J., Lázlo, Warum scheiterte der „Gulaschkommunismus“, in: J. Elvert; M. Salewski, Der Umbruch in Osteuropa, (=Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft, Beiheft 4) Stuttgart 1993, S. 121-134.

²³⁴ Zur Budapester Schule und zu Istvan Lukács vgl. Dalos, György, Archipel Gulasch. Die Entstehung der demokratischen Opposition in Ungarn. Bremen 1986, S. 26-28, hier zitiert: Dalos, Archipel; Knabe, Hubertus, Der Kadarismus und seine Auswirkungen auf das politisch-soziale System in Ungarn, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 36-37, 1987, S. 13-25 und Schöpflin, Georg, Opposition and Para-Opposition: Critical Currents in Hungary, 1968-1978, in: Tökes, Rudolf (Ed.), Opposition in Eastern Europe, London 1979, S. 142-187, hier zitiert: Schöpflin, Opposition.

²³⁵ Dazu Dalos, Archipel, S. 27-36.

Ländern, eine erneute Liberalisierung der Kulturpolitik ein, und nach 1978 kam es zu neuen Wirtschaftsreformen, die teilweise deutlich über die Maßnahmen der 60er Jahre hinausgingen²³⁶.

Der Entstehung einer nachrevisionistischen, auf die Entwicklung gesellschaftlicher Gegenkräfte und der Formierung einer Zivilgesellschaft gerichteten oppositionellen Bewegung ging in Ungarn also eine Art Ausgleich zwischen Gesellschaft und Staat voraus. Daher sahen sich die Oppositionellen, ähnlich wie in der Tschechoslowakei, isoliert gegenüber einer weitgehend entpolitierten Bevölkerung. In Ungarn war diese Haltung allerdings nicht geprägt durch Resignation angesichts konsequenter staatlicher Repressionsmaßnahmen. Sie ging vielmehr gerade wegen der ökonomischen Reformpolitik, die einen begrenzten Wohlstand sichern sollte, mit einer positiven Unterstützung einher, wenn nicht des Gesellschafts- und Herrschaftssystems als solchem, dann aber doch seiner regierenden Elite²³⁷. Auch die oppositionellen Intellektuellen blieben trotz der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ und dem Ende der Hoffnungen auf einen erneuerten, demokratischen Sozialismus lange Zeit durchaus ambivalent gegenüber der Politik der Partei und hatten bisweilen Mühe, ihre eigene, von deren Reformflügel unabhängige Existenz zu rechtfertigen²³⁸.

Trotz weiterbestehender Bindungen an die vergleichsweise liberale Politik der Partei kam es im Kontext der entstehenden Samizdat-Szene nach der Unterzeichnung der Menschenrechtscharta 1975 in Helsinki und der Gründung der Charta 77 in der Tschechoslowakei und des KOR in Polen²³⁹ dennoch zu einer Diskussion über gesamtgesellschaftliche Veränderungen. Eine Institutionalisierung der Bewegung jedoch, wie zum Beispiel in Polen oder in der Tschechoslowakei, fand nicht statt²⁴⁰. Zudem verstanden sich die oppositionellen Intellektuellen in Ungarn mehr noch als in den anderen ost-mitteleuropäischen Ländern als „antipolitische“ Bewegung²⁴¹. Daher hatten die Diskussionen bis zur Gründung von Bürgerbewegungen und Parteien in den Jahren 1987-1989 einen eher essayistischen und kaum politisch-programmatischen Charakter²⁴². Noch 1982 forderte der bekannteste ungarische oppositionelle Intellektuelle János Kis²⁴³ in

²³⁶ Dies gilt vor allem für die Zulassung privater Unternehmen. Zu den Wirtschaftsreformen vgl. Tökés, Rudolf, *Hungary's negotiated Revolution. Economic Reform, Social Change, and Political Succession, 1957-1990*. Cambridge 1996, S. 81-116, hier zitiert: Tökés, *Revolution*, und Hoensch, Ungarn, S. 136-152.

²³⁷ Vgl. Hoensch, Ungarn und Thaa, S. 219/220 sowie Szabó, Máté, Die Rolle von sozialen Bewegungen im Systemwandel in Osteuropa: Vergleich zwischen Ungarn, Polen und der DDR, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 1/91, S. 275-287 und Molnar, Miklós, *From Béla Kun to János Kádár. Seventy Years of Hungarian Communism*. New York 1990, bes. S. 146-212.

²³⁸ So formuliert Haraszi, der durch seine Abhandlung „Stücklohn“ bekannt gewordene oppositionelle Intellektuelle, noch 1986: „Die Opposition will den Reformkurs der Regierung unterstützen. Das heißt allerdings nicht, daß die Oppositionellen auf die Vision von einem pluralistischen und selbstverwalteten demokratischen Ungarn verzichtete.“ Haraszi 1986 in: Paetzke, Hans-Henning (Hg.), *Andersdenken in Ungarn*. Frankfurt/Main 1986, S. 155. Zum Kádár-System und der Ausgleichspolitik vgl. Vajda, Mihály, Polen-Ungarn, in: *Osteuropa-Info*, H. 3, 1981, S. 101-106 und Vajda, Mihály, Perspektiven der ungarischen Intelligenz, in: *Osteuropa-Info*, H. 1, 1982, S. 43-64, besonders S. 60/61; Hankiss, Elemér, Demobilization, Self-Mobilization and Quasi-Mobilization in Hungary, 1948-1987, in: *Eastern European Politics and Societies*, Vol. 3, No. 1, Winter 1989, S. 105-124; Bruszt, László, „Without Us but for Us“? Political Orientation in Hungary in the Period of Late Paternalism, in: *Social Research*, Vol. 55, No. 1-2, 1988, S. 43-76.

²³⁹ Diese drei Ereignisse erfuhren weitreichende Unterstützung in Ungarn. Vgl. Kis, János; Gedanken über die nächste Zukunft, in: Dalos, Archipel, S. 150-173, zuerst erschienen in der Zeitschrift „Beszélő“ im Sommer 1982, auf deutsch in: *Gegenstimmen*, Nr. 9 und 10/1982, hier zitiert: Kis, Gedanken. Sowie die Solidaritätserklärung ungarischer Intellektueller vom Oktober 1979 zugunsten der Charta 77, in: Dalos, Archipel, Dok. 6, S. 137-140. Zur Beeinflussung der ungarischen Opposition durch die Charta 77 siehe auch Kennedy, S. 47.

²⁴⁰ Vgl. Dalos, Archipel, S. 80/81 und Thaa, S. 220.

²⁴¹ Das Manifest zur theoretischen Fundierung der „antipolitischen“ Politik mit ausstrahlender Wirkung in ganz Ost-Mitteuropa wurde dann auch von György Konrád, einem der führenden oppositionellen Intellektuellen, 1984 veröffentlicht. Vgl. Konrád, Györgyi, *Antipolitik. Mitteleuropäische Meditationen*. Frankfurt/Main 1985, hier zitiert: Konrad, *Antipolitik*.

²⁴² Vgl. den Duktus von Konráds, *Antipolitik*.

seiner Abhandlung „Gedanken über die nächste Zukunft“ von den Intellektuellen, nun endlich auch für Ungarn ein politisches Programm auszuarbeiten, welches wie bei den polnischen oppositionellen Intellektuellen Kuron und Michnik die Entwicklung einer zivilen Gesellschaft in Abgrenzung zum Staat in den Mittelpunkt stellen sollte²⁴⁴. Das erste politische Reformprogramm veröffentlichte er selbst 1987 in der Zeitschrift „Beszélő“ kurz vor der gesellschaftlichen Pluralisierung durch die Gründung von Bürgerbewegungen und Parteien. Daher war die Debatte über die Möglichkeiten des Aufbaus einer zivilen Gesellschaft weit geringer ausgeprägt als in Polen oder der Tschechoslowakei.

Zusätzlich standen in Ungarn durch die liberale Wirtschaftspolitik und die weitentwickelte „Zweite Wirtschaft“ ökonomiezentrierte Reformszenarien, die auch innerhalb der Partei diskutiert wurden, im Mittelpunkt der Debatten. Die Schwerpunkte der Diskussionen lagen nicht in der Abwehr der Staatsmacht durch den Aufbau einer eigenen zivilen Gesellschaft, sondern weitgehend in der Frage der Umgestaltung der „politischen“ und vor allem der „ökonomischen Gesellschaft“²⁴⁵. Für unsere Fragestellung sind daher nur zwei politische Strömungen von Interesse, die über das Konzept einer zivilen Gesellschaft diskutierten: Einmal unter der Führung von András Hegedüs²⁴⁶ die Post-Marxisten, die aus der Partei ausgetreten waren oder ausgeschlossen wurden, und zum anderen die Gruppe der eher an den polnischen Zivilgesellschaftskonzepten orientierten „linken“ Intellektuellen, um den ehemaligen Lukács-Schüler János Kis, den späteren Chefredakteur von „Beszélő“, der ersten unabhängigen politischen Zeitschrift in Ungarn²⁴⁷. Zu dieser Gruppe gehörte auch György Konrád²⁴⁸, der mit seinem „antipolitischen“ Konzept über die Grenzen Ungarns hinaus bekannt werden sollte. Durch die ökonomische Zentrierung der Reformdiskussionen stellte diese Gruppe früher als in den anderen ost-mitteleuropäischen Ländern marktwirtschaftliche Modelle innerhalb der ökonomischen Gesellschaft neben die selbstverwaltete zivile Gesellschaft. János Kis diskutierte in seiner schon erwähnten Abhandlung „Gedanken über die nächste Zukunft“ ausgiebig über wirtschaftliche Entwicklungspotentiale und die gesellschaftlichen Voraussetzungen für eine gesunde ungarische Wirtschaft²⁴⁹. 1988 konfrontierte ein Autor sogar das in Polen gescheiterte politische Modell einer Zivilgesellschaft mit dem ungarischen Weg einer Verbürgerlichung²⁵⁰. Der Begriff „Zivilgesellschaft“ wurde explizit auch hier – ähnlich wie in Polen oder der Tschechoslowakei – erst seit der Mitte der 80er Jahre benutzt²⁵¹. In Ungarn entstanden vor allem in der Phase der gesellschaftlichen Pluralisierung zwischen 1987-1990 auch andere oppositionelle Gruppen, wie zum Beispiel die durch Tökés so bezeichneten „demokratischen Populisten“, die 1987 das „Ungarische Demokratische Forum“, die erste große Bürgerbewegung, gründeten²⁵². Hier sammelte sich eine eigentümliche Mischung aus eher national-

²⁴³ János Kis (geb. 1946), Philosoph und Soziologe, Chefredakteur der Zeitschrift „Beszélő“, seit 1973 unter Berufsverbot stehend.. Zur Person vgl. Hertrich, F.; Semler, Ch. (Hg.), Dazwischen. Ostmitteleuropäische Reflexionen, Frankfurt/Main 1989, S. 209-210; Tökés, Revolution, S. 181/182.

²⁴⁴ Vgl. Kis, Gedanken, S. 172/173.

²⁴⁵ Vgl. Thaa, S. 226/227.

²⁴⁶ András Hegedüs (geb. 1922), Prof. der Soziologie, Parteimitgl. bis 1968, 1956 Ministerpräsident, Nach dem Prager Frühling Regimekritiker. Zur Person vgl. Hertrich/Semler, S. 208.

²⁴⁷ Zur Gründung und Bedeutung der Zeitschrift vgl. Tökés, Revolution, S. 187/188.

²⁴⁸ György Konrád (geb. 1933), Romancier und Essayist, bis 1988 Publikationsverbot in Ungarn. Zur Person vgl. Hertrich/Semler, S. 210 und Paetzke, Hans-Henning, Auf den Spuren eines Spions der Seele, in: Hans Peter Burmeister, György Konrád - eine Stimme aus Mitteleuropa, Loccum 1996, S. 50-64.

²⁴⁹ Vgl. Kis, János, Gedanken über die nächste Zukunft (1982), in: Dalos, György, Archipel Gulasch. Die Entstehung der demokratischen Opposition in Ungarn. Bremen 1986, S. 152-163, hier zitiert: Kis, Gedanken.

²⁵⁰ Vgl. Szelenyi, Ivan, Socialist Entrepreneurs. Embourgeoisement in Rural Hungary. Madison 1988, S. 57.

²⁵¹ Vgl. Konrád, Antipolitik.

²⁵² Vgl. Tökés, Revolution, S. 196-200.

konservativen, aber auch reformsozialistischen Kräften²⁵³. Die „demokratischen Populisten“ waren die politischen „Gegenspieler“ der „linken“ Regimekritiker um János Kis und György Konrád und diskutierten, ähnlich wie die national-konservativen oppositionellen Kreise in Polen, nicht über Konzepte einer zivilen Gesellschaft²⁵⁴.

Trotz der gesellschaftlichen Marginalität der Oppositionellen in Ungarn und der eingeschränkten Diskussion über zivilgesellschaftliche Perspektiven soll hier eine inhaltliche Phasenaufteilung der Debatte vorgenommen werden²⁵⁵. Durch die ausbleibende Institutionalisierung der Oppositionellen in ähnlichen Organisationen wie Charta 77 oder Solidarnosc sind es allerdings vorwiegend Einzelstimmen, die sich zu Wort melden. Bis auf die Gründung des SZETA (Fonds zur Unterstützung der Armen) im Jahre 1979, die sich um die Armen in der kommunistischen Gesellschaft kümmerte, aber keine Diskussion über einen oppositionellen Kurs führte, wurden vor 1987 keine Organisationen gegründet, die vergleichbar mit KOR, Solidarnosc oder Charta 77 wären²⁵⁶. In Ungarn entwickelten sich Konzepte für den Aufbau einer zivilen Gesellschaft in Abgrenzung zum kommunistischen Staat in zwei Diskussionsphasen, wobei die erste eher eine Umorientierungsphase war, bevor in einer dritten Phase andere Transformationskonzepte im Mittelpunkt standen.

Die erste Phase (1976-1982)

Zivilgesellschaftliche Programmatik findet man erstmals im Juli 1976 bei András Hegedüs, dem Hauptvertreter der postmarxistischen Intellektuellen, in einem Interview mit dem „Corriere della Serra“²⁵⁷:

„Ich meine aber, daß für die sozialistische Entwicklung dieser Gesellschaften das wichtigste nicht die Modernisierung des Machtgefüges ist (die nichtsdestoweniger notwendig ist), sondern das Wachsen verschiedener gesellschaftlicher Bewegungen außerhalb des Machtgefüges, deren Zweck es sein muß, die gesellschaftliche Kontrolle oder besser: die gesellschaftliche Herrschaft über die bürokratischen Apparate auszuüben.“

Diese Bewegungen dürfen nach Hegedüs allerdings nicht versuchen, „irgendeine Form von Macht zu erlangen“. Sie müßten „die verschiedenen eingeführten Formen der offenen Kritik und des Widerstands gegenüber dem Wirken der Bürokratie anwenden.“²⁵⁸ Auch die Pressefreiheit und die freie Meinungsäußerung sollten eine grundlegende Funktion erhalten. Hegedüs denkt an gesellschaftliche Bewegungen der Schriftsteller, des unabhängigen Theaters, der Studenten, der Gemeinden sowie

²⁵³ Vgl. Tökés, *Revolution*, S. 175/176.

²⁵⁴ Zu dieser Oppositionsgruppe vgl. besonders Bozoki, András, *Critical Movements and Ideologies in Hungary*, in: *Südosteuropa*, H. 7-8, 37 Jg. 1987; S. 377-388 und Tökés, *Revolution*, S. 167-210 und S. 361-399. Zur Gruppeneinteilung der Bürgerrechtler vgl. auch Kende, Pierre, *Leistungen und Aussichten der demokratischen Opposition in Ungarn*, in: Smolar, A.; Kende, P., *Die Rolle oppositioneller Gruppen am Vorabend der Demokratisierung in Polen und Ungarn (1987-1989)*, Köln 1989, S. 64-95, hier S. 74-80; Bozoki, András, *Post-Communist Transition: Political Tendencies in Hungary*, in: *East European Politics and Societies*, Vol. 4, No. 2, 1990, S. 211-230, besonders S. 223-225; Tökés, *Revolution*, S. 168/169.

²⁵⁵ Für Ungarn spricht Schöpflin noch 1979 von einer „para-opposition“: „By this I mean an opposition that does not overtly question the ideological bases of the system, but does accept the leeway for a semiautonomous political role permitted by the system.“ Schöpflin, *Opposition*, S. 142.

²⁵⁶ Vgl. zur SZETA, Kennedy, S. 47.

²⁵⁷ Hegedüs, András, *Die bürokratischen Produktionsverhältnisse*, abgedruckt in: J. Pelikan; M. Wilke (Hg.), *Menschenrechte, Ein Jahrbuch zu Osteuropa*, Reinbek 1977, S. 388-396, besonders S. 393, hier zitiert: Hegedüs, *Produktionsverhältnisse*. Zu Hegedüs vgl. auch Thaa, S. 220/221 und Hankiss, *East European Alternatives*, Oxford 1990, S. 220, hier zitiert: Hankiss, *Alternatives*.

²⁵⁸ Hegedüs, *Produktionsverhältnisse*, S. 394

gewerkschaftlicher Bewegungen. Er macht allerdings sehr deutlich, daß er immer noch das Einparteiensystem für die einzig mögliche Regierungsform in Ungarn hält:

„Was das politische Machtgefüge betrifft, so denke ich weiterhin an ein Einparteiensystem in den Ländern Osteuropas, weil ein Mehrparteiensystem nicht das Hauptproblem unserer Gesellschaften lösen könnte, das in der effektiven gesellschaftlichen Kontrolle der Bürokratie liegt.“²⁵⁹

Seine Position, die der „Parallelen Polis“ von Benda ähnelt, stieß auf entschiedene Kritik von János Kis und György Bence, einer weiteren wichtigen Persönlichkeit innerhalb der zweiten, eher sozialliberal eingestellten zivilgesellschaftlich orientierten Diskussionsgruppe²⁶⁰. Sie insistierten darauf, daß gesellschaftliche Handlungsspielräume ohne institutionalisierten Pluralismus gegenüber dem Parteistaat nicht zu sichern wären. Die Überlegungen von Kis und Bence gingen eher in die Richtung der durch einige polnische oppositionelle Intellektuelle aufgezeigten zivilgesellschaftlichen Programmatik²⁶¹. Sie wollten durch die Gründung von Initiativen und den Aufbau einer vom Staat getrennten zivilen Gesellschaft dem System Reformen aufzwingen²⁶². Obwohl in diesem Zusammenhang bereits vor den spektakulären Erfolgen der polnischen Oppositionellen eine zivilgesellschaftliche Strategie diskutiert wurde, wäre es verfehlt, in dieser Auseinandersetzung die Geburt einer neuen, gesellschaftlich orientierten oppositionellen Bewegung zu sehen²⁶³. Allerdings war dies ein Zeichen des Umdenkens linker, vormals marxistischer Intellektueller. Auch György Konrád erkannte in einer Rede auf der Biennale in Venedig 1977 die ersten Ansätze für eine Diskussion über den Aufbau einer zivilen Gesellschaft, sah allerdings keine Breitenwirkung der Diskussion.

„Viele würden für eine Gruppen-Selbstverwaltung stimmen, aber die alternative Kultur, die parallele Kultur hat sich noch nicht herausgebildet – sie existiert in informellen Gesprächen, in Büchern hingegen noch nicht.“²⁶⁴

Für Konrád stand jedoch schon damals eine moralische Neuorientierung der ungarischen Gesellschaft im Mittelpunkt. Der Bürger sollte zuerst, ähnlich wie bei Václav Havel, seine eigene Autonomie durch das Bekenntnis zur Wahrheit erarbeiten, um dann eine selbstverwaltete „Parallele Kultur“ aufzubauen²⁶⁵. Diese hier erstmals geäußerte moralische Orientierung der angehenden Diskussion in Ungarn wurde 1979 durch die Veröffentlichung des Bibó-Gedenkbandes noch verstärkt²⁶⁶. Der Gesellschaftswissenschaftler und Politiker Istvan Bibó, der 1979 verstarb und ein breites publizistisches Werk hinterließ, war zwischen 1945 und 1948 als Mitglied der Bauernpartei in verschiedenen staatlichen Funktionen tätig. 1956 wurde er Minister unter Imré Nagy, und nach dem militärischen Eingreifen der Sowjetunion zeichnete er sich durch eine mutige und menschlich vorbildliche Haltung aus, die ihm eine Verurteilung zu lebenslänglicher Haft einbrachte²⁶⁷.

Die Herausgabe des 1001 Seiten umfassenden Gedenkbandes dokumentierte über die verschiedenen politischen und weltanschaulichen Positionen hinweg ein gemeinsames Verständnis der 76 Autoren, das in

²⁵⁹ Hegedüs, ebenda, S. 394.

²⁶⁰ Vgl. Arato, Andrew, Civil Society gegen den Staat: Polen 1980-81, in: Fenchel, Reinhard; Pietsch, Anna-Jutta (ed.), Polen 1980/81. Gesellschaft gegen den Staat. Hannover 1982, S: 56/57 besonders Fußnote 23.

²⁶¹ Vgl. Michnik, Neuer Evolutionismus.

²⁶² Vgl. Dalos, Archipel, S. 50/51.

²⁶³ Dalos nennt die Kontrahenten „heerlose Generäle“, vgl. Dalos, Archipel, S. 51. Zu dieser Diskussion vgl. auch Fried, Reinhard, Ansätze gesellschaftlicher Veränderung in Ungarn, in: links, 13 Jg., Juni 1981, S. 20-22.

²⁶⁴ Konrád, György, Rede auf der Biennale in Venedig im Oktober 1977. Abdruck unter dem Titel „Die langsame Revolution der Selbstbestimmung“, in: L'76. Zeitschrift für Demokratie und Sozialismus, H. 9, III Quartal 1978, S. 33-44, hier S. 35.

²⁶⁵ Vgl. ebenda S. 36

²⁶⁶ „The death of Istvan Bibó in April 1979 became the defining event that helped reshape the dissident movement from a loose intelligentsia network into a new coalition of democratic opposition in Hungary.“ Tökés, Revoltution, S. 185.

Grundzügen demjenigen der oppositionellen Intellektuellen in Polen oder in der Tschechoslowakei ähnelte. Die Rückbesinnung auf Istvan Bibó, einen Autor, der wenige Jahre zuvor in Vergessenheit geraten oder ohnehin schlicht unbekannt war, symbolisierte zunächst einmal die Abkehr ungarischer Intellektueller vom Marxismus und ihre Suche nach einem neuen Bezugspunkt. Liest man Vajdas Erläuterungen zu dem Gedenkband, so wird deutlich, daß die Auseinandersetzung mit Istvan Bibó darauf zielte, gegenüber dem taktischen Verhältnis zur Reformpolitik der Partei eine moralische Substanz der Politik zurückzugewinnen²⁶⁸. Zentral waren dabei auch hier wiederum – wie in Polen und der Tschechoslowakei – die Kategorien von Lüge und Wahrheit. Bibó faßte seinen moralischen Zugang zur politischen Arbeit schon 1947 folgendermaßen zusammen:

„Entgegen einer landläufigen Meinung muß festgestellt werden, daß man in der Politik nicht lügen kann. Genauer gesagt: man kann natürlich ab und an Lügengeschichten erzählen, aber man kann keine politische Konzeption, kein politisches Programm auf Lügen errichten.“²⁶⁹

Gerade diejenigen oppositionellen Intellektuellen in Ungarn, die Protagonisten der 56er Revolution waren, stellten sich hinter die Auffassung Bibós, „wonach die Achtung und die Durchsetzung ethischer Normen in der Politik und in der Gesellschaft unerläßliche Voraussetzung für die Existenz einer ausgeglichenen und stabilen Gesellschaft sind.“²⁷⁰ Sie machten damit auch deutlich, daß es einer moralischen Neuorientierung der Gesellschaft bedarf, die sich, ähnlich wie bei Havel durch ein „Leben in der Wahrheit“ von der herrschenden Partielite unterscheiden sollte²⁷¹. Der Grundstein für eine Umorientierung der Oppositionellen auf eine moralisch und gesellschaftlich ausgerichtete Politik war damit gelegt. Durch die spektakulären politischen Ereignisse der Jahre 1980-81 in Polen, besonders aber durch die Vereinbarung von Gdansk und die Umwandlung der Solidarnosc in eine nationale Massenbewegung, wurden die ungarischen Oppositionellen zusätzlich angespornt, ihre Handlungsfelder auszudehnen²⁷². Auch aus der Euphorie heraus gründete János Kis 1981, wie schon erwähnt, die erste unabhängige Zeitschrift mit dem Namen „Beszélő“ (Sprecher). Die Hochstimmung war jedoch nur von kurzer Dauer.

Die zweite Phase (1982-1987)

Die Niederschlagung der Solidarnosc-Bewegung und die Ausrufung des Kriegsrechtes (13. Dez. 1981) in Polen leitete vor allem für die sozialliberalen oppositionellen Intellektuellen eine entscheidende Wende zum Politischen und zur Entwicklung zivilgesellschaftlich orientierter Programme ein²⁷³. Wie in Polen und der Tschechoslowakei stand nun die gesellschaftliche Selbstorganisation in Abgrenzung zum Staat und der neue moralische Bürgersinn im Mittelpunkt des Interesses der von uns betrachteten oppositionellen Intellektuellen. János Kis veröffentlichte im Sommer 1982 in „Beszélő“ seine ersten programmatischen Überlegungen. In seinen „Gedanken über die nächste Zukunft“ bezog er sich eindeutig auf die polnischen zivilgesellschaftlichen Konzepte und führte aus:

„Handeln wir so, als ob nicht die Strafgesetze oder die administrativen Maßnahmen der Maßstab wären, sondern die höheren juristischen Prinzipien; schaffen wir eine zensurfreie Presse, gründen wir

²⁶⁷ Zur Person vgl. Dalos, Archipel, S. 71 und Tökés, Revolution, S. 184/85.

²⁶⁸ Vgl. Vajda, Perspektiven, S. 43-66.

²⁶⁹ Istvan Bibó 1947, so zitiert bei Dalos, Archipel, S. 72.

²⁷⁰ Ferénc Donath (Mitherausgeber des Bibó-Gedenkbandes) so zitiert in: Paetzke, Andersdenkende, S. 12.

²⁷¹ Zu Bibó und dem Gedenkband vgl. Fehr, Dissidenz, S. 310/311; Dalos Archipel, S. 70-78; Tökés, Revolution., S. 184-186.

²⁷² Vgl. Tökés, Revolution, S. 186.

²⁷³ Vgl. Tökés, Revolution, S. 186/187 und Dalos, Archipel, S. 78/79.

rechtsverteidigende Komitees, initiieren wir den Aufbau freier Gewerkschaften.(...) Diese taktischen Überlegungen haben zuerst die Vertreter der polnischen Opposition ausgearbeitet, und sie stellten auch gleichzeitig eine sehr wagerechte Perspektive. Mit der Zeit könnten immer größere Teile der Gesellschaft sich in der Art und Weise dieser Initiativgruppen organisieren – sagen Kuron und Michnik -, und dieses Auftreten der organisierten Gesellschaft könnte die Regierung zu einem Ausgleich zu einer beschränkten Form des Pluralismus zwingen.“²⁷⁴

Kis regt an, trotz der Niederlage der polnischen Bewegung endlich auch in Ungarn den Weg zum Aufbau einer vom Staat getrennten zivilen Gesellschaft zu gehen. „Doch dies kann nur eine solche politische Gemeinschaft leisten, die außerhalb des Rahmens des allgemeinen Kompromisses steht: also die demokratische Opposition“²⁷⁵. Er war sich jedoch bewußt, daß seine „Gedanken zur nächsten Zukunft“ die einzige annähernd programmatische Auseinandersetzung mit dem Aufbau einer selbstverwalteten Zivilgesellschaft in Ungarn waren. Daher fordert er am Ende seiner Abhandlung eindringlich eine Diskussion über die politischen Ziele der oppositionellen Intellektuellen²⁷⁶.

Ein Jahr später versuchte György Konrád in seinem Essay-Band „Antipolitik – Mitteleuropäische Meditationen“, ähnlich wie Václav Havel in „Versuch in der Wahrheit zu leben“, moralische wie auch politische Ansätze der Zivilgesellschaftsdiskussion zusammenzuführen. Auch hier stellt er die moralische Kategorie der Wahrheit als Grundvoraussetzung für den Aufbau einer zivilen Gesellschaft in den Mittelpunkt. Aus diesem Grund lehnt Konrád die Selbstzensur ab und spricht sich für die offene Rede aus²⁷⁷. Erst nachdem er zum selbstbestimmten Leben und zum Aufbau eines neuen Bürgersinns aufgerufen hat, entwirft Konrád seine Vorstellungen eines zivilgesellschaftlich orientierten Demokratiekonzeptes:

„Die Selbstverwaltung ist in Osteuropa der höchste gesellschaftliche Anspruch, sofern sich überhaupt ein gesellschaftlicher Anspruch artikulieren läßt. (...) Die auf zwischenmenschlichem Kontakt basierende, ständig praktikierbare und korrigierbare Unternehmens- und kommunale Selbstverwaltung kann in unserem Raum schon allein deshalb mit lebhafter Sympathie rechnen als die Parlamentswahl nach dem Prinzip des Mehrparteiensystems, weil sich die Staatsbürger, wenn sie aktiv werden können, nicht damit zufrieden geben, nur alle vier Jahre entscheiden zu dürfen und selbst dann nur darüber, wer ihr Abgeordneter sein soll, wer ihr Regierungs- oder Staatsoberhaupt. (...) Wenn es nur eine parlamentarische Demokratie, jedoch keine Selbstverwaltung gibt, dann steht allein die politische Klasse auf der Bühne. Dann haben die Bürger allein die Aufgabe, unter den verschiedenen Kandidaten die Akteure auszuwählen, die auf der Bühne ihre Pracht entfalten können. Der sichtbare Teil der Bühne ist der Bildschirm. Der Politiker redet, der Zuschauer sieht zu. Bis zur nächsten Wahl besitzt er nicht mehr Rechte als der Bürger Osteuropas: Er kann den Fernseher ausschalten. (...) Selbstverwaltung bedeutet Ausdehnung der parlamentarischen Demokratie von den politischen Sphären auf die wirtschaftliche und kulturelle Sphäre.“²⁷⁸

²⁷⁴ Kis, Gedanken, S. 165.

²⁷⁵ Kis, Gedanken, S. 173.

²⁷⁶ Vgl. Kis, Gedanken, S. 171. Zu den „Gedanken über die nächste Zukunft“ vgl. auch Fehr, Dissidenz, S. 311/12; Dalos, Archipel, S. 79.

²⁷⁷ „Wer sich weniger zensiert, sollte diejenigen verführen, die sich stärker zensieren. Wir müssen die innere Befreiung all derjenigen fördern, mit denen wir in Berührung kommen“. Konrád, Antipolitik, S. 79.

²⁷⁸ Konrád, Antipolitik, S. S. 132-134.

Zu diesem Idealbild einer zivilen Gesellschaft gelangt man nach Konrád durch „antipolitische“ Politik.

„Antipolitik ist das Politisieren von Menschen, die keine Politiker werden und keinen Anteil an der Macht übernehmen wollen. Antipolitik betreibt das Zustandekommen von unabhängigen Instanzen gegenüber der politischen Macht, Antipolitik ist eine Gegenmacht, die nicht an die Macht kommen kann und das auch nicht will.“²⁷⁹

Konrád wollte durch eine langsam heranreifende soziale Neuordnung eine Neuordnung der politischen Struktur erreichen²⁸⁰. Dieser „antipolitische“ Entwurf einer Zivilgesellschaft gab der Diskussion in Ungarn den theoretisch-philosophischen Boden, ähnlich wie der Entwürfe von Václav Havel (Versuch in der Wahrheit zu leben) in der Tschechoslowakei oder Adam Michnik (Der Neue Evolutionismus) in Polen. Seit 1985 verstärkten sich die Debatten der oppositionellen Intellektuellen in Ungarn, angespornt durch Zulassung mehrerer Kandidaten zur ungarischen Parlamentswahl²⁸¹ und durch den Amtsantritt von Michael Gorbatschow. Vom 14.-16. Juni 1985 tagte erstmals eine öffentlich einberufene Konferenz über die Programmatik der Bürgerrechtsbewegung. Hier diskutierten die „Demokratischen Populisten“ mit den sozialliberalen Demokraten um János Kis über alternative oppositionelle Strategien, die sich von den Reformansätzen der staatlichen Kräfte unterscheiden sollten. Auch auf dieser Konferenz forderte János Kis mit Nachdruck die Ausarbeitung eines gemeinsamen politischen Programmes²⁸². 1987 wurden dann gleich mehrere Reformprogramme veröffentlicht²⁸³. Für unsere Fragestellung interessant ist allerdings nur das durch János Kis und sein Team im Juni 1987 veröffentlichte Demokratisierungskonzept, die anderen, auch durch Reformsozialisten herausgegebenen Konzepte, thematisieren die zivilgesellschaftliche Problematik nicht. Kis und seine Mitarbeiter entwickelten in einer Sonderausgabe der Zeitschrift „Beszélő“ (No. 20, Juni 1987) auf 50 Schreibmaschinenseiten ein dezidiertes Reformprogramm für einen neuen „Gesellschaftsvertrag“²⁸⁴, der einen eingeschränkten demokratischen Umbau der ungarischen Gesellschaft und den institutionellen Aufbau einer Zivilgesellschaft in den Mittelpunkt stellte. Die zivile Gesellschaft und der Staat sollten vertraglich zugesicherte Verantwortungsbereiche erhalten, die sich auf der nationalen Vertretungsebene durch die Einsetzung von zwei Kammern, eine vom Volk gewählte und eine durch die Partei besetzte, widerspiegeln.

Wesentliche Grundrechte, wie zum Beispiel Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie ein unabhängiges Justizwesen, sollten einklagbar im „Social Contract“ verankert sein. Großen Wert legten die Autoren auf den Aufbau einer unzensurierten Öffentlichkeit und einer gesellschaftlichen Selbstverwaltung; Bürgerinitiativen sollten in den einzusetzenden lokalen und regionalen Selbstverwaltungsgremien Vortragsrecht haben und bevorzugt behandelt werden.

„The representatives of local movements, initiative sponsoring groups and voluntary associations should be invited to attend – with a voice not a vote – the council debate on issues they support.“²⁸⁵

²⁷⁹ Konrád, Antipolitik, S. 213.

²⁸⁰ Vgl. Konrád, Antipolitik, S. 139. Der komplette Entwurf vgl. S. 129-140.

²⁸¹ Vgl. Kennedy, S. 47.

²⁸² Vgl. Tökés, Revolution, S. 190.

²⁸³ Vgl. Lengyel, László, Drei Reformprogramme, in: Sandór Kurtán (Hg.), Vor der Wende, Politisches System, Gesellschaft und Reformen im Ungarn der achtziger Jahre, Wien 1993, S. 129-139. Zu den verschiedenen Reformprogrammen vgl. auch Mánicke-Gyöngyösi, Krisztina, Bürgerbewegungen, Parteien und „zivile“ Gesellschaft in Ungarn, in: Deppe; Dubiel; Rödel, Umbruch, S. 226-228.

²⁸⁴ vollständiger Titel in der englischen Übersetzung „Social contract“ (Prerequisites for Resolving the Political Crisis) vgl. Social Contract, Special Issue „Beszélő, No 20, June 1987 abgedruckt in: F. Demzky, u.a., Roundtable-Digest of the Independent Hungarian Press, Vol. 1, No. 1-2, Budapest 1987, S. 93-141, hier zitiert: Social Contract, S. ...

²⁸⁵ Social Contract, S. 95.

Im ökonomischen Sektor wollten die Autoren einen eingeschränkten Kapitalmarkt mit privaten Investoren und teilweise sogar mit Kapitalbeteiligung der Arbeiter durchsetzen²⁸⁶. Obwohl dieser Entwurf eine Pluralisierung des Parteienwesens forderte, ging er nicht dazu über, auch eine uneingeschränkte parlamentarische Demokratie anzustreben. Genauso wie András Hegedüs orientierte sich auch Kis weiterhin nur an einem „pluralisierten“ Einparteiensystem mit einer starken zivilen Gesellschaft als Gegenmacht zum kommunistischen Staat, die in vertraglich getrennten eigenen Machtsphären agierten²⁸⁷. Beide konnten sich scheinbar bis 1987 eine vollständige Demokratisierung Ungarns nicht vorstellen. Nur der Ansatz von György Konrád in „Antipolitik“ wies über die „selbstbeschränkte Revolution“ hinaus und propagierte zivilgesellschaftliche Ziele für eine postkommunistische demokratische Gesellschaftsorganisation²⁸⁸. Diese Entwürfe für eine reformierte kommunistische Gesellschaft charakterisieren die Positionen der Protagonisten der Zivilgesellschaftsdiskussion vor der Gründung der ersten politischen Bürgerbewegungen und der Pluralisierung der gesellschaftlichen Sphäre am Ende des Jahres 1987.

Die dritte Phase (1987-1990)

Die Gründung des „Ungarischen Demokratischen Forums“ im September 1987 durch die Gruppe der „demokratischen Populisten“ und die Vereinigung der sozialliberalen Gruppe um János Kis im „Netzwerk Freier Initiativen“ am 1. Mai 1988 leitete die rasante Pluralisierung der ungarischen Gesellschaft ein. Beide Vereinigungen verstanden sich zuerst als Bürgerbewegungen, verwandelten sich jedoch schnell in Parteien, da nur Parteien in der zu dieser Zeit gültigen Verfassung potentiell wählbar waren²⁸⁹. Durch die Institutionalisierung der Oppositionellen beschleunigte sich, wie in Polen und der Tschechoslowakei, der politische und gesellschaftliche Wandel. Allerdings unterschied sich die Transformation in Ungarn in wesentlichen Punkten von derjenigen in Polen und der Tschechoslowakei. Der Ausgangspunkt der Demokratisierung des politischen Systems war keine Konfrontation zwischen Staat und Gesellschaft, sondern eine Auseinandersetzung innerhalb der politischen Führung über die Fortsetzung des sehr viel früher eingeschlagenen Wegs wirtschaftlicher Reformen. Unter den reformorientierten Kräften des Regimes setzte sich schon jetzt die Überzeugung durch, daß eine Lösung der katastrophalen ökonomischen Krise nur mittels politischer Reformen zu erreichen sei. Als János Kádár im Mai 1988 als Generalsekretär der USAP (Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei) abgelöst wurde und mit seinen engsten Gefolgsleuten aus dem Politbüro ausscheiden mußte, hatte sich innerhalb der USAP ein Bündnis verschiedener Kräfte durchgesetzt, dessen gemeinsamer Nenner in der Absicht bestand, eine marktwirtschaftlich orientierte Lösung der ökonomischen Krise mit politischen Reformen und einer weiteren Öffnung zum Westen zu verbinden²⁹⁰. Kurz darauf wurde ohne großen gesellschaftlichen Druck und Demonstrationen die Umwandlung des

²⁸⁶ Vgl. das gesamte Programm in: F. Demzky u.a., Roundtable-Digest of the Independent Hungarian Press, Vol. 1, No. 1-2, Budapest 1987, S. 93-141. Dazu auch Hankiss, 1990, S. 223-225 und wiederum János Kis, Turning Point in Hungary, in: Dissent, Spring 1989, S. 235-241 und Tökés, Revolution, S. 200-201 sowie Skilling, Samizdat, S. 186/187 aber auch Pallinger, Zoltán Tibor, Die politische Elite Ungarns im Systemwechsel 1985-1995. Stuttgart 1997, S. 146-150.

²⁸⁷ Zur Entwicklung der Position von Hegedüs vgl. Hegedüs, András, Democracy and Socialism in East and West, in: Ken Coates; Fred Singleton (eds.), The Just Society, Nottingham 1977 und das Interview mit András Hegedüs, in: Telos, No. 47 (Spring 1981), S. 132-137 sowie Hegedüs, András, Über politische Reformen eine pluralistische Gesellschaft entwickeln, in: István Futaky, Ungarn ein kommunistisches Wunderland?, Reinbek 1983, S. 63-81. Zu Hegedüs und seiner Programmatik vgl. auch Dalos, György, Über die Verwirklichung der Träume, in: Deppe; Dubiel; Rödel, Umbruch, S. 183.

²⁸⁸ Vgl. Konrád, Antipolitik, S. 129-140.

²⁸⁹ Vgl. Kende, Pierre, Leistungen und Aussichten der demokratischen Opposition in Ungarn, in: A. Smolar; P. Kende, Die Rolle oppositioneller Gruppen am Vorabend der Demokratisierung in Polen und Ungarn (1987-1989), Köln 1989, S. 64-95.

kommunistischen Systems in eine parlamentarische Demokratie wiederum an einen „Runden Tisch“ ausgehandelt, der auch durch die USAP mitinitiiert worden war. Auch dies spiegelte die besondere politische Situation in Ungarn.

Die Diskussion über eine Zivilgesellschaft, wie sie András Hegdüs, György Konrád und János Kis geführt hatten, wurde jedoch in dieser Zeit von den neuen Bürgerbewegungen und Parteien nicht weiterverfolgt. Obwohl sich eine reiche Bürgerbewegungs- und Verbandskultur entwickelte und man von einer Belebung und dem Aufbau einer aus Vereinen und Verbänden bestehenden zivilen Gesellschaft sprechen konnte, wurden in die politischen Konzepte der neuen Parteien keine Forderungen aufgenommen, die an der Förderung einer zivilen Gesellschaft festhielten. Auch das „Netzwerk freier Initiativen“, die Partei der einstigen Verfechter einer zivilgesellschaftlichen Organisation der Gesellschaft, vertrat in seinen Programmen keine Forderungen nach dem bevorzugten Aufbau einer durch Bürgerbewegungen geprägten zivilen Gesellschaft.²⁹¹ Auch in der im Oktober 1989 im Zuge der Verhandlungen am „Runden Tisch“ erfolgten²⁹² Verfassungsrevision wurden die im liberalen Sinne nötigen rechtlichen Voraussetzungen für die Vereins- und Versammlungsfreiheit geschaffen, allerdings keine Förderung von Bürgerbewegungen, Stiftungen oder Selbsthilfeorganisationen festgeschrieben. Die geforderte lokale Selbstverwaltung wurde zwar eingeführt, jedoch mit keinen weiterführenden Vollmachten, wie zum Beispiel einem Budgetrecht, ausgestattet²⁹³. Durch den beschleunigten sozialen und wirtschaftlichen Wandel wurden, ähnlich wie in Polen und der Tschechoslowakei, die angedachten Modelle einer auf moralischen Grundsätzen fundierten Zivilgesellschaft mit weitgehenden politischen Einflußmöglichkeiten außer Acht gelassen. Die neuen Parteien schufen nur die Grundvoraussetzungen in der „politischen“ und „ökonomischen Gesellschaft“, die zur Entwicklung einer zivilen Gesellschaft im westlichen liberalen Sinne nötig waren²⁹⁴.

In Ungarn besannen sich die Verfechter eines durch eine starke selbstverwaltete Zivilgesellschaft weiterentwickelten westlichen demokratischen Systems jedoch schon 1990 wieder auf ihre eigentlichen Ziele. György Konrád äußerte sich zu dieser Problematik schon kurz nach den ersten Wahlen (März/April 1990). Er riet den politischen Entscheidungsträgern, die „antipolitische“ Perspektive auch nach dem Systemwandel nicht zu vergessen und forderte die Intellektuellen auf, weiterhin eine Politik der „Antipolitik“ zu verfolgen²⁹⁵. Im November 1991 verfaßten auf Anregung von János Kis einige nun schon wieder oppositionelle Intellektuelle, unter anderen auch György Konrád, die „Demokratische Charta '91“. Die Charta '91 macht deutlich, daß eine starke Zivilgesellschaft Grundvoraussetzung für die Entwicklung einer stabilen Demokratie in Ungarn sei und fordert die weitere Demokratisierung des parlamentarischen Systems. In kurzer Zeit

²⁹⁰ Vgl. Thaa, S. 303.

²⁹¹ Vgl. Bango, Jenő, Die postsozialistische Gesellschaft Ungarns. München 1991, S. 197.

²⁹² Szabó, Máté, Die politische Entwicklung Ungarns nach Kadar (1988-1989) Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie und zu Europa? in: Gegenwartskunde 4/1989, S. 425-437; Bozoki, András, Party Formation and Constitutional Change in Hungary, in: The Journal of Communist Studies and Transition Politics, Vol. 10, No. 3, Sept. 1994, S. 35-56 sowie; Cox, Terry; Vass, László, Civil Society and Interest Representation in Hungarian Political Development, in: The Journal of Communist Studies and Transition Politics, Vol. 10, No. 3, Sept. 1994, S. 153-179.

²⁹³ Vgl. Brunner, Georg, Die Verfassungsordnung, in: Georg Brunner, Ungarn auf dem Weg der Demokratie, Von der Wende bis zur Gegenwart, Bonn 1993, S. 42-87 und Tökés, Revolution, S. 334/335.

²⁹⁴ Beschreibung der neu entstehenden Bewegungen bei: Bango, S. 189-195; Gergely, András, Ungarns Perestrojka 1989/90, in: Ulrich Geyer (Hg.), Europäische Perspektiven der Perestrojka. Tübingen 1991; S.135-147; Hoensch, Ungarn, S. 189/190. Zur Debatte in Ungarn vgl. auch Fehr, Dissidenz.

²⁹⁵ Vgl. Literatur und Politik. Interview mit György Konrád, geführt am 1.9.90, in Südosteuropa, 40. Jg. 11-12/1991, S. 662-672.

unterzeichneten 5000 Menschen das neue Manifest der zivilgesellschaftlichen Opposition. Schon im Dezember gründeten die Unterzeichner der Charta '91 eine neue gleichnamige Bürgerbewegung, die wohl auf der Basis der Forderungen der Charta die versäumte Diskussion über den Aufbau einer leistungsfähigen selbstverwalteten Zivilgesellschaft wieder aufnehmen sollte²⁹⁶.

2.4. Fazit

In Ost-Mitteleuropa entwickelten die von uns betrachteten herausragenden oppositionellen Intellektuellen in den 70er und 80er Jahren in Debatten, die oftmals über 10 Jahre geführt wurden, mehrere zivilgesellschaftlich orientierte Demokratisierungskonzepte.

In Polen teilte sich die Bewegung für den Aufbau einer Zivilgesellschaft in zwei politische Strömungen: Einmal in die „linken“ bürgerrechtlich orientierten und christlichen oppositionellen Intellektuellen um Adam Michnik und Tadeusz Mazowiecki und in die eher basisdemokratisch-sozialistisch und selbstverwaltungsorientierten oppositionellen Intellektuellen um Jacek Kuron, die in einer breiten und zwischen 1980 und 1981 sogar unzensurierten unabhängigen publizistischen Öffentlichkeit diskutieren konnten. Ihre Programme, die in den späten 70er und frühen 80er Jahren noch einen selbstbeschränkten Charakter hatten, zielten auf eine parlamentarische Demokratie und maßten der Zivilgesellschaft verschiedene Bedeutungen zu. Für Michnik war der Aufbau einer starken Zivilgesellschaft ein Schritt auf den für ihn vorbildhaften spanischen Transformationsweg von der francoschen Diktatur zur Demokratie. Kurons Zivilgesellschaftskonzept sollte auch die westlichen demokratischen Gesellschaften durch Dezentralisierung und eine stärkere Bürgerbeteiligung weiter demokratisieren. Seit 1980 bestimmte jedoch das von der Solidarnosc-Programmkommission entworfene Modell einer selbstverwalteten Republik die Diskussion. Allerdings war das neue Konzept viel radikaler als vor allem von Michnik angedacht. Die Zivilgesellschaft sollte in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Organisation treten und weitgehende Einflußmöglichkeiten und Entscheidungsbefugnisse auch in der „politischen Gesellschaft“ (Gesetzesinitiativen, Selbstverwaltung) und „ökonomischen Gesellschaft“ (Arbeiterselbstverwaltung) haben.

Die eigentümliche Mischung von sozialistischen, nationalen und christlichen Traditionen in den Zivilgesellschaftskonzepten der führenden oppositionellen Intellektuellen in Polen wurde allerdings in der Transformationsphase, in der der kommunistische Staat als starker Gegner wegfiel und die ökonomische Misere offen zutage trat, durch Transformationskonzepte, die auf liberale marktwirtschaftlich ausgerichtete zivilgesellschaftliche Definitionen der neueren westlichen Diskussion rekurrierten, fast vollständig abgelöst. Bei den aus der Tradition des KOR und des linken katholischen Milieus hervorgegangenen zivilgesellschaftlichen Diskussionsgruppen setzte sich bis zu den ersten eingeschränkt freien Wahlen (1989) das liberale westliche Konzept einer Zivilgesellschaft durch. Allenfalls auf der lokalen Ebene wurden noch weitgehende unabhängige Selbstverwaltungskonzepte propagiert. Auch in die 1997 verkündete neue Verfassung flossen keine besonderen, den Aufbau einer starken Zivilgesellschaft unterstützenden Rechte, wie Dezentralisierung, Subsidiarität oder der besondere Schutz von Bürgerbewegungen, ein.

²⁹⁶ Vgl. Machos, Csilla, Demokratische Charta '91. Von der „alten“ zur „neuen“ ungarischen Opposition, in: Berliner Debatte 4/1992, S. 57-68 und Bozoki, András, Demokraten gegen Demokratie. Ziviler Protest in Ungarn seit 1990, in: Berliner Debatte INITIAL 5/1992, S. 60-70 und Bozoki, András; Körösenyi, András; Schöpflin, George, (eds.), Post-Communist Transition: Emerging Pluralism in Hungary. London 1992.

Die Theoretiker der polnischen Zivilgesellschaftsdiskussion rekurrierten meist auf nationale politische Traditionen (Abramowski) und christliches Gedankengut. Unterstützt wurde die Bewegung für eine starke zivile Gesellschaft durch die ausgeprägte Kultur der Dichotomie von Staat und Gesellschaft.

In der Tschechoslowakei war die Diskussion aufgrund der hohen Repressivität des kommunistischen Regimes und der damit verbundenen eingeschränkten unabhängigen publizistischen Öffentlichkeit auf die Mitglieder der Charta 77 beschränkt. Führende oppositionelle Intellektuelle der Charta 77 entwarfen jedoch drei zivilgesellschaftlich orientierte Umgestaltungskonzepte. Allerdings stand vor allem bei den „linken“ bürgerrechtlich orientierten oppositionellen Intellektuellen um Václav Havel zuerst die moralische Neuorientierung des Individuums im Mittelpunkt der Diskussion. Havel sah dies als Grundvoraussetzung für den Aufbau einer Zivilgesellschaft. Hier war nur das Modell von Václav Havel auf eine demokratische postkommunistische Gesellschaftsorganisation zugeschnitten. Er führte in seinem Manifest „Versuch in der Wahrheit zu leben“ Gesichtspunkte der „Parallelen Polis“ von Václav Benda mit eigenen moralischen Politikvorstellungen von Bürgersinn und Solidarität zusammen. Im Mittelpunkt dieser Konzeption stand eine demokratische parlamentarisch organisierte „politische Gesellschaft“, die durch eine selbstverwaltete Zivilgesellschaft ergänzend werden sollte. Die beiden anderen Konzepte entwarfen entweder kein Szenario für eine postkommunistische Gesellschaft (Benda), oder blieben in sozialistischen Selbstverwaltungsentwürfen haften (Uhl). Uhls sozialistische Selbstverwaltungsvorstellungen, aber auch das Solidarnosc-Programm, verführten westliche Beobachter dazu, in allen zivilgesellschaftlich orientierten Konzepten „Dritte Weg“-Theorien zu sehen und nicht zu differenzieren²⁹⁷. Bis 1989 bestimmten diese drei Konzepte die Diskussionen der oppositionellen Intellektuellen in der Tschechoslowakei. In der Transformationsphase setzten sich jedoch andere wirtschaftsliberale Transformationskonzepte durch, die zivilgesellschaftlichen Modellen skeptisch gegenüberstanden, obwohl Václav Havel bis heute bei seinen zivilgesellschaftlichen Zielen blieb. Die oppositionellen Intellektuellen in der CSSR und vor allem Havel rekurrierten in ihren Essays auf nationale politische Traditionen wie zum Beispiel den Entwurf der „Kleinarbeit“ von Thomas G. Masaryk. Havel bezog sich aber auch auf Entwürfe der polnischen und ungarischen oppositionellen Intellektuellen in Ostmitteleuropa.

Auch in Ungarn kam es in den 80er Jahren trotz des eher unpolitischen Samizdat zur Auseinandersetzung mit dem Projekt einer zivilen Gesellschaft. Allerdings war die Debatte durch die liberale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik des kommunistischen Staates und die marginale Institutionalisierung der Oppositionellen nicht so ausgeprägt, wie zum Beispiel in Polen. Bis 1987 entwickelten vor allem Post-Marxisten wie András Hegedüs und „linke“ bürgerrechtlich orientierte Intellektuelle wie János Kis und György Konrád drei Demokratisierungskonzepte, die eine Zivilgesellschaft und die Forderung nach einer unzensurierten Öffentlichkeit in den Mittelpunkt ihrer Bestrebungen stellten. András Hegedüs wollte, ähnlich wie Václav Benda, das Einparteiensystem beibehalten und nur eine Sphäre der gesellschaftlichen Pluralisierung zulassen. Der von János Kis ausgearbeitete Entwurf für einen neuen Gesellschaftsvertrag war der programmatisch konkreteste im Zuge der ungarischen Diskussion. Eine Besonderheit dieses Entwurfes war die marktwirtschaftliche Orientierung. János Kis hielt allerdings auch am Einparteiensystem fest. Trotz seiner selbstbeschränkten Tendenz zeigte sein Entwurf für einen neuen „Gesellschaftsvertrag“ zivilgesellschaftliche Entwicklungswege auf, die über das kommunistische System hinauswiesen, wie zum Beispiel die

²⁹⁷ Vgl. Dahrendorf, Ralf, Betrachtungen über die Revolution in Europa in einem Brief der an einen Herrn in Warschau gerichtet ist. Stuttgart 1990, bes., S. 6/7.

herausgehobene Förderung von Bürgerinitiativen und die angedachte Selbstverwaltung der zivilen Gesellschaft. Nur György Konrád formulierte auch Ziele für eine postkommunistische demokratische Gesellschaftsorganisation. Er verband die politische Komponente einer zivilen Gesellschaft mit einer moralischen, die einen neuen Bürgersinn für die Entwicklung einer zivilen Gesellschaft voraussetzte.

Auch diese Modelle wurden, wie in den anderen ost-mitteleuropäischen Ländern, in der Transformationsphase nicht mehr kommuniziert und weiterentwickelt. Durch den gleichzeitigen Reformzwang in der „ökonomischen“ und „politischen Gesellschaft“ und dem ausgeprägten antipolitischen Politikverständnis der Zivilgesellschaftstheoretiker, die sich nicht in die offizielle Politik begaben, traten andere liberaldemokratische Transformationskonzepte in den Vordergrund. Explizite Forderungen nach der Förderung von Bürgerinitiativen und nach Selbstverwaltung und Dezentralisierung wurden erst wieder in der Charta '91 gestellt. Auch die ungarischen Zivilgesellschaftstheoretiker schöpften aus der nationalen politischen Tradition. Vor allem die moralische Komponente ihrer Entwürfe führten sie auf Politikentwürfe der 56er Politikergeneration (Bibó) zurück. Gleichzeitig nahmen sie jedoch Anregungen aus den zivilgesellschaftlichen Entwürfen der polnischen oder der tschechischen oppositionellen Intellektuellen in ihre Konzepte auf.

Nun ist zu betrachten, wie die ostdeutschen Oppositionellen mit den von den ost-mitteleuropäischen Theoretikern vorgedachten Zivilgesellschaftsmodellen umgingen und ob sie eigene oder ähnliche Konzepte entwickeln oder einen ganz anderen oppositionellen Weg wählen.

III. DIE DDR UND DIE ZIVILGESELLSCHAFTLICHEN ENTWÜRFE DER BÜRGERBEWEGUNGEN

Dieses Kapitel ist den zivilgesellschaftlichen Entwürfen der ostdeutschen Oppositionellen in den Bürgerbewegungen gewidmet. Bevor jedoch die konzeptionelle Entwicklung des zivilgesellschaftlichen Denkens in der DDR nachgezeichnet werden kann, müssen wir zum besseren Verständnis der Diskussion die Gründe für die ostdeutsche Debatte skizzieren, die sich im ost-mitteleuropäischen Vergleich schwächer und später entwickelte.

1. Die Bedingungen der Möglichkeit oppositioneller Kritik in der DDR

Hier werden die für unsere Fragestellung wichtigsten Besonderheiten des gesellschaftlichen Umfeldes in der DDR dargestellt²⁹⁸. Der Fokus liegt dabei auf den gesellschaftlichen Einflüssen, die einer früheren breiten, also nicht reformsozialistisch geprägten oppositionellen Zivilgesellschaftsdiskussion im Wege standen, und nicht auf den grundsätzlichen Bedingungen für die Herausbildung einer politischen Opposition in der DDR. Da also stärker die Bedingungen als die Möglichkeiten im Vordergrund stehen, sollen die Möglichkeiten zur unabhängigen Diskussionen in einer unzensurierten Öffentlichkeit im nächsten Kapitel erläutert werden.

²⁹⁸ Zur besonderen gesellschaftlichen Situation in der DDR vgl. auch Dalos, György, Der politische Umbruch in Ost- und Mitteleuropa und seine Bedeutung für die Bürgerbewegung in der DDR, in: Deutscher Bundestag (Hg.), Materialien der

1.1. Die staatliche Repressions-, Abschiebe-, Ausreise- und Ausgrenzungspraxis

Die SED versuchte, das öffentliche Leben vollständig zu beherrschen. Systematisch wurden alle Vereine unterdrückt, und nur SED-nahe Organisationen durften öffentlich auftreten²⁹⁹. Die stärkste Waffe des SED-Staates gegen die Entwicklung und Etablierung oppositioneller Gruppen in der DDR war die Staatssicherheit (Stasi). Mit um 100.000 offiziellen und etwa 140.000 inoffiziellen Mitarbeitern (IM) beschäftigte die „Stasi“ etwa jeden fünfunddreißigsten Erwachsenen in der DDR³⁰⁰. Trotz der Kontrolle durch die SED hatte die Staatssicherheit erhebliche Handlungsfreiheit und unterdrückte anfangs regimekritische Regungen mit großer Härte.

Da Bürgerrechte nur auf dem Papier standen, konnten administrative Anordnungen Beschattung, Schläge oder Gefängnis autorisieren³⁰¹. In den 80er Jahren wechselte die Stasi aufgrund des KSZE-Prozesses ihre Taktik, um außenpolitischen Schaden durch zu harte Repressionen gegenüber Andersdenkenden abzuwenden³⁰². Nun versuchte sie, die regimekritische Szene mit inoffiziellen Mitarbeitern (IM) zu durchdringen, die den Auftrag hatten, mögliche oppositionelle Gruppen durch die Herausforderung von inneren Disputen handlungsunfähig zu machen und eine lückenlose Überwachung zu gewährleisten. Diese Strategie hatte lange Zeit großen Erfolg.

Die inoffiziellen Mitarbeiter der Staatssicherheit drangen bis in die Führungsriege der alternativen und später auch in die der Bürgerbewegungen vor³⁰³. Gerade bei der Gründung der „Initiative Frieden und Menschenrechte“³⁰⁴ wird die Einflußnahme sehr deutlich. Noch 1989 konnte die Staatssicherheit inoffizielle Mitarbeiter in Führungspositionen einiger neu gegründeten Bürgerbewegungen und Parteien unterbringen. Die Affären um die Gründungsmitglieder des Demokratischen Aufbruchs (Wolfgang Schnur³⁰⁵) und der SDP

Enquete-Kommission, Frankfurt/Main 1995, Bd. VII/1, S. 547-549, hier zitiert: Dalos, Politischer Umbruch.

²⁹⁹ Zur Disziplinierung und Ideologisierung der DDR-Bürger vgl. vor allem Deutscher Bundestag (Hg.), Rolle und Bedeutung der Ideologie, integrativer Faktoren und disziplinierende Praktiken in Staat und Gesellschaft der DDR. Bd. III, 1-3. Baden-Baden 1995. In diesen drei Bänden beschäftigen sich Experten und Zeitzeugen mit der Erziehung, der Kultur und Kunst, dem Sport, der Familie und den Einflußnahmen und „Gleichschaltungsversuchen“ des SED-Staates. Diese Thematik kann hier nicht ausgeführt werden, hatte aber sicherlich, wie in den ost-mitteleuropäischen Ländern, Einfluß auf das oppositionelle Verhalten der „durchschnittlichen“ DDR-Bürger.

³⁰⁰ Zum Ausmaß des Stasi-Apparates vgl. Staritz, Dietrich, Geschichte der DDR. Frankfurt/Main 1996, S. 332, die Zahlen schwanken: Weber nennt 91.000 hauptamtliche und 173.000 inoffizielle Mitarbeiter, vgl. Weber, Hermann, Geschichte der DDR. München 1999, S. 346.

³⁰¹ Vgl. die Zeitzeugenbeschreibung der Stasi-Repressionen in der oppositionellen Prenzlauer Berg-Szene von Wolfgang Rüddenklau in seinem sehr aufschlußreichen Buch: Rüddenklau, Wolfgang, Störenfried. ddr-opposition 1986-1989. Düsseldorf 1991, S. 77-79.

³⁰² Vgl. Neubert, Erhart, Der KSZE-Prozeß und die Bürgerrechtsbewegung in der DDR, in: Henke, Klaus-Dietmar; Steinbach, Peter; Tuchel, Johannes (Hg.), Widerstand und Opposition in der DDR, Köln 1999, S. 295-309, bes. S. 297-299, hier zitiert: Neubert, KSZE-Prozeß; Weber, S. 295.

³⁰³ Vgl. die Rolle des IM's bei der aufsehenserregenden Aktion gegen die Redaktion des „Grenzfall“, der ersten unabhängigen Zeitschrift in der DDR im November 1987. Dazu Rüddenklau, S. 116/117 und Faktor, Jan, Brüchen und Abgrenzungstendenzen unter den jungen Oppositionellen in der DDR und in der alternativen Kultur. Verdeckte Brüche, der Verrat und Konsequenzen, in: Deutscher Bundestag (Hg.), Rolle und Bedeutung der Ideologie, integrativer Faktoren und disziplinierende Praktiken in Staat und Gesellschaft der DDR. Bd. III, 1-3. Baden-Baden 1995, S. 826-852, bes. 838-850, hier zitiert: Faktor, Brüche und Abgrenzungstendenzen, S.

³⁰⁴ Dazu Hirsch, Ralf, Die Initiative Frieden und Menschenrechte, in: Ferdinand Kroh (Hg.), „Freiheit ist immer Freiheit ...“ Die Andersdenkenden in der DDR, Frankfurt/Main 1988, S. 210-234.

³⁰⁵ Zur Affäre vgl. die Beschreibung der Enttarnung von Wolfgang Schnur durch seinen Führungsoffizier in der Fernsehsendung „Prisma“ am 14. März 1989, in: Links, Christof; Bahrmann, Hannes, Chronik der Wende 2. Berlin 1995, S. 169/170 und Schroeder, Klaus, Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft. 1949-1990. München 1998, S. 364/365.

(Ibrahim Böhme³⁰⁶) zeigen dies sehr deutlich. Vergleichbare Erfolge konnten die ost-mitteleuropäischen Staatssicherheitsdienste nicht verzeichnen³⁰⁷.

Die innerdeutsche Grenze ermöglichte es dem SED-Regime zusätzlich, unliebsame Kritiker in die Bundesrepublik abzuschieben oder zu verkaufen. Seit 1964 kaufte die Bundesregierung Jahr für Jahr etwa 1000 bis 2000 politische Häftlinge frei³⁰⁸. Der SED-Staat nutzte diese Optionen gerade in den 70er und 80er Jahren und unterbrach sehr erfolgreich den Aufbau einer oppositionellen Bewegung sowie eine Konsolidierung des oppositionellen Potentials. Zwar stand der Reisepaß auch in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei für unbequeme Oppositionelle immer bereit, die Praxis des SED-Staates jedoch, die Bundesrepublik „als eine Art Edel-Sibirien zu behandeln, wohin sie ihre Kritiker nach eigenem Gutdünken verbannen konnte, (...) war einzigartig im gesamten Ostblock.“³⁰⁹

Vor allem durch die Ausbürgerung von Wolf Biermann (1976) verhinderte die SED eine zeitgleiche Entwicklung mit Polen oder der Tschechoslowakei³¹⁰. Denn Biermann vertrat schon kurze Zeit später zivilgesellschaftliche Positionen. In einer Erwiderung auf das „Manifest der Opposition“, ein von angeblichen oder wirklichen SED-Reformen anonym im „Spiegel“ (1978) veröffentlichtes Reformmanifest für die DDR³¹¹, bezieht er sich auf die westlichen Bürgerinitiativen und empfiehlt eine basisdemokratische Vorgehensweise auch für die DDR:

„Die Bürgerinitiativen hier im Westen werden immer wichtiger (...). Ich glaube, daß alle basisdemokratischen Organisationsformen wichtiger werden, sie sind lebendiger, korrigieren sich schneller, sind offen für Menschen verschiedener Meinung, sind ein Sack Flöhe, die kein Gedankenpolizist gern hüten möchte.“³¹²

Auch die nachfolgenden großen Proteste gegen die Biermann-Ausbürgerung nutzte die SED-Führung, um unliebsame Künstler und Oppositionelle in die Bundesrepublik abzuschieben oder zur Ausreise zu drängen. Durch diesen Exodus großer Teile der oppositionellen Intellektuellen wurde die Entwicklung einer

³⁰⁶ Zu Böhme vgl. Elitz, Ernst, Sie waren dabei. Ostdeutsche Profile von Bärbel Bohley zu Lothar de Maiziére. Stuttgart 1991, S. 61-70 und Lahmann, Brigitte, Genosse Judas. Die zwei Leben des Ibrahim Böhme. Berlin 1992.

³⁰⁷ Vgl. Dalos, Politischer Umbruch, S. 540-557. Zur Repressionspolitik im allgemeinen vgl. Jarausch, Konrad, Die unverhoffte Einheit 1989-1990, Frankfurt/Main 1995, S. 58-60, Joppke, Christian, East German Dissidents and the Revolution of 1989: Social Movement in a Leninist Regime. Basingstoke 1995, S. 109-122; Templin, Wolfgang; Werner, Sigrun; Ebert, Frank, Der Umgang des Staates mit oppositionellem und widerständigen Verhalten, in: Deutscher Bundestag (Hg.), Materialien der Enquete-Kommission, Frankfurt/Main 1995, Bd. VII/1, S. 1654-1706, hier zitiert: Templin/Werner/Ebert, widerständiges Verhalten. Zur Stasitätigkeit in der Prenzlauer Berg-Szene vgl. Faktor, Jan, Intellektuelle Opposition und alternative Kultur in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 10, 1994, S. 30-37. Zur Stasi allgemein: Fricke, Karl, Wilhelm, Die DDR-Staatssicherheit. Entwicklung, Strukturen, Aktionsfelder, Köln 1989; Gieseke, Jens, Das Ministerium für Staatssicherheit 1950 bis 1989/90. Ein kurzer historischer Abriss. (=BF informiert Nr. 21) 1998 hrsg. vom Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR; Mampel, Siegfried, Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR als Ideologiekontrolle. (=Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, Bd. 50) Berlin 1996; Schroeder, S. 430-450 und 311-313.

³⁰⁸ Vgl. Jesse, Eckhard, „Wir sind das Volk!“ Neues Selbstbewußtsein, Vielfältigkeit und Gefährdungen der Opposition, in: Göttrik Wewer (Hg.), DDR – von der friedlichen Revolution zur deutschen Vereinigung, (=Gegenwartskunde, Sonderheft 6) Opladen 1990, S. 47-65, hier S. 55.

³⁰⁹ Dalos, Politischer Umbruch, S. 546-548.

³¹⁰ Vgl. Eckert, Rainer, Opposition und Repression in der DDR vom Mauerbau bis zur Biermann-Ausbürgerung, in: Archiv für Sozialgeschichte, 39 (1999).

³¹¹ Vgl. Jesse, S. 53 und Knabe, Hubertus, Kirche, Intellektuelle, unorganisierter Protest. Unabhängige politische Bestrebungen in der DDR in den 60er und 70er Jahren, in: Lindner, Bernd (Hg.), Für ein offenes Land mit freien Menschen. (Herbst '89 – fünf Jahre danach) Leipzig 1994, S. 22-38, hier S. 31, hier zitiert: Knabe, Kirche. Das Manifest und Reaktionen aus der DDR sind abgedruckt in: Deutschland Archiv 11, 1978.

³¹² So zitiert in: Johannes, Günter; Schwarz, Ulrich, (Hg.), DDR. Das Manifest der Opposition. Eine Dokumentation. Fakten, Analysen, Berichte. München 1978, S. 171ff.

oppositionellen Bewegung um Jahre zurückgeworfen³¹³. Nach dem Besuch von Honecker im September 1987 in der Bundesrepublik und die inoffizielle Anerkennung der DDR durch den westlichen Bruder (Honecker wurde mit militärischen Ehren empfangen) startete das Ministerium für Staatssicherheit eine erneute Offensive gegen die regimiekritischen Gruppen³¹⁴. Besonders hart ging man im Dezember 1987 gegen die erste unabhängige „Umweltbibliothek“ und die erste unabhängige Zeitschrift „Grenzfall“ vor³¹⁵. Ein letztes Mal führte die SED im Januar 1988 einen wirksamen Schlag gegen die Kritiker des SED-Staates. Im Zusammenhang mit der Beteiligung von Oppositionellen an der sogenannten Kampfdemonstration für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wurden mehr als hundert Regimiekritiker verhaftet und dazu gedrängt, zeitweilig in ein westliches Land auszureisen. Unter ihnen waren so bedeutende Künstler und Oppositionelle wie Freya Klier, Bärbel Bohley, Werner Fischer, Wolfgang und Regina Templin, Ralf Hirsch, Stefan Krawczyk und Vera Wollenberger. Erst nach sechs Monaten gelang es einigen, wie Werner Fischer und Bärbel Bohley, die späteren Mitbegründer des „Neuen Forum“, mit Unterstützung der evangelischen Kirche wieder einzureisen³¹⁶.

Aber nicht nur die Abschiebep Praxis verhinderte die Entwicklung einer breiten oppositionellen Bewegung, sondern auch die Ausreisebewegung, die sich im Zuge des KSZE-Prozesses verstärkte. Schon für 1976 bezifferte Robert Havemann in einem Interview die Zahl der schon vorliegenden Ausreiseanträge auf 120.000³¹⁷. In den frühen 80er Jahren schwoll die Ausreisewelle – bedingt durch die Madrider Nachfolgekonferenz der KSZE, deren abschließendes Dokument vom 1. September 1983 erneut das Recht auf Freizügigkeit bekräftigte – nochmals an. 35.000 DDR-Bürger durften 1984 legal in die Bundesrepublik ausreisen. Fricke schätzte zu dieser Zeit die Zahl der gestellten Anträge auf „Entlassung aus der Staatsbürgerschaft“ auf über 200.000. Mag diese Zahl auch übertrieben sein – Staritz beziffert die Zahl der Antragsteller für 1989 nur auf 113.521³¹⁸ – so zeigt sie doch, daß der erste Schritt zum Protest gegen das kommunistische Regime in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle nicht das Engagement in einer regimiekritischen Bewegung war, sondern die dringliche Bitte um Ausreise, obwohl auch die Antragstellung schon Repressionen des SED-Staates herausforderte³¹⁹.

Unter den in der DDR verbliebenen Regimiekritikern verhinderte die SED die Verbreitung von zivilgesellschaftlicher Programmatik aus Ost-Mitteuropa zusätzlich durch Grenzsicherungen und Reiseverbote. 1980 wurde zum Beispiel der Reiseverkehr nach Polen unterbrochen und erst ab 1985

³¹³ Vgl. Jander, Martin, Der Protest gegen die Biermann-Ausbürgerung, in: Henke, Klaus-Dietmar; Steinbach, Peter; Tüchel, Johannes (Hg.), Widerstand und Opposition in der DDR, Köln 1999, S. 281-295. Wittkowski, Joachim, Die DDR und Biermann. Über den Umgang mit kritischer Intelligenz: Ein gesamtdeutsches Resümee, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/96, S. 37-45; Berbig, Roland (Hg.), In Sachen Biermann. Protokolle, Berichte und Briefe zu den Folgen einer Ausbürgerung. Berlin 1994.

³¹⁴ Zum Honecker-Besuch vgl. Staritz, S. 342-344.

³¹⁵ Vgl. Rüddenklau, S. 114-122.

³¹⁶ Vgl. Bickhardt, Stephan, Die Entwicklung der DDR-Opposition in den achtziger Jahren, in: Deutscher Bundestag (Hg.), Materialien der Enquete-Kommission, Frankfurt/Main 1995, Bd. VII/1, S. 450-503, S. 491/492, hier zitiert: Bickhardt, Entwicklung. Dazu auch Kroh, Ferdinand, Havemanns Erben – 1953 bis 1988, in: Ferdinand Kroh (Hg.), „Freiheit ist immer Freiheit ...“ Die Andersdenkenden in der DDR, Frankfurt/Main 1988, S. 10-59, hier S. 52-54.

³¹⁷ Vgl. Fricke, S. 163.

³¹⁸ Vgl. Staritz, S. 332.

³¹⁹ Vgl. Fricke, S. 162-167; Staritz, S. 330-333; Weber, S. 345/346, Jeschonnek, Günter, Ausreise – Das Dilemma des ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaates?, in: Ferdinand Kroh (Hg.), „Freiheit ist immer Freiheit ...“ Die Andersdenkenden in der DDR, Frankfurt/Main 1988, S. 234-271.

zögerlich wieder aufgenommen, für die meisten Oppositionellen allerdings auch dann nicht³²⁰. Für potentielle Kritiker des DDR-Regimes blieben auch die Grenzübergänge in die Tschechoslowakei und nach Ungarn geschlossen³²¹.

Erst die Massenproteste und die Fluchtwelle in 1989 zeigten dem staatlichen Repressionsapparat seine Grenzen auf. Durch die Demonstrationen konnten die Oppositionellen sich nun freier bewegen und ohne größere Angst vor Verhaftung und Abschiebung diskutieren. Dieser Freiheitsgewinn schlug sich auch in den Konzepten der neuen Bürgerbewegungen nieder.

1.2. Die Rolle der Kirche

Wir werden hier nur die Rolle der evangelischen Kirche in Bezug auf die oppositionellen Bewegungen betrachten. Wegen ihrer geringen Zahl (eine Millionen) und ihres Rückzuges aus der Öffentlichkeit spielten die Katholiken keine bestimmende Rolle und können hier vernachlässigt werden³²². Anfänglich propagierte die SED einen rigorosen Atheismus, um den Antikommunismus der lutherischen Geistlichkeit zu schwächen und erreichte den Austritt vieler Bürger aus der Kirche. Im Gegenzug führten die Bischöfe der evangelischen Kirche in den 50er Jahren einen harten Abwehrkampf gegen die Staatsstrukturen³²³. Der Widerstand der Kirche wurde nach dem Mauerbau und der Ausbürgerung der treibenden Kräfte der harten kirchlichen Linie jedoch immer schwieriger und geringer³²⁴.

Ende der 60er Jahre schwenkte die überwiegende Mehrzahl der Bischöfe und Pastoren auf einen Kompromißkurs gegenüber dem SED-Staat ein. Sie wollten die Kirche in den Sozialismus integrieren und boten dem Staat unter dem Motto „Kirche im Sozialismus“ ihre Loyalität im Austausch für die Tolerierung ihrer Religionsausübung an³²⁵. 1978 wurde der Pakt mit dem SED-Staat nochmals erneuert. Die Kirche bekam weitere Privilegien zugesprochen, und es kam zu einer Lockerung der SED-Kirchenpolitik³²⁶. Das Entgegenkommen der SED war jedoch nicht uneigennützig. Denn gerade als die SED in den 80er Jahren aufgrund der internationalen Reputation im Zuge des KSZE-Prozesses immer stärker auf soziale Repression und die Isolierung der Oppositionskerne setzte, sollte die Kirche durch ihre Teilautonomie als Auffangbecken für oppositionelles Denken dienen, allerdings nur für die nach SED-Verständnis „maßvollen“ und

³²⁰ Vgl. Templin, Wolfgang, Zivile Gesellschaft – Osteuropäische Emanzipationsbewegungen und unabhängiges Denken in der DDR seit Beginn der 80er Jahre, in: I. Spitmann, G. Helwig (Hg.), Die DDR im vierzigsten Jahr. Geschichte, Situation, Perspektiven. Zweiundzwanzigste Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland (16. bis 19. Mai 1989), Köln 1989, S. 59/60, hier zitiert: Templin, Zivile Gesellschaft.

³²¹ Vgl. Templin, Zivile Gesellschaft, S. 64. Zur Abschiebe- und Ausreiseproblematik vgl. auch Mehlhorn, Ludwig, Der politische Umbruch in Ost- und Mitteleuropa und seine Bedeutung für die Bürgerbewegung in der DDR, in: Deutscher Bundestag (Hg.), Materialien der Enquete-Kommission, Frankfurt/Main 1995, Bd. VII/2, S. 1409-1436, bes. S. 1423, hier zitiert: Mehlhorn, Politischer Umbruch; Fricke, 162-175 und vor allem Poppe, Gerd, Internationale Beziehungen der DDR-Opposition in den 80er Jahren, in: Kuhrt, Eberhard (Hg.), Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft. Analysen, Erfahrungsberichte, Dokumente. Opladen 1999 noch nicht erschienen/ Aufsatzmanuskript vom Autor zur Verfügung gestellt.

³²² Einschätzung übernommen von Jarausch, S. 60. Zur katholischen Kirche vgl. Durstewitz, Heinz-Josef, Die Rolle der Kirche vor während und nach dem Umbruch in der ehemaligen DDR, in: Israel, Jürgen, Zur Freiheit berufen, Die Kirche in der DDR als Schutzraum der Opposition, Berlin 1991, S. 37-46.

³²³ Vgl. Chio, Sung-Wan, Von der Dissidenz zur Opposition. Die politisch alternativen Gruppen in der DDR von 1978 bis 1989. Köln 1999, S. 121-123.

³²⁴ Zum Widerstand in den 50er Jahren vgl. Neubert, Erhart, Kirchenpolitik, in: Judt, Matthias (Hg.), DDR-Geschichte in Dokumenten. (=Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, B. 350), Bonn 1998, S. 364-368, hier zitiert: Neubert, Kirchenpolitik.

³²⁵ Zur Übereinkunft mit der DDR-Regierung und die „Kirche im Sozialismus“-Politik vgl. Meckel, Markus; Gutzeit, Martin, Opposition in der DDR. Zehn Jahre kirchliche Friedensarbeit – kommentierte Quellentexte. Köln 1994, S. 45-47 und Staritz, S. 334/335.

„vernünftigen“ Gruppen. Durch diese Taktik der kontrollierten Freiräume wollte die SED die Entstehung einer ernsthaften oppositionellen Bewegung verhindern³²⁷. Einige Kirchenobere entwickelten bei der vom Staat eingeforderten inhaltlichen Kontrolle der Gruppen einen so großen Ehrgeiz, daß sie einer offenen Zensur der Teilöffentlichkeiten gleichkam³²⁸.

Durch die Kompromißformel „Kirche im Sozialismus“ entwickelte die evangelische Kirche ein gespaltenes Verhältnis gegenüber den staatlichen Strukturen der DDR. Als Institution war sie auf die Kooperation mit der Partei angewiesen, aber als religiöse Gemeinschaft wollte und mußte sie sich allen öffnen, die Zuspruch suchten. Ausreisewillige wie auch oppositionelle Intellektuelle kamen und suchten Schutz oder die Diskussion mit liberalen Pastoren. Obwohl diese Begegnungen die Beziehungen der Kirche zur SED gefährdeten, schufen sie in einzelnen Gemeinden ein kritisches Bewußtsein. Besonders der Militarisierung der DDR-Gesellschaft versuchte die Kirchenleitung auf Druck und mit Unterstützung der Friedensgruppen und liberaler Pastoren entgegenzuwirken. Die Kirche ermöglichte die Durchführung von Friedensseminaren, und nach der Einführung eines vormilitärischen Unterrichts in den Polytechnischen Oberschulen (1976) unterstützte sie die breite Protestbewegung in der Bevölkerung. Nach dem Tschernobyl-Unglück trat innerhalb der alternativen Gruppen in den Kirchen auch die Umweltproblematik immer mehr in den Vordergrund. Auch hier war die Kirche offen und protegierte die Gründung von Umweltinitiativen. 1987 genehmigte die Zionsgemeinde in Berlin sogar Räume für den Aufbau der „Umweltbibliothek“, der ersten unabhängigen und selbstverwalteten Bibliothek auf dem Boden der DDR. Sie erlaubte auch den Druck von ersten publizistischen Erzeugnissen, allerdings nur zum innerkirchlichen Dienstgebrauch³²⁹.

Die Kirche als Institution spielte daher bei der Entwicklung von unabhängigen politischen Bürgerbewegungen in der DDR eine ambivalente Rolle³³⁰. Auf der einen Seite stellte sie den alternativen und oppositionellen Gruppen Freiräume zum Diskutieren zur Verfügung und half dadurch bei der Entwicklung der ersten, nur durch kirchliche Selbstzensur eingeschränkten unabhängigen Teilöffentlichkeiten. Auf der anderen Seite trug die Kirche durch ihre Kompromißsuche gegenüber dem Staat dazu bei, daß sich keine Bewegung wie die Charta 77 entwickeln konnte und behinderte durch die sogenannte „Kirche im Sozialismus“-Politik die Ausformung einer konzeptionellen und programmatischen Arbeit der oppositionellen Gruppen³³¹. Diese Problematik zeigte sich beim Umgang mit der von Jochen Tschiche, dem späteren Mitbegründer des „Neuen

³²⁶ Vgl. Neubert, Kirchenpolitik, S. 369/70.

³²⁷ Vgl. Neubert, Kirchenpolitik, S. 369-371.

³²⁸ Templin/Werner/Ebert erwähnen vor allem Manfred Stolpe als Erfüllungsgehilfen für diese Strategie. Vgl. Templin/Werner/Ebert, widerständiges Verhalten, S. 1691, Zu diesem Zusammenhang vgl. auch die Beschreibungen der kirchlichen Einflußnahme auf die ersten unabhängigen Entwicklungsversuche der Initiative für eine „Umweltbibliothek“ in Ostberlin bei Rüddenklau, S. 68/69.

³²⁹ Vgl. Knabe, S. 22-29; Poppe, Ulrike, Das kritische Potential der Gruppen in Kirche und Gesellschaft (1988), in: D. Pollack (Hg.), Die Legitimität der Freiheit: Politisch alternative Gruppen unter dem Dach der Kirche, Frankfurt/Main 1990, S. 63-80; Jarausch, S. 60/61; Schmid, Josef, Die politische Rolle der Evangelischen Kirchen in der DDR in den achtziger Jahren, in: H. Müller-Enbergs, M. Schulz,

J. Wielgohs (Hg.), Von der Illegalität ins Parlament. Werdegang und Konzepte der neuen Bürgerbewegungen. Berlin 1991, S. 342-367; Staritz, 324-340; Dalos, politischer Umbruch, S. 548 und Staritz, S. 334-337.

³³⁰ Vgl. die Einschätzung von Brinksmeier, Burghard, Die Gruppen und die Kirche, in: Israel, Jürgen, Zur Freiheit berufen, Die Kirche in der DDR als Schutzraum der Opposition, Berlin 1991, S. 46-62, bes. S. 54 und Birthler, Marianne, Interview 1990, in: Findeis, H., D. Pollack, M. Schilling, Die Entzauberung des Politischen. Was ist aus den politisch alternativen Gruppen der DDR geworden? Interview mit ehemals führenden Vertretern. Leipzig 1994, S. 40, hier zitiert: Findeis, Entzauberung.

³³¹ Vgl. Chio, S. 117 und das Beispiel innerkirchlicher Zensur bei der Herausbildung erster Anzeichen einer Menschenrechtsbewegung, die sich eindeutig auf die Charta 77 berief und außerhalb der ökologischen und Friedensthematik agieren wollte, bei Neubert, Opposition, S. 316, sowie das Einwirken von Stolpe und Schönherr auf den für seine weitgehenden Bürgerrechtsforderungen bekannten Görlitzer Bischof Fränkel einen Tag vor der Synodeneröffnung in Dresden am 28. März 1974. Vgl. Neubert, KSZE-Prozeß, S. 304.

Forum“, 1983 ins Leben gerufenen Initiative „Frieden Konkret“. „Frieden Konkret“ sollte zu einem Netzwerk der ostdeutschen friedens- und umweltbewegten alternativen Gruppen innerhalb der Kirche mit einer jährlichen Tagung ausgebaut werden. Aufgeschreckt durch die organisationale Zusammenführung der Gruppen, übte die SED großen Druck auf die Kirchenleitung aus, um das Unternehmen zu verhindern. Die Berlin-Brandenburgische Synode zog daraufhin ihre Schirmherrschaft zurück, und kurz vor Beginn der Veranstaltung wurden die Tagungsräume abgesagt. Zwar sprang die Kirchengemeinde Oberschöneweide in Berlin ein, doch konnte die Tagung nur unter größten Auflagen von der Kirchenleitung und der SED durchgeführt werden (keine Presse, keine Verabschiedung von Resolutionen, Einlaßkontrollen, intensive Überwachung durch die Stasi³³²). Auch alle weiteren „Frieden Konkret“-Tagungen wurden durch Restriktionen behindert und von der Kirchenleitung teilweise bewußt klein gehalten. Dennoch erlaubte die Kirchenleitung bis zum Eklat 1986 liberalen Pastoren, Räume für die Tagungen zur Verfügung zu stellen. Nach der Auseinandersetzung über die weitgehenden politischen Forderungen von „Frieden Konkret VI.“ (1986) – Jochen Tschiche hatte mit seinem Selbstverständnispapier (Teilhabe statt Abgrenzung – Wege zu einer solidarischen Lebensgestaltung³³³) die Kirchenleitung und die SED-Behörden aufgeschreckt – durfte die Tagung erst 1988 wieder abgehalten werden³³⁴.

Auch die Umstände, die zur Gründung der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ (IFM) im Frühjahr 1986³³⁵ führten, und der Umgang mit der Initiativgruppe „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ (IAPPA), die seit 1987 einen Umdenkungsprozeß in der Kirche herausfordern wollte und sich erst als Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“ wirklich konzeptioneller Arbeit widmen konnte, zeigten nochmals die Problematik der Kompromißformel „Kirche im Sozialismus“³³⁶.

Unter diesen Bedingungen konnte sich zwar eine Friedens- und Umweltbewegung innerhalb der Kirche und unter ihrem Schutz etablieren. Allerdings mußten sich die führenden oppositionellen Intellektuellen aus den Initiativgruppen „Initiative Frieden und Menschenrechte“, „Frieden Konkret“ und „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ erst aus dem Schutzraum der Kirche begeben, um die Menschen- und Bürgerrechtsproblematik sowie die konzeptionelle Diskussion in einer offensiveren Form vorantreiben zu können, als es innerhalb der Kirche möglich war³³⁷.

³³² Vgl. Neubert, Opposition, S. 475.

³³³ Antrag abgedruckt bei Bickhardt, Entwicklung, S. 501-503.

³³⁴ Vgl. Bickhardt, Entwicklung, S. 485-488; Neubert, Opposition, S. 265, S.473-477,622-625, 700-704, 793-800 und Pahnke, Rudi, Die Kirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR und ihr Verhältnis zu den Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen, in: Deutscher Bundestag (Hg.), Materialien der Enquete-Kommission, Rolle und Selbstverständnis der Kirchen in den verschiedenen Phasen der SED-Diktatur, Frankfurt/Main 1995, Bd. VI/2, S. 177-190, hier 183-190.

³³⁵ Zur Gründung der IFM vgl. Hirsch, S. 210-234 und Rüddenklau, S. 52/53 und die Ausführungen in Kap. III. 2.3.1.

³³⁶ Vgl. zur Gründung der Initiativgruppe und zu „Demokratie jetzt“ Wielgoß, Jan; Müller-Enbergs, Helmut, Die Bürgerbewegung Demokratie Jetzt. Vom innerkirchlichen Arbeitskreis zur politischen Opposition, in: H. Müller-Enbergs, M. Schulz, J. Wielgoß (Hg.), Von der Illegalität ins Parlament. Werdegang und Konzepte der neuen Bürgerbewegungen. Berlin 1991, S. 105-147, hier zitiert: Wielgoß, Müller-Enbergs. Sowie die Ausführungen in Kap. III., 2.3.1.

³³⁷ Zum komplizierten Sachverhalt Kirche und oppositionelle Bewegungen insgesamt vgl. auch das Protokoll der 57. Sitzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ vom 15. Dez. 1993, in: Deutscher Bundestag (Hg.), Materialien der Enquete-Kommission, Rolle und Selbstverständnis der Kirchen in den verschiedenen Phasen der SED-Diktatur, Frankfurt/Main 1995, Bd. VI/2, S. 175-249 in dem auch Zeitzeugen zu Wort kommen. Aber auch Neubert, KSZE-Prozeß, S. 295-309 sowie das gesamte Kapitel „Kirche und Gruppen“ bei Choi, S. 117-149; Joppke, S. 82-89; Besier, Gerhard, Der SED-Staat und die Kirche 1969-1990. Die Vision vom „Dritten Weg“. Berlin 1995; Linke Dietmar, „Streicheln bis der Maulkorb fertig ist“. Die DDR-Kirche zwischen Kanzel und Konspiration. Berlin 1993 und nochmals Poppe, Ulrike, Das kritische Potential der Gruppen in Kirche und

1.3. Die oppositionellen Intellektuellen und die „kulturschaffende“ Intelligenz

Ein nicht unwesentliches Problem bei der Entwicklung einer nicht reformsozialistischen oppositionellen Strategie waren die in der DDR verbliebenen oppositionellen und kulturschaffenden Intellektuellen allerdings selber. Denn im Gegensatz zu den ost-mitteleuropäischen Nachbarländern lebten unter den Intellektuellen in der DDR die Hoffnungen auf Reformen und den besseren Sozialismus weiter, trotz aller Rückschläge; also auch nach der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968, dessen Scheitern eine Zäsur im ost-mitteleuropäischen oppositionellen Denken hervorgerufen hatte. Vor allem der verbreitete Antikapitalismus unter den Intellektuellen und der „wirksam inszenierte Legitimationsmythos des Antifaschismus“³³⁸ ließen die Intellektuellen und besonders die etablierte kulturschaffende Intelligenz an den kommunistischen Idealen festhalten. Auch die beiden herausragendsten außerparteilichen intellektuellen Kritiker des SED-Staates der 70er und 80er Jahre – Robert Havemann und Rudolf Bahro – blieben nach der Niederschlagung des Prager Frühlings der kommunistischen Linie treu, obwohl sie den SED-Staat heftig kritisierten.

Gerade der Chemieprofessor Robert Havemann war ein gutes Beispiel für das Festhalten an der kommunistischen Perspektive, obwohl er große soziale Repressionen durch den SED-Staat erfahren hatte. Schon 1963/64 hatte Havemann für die Zulassung einer parlamentarischen Opposition in der DDR votiert und Ziele verfolgt, die den späteren Konzepten der Protagonisten des Prager Frühlings nahekamen. Daraufhin wurde er aus der Akademie der Wissenschaften ausgeschlossen, seines Lehrstuhls an der Humboldt-Universität zu Berlin enthoben und aus der Partei ausgeschlossen. Havemann stand seitdem unter strengster Überwachung der Staatssicherheit und konnte nur noch im Ausland publizieren. Dennoch wandten sich Havemann und seine Mitstreiter auch noch nach der blutigen Niederschlagung des Prager Frühlings und der nochmals verstärkten Repression des SED-Staates nicht vom Kommunismus ab. Sie entwickelten keine zivilgesellschaftlichen Konzepte, obwohl Havemann in den späten 70er Jahren auch Bürgerrechte einforderte, allerdings immer aus reformsozialistischer Perspektive³³⁹. Auch Rudolf Bahro ging im Vergleich zu den ost-mitteleuropäischen oppositionellen Intellektuellen einen anderen Weg. Obwohl etwa zur selben Zeit polnische und tschechoslowakische oppositionelle Intellektuelle die ersten wichtigen zivilgesellschaftlich orientierten und nicht reformsozialistischen Manifeste veröffentlichten³⁴⁰, wollte Bahro weiterhin einen demokratisch legitimierten Kommunismus aufbauen³⁴¹.

Rudolf Bahro und Robert Havemann verdeutlichten das Dilemma der ostdeutschen oppositionellen Intellektuellen zu einer Zeit, in der ihre ost-mitteleuropäischen Kollegen sich bereits vom Kommunismus

Gesellschaft (1988), in: D. Pollack (Hg.), Die Legitimität der Freiheit: Politisch alternative Gruppen unter dem Dach der Kirche, Frankfurt/Main 1990, S. 63-80

³³⁸ Dubiel, Helmut, Deutsche Vergangenheiten, in: Transit, H. 1, 1991, S. 170.

³³⁹ Zu Havemann vgl. Fricke, S. 176-179, Neubert, Opposition, S. 220-224, Kroh, S.16-17; Außerdem Grebing, Helga, Die intellektuelle Opposition in der DDR seit 1956, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/1977, S. 3-19, bes. S., 15-17; Krämer-Badoni, Thomas, u.a., Die Entwicklung der Civil Society in einer Gesellschaft mit zwei politischen Kulturen. Städtische Bürgerinitiativen in Ost- und Westdeutschland: Versuch einer vergleichenden Analyse. (=Forschungsberichte der Universität Bremen, Nr. 10) Bremen 1998, S. 55 und der Sammelband mit aufschlußreichen Originalaufätzen von Robert Havemann: Hoffmann, Dieter; Laitko, Hubert, Robert Havemann: Warum ich Stalinist war und Antistalinist wurde. Berlin 1990.

³⁴⁰ Vgl. Michnik, Neuer Evolutionismus, oder Havel, Versuch in der Wahrheit zu leben.

³⁴¹ Vgl. Bahro, Rudolf, Die Alternative. Köln 1979. Zu Bahro vgl. Kroh S. 18/19; Bickhardt, Entwicklung, S. 451-454; Minnerup, Günter, Politische Opposition in der DDR vor dem Hintergrund der Reformdiskussion in Osteuropa, in: Die DDR im 40. Jahr: Geschichte, Situation, Perspektiven, 22. Tagung zum Stand der DDR-Forschung. Köln 1989, S. 72; Neubert, Opposition, S. 230-234 und Fricke, S. 180-184.

abgewendet hatten³⁴². Diese positive Grundhaltung gegenüber dem "Sozialismus" oder „demokratischen Sozialismus“ konservierte die überwiegende Mehrzahl der oppositionellen Intellektuellen. Sie spiegelte sich noch in den ersten Programmen einiger Bürgerbewegung aus dem Jahre 1989. Sogar „Demokratie Jetzt“, die für uns programmatisch interessanteste neue Bürgerbewegung wollte in der Anfangsphase wenigstens begrifflich noch an einem reformierten Sozialismus festhalten³⁴³. Allerdings war die reformsozialistische Haltung der neuen oppositionellen Bewegungen gegen Ende 1989 auch der gesellschaftlichen Situation zu Beginn der Transformationsphase in der DDR geschuldet. Schließlich funktionierte der SED-Apparat noch, und niemand konnte sich im Frühling und Sommer 1989 vorstellen, daß das kommunistische Regime einige Monate später gestürzt werden würde³⁴⁴. Also setzten die Bürgerbewegungen zumindest in der Anfangszeit auf Dialog und Selbstbeschränkung, um ihrer Meinung nach überhaupt etwas zu erreichen³⁴⁵.

Auch die kulturschaffende Intelligenz hatte lange Zeit ein eher ambivalentes Verhältnis zum „real existierenden Sozialismus“. Der eine Teil, zu dem vor allem die bekannten Schriftsteller der älteren und mittleren Generation gehörten, thematisierte zwar die Defizite des politisch-ökonomischen Systems, verhielt sich aber trotzdem systemloyal. Das antifaschistische Vermächtnis der DDR wirkte insbesondere bei ihnen wie eine Art Treueschwur, den man nicht aufkündigt. Ihre Vision war die Verwirklichung des „wahren“ statt des „realen“ Sozialismus. Stellvertretend für diese Position sei hier Christa Wolf zitiert:

„Meine Generation identifizierte sich schon früh mit der entstehenden Gesellschaft, weil wir hier gezwungen waren, uns intensiv und radikal mit der faschistischen Vergangenheit auseinanderzusetzen (...). Das hat eine starke Bindung an diese Gesellschaft geschaffen, die ja durch Antifaschisten aufgebaut wurde. Diese Bindung blieb so dauerhaft, weil wir keine Alternative sahen.“³⁴⁶

Aus diesen Gründen waren gerade die etablierten kulturschaffenden Intellektuellen, auch bedingt durch den Exodus der kritischen Künstler nach der Biermann-Affäre, in den um 1989 entstehenden politischen Bewegungen kaum an führender Stelle vertreten (bis auf Konrad Weiß und Bärbel Bohley), ganz anders als in der Tschechoslowakei oder Ungarn.

Die seit der Mitte der 80er Jahre entstehende bürgerrechtlich orientierte oppositionelle Intelligenz, die langsam Abstand von reformsozialistischen Zielen nahm, rekurrierte sich daher überwiegend aus für die breite Öffentlichkeit in der DDR unbekannten Kreisen der naturwissenschaftlichen Disziplinen oder aus dem kirchlichen Milieu. Sie kamen in den meisten Fällen aus Gruppen der Friedens- und Umweltbewegung, die schon seit Jahren oppositionell aktiv waren, wie Gerd Poppe, Wolfgang Templin, Ulrike Poppe, Bärbel Bohley oder Ludwig Mehlhorn. Durch die fehlenden, auch über die Grenzen der DDR bekannten Künstler wie oppositionellen Intellektuellen, die den SED-Staat und seine Politik eindeutig und öffentlich verurteilten, war

³⁴² Dazu auch Joppke, S. 68/69.

³⁴³ Vgl. Demokratie Jetzt, Aufruf zur Einmischung in eigener Sache, in: Rein, Gerhard (Hg.), Opposition in der DDR, Entwürfe für einen anderen Sozialismus, Berlin 1989, S. 59-61, hier zitiert: Rein, Opposition, und Jarausch, S. 122-124.

³⁴⁴ Auch westliche Wissenschaftler unterschätzten die brisante gesellschaftliche Situation. Noch auf der Tagung: „Die DDR im vierzigsten Jahr. Geschichte, Situation, Perspektiven“ im Mai 1989 behauptete ein Wissenschaftler: „Spontane Massenbewegungen ‚von unten‘ sind in der DDR unwahrscheinlich, solange die wirtschaftliche Lage sich nicht katastrophal verschlechtert – was mit tatkräftiger Hilfe aus einem gleichermaßen an politischer Stabilität im anderen deutschen Staat verhindert werden kann.“ Minnerup, S. 74.

³⁴⁵ Diese Einschätzung teilt auch Pollack, Detlef., Wie alternativ waren die alternativen Gruppen der DDR. Bemerkungen zu ihrem Verhältnis zu Sozialismus, Demokratie und deutscher Einheit, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 11, H. 1, 1998, S. 92-102, besonders S. 100/101, hier zitiert: Pollack, alternative Gruppen.

³⁴⁶ Wolf, Christa: Im Dialog. Aktuelle Texte. Frankfurt/M. 1990, S. 134.

die internationale Ausstrahlung, wie auch die Wirkung auf andere gesellschaftliche Schichten am Anfang gering. Integrationsfiguren vom Format Václav Havels oder György Konráds konnten sich hier nicht etablieren³⁴⁷.

1.4. Fazit

Die sich entwickelnde bürgerrechtliche Bewegung in der DDR hatte durch die subtile IM-Unterwanderung der Gruppen und durch die rigide Abschiebep Praxis des ostdeutschen Regimes ganz andere und eingegrenztere Entwicklungsmöglichkeiten, als die ost-mitteuropäischen Bürgerrechtsbewegungen. Zwar hatten auch dort die oppositionellen Intellektuellen unter harten Repressionen des Staates zu leiden³⁴⁸ und lange Haftstrafen zu verbüßen. Ausbürgerungen jedoch gab es kaum, und die inoffiziellen Mitarbeiter drangen nicht bis in die Führungspositionen der oppositionellen Bewegungen vor³⁴⁹. Dadurch konnten sich Intellektuelle wie Václav Havel zu Integrations- und „Märtyrer“-Figuren der Bürgerrechtsbewegung entwickeln und zu einer Konsolidierung des oppositionellen Potentials beitragen. Außerdem schränkte das im ost-mitteuropäischen Kontext einmalige Festhalten der Kritiker des SED-Staates an sozialistischen Entwicklungs- und Reformmodellen die thematische Breite der Diskussionen ein. Gerade Havemann und Bahro waren Beispiele für diese Sonderentwicklung in der DDR, die sich teilweise bis in die Entwürfe der neuen Bürgerbewegungen fortsetzte. Auch die Kirche, die einzige weitgehend unabhängige gesellschaftliche Kraft in der DDR, spielte eine ambivalente Rolle. Auf der einen Seite unterstützte sie die oppositionellen Gruppen, indem sie Räume und unzensurierte Teilöffentlichkeiten zur Verfügung stellte, andererseits wiederum verhinderte sie durch ihre „Kirche im Sozialismus“-Politik eine Ausweitung der Diskussionen von single-issue-Themen (Umwelt und Frieden), zur Menschen- und Bürgerrechtsthematik und zur Auseinandersetzung mit den zivilgesellschaftlichen Thesen der ost-mitteuropäischen oppositionellen Intellektuellen. Die ostdeutsche Kirchenpolitik unterschied sich grundlegend von der Strategie der polnischen Kirche, die sich nicht auf so weitgehende Kompromißformeln und Zusammenarbeit mit dem kommunistischen Staat einließ und damit eine massenmobilisierende Funktion im Kampf gegen das kommunistische Regime übernahm³⁵⁰. Erst als einzelne oppositionelle Intellektuelle außerhalb der kirchlichen Freiräume Bürgerbewegungen wie die „Initiative Frieden und Menschenrechte“ gründeten, ermöglichten sie die Ausweitung der oppositionellen Thematik auf Menschen- und Bürgerrechtsprobleme und eine Abwendung von reformkommunistischen Orientierungen sowie eine Hinwendung zu zivilgesellschaftlichen Konzepten, die an die ost-mitteuropäischen Diskussionen anknüpften.

Wegen dieser Hindernisse und Einschränkungen entwickelte sich eine nicht staats- und reformsozialistisch orientierte oppositionelle Bewegung in der DDR, die zivilgesellschaftliche Konzepte entwarf oder andachte, weniger ausgeprägt und später als in Polen, Ungarn oder der Tschechoslowakei. Erst seit Mitte der 80er

³⁴⁷ Vgl. Minnerup, S. 72. Zu den Intellektuellen in der DDR vgl. Land, R.; Possekel, R., Namenlose Stimmen waren uns voraus. Politische Diskurse von Intellektuellen in der DDR. Bochum 1994.

³⁴⁸ Auch in der CSSR waren 10.000 hauptamtliche und 130.000 inoffizielle Mitarbeiter bei der dortigen Staatssicherheit tätig. Vgl. Hoensch, Tschechoslowakei, S. 209. Eine Ausnahme stellte Ungarn dar. Dort wurden oppositionelle oder kritische Äußerungen nicht mit langen Gefängnisstrafen oder sozialer Repression geahndet. Vgl. den Harazti-Prozeß und Dalos, Archipel, S. 27-36.

³⁴⁹ Vgl. zur Repressionspolitik in der CSSR, Hoensch, Tschechoslowakei, S. 191-194 und 208-210; und zu Polen, Fuhrmann, Rainer, W., Polen – Geschichte, Politik, Wirtschaft. Hannover 1990, S. 139-145 und Ungarn, Dalos, Archipel, S. 11-27.

³⁵⁰ Vgl. Minnerup, S. 72 und Fuhrmann, S. 131-137, 154-160.

Jahre und mit der Gründung der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ setzte ein Umdenken bei einigen oppositionellen Intellektuellen ein, und Menschen- und Bürgerrechtsproblematiken traten in den Vordergrund³⁵¹.

2. Die Diskussion über eine zivile Gesellschaft in den ostdeutschen Bürgerbewegungen (1986-1990)

In diesem Kapitel sollen zuerst die Diskussionsmöglichkeiten der Oppositionellen in einer nicht an kirchliche oder staatliche Zensur gebundenen, unabhängigen publizistischen Öffentlichkeit skizziert und die Protagonisten der Zivilgesellschaftsdiskussion eingegrenzt werden. Dies ist ein schwieriges Unterfangen, da nur eine kleine heterogene Gruppe von Oppositionellen in der DDR über zivilgesellschaftliche Konzepte diskutierte. Im weiteren ist eine Phaseneinteilung nötig, um die Entwicklungsstadien der Diskussion im Vergleich mit den Diskussionen in den ost-mitteleuropäischen Ländern festzustellen. Zum Schluß werden dann die Diskussionsbeiträge und Konzepte chronologisch den einzelnen Phasen der Diskussion zugeordnet.

2.1. Die unabhängige publizistische Öffentlichkeit in der DDR

Die unabhängige publizistische Öffentlichkeit in der DDR ist von besonderer Bedeutung. Erst der unabhängige Samizdat ermöglichte eine breitere Diskussion über oppositionelle Programmatik in der DDR, die illegale Veröffentlichungen im Westen kaum herausforderten.

Eine unabhängige publizistische Öffentlichkeit entstand in der DDR im Gegensatz zu Polen oder der Tschechoslowakei erst um die Mitte der 80er Jahre und mit der Gründung der „Initiative Frieden und Menschenrechte“, der ersten unabhängigen Bürgerbewegung in der DDR. Bis dahin sammelten sich die alternativen Gruppen unter dem Dach der Kirche und diskutierten in dieser kirchlich sanktionierten Teilöffentlichkeit über meist friedens- und umweltbewegte Themen. Zwar gaben die Gruppen in der ersten Hälfte der 80er Jahre eigene Informationsblätter zum „innerkirchlichen Dienstgebrauch“ heraus³⁵², aber erst mit der Gründung der „Initiative für Frieden und Menschenrechte“ (1986) und dem Aufbau der „Umweltbibliothek“ in Berlin (1987) verstärkten sich die Bestrebungen zur Veröffentlichung eindeutig unabhängiger politischer Zeitschriften³⁵³. 1986 wurden erstmals in der DDR drei völlig unabhängige Samizdat-Zeitschriften gedruckt, einmal der „Grenzfall“ (Zeitschrift der „Initiative Frieden und Menschenrechte“) und zum anderen die „Umweltblätter“ (Zeitschrift der „Umweltbibliothek“) sowie die von Stefan Bickhardt und Ludwig Mehlhorn, den führenden Köpfen der Initiativgruppe „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ herausgegebenen „radix-blätter“. In dem „radix“-Band „Aufrisse II“, erläuterte Bärbel Bohley erstmals ihre zivilgesellschaftlichen Zielsetzungen und bezog sich eindeutig auf die ost-mitteleuropäischen Ansätze.

Der „Grenzfall“ und die „Umweltblätter“ wurden in der Berliner „Umweltbibliothek“ hergestellt. 1987 erreichte der „Grenzfall“ eine Auflagenhöhe von 900 Exemplaren. Von der Zeitschrift „Umweltblätter“ wurden 1.000

³⁵¹ Zu den Gründen für die verspätete Debatte vgl. auch Kleßmann, Christoph, Opposition und Dissidenz in der Geschichte der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B. 5, 1991, S. 53.

³⁵² Vgl. Neubert, Opposition, S. 753.

³⁵³ Vgl. Heller, Frithjof, Unbotmäßiges von „Grenzfall“ bis „Wendezeit“. Inoffizielle Publizistik in der DDR, in: Deutschland-Archiv, H. 11/1988, S. 1188-1196, hier S. 1191.

Exemplare aufgelegt³⁵⁴. Die „radix“-Aufsatzsammlungen erschienen unter verschiedenen thematischen Schwerpunkten elf Mal und wurden von Stefan Bickhardt konspirativ im Pfarramt seines Vaters Peter Bickhardt gedruckt. Die Auflagenhöhe variierte, konnte aber bis zu 1.000 Exemplare erreichen³⁵⁵.

Zu dieser Zeit begann sich auch außerhalb von Berlin eine unabhängige publizistische Landschaft zu entwickeln. Immer mehr Informationsblätter wurden im Land gegründet, die auf den Stempel „Nur zum innerkirchlichen Dienstgebrauch“ verzichteten³⁵⁶. Neue Publikationen erschienen zum Beispiel auch in Leipzig. Die „Umweltbriefe“ sind hierbei besonders bemerkenswert. Sie wurden gemeinsam von Umweltgruppen aus Fürstenwalde, Rötha, Freiberg und Schmalkalden herausgegeben. Bis 1989 wurden dem MfS etwa 25 verschiedene Informationsblätter bekannt. Der Umfang dieser Publikationen reichte von wenigen Blättern bis zu 100 Seiten³⁵⁷. Neubert führt allerdings in seiner Tabelle über Samizdat-Veröffentlichungen eine weit höhere Zahl an. Hier müssen jedoch die eindeutig an die Kirche gebundenen Zeitschriften abgezogen werden. Dennoch bleibt die Zahl der Veröffentlichungen unklar³⁵⁸. Die ersten unabhängigen Zeitschriften erhielten auch westliche Unterstützung. Besonders ausgebürgerte ehemalige DDR-Bürger und einige Mitglieder der bundesdeutschen Grünen sowie akkreditierte Korrespondenten leisteten wichtige Hilfe. Ein Bundestagsabgeordneter der Grünen, Wilhelm Knabe, schmuggelte zum Beispiel für die Umweltbibliothek Berlin eine Wachsmatrizenmaschine zur Vervielfältigung der „Umweltblätter“ in die DDR³⁵⁹. Ab 1988 hatte die Umweltbibliothek durch die Unterstützung aus der Bundesrepublik sogar Computer zur Verfügung³⁶⁰. Außerdem stand die publizistische Öffentlichkeit in der Bundesrepublik als Veröffentlichungsmöglichkeit zur Verfügung, wobei die Abhandlungen illegal in die DDR eingeführt werden mußten, was die Verbreitung bestimmter konzeptioneller Äußerungen erschwerte. Allerdings wurde zum Beispiel Bahros „Die Alternative“ im Westen veröffentlicht, und auch das Buch von Rolf Henrich „Der vormundschaftliche Staat“, dem späteren Mitbegründer des „Neuen Forum“, und damaligen SED-Mitglied, wurde noch 1989 zuerst in der Bundesrepublik herausgegeben. In den unabhängigen Veröffentlichungen wurden zunächst Aufrufe, Erklärungen und Eingaben der Gruppen abgedruckt. Zudem enthielten die Zeitschriften Informationen, die von staatlicher Seite tabuisiert wurden, wie Umweltdaten und ökologische Berichte. Daneben berichteten die Zeitschriften auch über die Perestrojka in der Sowjetunion und über die historischen Reformbewegungen in Ost-Mitteleuropa (Prager Frühling 1968). Vor allem der von der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ 1986 gegründete „Grenzfall“ beschäftigte sich sehr früh mit den Menschenrechtsbewegungen in Ost-Mitteleuropa³⁶¹. Allerdings mußte der Druck des „Grenzfall“ nach den Verhaftungen und Abschiebungen der meisten führenden Mitglieder im Januar 1988 eingestellt werden³⁶². Im Selbstverständnis wie in der Themenauswahl war der „Grenzfall“ die erste Zeitschrift in der DDR, die nicht

³⁵⁴ Die Angaben zur Auflagenhöhe wurden bei Chio, S. 92 entnommen.

³⁵⁵ Dazu Neubert, Opposition, S. 755-766. Die Auflagenhöhe wird in der Tabelle auf S. 759/760 angegeben.

³⁵⁶ Vgl. RR, Kopierer oder Stempelkasten. Politische Gegenöffentlichkeit in der DDR, in: Kirche im Sozialismus, 1. 1988, S. 14-16, hier S. 15.

³⁵⁷ Vgl. Chio, S. 92. Angaben wurden durch Chio entnommen aus dem Bericht Nr. 168/89 vom 1. Juni 1989 der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe des MfS mit dem Titel: Information über die Herstellung und Verbreitung nicht genehmigter Druck- und Vervielfältigungserzeugnisse antisozialistischer Inhalts und Charakters durch Personen, die personellen Zusammenschlüssen angehören, S. 3 (Zentralarchiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, ZA BStU, ZAIG 3756).

³⁵⁸ Vgl. Neubert, Opposition, S. 756-766.

³⁵⁹ Vgl. Rüdtenklau, S. 97.

³⁶⁰ Vgl. Chio, S. 93

³⁶¹ Vgl. Hirsch, Ralf; Kopelew, Lew (Hg.), Initiative Frieden und Menschenrechte. Grenzfall. Vollständiger Nachdruck aller in der DDR erschienenen Ausgaben (1986/87). Erstes unabhängiges Periodikum. Berlin 1989, S. 86/87, 96/97, 110/111, 124/125.

³⁶² Vgl. Heller, S. 1190/1191.

auf single-issue-Themen wie Frieden und Umwelt festgelegt war – vergleichbar mit den Informationsbulletins der KOR oder der Charta 77.

Aber auch die von Mehlhorn und Bickhardt herausgegebenen „radix-blätter“ diskutierten ost-mitteleuropäische Themen und Konzepte. Aber auch die Auseinandersetzung um den Synoden-Antrag „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ wurde in drei Bänden dokumentiert. Neubert bezeichnet die „radix-blätter“ sogar als „wohl intelligentestes Veröffentlichungsprogramm“³⁶³ zu dieser Zeit in der DDR.

Die Publikationen der Gruppen fanden auf verschiedene Weise Verbreitung: Sie wurden auf Anfrage versandt oder auf regionalen oder überregionalen öffentlichen Treffen von den Basisgruppen verkauft. Besonders wichtige Distributionskanäle waren die Umweltbibliotheken. Angesichts des Informationsmonopols des Staates waren die Publikationen für die Politisierung der oppositionellen Gruppen von grundlegender Bedeutung. Konzeptionelle und programmatische Arbeiten, bei denen zum Beispiel Gesellschaftsentwürfe, ähnlich denen der ost-mitteleuropäischen oppositionellen Intellektuellen diskutiert wurden, veröffentlichten die unabhängigen Zeitschriften bis zur Gründung der neuen Bürgerbewegungen in 1989 und bis zur Auflösung staatlicher Zugriffsmöglichkeiten kaum. Auch im „Grenzfall“ oder den „radix-blättern“ findet man wenige konzeptionelle Äußerungen, allerdings wird hier die Orientierung an ost-mitteleuropäischen nicht reformsozialistischen Vorstellungen immer deutlicher. Weitgehende konzeptionelle Auseinandersetzungen sind erst in den Programmen und mündlichen wie schriftlichen Äußerungen in eigenen Zeitschriften zu finden, zum Beispiel in „Demokratie jetzt“ und „Neues Forum“, den Zeitungen der gleichnamigen Bürgerbewegungen³⁶⁴.

Die Entwicklung der unabhängigen publizistischen Öffentlichkeit in der DDR beginnt, wie auch der Umdenkungsprozeß einer Gruppe von oppositionellen Intellektuellen im Vergleich zu Ost-Mitteleuropa, eher spät. Erst in den späten 80er Jahren kann von einer virulenten unabhängigen Diskussionsszene gesprochen werden, auf die auch die Kirchenleitung keine Einflußmöglichkeiten mehr hatte³⁶⁵.

2.2. Die Protagonisten der Debatte

An der Debatte über Zivilgesellschaft beteiligten sich in der DDR die Oppositionellen, die sich auch in den Bürgerbewegungen wie „Initiative Frieden und Menschenrechte“, „Neues Forum“, „Demokratie Jetzt“ und seiner Vorläuferinitiative „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ engagierten. Selbstverwaltungsgedanken entwickelte teilweise auch die marxistisch orientierte „Vereinigte Linke“ und ihre Vorläuferinitiative „Gegenstimmen“. Sie beharrten jedoch, wie auch die SED-PDS, auf der sozialistischen Perspektive und der „Dritten Weg“-Utopie und sind für unsere Fragestellung nicht interessant³⁶⁶.

³⁶³ Neubert, Opposition, S. 755. Zu den „radix-blättern“ vgl. Neubert, Opposition, S. 754/755.

³⁶⁴ Dazu vgl. Dalos, Politischer Umbruch, S. 493.

³⁶⁵ Zur unabhängigen publizistischen Öffentlichkeit vgl. auch Chio, S. 90-94; Wolle, S. 135-160; Heller, S. 1188-1196, Häuser, Iris; Schenkel, Michael; Meyer, Gerd, Gesellschaftliche Differenzierung und Legitimitätsverfall des DDR-Sozialismus. Das Ende des anderen Wegs in der Moderne. Tübingen 1992, S. 254ff; Neubert, Opposition, S. 632-635 und 752-766 mit tabellarischer Übersicht der Zeitschriften; Dalos, György, „Grenzfall“, „Umweltblätter“ und die anderen: Die DDR-Szene im Selbstbildnis ihrer Veröffentlichungen, in: Ostkreuz, Januar 1989 und R.R. Kopierer oder Stempelkissen – Publizistische Gegenöffentlichkeit in der DDR, in: Kirche im Sozialismus, 1/1988, S.14-16., Fehr, Öffentlichkeit, S. bes. 217-228; Joppke, S. 104-109; Dietrich, Christian, Der Protest formiert sich. Zur Entwicklung der Opposition in der DDR in den 80er Jahren, in: Lindner, Bernd (Hg.), Für ein offenes Land mit freien Menschen. (Herbst '89 – fünf Jahre danach) Leipzig 1994, S. 38-52, bes. S. 45.

³⁶⁶ Vgl. die Programme der „Vereinigten Linken“ in: Müller-Enbergs, Helmut (Hg.), Was will die Bürgerbewegung? Augsburg 1992, hier zitiert: Müller-Enbergs, Bürgerbewegung, und den Artikel von Wielgohs, Jan, Die Vereinigte Linke,

Eine Gruppeneinteilung der Protagonisten der Debatte ist schwierig, da von einer wirklichen Diskussion nur über einen Zeitraum von wenigen Monaten gesprochen werden kann. Zudem konnten sich, wie schon dargestellt, in der DDR keine Integrationsfiguren entwickeln, wie in den ost-mitteleuropäischen Ländern. Personifizierungen können daher nur selten vorgenommen werden, obwohl oppositionelle Intellektuelle die Hauptträger der Diskussion waren, wie Wolfgang Templin³⁶⁷ und Gerd Poppe³⁶⁸ von der „Initiative Frieden und Menschenrechte“, Wolfgang Ullmann³⁶⁹, Ludwig Mehlhorn³⁷⁰ und Hans-Jürgen Fischbeck³⁷¹ von der IAPPA und von „Demokratie Jetzt“ sowie Bärbel Bohley³⁷² und Jens Reich³⁷³ vom „Neuen Forum“. Zwar wollten die oppositionellen Gruppen nicht nach politischen Spektren gemessen werden. Werner Schulz zufolge, dem Vertreter des „Neuen Forum“ am Runden Tisch in Berlin, ging es den drei (DJ/NF/IFM) im „Bündnis 90“ versammelten politischen Bürgerbewegungen nicht darum, linke oder rechte Politik zu machen, sondern ohne Einordnung in eine politische Ecke nach vorne zu gehen³⁷⁴. Dennoch können Strömungen innerhalb der oppositionellen zivilgesellschaftlich interessierten Bewegungen erkannt werden. Vor der Kommunalwahl am 7.5.1989 teilte sich das Spektrum der teilnehmenden Diskutanten auf der einen Seite in kirchlich eingebundene oppositionelle Intellektuelle, die eher aus einer ethisch-moralischen und bürgerrechtlichen Motivation heraus an der Diskussion teilnahmen, wie die Initiativgruppe „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“³⁷⁵, und in unabhängig agierende „linke“ oppositionelle Intellektuelle, die vor allem Menschen- und Bürgerrechte in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen stellten. Beispielhaft hierfür ist die Entwicklung, die zur Gründung der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ führte³⁷⁶. Nach der

in: H. Müller-Enbergs; M. Schulz; J. Wielgoths (Hg.), Von der Illegalität ins Parlament. Werdegang und Konzepte der neuen Bürgerbewegungen. Berlin 1991, S. 283-307 und Rochtus, Dirk, Zwischen Realität und Utopie. Das Konzept des „dritten Weges“ in der DDR 1989/1990. Leipzig 1999 vor allem zur SED-PDS-Programmatik.

³⁶⁷ Wolfgang Templin (geb. 1954), diplomierter Philosoph, Gründungsmitgl. der IFM, 1988 in die Bundesrepublik abgeschoben, 1989 Mitglied des Runden Tisches. Zur Person: vgl. Die DDR im 40. Jahr: Geschichte, Situation, Perspektiven, 22. Tagung zum Stand der DDR-Forschung. Köln 1989, S. 58.

³⁶⁸ Gerd Poppe (geb. 1941), Physiker; enger Freund von Robert Havemann, Kontakte zu ost-mitteleuropäischen Bürgerrechtsbewegungen, 1980-1989 Reiseverbot, Mitbegründer der IFM, Mitherausgeber des „Grenzfall“, Mitglied des Runden Tisches, 1990 Minister in der zweiten Regierung Modrow.. Zur Person: vgl. Findeis, Entzauberung, S. 175.

³⁶⁹ Wolfgang Ullmann (geb. 1929), Studium der Theologie und Philosophie in Berlin und Göttingen, 1954 Promotion zum Dr. der Theologie, 1954-1963 Pfarrer in Sachsen, 1978-1990 Kirchenhistoriker am Sprachenkonvikt in Berlin, wo er neben Kirchengeschichte auch Rechtsgeschichte lehrte, Mitbegründer der Initiative „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ und der Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“, Mitinitiator des Runden Tisches, von Februar bis April 1990 Minister ohne Geschäftsbereich in der Modrow-Regierung. Abgeordneter und Vizepräsident der Volkskammer. Zur Person: vgl. Bürger, Wolfram; Weichenhan, Michael, (Hg.), Wolfgang Ullmann, Demokratie – Jetzt oder nie! Perspektiven der Gerechtigkeit. München 1990, S. 176.

³⁷⁰ Ludwig Mehlhorn (geb. 1950), Mathematiker, 1981-1987 Reiseverbot, ab 1985 Berufsverbot, Mitgl. bei der „Aktion Sühnezeichen“, Kontakte zum KOR und zur Solidanos, Mitgl. verschiedener Friedenskreise, seit 1987 Mitherausgeber und Redakteur der „radix-blätter“, Mitbegründer der Initiative „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ und von „Demokratie Jetzt“. Zur Person: vgl. Findeis, Entzauberung, S. 154.

³⁷¹ Hans-Jürgen Fischbeck (geb. 1938), habilitierter Physiker, seit 1967 Gemeindekirchenrat und seit 1977 Mitglied der Synode der Ev. Kirche Berlin/Brandenburg, 1987 brachte er den Antrag der Initiative „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ in die Landessynode ein, Mai 1989 Organisator der Wahlüberwachung, Mitbegründer von „Demokratie Jetzt“. Zur Person vgl. Findeis, Entzauberung, S. 78.

³⁷² Bärbel Bohley (geb. 1945), Malerin, 1982 Initiatorin des unabhängigen Netzwerkes „Frauen für den Frieden“, Kontakte zu ost-mitteleuropäischen Oppositionsgruppen, 1983 sechs Wochen Untersuchungshaft, Mitbegründerin der IFM, 1988 verhaftet und für sechs Monate abgeschoben, Initiatorin des „Neuen Forums“, Mitglied des Runden Tisches. Zur Person: vgl. Findeis, Entzauberung, S. 50.

³⁷³ Jens Reich (geb. 1939), Prof. für Molekularbiologie, Dr. sc. med, erst seit 1989 in der oppositionellen Bewegung, Mitbegründer des „Neuen Forums“. Zur Person: vgl. Munzinger Archiv 42/91.

³⁷⁴ Vgl. Interview mit Werner Schulz „Das Bündnis 90 will nach vorn nicht in irgendeine politische. Ecke, Süddeutsche Zeitung, 19.2.1990.

³⁷⁵ Vgl. Wielgoths, Jan; Müller-Enbergs, Helmut, Die Bürgerbewegung Demokratie Jetzt. Vom innerkirchlichen Arbeitskreis zur politischen Opposition, in: H. Müller-Enbergs, M. Schulz, J. Wielgoths (Hg.), Von der Illegalität ins Parlament. Werdegang und Konzepte der neuen Bürgerbewegungen. Berlin 1991, S. 105-147, bes. S. 105-113. Nähere Ausführungen zu dieser für uns wichtigen Gruppe in Kap. III., 2.3.1.

³⁷⁶ Vgl. Hirsch, S. 210-234. Nähere Ausführungen im darstellenden Kapitel III., 2.3.1. und III., 2.3.2.

Kommunalwahl ordnete sich das Spektrum durch die Politisierung und Pluralisierung der oppositionellen Szene neu. Die „sozialrevolutionären“ oppositionellen Intellektuellen aus der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ wie Bärbel Bohley, kirchliche Vertreter um Hans-Jochen Tschiche³⁷⁷ sowie der eher auf „Dritte-Weg“-Utopien rekurrierende SED-Kritiker Rolf Henrich³⁷⁸ gründeten das „Neue Forum“. Die „bürgerrechtlich“ eingestellten und kirchlich gebundenen oppositionellen Intellektuellen verblieben in der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ oder gründeten die aus Initiative „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ hervorgehende Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“³⁷⁹.

Die im Herbst 1989 neu gegründeten Parteien nahmen an der Diskussion über zivilgesellschaftlich orientierte Demokratisierungskonzepte nicht teil. Sie strebten den Umbau der ostdeutschen Gesellschaft in eine parlamentarische Demokratie nach westdeutschem Muster an oder verfolgten single-issue-Ziele wie die „Grüne Partei“, „Grüne Liga“ oder der „Unabhängige Frauenverband“³⁸⁰.

Die am 12. September 1989 erstmals an die Öffentlichkeit getretene SDP (Sozialdemokratische Partei) setzte sich schon in ihren ersten programmatischen Veröffentlichungen von in unserem Sinne verstandenen zivilgesellschaftlichen Zielen ab. Sie beschäftigte sich in ihren Konzepten nur mit dem Aussehen der „politischen“ und „ökonomischen Gesellschaft“. Die programmatische Ausrichtung der sozialdemokratisch orientierten Oppositionellen um Martin Gutzeit und Markus Meckel wird im ersten Statut vom 7.10. 1989 deutlich:

„In entschiedener Ablehnung allen totalitären politischen Denkens und Handelns bemüht sich die SDP in Zusammenarbeit und gleichberechtigten Wettstreit mit anderen demokratischen Kräften um die Entmonopolisierung, Demokratisierung und Teilung der Macht in Staat und Gesellschaft mit dem Ziel des Aufbaus einer ökologisch orientierten sozialen Demokratie. (...) Aus diesem Verständnis tritt sie ein für eine parlamentarische Demokratie mit Parteienpluralität.“³⁸¹

Der SDP ging es um die möglichst genaue Übernahme des westlichen oder westdeutschen demokratischen Systems. Dies machte Martin Gutzeit 1993 in der Rückschau nochmals sehr deutlich: „Die politische Verfassung, auf die hin die SDP ihr politisches Selbstverständnis und Handeln orientiert, ist eine parlamentarische Demokratie westlichen Zuschnitts.“³⁸²

Auch der „Demokratische Aufbruch“ (DA), der sich zuerst noch als Bürgerbewegung verstand und in seinem ersten Grundsatzpapier vom 2. Oktober 1989 noch von einer sozialen Selbstverwaltung sprach, entfernte

³⁷⁷ Hans Jochen Tschiche (geb. 1940), Pastor, Initiator von „Frieden Konkret“, Mitbegründer des „Neuen Forums“. Zur Person: vgl. Neubert, Opposition, S. 97.

³⁷⁸ Rolf Henrich (geb. 1944), Rechtsanwalt, früherer SED-Bezirkssekretär und bis 1989 SED-Mitglied, Mitbegründer des „Neuen Forums“. Zur Person: vgl. Henrich, Rolf, Der vormundschaftliche Staat. Berlin 1989.

³⁷⁹ Zu den Neugründungen vgl. die Übersicht bei Neubert, Opposition, S. 827-842, 857-864 und bei Knabe, Politische Opposition, S. 22-28. Nähere Ausführungen zu dieser Periode siehe Kap. III., 2.3.1.

³⁸⁰ Vgl. das Programm des Unabhängigen Frauenverbands abgedruckt in: Müller-Enbergs, Bürgerbewegung, S. 130-141.

³⁸¹ §5 des Parteienstatuts der SDP vom 7.10.1989 abgedruckt in Auszügen in: Rein, Opposition, S. 90/91. Zur programmatischen Ausrichtung vgl. auch Jarausch, S. 66; Knabe, Hubertus, Politische Opposition in der DDR. Ursprünge, Programmatik, Perspektiven, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B. 1-2/1990, S. 21-32, hier S. 27, hier zitiert: Knabe, Politische Opposition.

³⁸² Gutzeit, Martin, Der Weg in die Opposition: Über das Selbstverständnis und die Rolle der Opposition im Herbst 1989 in der ehemaligen DDR, in: Walter Euchner (Hg.), Politische Opposition in Deutschland und im internationalen Vergleich. Göttingen 1993, S. 84-115.

diese Anspielung aus seiner Statut vom 29. Oktober 1989 und konstituierte sich als Partei³⁸³. Die Gründer des „Demokratischen Aufbruchs“ um Rainer Eppelmann und Erhart Neubert forderten zu diesem Zeitpunkt noch einen demokratischen Sozialismus mit Staatseigentum an Großindustrien, der auf einer demokratischen Grundordnung der Gesellschaft beruhte. Diese sozialistische Orientierung wurde im Laufe der Diskussionen um die Programmatik für den ersten Wahlkampf im März 1990 aufgegeben. Auch der „Demokratische Aufbruch“ forderte seitdem die möglichst schnelle Übernahme des westdeutschen parlamentarischen Systems³⁸⁴. Die aus dem umweltbewegten Netzwerk „Arche“ hervorgegangene „Grüne Partei“ war mehr als alle anderen neuen Parteien eine „single issue“-Partei. Ihr ging es in erster Linie um die ökologische Ausrichtung der DDR, und erst danach um Demokratisierung. Zwar will sie weder das System des „demokratischen Zentralismus“, noch einen Parlamentarismus, und „fordert daher vielfältige Formen direkter Demokratie als notwendige Ergänzung des parlamentarischen Systems“.³⁸⁵ Programmatische Auseinandersetzungen über die Umsetzung dieser Idee und die Organisation eines zivilgesellschaftlich orientierten Demokratiekonzeptes führte sie jedoch nicht³⁸⁶.

2.3. Die Diskussionsphasen

Aus den oben genannten Gründen begann die Debatte in der DDR sehr spät und kann in nur zwei kurze Diskussionsphasen gegliedert werden: Die erste Diskussionsphase – noch in einem scheinbar gefestigten kommunistischen System – begann 1986 mit der Gründung der ersten unabhängigen Bürgerbewegung „Initiative Frieden und Menschenrechte“, die sich explizit auf die Ziele der Charta 77 und Solidarnosc bezog, und setzte sich fort mit der Gründung der Initiative „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“. Die Umorientierungsphase der Oppositionellen im Umkreis der IFM und der IAPPA endete mit der Aufdeckung der Wahlfälschung des SED-Regimes am 7.5.1989.

Dieses einschneidende politische Ereignis leitete die zweite Phase der Diskussion ein, die durch die fortschreitende Politisierung der oppositionellen Gruppen und bis zur Maueröffnung am 9. November durch die große öffentliche Wirksamkeit der Diskussionsträger gekennzeichnet ist. Nun entwickelten die Oppositionellen der IFM und des „Neuen Forums“ sowie die aus der IAPPA hervorgegangene Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“ zivilgesellschaftlich orientierte Programme. In dieser Phase wurde im Oktober 1989 erstmals in der DDR von Ludwig Mehlhorn, einem der Initiatoren von „Demokratie Jetzt“, in einem Interview der Begriff „Zivilgesellschaft“ zur Umschreibung der Ziele der Bürgerbewegung genutzt³⁸⁷. Die Debatte wurde meist innerhalb der einzelnen Bürgerbewegungen geführt und war Teil der Diskussion über die jeweiligen politischen Programme. Die Veröffentlichung des Verfassungsentwurfs des Runden Tisches am 4. April 1990 faßte die Ergebnisse der Zivilgesellschaftsdiskussion in der DDR zusammen. Die

³⁸³ Vgl. Statut und vorläufige Grundsatzerklärung des DA vom 29. Okt. 1989 abgedruckt in: Rein, Opposition, S. 38-44 hier S. 44. Zur Programmatik des DA vgl. auch Knabe, Politische Opposition, S. 27.

³⁸⁴ Vgl. Das Statut und die erste Grundsatzerklärung des Demokratischen Aufbruchs sowie die Interviews mit Eppelmann und Neubert in: Rein, Opposition, S. 34-52 sowie Jarausch, S. 67/68.

³⁸⁵ Grüne Partei, Hallenser Programm vom 10. Februar 1990 abgedruckt in: Müller-Enbergs, Bürgerbewegung, S. 113.

³⁸⁶ Vgl. Eckert, Rainer, Die revolutionäre Krise am Ende der 80er Jahre und die Formierung der Opposition, in: Deutscher Bundestag (Hg.), Materialien der Enquete-Kommission, Frankfurt/Main 1995, Bd. VII/1, S. 667-758, hier S. 709. Vgl. auch die Erklärung der Gründungsinitiative für eine Grüne Partei vom 6. November 1989 abgedruckt in: Rein, Opposition, S. 119/120; Jarausch, S. 69; Knabe, Politische Opposition, S. 27. Zu den programmatischen Ausrichtungen der hier genannten Parteien im Gesamtzusammenhang vgl. Eckert, S. 709-717.

³⁸⁷ Vgl. Mehlhorn, Ludwig in einem Interview abgedruckt in: Rein, Opposition, S. 80.

programmatischen Positionen der einzelnen Strömungen waren bis zu diesem Zeitpunkt ausgearbeitet und ausgereift und flossen in den Verfassungsentwurf mit ein.

2.3.1 Die erste Phase von 1986 bis Mai 1989

Erst Mitte der 80er Jahre begannen einige der bis dahin unter dem Schutz der Kirche agierenden, meist noch friedensbewegten oppositionellen Intellektuellen, über programmatische Ziele der oppositionellen Arbeit nachzudenken, die keinen reformsozialistischen, sondern einen rechtsstaatlich-demokratischen Ansatz in den Mittelpunkt stellten³⁸⁸. Angespornt durch den Amtsantritt von Michael Gorbatschow und unter dem Eindruck der Arbeit von Charta 77 und Solidarnosc orientierten sie sich sehr schnell an ost-mitteleuropäischen Konzepten, die gerade auf die in den kommunistischen Systemen stark unterdrückte intermediäre Sphäre zwischen Privatsphäre und Staat ihren programmatischen Schwerpunkt legten³⁸⁹. Ersten Ausdruck fand diese Umorientierung in dem Prozeß, der zur Gründung der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ und der Initiative „Abgrenzung an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ führte³⁹⁰.

1985 entschloß sich eine Berliner Friedensgruppe um Wolfgang Templin, Gerd Poppe und Ralf Hirsch, ein erstes unabhängiges Menschenrechtsseminar in der DDR durchzuführen. Diskutiert werden sollten die Menschenrechtssituation in der DDR und internationale Menschenrechtsprobleme. In einem Vorbereitungskreis wurden Konzept und Organisation des Seminars besprochen. Auf Druck staatlicher Behörden sagte die Kirchenleitung jedoch das Seminar, das am 23. und 24. November 1985 in den Räumen einer evangelischen Gemeinde in Berlin-Treptow stattfinden sollte, ab. Die Staatssicherheit wollte die angenommene Gründung einer Menschen- und Bürgerrechtsgruppe mit dem Titel „Charta 85“ verhindern³⁹¹. Erneut zeigte dieses Zurückschrecken der offiziellen Kirchenleitung, daß Menschen- und Bürgerrechtsarbeit nur außerhalb der kirchlichen Strukturen möglich war. Die Enttäuschung über die Absage dieses wichtigen Seminars führte jedoch diesmal nicht zur Resignation der betroffenen Oppositionellen. Innerhalb der Vorbereitungsgruppe taten sich allerdings bei der Diskussion über das weitere Vorgehen tiefe inhaltliche Gräben auf. Die Divergenzen konnten in der weiteren Debatte, auch aufgrund der tatkräftigen Unterstützung der anwesenden inoffiziellen Mitarbeiter der Staatssicherheit, nicht ausgeräumt werden, so daß sich die Initiativgruppe auflöste und in zwei Gruppen zerfiel, die später getrennte Initiativen gründeten. Die „bürgerrechtliche“ Gruppe um Wolfgang Templin, Bärbel Bohley, Werner Fischer, Gerd Poppe, Ralf Hirsch, Peter Grimm und Ulrike Poppe gab im Januar 1986 die Bildung der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ (IFM) bekannt³⁹². Die „sozialrevolutionäre“ Strömung der Initiativgruppe um den früheren Maurer Reinhard Schult und um Thomas Klein, die meist aus überzeugten Marxisten bestand, gründete später die Gruppe

³⁸⁸ Vgl. Probst, Lothar, Ostdeutsche Bürgerbewegungen und Perspektiven der Demokratie. Entstehung, Bedeutung und Zukunft. Köln 1993, S. 78, hier zitiert: Probst, Ostdeutsche Bürgerbewegungen.

³⁸⁹ Zu Gorbatschow und den Auswirkungen seiner Ideen auf Ostdeutschland vgl. Dietrich, S. 38-52, hier S. 46 und Choi, S. 80-83.

³⁹⁰ Vgl. zur Umorientierung der oppositionellen Intellektuellen Faktor, Brüche und Abgrenzungstendenzen, S. 832 und 836/837 und Mehlhorn, politischer Umbruch, S. 1409-1436.

³⁹¹ Vgl. die Stellungnahme der Vorbereitungsgruppe für das Menschenrechtsseminar vom 16.11.1985 abgedruckt in: Hirsch, S. 211/212.

³⁹² Vgl. vollständige Mitgliederauflistung bei Kowalczyk, Ilko-Sascha, DDR: Opposition und Widerstand, in: Werner Weidenfeld, Karl-Rudolf Korte (Hg.), Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999, Bonn 1999, S. 163-176. Zur Gründung der IFM: Hirsch, S. 210-214; Templin, Wolfgang; Weißhuhn, Reinhart, Initiative Frieden und Menschenrechte. Die erste unabhängige DDR-Oppositionsgruppe, in: H. Müller-Enbergs, M. Schulz, J. Wielgoß (Hg.), Von der Illegalität ins Parlament. Werdegang und Konzepte der neuen Bürgerbewegungen. Berlin 1991, S. 148-165, bes. S. 150-152; Rüddenklau, S. 51-56; Neubert, Opposition, S. 597; Fehr, Öffentlichkeit, S. 211; Choi, S. 71-77 und Poppe, Gerd, Internationale Beziehungen.

„Gegenstimmen“. „Gegenstimmen“, aus der 1989 die „Vereinigte Linke“ hervorging, propagierte jedoch, wie schon dargestellt, eine kommunistische Perspektive für die DDR und ist für unsere Fragestellung nicht von Interesse³⁹³.

Durch die Gründung der IFM wurde der Grundstein für die zivilgesellschaftliche Diskussion der nachfolgenden oppositionellen Bewegungen gelegt³⁹⁴. Die ersten Sprecher der IFM waren Wolfgang Templin, Ralf Hirsch und Peter Grimm. Bis 1989 kannte die IFM keine feste Organisationsstruktur oder formale Mitgliedschaft.

Es gab keine organisatorische Hierarchie und nach der Anfangsphase auch keine Sprecher mehr. Der IFM gehörten Mitglieder verschiedener Friedenskreise und einzelne Engagierte an, die zunächst vor allem aus Berlin, später auch aus anderen Teilen der DDR kamen. Als Mitglied galt, wer mitarbeitete, sich offen zu ihren Zielen bekannte und ihre Dokumente mitunterzeichnete. Vor dem politischen Umbruch im Jahr 1989 hatte die IFM etwa dreißig Mitglieder. Zur Arbeitsweise gehörte es, Kontakte zu unabhängigen Kirchengruppen zu unterhalten und sich an den jährlichen Friedenswerkstätten von „Frieden Konkret“ zu beteiligen. Nach außen arbeitete die Initiative ähnlich wie die Charta 77 in der Tschechoslowakei. Auf der einen Seite setzte sie die Regierung mit Eingaben und Briefen unter Druck, auf der anderen Seite propagierte sie den Aufbau einer unabhängigen Gesellschaft und einer zweiten Öffentlichkeit und versuchte selbst, diese Forderung umzusetzen³⁹⁵. In ihren ersten Briefen und Eingaben forderte die IFM vom kommunistischen Staat die Einhaltung der demokratischen Bürgerrechte, wie Meinungs-, Reise-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit³⁹⁶. Die Orientierung an den ost-mitteleuropäischen oppositionellen Konzepten wurde dabei immer hervorgehoben. Im Frühjahr 1987, zum 10-jährigen Bestehen der Charta 77, äußerte sich die Initiative in einem offenen Brief an die Bürgerrechtler in der CSSR und machte ihre theoretischen Wurzeln deutlich:

„Für uns war und ist die Existenz der Charta und anderer Menschenrechtsbewegungen in Osteuropa eine Ermutigung und eine Quelle der Inspiration.“

Die IFM wollte die Charta 77 zwar nicht kopieren, weil „in der DDR die Menschenrechtsarbeit als eigener Bestandteil einer breiten unabhängigen Friedensbewegung gewachsen (ist, PW).“ Allerdings machten nach Meinung der IFM viele Gemeinsamkeiten der Länder „die Aufnahme wichtiger Erfahrungen und Arbeitsprinzipien wechselseitig möglich.“³⁹⁷

Ausgewiesene zivilgesellschaftliche Programmatik findet man erstmals im Frühjahr 1987 in einem Antwortbrief auf eine Einladung zu einem Kongreß über Kernenergie in Stuttgart. Die Einladung wurde ausgesprochen, weil die IFM durch eine Unterschriftenaktion in der DDR über eine Volksabstimmung zum weiteren Umgang

³⁹³ Vgl. Stellungnahme zu einer Eingabe an den XI. Parteitag der SED 1986, in: Matthias Domaschk-Archiv, Aktord. Gegenstimmen 1.1.03. Zur Aufteilung der Initiativgruppe und zur Kategorisierung der Strömungen vgl. Rüddenklau, S. 51-54; Neubert, Opposition, S. 597-599.

³⁹⁴ Zur zivilgesellschaftlichen Orientierung der Initiative vgl. auch Meuschel, Sigrid, Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Frankfurt/Main 1992, S. 315/316. „Sie (IFM, PW) gründete sich in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre mit Bedacht als unabhängige Gruppe, knüpfte Kontakte zur mittelosteuropäischen Opposition und orientierte sich an deren Vorstellung und Praxis einer civil society.“ Ebenda, S. 315.

³⁹⁵ Vgl. Templin/Weißhuhn, S. 153/157 und Neubert, Opposition, S. 597-603 und 722-724.

³⁹⁶ Vgl. Appell an die Regierung der DDR vom 24.1.1986 abgedruckt in: Hirsch, S. 214-216.

³⁹⁷ Zitate entnommen aus dem offenen Brief „Zehn Jahre Charta 77“. Im Original in: Matthias Domaschk Archiv, Brief an die Charta 77, Aktord. IFM 1.1.01/Dok. 68, 10.1.1987. Zudem abgedruckt in: Hirsch, S.225/226. Zur Beeinflussung der

mit der Kernenergie auch in der Bundesrepublik für Aufsehen gesorgt hatte. 2000 Unterschriften wurden damals der Volkskammer übergeben³⁹⁸.

In diesem Brief erläutern die beiden Verfasser Gerd Poppe und Ralf Hirsch, wenn man von der Begriffswahl absieht, erstmals auch ihre grundsätzlichen Ansichten über eine selbstverwaltete zivile Gesellschaft:

„Wenn wir auch nicht erwarten, daß es in absehbarer Zeit eine derartige Volksabstimmung (über Kernenergie, PW) geben wird, setzen wir die Aktion in der Hoffnung fort, dadurch die Diskussionen sowohl über alternative Energieformen als auch über direkte Demokratie voranzubringen. Gleichwohl betrachten wir Volksentscheide nur als eine Form der Einflußnahme durch die Bevölkerung. Direkte Demokratie bedeutet für uns vor allem, daß mündige Bürger ihre Angelegenheiten in dezentralen und selbstverwalteten Strukturen selbst entscheiden. Dazu müssen alle Menschen- und Bürgerrechte (wie freie und unabhängige Information und Meinungsbildung) durchgesetzt werden.“³⁹⁹

Die wichtigsten programmatischen Aussagen vor 1989 machte die IFM am 10. Dezember 1987 zum Tag der Menschenrechte. An diesem Tag stellte sich die „Initiative Frieden und Menschenrechte“ in der Gethsemanekirche in Ost-Berlin erstmals öffentlich vor. In dem dort verkündeten Manifest finden sich nun – allerdings noch in Andeutungen – alle Schwerpunkte der zivilgesellschaftlichen Politik der IFM. Die IFM fordert dort die Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung, die Garantie der elementaren Menschenrechte, wie Presse- und Medienfreiheit, Streikrecht, Versamlungs- und Vereinigungsfreiheit für die „politische Gesellschaft“. Außerdem sollte „eine breite Öffentlichkeit entstehen, die eine wirksame Kontrolle ausüben kann.“⁴⁰⁰ Hier machte die IFM auch deutlich, daß sie keine parlamentarische Demokratie nach westlichen Muster anstrebt, sondern ein demokratisches System mit einer selbstverwalteten Zivilgesellschaft:

„Für die ostmitteleuropäischen Länder ist allerdings die Etablierung eines parlamentarischen Systems nach westlichem Muster nur schwer vorstellbar (...). Grundlegende Veränderungen können wir vom ‚allmächtigen‘ perfekten Staat nicht erwarten. Dazu bedarf es der Dezentralisierung und gesellschaftlichen Selbstorganisation sowie Verwaltung in allen Bereichen.“⁴⁰¹

Schon in diesen ersten öffentlichen programmatischen Vorstellungen distanzierte sich die Initiative von jedwedem utopischen Gesellschaftsbild und damit auch vom Sozialismus:

„Der Einsatz für als unveräußerlich betrachtete Menschenrechte bedeutet zwangsläufig, gesellschaftliche Entwicklungen nicht mehr an einer bestimmten Ideologie, einem bestimmten utopischen Gesellschaftsbild messen zu können.“⁴⁰²

Die Mitglieder betonten diesen Sachverhalt auch in der Rückschau immer wieder:

„Die IFM verzichtete darauf, Sozialismus – auch einen mit ‚menschlichem Antlitz‘ – als ihre Zielvorstellung zu betrachten. Sozialismus als historische Erfahrung war obsolet und wurde durch die Perspektive eines

IFM durch die ost-mitteleuropäischen oppositionellen Bürgerbewegungen vgl. Mehlhorn, Politischer Umbruch, S. 1409-1436 und Dalos, Politischer Umbruch, S: 554-558 sowie Poppe, Gerd, Internationale Beziehungen.

³⁹⁸ Vgl. Hirsch, S. 229 mit Abdruck der Willenserklärung, eine Volksabstimmung durchzuführen.

³⁹⁹ Zitat aus dem Antwortbrief der IFM vom 20.4.1987, in: Matthias Domaschk Archiv, Aktenord. IFM 1.1.01, Dok 76. Zu dem Vorgang vgl. auch Hirsch, S. 229.

⁴⁰⁰ Vorstellung der Initiative Frieden und Menschenrechte zum Tag der Menschenrechte 10.12.1987, abgedruckt in: Hirsch, S. 230-232, hier S. 230.

⁴⁰¹ Ebenda, S. 231.

⁴⁰² Vorstellung der Initiative Frieden und Menschenrechte zum Tag der Menschenrechte 10.12.1987, abgedruckt in: Hirsch, S. 231. Vgl. auch die Aussagen Gerd Poppes in: Deutscher Bundestag (Hg.), Materialien der Enquete-Kommission, Frankfurt/Main 1995, Bd. VII/1, S. 309.

demokratischen Gemeinwesens ersetzt, das aus ökonomisch und politisch emanzipierten Menschen bestehen soll, die sich zu überschaubaren und sich selbstverwaltenden Einheiten zusammenschließen.“⁴⁰³

In der Vorstellung kündigte die IFM an, nicht nur dezentrale Strukturen und den Aufbau einer kritischen Öffentlichkeit als Gegengewicht zum Staat zu fordern, sondern selbst mit dem Aufbau zu beginnen.

„Es entspricht dem Selbstverständnis der Initiative Frieden und Menschenrechte, neben den Forderungen an Regierungen in Form von Eingaben und Appellen noch nicht zugestandene Rechte so wahrzunehmen, als wären sie bereits zugestanden. Dazu gehören die Herausgabe unabhängiger Publikationen, eigene Ausstellungen und Veranstaltungen. Unser Bestreben geht dahin, in dieser Gesellschaft unabhängige Informationen und Kommunikation und eine zweite Ebene der Kultur zu befördern.“⁴⁰⁴

Aus diesem Grund hatten sie schon 1986, wie schon erwähnt, den „Grenzfall“, die erste unabhängige Zeitschrift in der DDR, gegründet⁴⁰⁵. Die „Initiative Frieden und Menschenrechte“ legte sich damit schon in ihren ersten öffentlichen programmatischen Äußerungen, anders als die Vorbilder in Ost-Mitteleuropa, keine Selbstbeschränkung auf. Ein „selbstbeschränkter Evolutionismus“, wie ihn Michnik in Polen gefordert hatte, war nicht ihr Ziel. Die IFM wollte schon 1986/87 die Ablösung des SED-Regimes und die Einführung eines demokratischen Systems mit starker Bürgerbeteiligung. Dies erkannten auch die SED-Behörden und bekämpften sie mit allen Mitteln. Im Januar 1988 wurden fast alle führenden Mitglieder der Initiative verhaftet und in den Westen abgeschoben, was zu einem empfindlichen Einbruch der Kampagne- und Politikfähigkeit führte und sogar die Einstellung der Zeitschrift „Grenzfall“ zur Folge hatte⁴⁰⁶. Trotz der Abschiebung von Bärbel Bohley, Werner Fischer und dem Ehepaar Templin blieb die Initiative jedoch bei ihrer kompromißlosen Strategie. Bärbel Bohley war nach ihrer Rückkehr aus England, wo sie sechs Monate im Exil gelebt hatte, immer noch überzeugt von der Programmatik und den Zielen der IFM und regte an, noch mehr von den ost-mitteleuropäischen Bewegungen, wie Solidarnosc, zu lernen. In einem Gespräch mit Stephan Bickhardt, dem Herausgeber der „radix-Blätter“ im Herbst 1988 äußerte sie sich zu der Frage: „Was denkst du, Bärbel, über die gesellschaftliche Selbstorganisation in den kommenden Jahren?“:

„In der DDR gibt es ja formal ein Vereinsrecht, man müßte nun mit Neugründungen beginnen. Im Vorfeld tut sich ja schon einiges. Gegen die begrenzten und eingeschränkten Lebensmöglichkeiten, gegen die verordnete Geistlosigkeit, finden sich ja viele zusammen. (...) Es gibt doch zahllose Arbeits-, Lese-, und Freizeitgemeinschaften. Man hilft sich untereinander. Im übrigen sollten wir aber mehr aus dem Osten lernen. Inzwischen denke ich, daß wir hier in der DDR in der Gefahr stehen, die historische Bedeutung der jüngeren osteuropäischen Vergangenheit zu unterschätzen. (...) hier in der DDR (können wir PW) politisch von den Osteuropäern lernen, denn wir teilen das gleiche Unterdrückungssystem, das friedlich und demokratisch gewandelt werden muß.“⁴⁰⁷

In diesen Äußerungen kann man allerdings schon die inhaltliche Unterscheidung, die später das „Neue Forum“ von der IFM trennen sollte, erkennen. (Bärbel Bohley trennte sich 1989 von der IFM und wurde Mitbegründerin des „Neuen Forum“). Bärbel Bohley und später das „Neue Forum“ wollten in

⁴⁰³ Templin/Weißhuhn, S. 157.

⁴⁰⁴ Vorstellung der Initiative Frieden und Menschenrechte zum Tag der Menschenrechte 10.12.1987, abgedruckt in: Hirsch, S. 232.

⁴⁰⁵ Vgl. Hirsch, Ralf; Kopelew, Lew (Hg.), Initiative Frieden und Menschenrechte. Grenzfall. Vollständiger Nachdruck aller in der DDR erschienenen Ausgaben (1986/87). Erstes unabhängiges Periodikum. Berlin 1989.

⁴⁰⁶ Vgl. zu den Ereignissen die Beschreibung im Kapitel III., 1.1. und bei Bickhardt, Entwicklung, S. 491/92.

⁴⁰⁷ Bärbel Bohley, Entscheidend sind Freiräume. Ansichten über die Gesellschaft von unten (Gespräch und Zusammenstellung Stephan Bickhardt), in: Bickhardt, S., Lampe, R., Mehlhorn, L., Hg., radix-blätter, Aufrisse zwei, Über das Nein hinaus, Herbst 1988, S. 81 (Archiv Demokratie Jetzt).

Übereinstimmung mit der DDR-Verfassung eine lebendige Zivilgesellschaft aufbauen und den Staat dadurch demokratisieren⁴⁰⁸.

Am 11. März 1989 faßte die Initiative im Zusammenhang mit der seit der Erstürmung der „Umweltbibliothek“ (Nov. 1987)⁴⁰⁹ und der faktischen Ausbürgerung führender oppositioneller Intellektueller (Januar 1988) einsetzenden Politisierung der oppositionellen Bewegungen⁴¹⁰ ihre konzeptionellen Vorstellungen nochmals zusammen und veröffentlichte einen programmatischen Aufruf, der sich deutlich auf die Transformationsprozesse in Polen und Ungarn bezieht. Mit diesem Manifest öffnete sich die Initiative für die gesamte DDR und strebte „nach einem übergreifenden Organisationsprinzip“. Die konzeptionellen Äußerungen sind jedoch mit dem Manifest von 1987 vergleichbar⁴¹¹. Für die „Initiative Frieden und Menschenrechte“ war die Umorientierungsphase schon am 10.12.1987 mit der Vorstellung in der Gethsemanekirche abgeschlossen. Schon zu diesem Zeitpunkt plante sie als erste unabhängige Bürgerbewegung in der DDR ein Demokratisierungsprogramm, das den Aufbau eines demokratischen Staatswesens an den Aufbau einer selbstverwalteten Zivilgesellschaft knüpfte. Reformsozialistische Ziele findet man in ihren Äußerungen nicht mehr. Die IFM war damit der Vorreiter für die anderen Gruppen, die diesen Lösungsprozeß von reformsozialistischen Zielen oftmals erst 1989 hinter sich brachten⁴¹².

Auch einige kirchlich gebundene oppositionelle Intellektuelle, die später eindeutige Verfechter einer zivilgesellschaftlichen Perspektive für die DDR werden sollten, begannen um 1987 Bürger- und Menschenrechte einzufordern und sich von den reformsozialistischen Zielen einer „Kirche im Sozialismus“-Politik zu lösen. Bezeichnend für diese Entwicklung ist der Antrag „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ der späteren gleichnamigen Initiativgruppe um den Physiker und Synodale Hans-Jürgen Fischbeck, den Mathematiker und engagierten Christen Ludwig Mehlhorn und den Kirchenhistoriker Wolfgang Ullmann der auf der Berlin-Brandenburgischen Synode im April 1987 eingebracht wurde⁴¹³. In dem Antrag forderte die Initiative Reisefreiheit und die Aufhebung der nach innen und außen wirkenden Abgrenzungspolitik⁴¹⁴. Metaphorisch benannte die Initiativgruppe mit „Abgrenzung“ dabei sowohl die Probleme der Teilung Deutschlands und der Abgrenzung nach Ost-Mitteleuropa, als auch die fehlenden Bürger- und Menschenrechte⁴¹⁵. Der Antrag sollte weitgehende politische Diskussionen in der Kirche und im „konziliaren“ Diskussionsprozeß herausfordern und helfen, den Kompromißkurs gegenüber dem sozialistischen Staat zu beenden⁴¹⁶. Hans-Jürgen Fischbeck machte dies 1994 bei der Zeitzeugenanhörung der Enquete-Kommission des deutschen Bundestages sehr deutlich:

⁴⁰⁸ Vgl. den Gründungsaufwurf: Aufbruch 89 – Neues Forum, abgedruckt in: Rein, Opposition, S. 13/14.

⁴⁰⁹ vgl. Rüddenklau, S. 114-122.

⁴¹⁰ vgl. Dietrich, S. 51 und Bickhardt, Entwicklung, S. 500.

⁴¹¹ „Aufruf der Initiative Frieden und Menschenrechte“ vom 11.3.1989 in: Matthias Domaschk-Archiv, Aktord. IFM 1.1.01.

⁴¹² Zur IFM bis zur Kommunalwahl am 7.5.1989 vgl. auch Kroh, S. 45-47; Neubert, Opposition, S. 597-605; 722/724; Templin, Weißhuhn, S. 148-56. Sowie teilweise die Interviews mit Werner Fischer, Gerd Poppe und Bärbel Bohley in: Findeis, Entzauberung. Choi, S. 73-76 Bickhardt, Entwicklung, S. 481-483, Franke, S. 24-26; Hirsch, S. 210-234; Rüddenklau, S. 51-61.

⁴¹³ Vgl. die Beschreibung der Entstehung der Initiative bei Ludwig Mehlhorn in einem Interview in: Findeis, Entzauberung, S. 154-156 und Fischbecks Beschreibung in: Deutscher Bundestag (Hg.), Materialien der Enquete-Kommission, Frankfurt/Main 1995, Bd. VII/1, S. 296/297.

⁴¹⁴ Vgl. den Abdruck des Antrages bei Bickhardt, Stefan, Recht ströme wie Wasser. Christen in der DDR für Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung. Ein Arbeitsbuch. Berlin 1988, S. 16-19.

⁴¹⁵ Vgl. Poppe, Ulrike, Trotzdem immer neue Hoffnung, in: Lindner, Bernd (Hg.), Für ein offenes Land mit freien Menschen. (Herbst '89 – fünf Jahre danach) Leipzig 1994, S. 174-180.

⁴¹⁶ Zum „Konziliaren Prozeß“ vgl. Neubert, Opposition, S. 617-620 und S. 788-793.

„Es war also der Versuch einer Absage sowohl an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung als auch an Praxis und Prinzip der Abgrenzung, (...) um damit unsere Kirche zu einer prinzipiellen Kritik an den Grundlagen des Staates zu bewegen.“⁴¹⁷

Die Initiative „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ (IAPPA) erreichte das Intendierte. Dies zeigt auch die Aufsatzsammlung „Weil alle Abgrenzung“, die von Mitgliedern des Friedenskreises der Bartholomäusgemeinde in Berlin unter Hans-Jürgen Fischbeck herausgegeben wurde und später auch als eine Ausgabe der „radix-blätter“ (7) erschien⁴¹⁸. Ihre programmatische Ausrichtung erläuterte die Initiative vor allem in dem Brief „Neues Handeln“, den sie zu Pfingsten 1988 aufgrund der zögerlichen Haltung der Synode zur Erläuterung ihre Ziele an alle Gemeindevertretungen in der DDR versandte:

„Erst durch die Demokratisierung unserer Gesellschaft, die Presse-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit einschließt, kann der Sozialismus zu einer annehmbaren Alternative zum liberalen Konsumkapitalismus des Westens werden. Die Gestalt unserer Gesellschaft muß im freien und öffentlichen Dialog und nicht mehr autoritär-ideologisch und administrativ von oben herab bestimmt werden.“⁴¹⁹

Diese Äußerung scheint die reformsozialistische Zielsetzung zu bestätigen. Im weiteren Verlauf des Briefes wird jedoch deutlich, daß die Initiative sicherlich nicht mehr am Staatssozialismus festhalten wollte:

„Eine Reform des politischen Systems der Mitverantwortung einschließlich des Wahlsystems und der Wahlverfahren, die Herausbildung eines öffentlichen Meinungspluralismus zu den drängenden Lebensproblemen im Land – etwa durch Gründung von Bürgerinitiativen, Zeitschriften u.a. – erscheinen uns unumgänglich.“⁴²⁰

Gerade die ethisch-moralische Ausrichtung der christlich geprägten Initiative betonten die Mitglieder. Die Initiative forderte, analog zu Václav Havel, die Rückkehr zur Wahrheit im öffentlichen Dialog als Grundvoraussetzung für eine neue oppositionelle Strategie.

„Haben wir den Mut zur Wahrheit? Verzerren wir nicht die Wahrheit, wenn wir uns um des eigenen Wohlergehens willen dem Herrschaftsprinzip Abgrenzung widerspruchlos beugen und es dadurch mitvollziehen? Nachfolge Jesu ‚als Beten und Tun der Gerechten‘ (Dietrich Bonhoeffer) bedeutet darum zuerst, in der Wahrheit zu bleiben, um der Gerechtigkeit willen.“⁴²¹

Auch Hans-Jürgen Fischbeck nannte die ethische-moralische Grundhaltung als Motivation für die Gründung der Initiative.

„Eines der Dinge, die einen tagtäglich mit am meisten berührt haben, war die zum Lebensumstand gewordene Lüge. Ich denke dabei nicht nur allein an die offizielle Lüge in den Zeitungen und in den Medien, sondern auch an die gesplante Situation, in der jeder Leben mußte, der einen Beruf im nicht-kirchlichen Raum auszuüben hatte. Aber selbst im kirchlichen Raum wirkte dieser lähmende Zwang, die eigene Meinung und die Wahrheit nicht frei und offen sagen zu dürfen (...) und von daher wuchs das Bedürfnis diese Linie der Lüge zu durchbrechen.“⁴²²

Auch Ulrike Poppe hebt in einem Artikel die Bedeutung des Essays von Vaclav Havel hervor:

„Havels Buch ‚Versuch in der Wahrheit zu leben‘ ist in den Gruppen mit Begeisterung gelesen und diskutiert worden“⁴²³

⁴¹⁷ Zeitzeugenaussage von Fischbeck, in: Deutscher Bundestag (Hg.), Materialien der Enquete-Kommission, Frankfurt/Main 1995, Bd. VII/1, S. 296.

⁴¹⁸ Vgl. Weil alle Abgrenzung. Dokumente im Streit um die Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung. (hrsg. von Mitgliedern des Friedenskreises der Bartholomäusgemeinde Berlin) Pfingsten 1988 (Matthias Domaschk Archiv, Aktord. 13.1.1.30. Dok. MDA).

⁴¹⁹ Neues Handeln (Brief), in: Weil alle Abgrenzung. Dokumente im Streit um die Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung. (hrsg. von Mitgliedern des Friedenskreises der Bartholomäusgemeinde Berlin) Pfingsten 1988 (Matthias Domaschk Archiv, Aktord. 13.1.1.30. Dok. MDA), S. 25-30, hier S. 26.)

⁴²⁰ Ebenda, S. 29.

⁴²¹ Ebenda, S. 26.

⁴²² Fischbeck im Interview Anfang 1990, in: Findeis, Entzauberung, S. 78/79.

⁴²³ Poppe, Ulrike, „Der Weg ist das Ziel“. Zum Selbstverständnis und der politischen Rolle oppositioneller Gruppen der achtziger Jahre, in: Ulrike Poppe; Rainer Eckert; Ilko-Sascha Kowalczyk (Hg.), Zwischen Selbstbehauptung und

Die Initiative „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ – wie schon die „Initiative Frieden und Menschenrechte“ – versuchte seit 1987, ihre Anliegen auch außerhalb der kirchlichen Freiräume in einer zweiten Öffentlichkeit zu diskutieren. Aus diesem Grund widmeten Stefan Bickhardt und Ludwig Mehlhorn innerhalb ihrer Zeitschriftprojektes „radix-blätter“ drei Bände („radix-blätter“ 5-7 jeweilige Auflage 1000 Exemplare) mit den Titeln „Aufrisse I“ (1987) und „Aufrisse II“ (1988) sowie „Weil alle Abgrenzung ...“ (1988) der Thematik des Antrages und der Diskussion⁴²⁴. Schon im zweiten Diskussionsband machte Ludwig Mehlhorn die wirklichen, auf die Revitalisierung der zivilen Gesellschaft ausgerichteten Ziele der Gruppe deutlich:

„Um die überholten Kommandostrukturen ersetzen zu können, muß die Öffentlichkeit als Raum des Politischen reorganisiert werden. Nur dadurch kann das Vakuum zwischen Staat und Bürger gefüllt werden.“⁴²⁵

Neben der IAPPA entfernten sich auch andere kirchlich gebundene Intellektuelle von reformsozialistischen Zielen. Jochen Tschiche, Theologe und früheres Mitglied des Freundeskreises um Robert Havemann, ein erfahrener oppositioneller Denker innerhalb der Kirchenstrukturen, Träger der Initiative „Frieden Konkret“ und späterer Mitbegründer des „Neuen Forum“, sowie Markus Meckel, Martin Gutzeit, Friedrich Schorlemmer und Rainer Eppelmann, wenn auch mit parteipolitischen Zielen, lösten sich in dieser Zeit von der „Kirche im Sozialismus“-Doktrin. Vor allem Jochen Tschiche ist in unserem Zusammenhang interessant⁴²⁶. In dem von ihm für die sechste Tagung von „Frieden Konkret“ (26.-28. 2 1988) ausgearbeiteten Positionspapier „Teilhabe statt Abgrenzung – Wege zu einer solidarischen Lebens- und Weltgestaltung“ entwickelt er einige zivilgesellschaftliche Zielsetzungen, die später auch in den Programmpapieren des „Neuen Forum“ zu finden sind. Für ihn geht der Weg der Veränderung nur über die

„Dezentralisierung wirtschaftlicher und politischer Machtballungen“. Bei diesem Prozeß sieht er die Friedens-, Umwelt-, 2/3 Welt-, Frauen- und Bürgerrechtsgruppen und andere emanzipatorische Gruppen in Europa und Nordamerika als die wichtigsten Verbündeten für die Basisgruppen in der DDR. „In diesem Umfeld wächst eine andere Kultur (...), die den Widerspruch und Widerstand der Etablierten hervorruft.(...) Wir, die Vertreter dieser Basisgruppen, lassen sich auf diesem Weg aber nicht beirren und erklären: 1.1. Durch unsere Gruppen wird moralisch legitimiert eine kritische Öffentlichkeit in der DDR hergestellt, die das Gespräch über notwendige Veränderungen in das gesellschaftliche Bewußtsein hebt. (...) 1.4. Trotz der Einsicht auf die Erfolglosigkeit verzichten die Gruppen nicht auf das Ziel einer anderen Kultur. Sie werden sich stärker miteinander vernetzen. Sie suchen Mittel und Wege, um ihren Widerstand und ihr Ziel unübersehbar durch zeichenhaftes Handeln an die Öffentlichkeit zu bringen. (...) 3.2. Die Gruppen fordern die pluralistische, demokratische und dezentrale Organisation des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens in der DDR.“⁴²⁷

Anpassung. Formen des Widerstands und der Opposition in der DDR, Berlin 1995, S. 244-273, hier S. 258, hier zitiert Poppe, U., Der Weg ist das Ziel.

⁴²⁴ Vgl. Neubert, Opposition, S. 759/800.

⁴²⁵ Mehlhorn, Ludwig, Öffentlich anwesend sein: Ein Diskussionsbeitrag, in: Über das Nein hinaus, in: Bickhardt, S., Lampe, R., Mehlhorn, L., Hg., Aufrisse zwei, Über das Nein hinaus, Herbst 1988, S. 10. Zur Initiative „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ bis zur Kommunalwahl vgl. vor allem: Choi, S. 84-87; Wielgoß, Müller-Enbergs, Demokratie Jetzt, S. 105-113, Fischbeck, H.-J. u.a., Initiative „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“, in: Frankfurter Rundschau vom 29.2.1988; Bickhardt, Stephan, Entwicklung, S. 488-490. Sowie die relevanten Teile der Interviews von Hans-Jürgen Fischbeck und Ludwig Mehlhorn in: Findeis, Entzauberung, S. 78-80 und S. 154-164; Neubert, Opposition, S. 678ff. Außerdem die Dokumentation des Antrages und der ersten Texte der Initiative in: Bickhardt, Stefan, Recht ströme wie Wasser. Christen in der DDR für Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung. Ein Arbeitsbuch. Berlin 1988. Ullmann beschreibt die Gründung der IAPPA in: Maleck, Bernhard, Wolfgang Ullmann, „Ich werde nicht schweigen“. Gespräche mit Wolfgang Ullmann geführt von Bernhard Maleck. Berlin 1991, S. 67-69. Zur christlichen Orientierung der Denkstrukturen der Initiative vgl. Elvers, Wolfgang, Politische Einstellung der Gruppenvertreter vor der Wende, in: Findeis, Entzauberung, S. 225.

⁴²⁶ Zur Vorgeschichte vgl. Neubert, Opposition, S. 97, 167 und 312/313.

⁴²⁷ Zitate aus dem Positionspapier abgedruckt bei Bickhardt, Entwicklung im Anhang, S. 501-503.

Durchdringen konnte er mit diesen Thesen noch nicht. In den nachfolgenden programmatischen Diskussionen wurde der Antrag, der als Konsenspapier gedacht war, nicht angenommen, sondern zur Überarbeitung in die Redaktionsgruppen verwiesen⁴²⁸. Auf der letzten Tagung von „Frieden Konkret“ (24.2. – 26.2.1989), die stark von den inoffiziellen Mitarbeitern der Stasi gestört wurde, schlug Tschiche aufbauend auf seinen Antrag die Gründung einer „Vereinigung zur Erneuerung der Gesellschaft“ vor und Markus Meckel unternahm die ersten Versuche zur Gründung der SDP. Schon dort wurde der Prozeß der politischen Pluralisierung der kirchlich eingebundenen Gruppen außerhalb der kirchlichen Strukturen angedacht, der erst im Herbst 1989 umgesetzt wurde⁴²⁹.

In den hier dokumentierten Versatzstücken einer innerhalb der Kirchenstrukturen geführten Debatte findet man bis auf die Äußerungen von Ludwig Mehlhorn und in Teilen von Jochen Tschiche noch keine ausgewiesene zivilgesellschaftliche Programmatik. Die Beiträge konzentrieren sich noch auf die rechtlichen Voraussetzungen, die in der „politischen Gesellschaft“ geschaffen werden müssen, damit sich eine zivile Gesellschaft überhaupt bilden und in einer freien Öffentlichkeit konstituieren kann. Dennoch wird gerade bei Ludwig Mehlhorn und der IAPPA, aber auch bei Hans-Jochen Tschiche deutlich, daß bei den kirchlich gebunden oppositionellen Intellektuellen ein Umdenkungsprozeß eingesetzt hatte, der wichtige Forderungen der späteren Zivilgesellschaftsdiskussion enthielt. Vor allem die ethisch-moralischen Ansprüche zeigen Parallelen zu ost-mitteleuropäischen Veröffentlichungen. Die Initiative „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“, aber auch Jochen Tschiche und seine Mitstreiter hatten also Ende 1988 ähnliche Vorstellungen über dezentrale Strukturen und eine unabhängige Öffentlichkeit wie die „Initiative Frieden und Menschenrechte“, wenn auch zu diesem Zeitpunkt noch weniger konsequent und direkt.

Das letzte Manifest dieser Umorientierungsphase verfaßte Rolf Henrich, ein SED-Kritiker und späterer Mitbegründer des „Neuen Forum“ mit seinem programmatischen Buch „Der vormundschaftliche Staat“, in dem sich weitgehende zivilgesellschaftliche Forderungen finden. In seinen Ausführungen über die ökonomische Gesellschaft versteigt sich Henrich jedoch noch zu Träumereien einer Eigentümergesellschaft ohne Kapitalismus. Hier verfällt er noch wie Solidarnosc 1980 und Petr Uhl in eine ökonomische „Dritte Weg“-Haltung, die erst im weiteren Diskussionsprozeß nach der Kommunalwahl abgebaut wird⁴³⁰. Henrich, der frühere SED-Bezirkssekretär, beruft sich auf die Denker der deutschen Spätaufklärung, vor allem auf Wilhelm von Humboldt, setzt sich aber auch mit den staats-theoretischen Schriften von Marx und Platon auseinander. Zudem nennt er Rudolf Steiner als ein Vorbild für seine Gedanken, bezieht sich aber auch auf Jürgen Habermas und seine Theorie der Öffentlichkeit. Er sieht wie die ost-mitteleuropäischen oppositionellen Intellektuellen (Havel, Konrád) und Hans-Jürgen Fischbeck aus der IAPPA das größte gesellschaftliche Problem der staatssozialistisch geprägten Bürger in der Angst „öffentlich in der Wahrheit zu leben“⁴³¹. Aus diesem Grund mahnt auch er die Entwicklung einer moralischen Zivilcourage als Grundvoraussetzung zur Entwicklung einer neuen oppositionellen Strategie an⁴³². Dem sozialistischen Staat rät er, sich aus der Wirtschaft und aus dem Geistesleben zurückzuziehen – ein von Rudolf Steiner

⁴²⁸ Vgl. zu Frieden Konkret VI und dem Positionspapier: Neubert, Opposition, S. 700-704; Bickhardt, Entwicklung, S. 485/486. Das Positionspapier ist abgedruckt bei Bickhardt, Entwicklung im Anhang, S. 501-503.

⁴²⁹ Vgl. Neubert, Opposition, S. 793-800. Zur Entwicklung des kirchlichen Basisgruppentreffens „Frieden Konkret“ vgl. Neubert, Opposition, S. 473-477, 622-625, 700-704; 793-800; Bickhardt, Entwicklung, S. 485/486; Chio, S. 84/85.

⁴³⁰ Vgl. Henrich, Rolf, Der vormundschaftliche Staat, Berlin 1989, S. 280-292.

⁴³¹ Henrich, S 270.

übernommener Begriff, der die intermediäre Sphäre zwischen der Privatsphäre und dem Staat kennzeichnen soll.

„So kann der soziale Organismus in diesen beiden Gliedern Zug um Zug eigene Selbstverwaltungen ausbilden. Im Ergebnis wird eine Dreigliederung in die gegeneinander verselbständigten Bereiche Geistesleben-Wirtschaft-Staat entstehen. Auf diese Idee der Dreigliederung weist bereits im Denken der Aufklärung wie des Marxismus vieles hin. Ihre konsequenteste Ausformung hat sie zu Beginn dieses Jahrhunderts durch Rudolf Steiner erfahren.“ (...) „Im Bereich des selbstverwalteten Geisteslebens, wäre zugleich derjenige kulturelle und soziale Raum gegeben, aus dem heraus die Menschen unbehindert durch staatliche oder wirtschaftliche Macht im Rahmen einer diskursiv geführten permanenten Volksaussprache die obersten Werte des im Staatssozialismus geltenden Weltbildes verändern könnten (...)“⁴³³.

Auch Henrich wandte sich in dieser Veröffentlichung von reformerischen Zielen für den Staatssozialismus ab. Die Sphäre des Staates sollte rechtsstaatlich und demokratisch geordnet werden⁴³⁴. Nach der Veröffentlichung dieser Abhandlung im April 1989 in Westberlin wurde Henrich sofort aus der Partei ausgeschlossen.

Bei den oppositionellen Intellektuellen der bürgerrechtlichen Strömung (IFM) wie auch bei einigen kirchlich gebundenen oppositionellen Intellektuellen (IAPPA, Hans Jochen Tschiche) und bei einzelnen SED-Kritikern (Rolf Henrich) war am Beginn des Jahres 1989 der Umdenkungsprozeß und die Abwendung von ausdrücklich reformsozialistischen Zielen soweit fortgeschritten, daß es nur noch eines Anlasses bedurfte, um die Politisierung und Pluralisierung der Gruppen noch weiter voranzutreiben und vor allem die noch kirchlich gebundenen oppositionellen Intellektuellen aus dem schützenden Raum hinaustreten zu lassen, um offensiver ihre Forderungen zu vertreten und einen breiten Diskussionsprozeß anzustoßen⁴³⁵.

2.3.2. Die zweite Phase von Mai 1989 bis April 1990

Durch die Aufdeckung des Wahlbetrugs der SED bei den Kommunalwahlen vom 7.5.1989, deren Überwachung vor allem durch die Initiative „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ aktiv organisiert worden war⁴³⁶, politisierte sich die oppositionelle Szene immer mehr⁴³⁷. Unterstützt wurde der Politisierungsprozeß durch die außenpolitischen „Fehlritte“ der SED-Führung. Das Zentralkomitee begrüßte zum Beispiel die Niederschlagung der chinesischen Demokratiebewegung⁴³⁸ und die beginnende Fluchtwelle mit Besetzungen der Botschaften in Ungarn und der Tschechoslowakei⁴³⁹. Zudem zeigten die Beispiele von Polen und Ungarn, daß eine demokratische Umgestaltung der kommunistischen Gesellschaften ohne Eingreifen der Sowjetmacht möglich war, und die beginnenden Demonstrationen in Leipzig, daß auch die

⁴³² Vgl. Henrich, S. 270-274.

⁴³³ Henrich, S.278 und 280/281.

⁴³⁴ Vgl. Henrich, S. 293-299. Zu Henrich vgl. Bickhardt, Entwicklung, S. 458-461.

⁴³⁵ Zu den oppositionellen Bewegungen zwischen 1986 und 1989 vgl. auch Bruckmeier, Karl, Vorgeschichte und Entstehung der Bürgerbewegungen in der DDR, in: Haufe, G; Bruckmeier, K. (Hg.), Die Bürgerbewegungen in der DDR und in den ostdeutschen Ländern. Opladen 1993, S. 9-22 und Dietrich, S. 38-53.

⁴³⁶ Vgl. Wielgohs; Müller-Engberg, Demokratie Jetzt, S. 110/111; Staritz, S. 354/356, Neubert, Opposition, S. 810-812.

⁴³⁷ Vgl. Knabe, Politische Opposition, S. 25. Zur Kommunalwahl und die Folgen vgl. Neubert, Opposition, S. 810-815; Weber, S. 347; Staritz, S. 354.

⁴³⁸ Vgl. dazu Knabe, politische Opposition, S. 25 und Neubert, Opposition, S. 815/816.

⁴³⁹ Vgl. Neubert, Opposition, S. 829f. und Choi, S. 110-114, Weber, S. 346/347.

Bevölkerung nicht mehr untätig bleiben wollte⁴⁴⁰. Nun traten die Überlegungen Tschiches, neben der IFM weitere Bürgerbewegungen mit explizit politischen Programmen zu gründen und aus den kirchlichen Freiräumen hervorzutreten, wieder in den Vordergrund. Auch Parteigründungen waren im Gespräch. Im Sommer und Herbst 1989 institutionalisierte sich das oppositionelle Milieu und der rapide Machtverfall des SED-Regimes begann. Am 28. August 1989 riefen Markus Meckel und Martin Gutzeit zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei auf⁴⁴¹. Am 9. September wurde das „Neue Forum“ ins Leben gerufen; am 12. September „Demokratie Jetzt“. Mitte September regten Oppositionelle um Rainer Eppelmann und Erhart Neubert die Gründung des „Demokratischen Aufbruch“ an. Zur gleichen Zeit gab es die ersten Gespräche über die Gründung einer „Vereinigten Linken“ und einer „Grünen Partei“⁴⁴².

In der DDR gingen die oppositionellen Gruppen damit einen anderen Weg als in den ost-mitteleuropäischen Ländern, wo Dachorganisationen ins Leben gerufen wurden. Für unsere Fragestellung sind, wie schon ausgeführt wurde, nur das „Neue Forum“, „Demokratie Jetzt“ und weiterhin die „Initiative Frieden und Menschenrechte“ von Interesse. Nur diese Bürgerbewegungen wollten der Zivilgesellschaft breiten Raum in einer neu zu organisierenden demokratischen Gesellschaft einräumen und beharrten nach harten programmatischen Auseinandersetzungen nicht auf einer „Dritten-Weg“-Utopie, wie die „Vereinigte Linke“ oder die SED-PDS.

Die Gründung des „*Neuen Forum*“ am 9./10. September 1989 durch einen Initiativkreis um Bärbel Bohley, Jochen Tschiche, Reinhart Schult sowie Jens Reich und die Veröffentlichung des Gründungsaufrufs wirkte wie ein Katalysator⁴⁴³. Schon nach 14 Tagen hatten 4500 Bürger den Aufruf unterschrieben, im November waren es schon 200.000, und eine eigene kommunale und regionale Organisationsstruktur war im Aufbau. Das „Neue Forum“ wurde in dieser Zeit des Aufbruchs, der Demonstrationen und des rapiden Legitimationsverlustes der SED der organisatorische Mittelpunkt des breiten Widerstands in der Bevölkerung. Fast in jeder größeren Stadt wurden unter der Leitung von Mitgliedern des „Neuen Forum“ Organisationsgruppen aufgebaut, die zum Beispiel die Demonstrationen planten und begleiteten, oftmals sogar als Ordner⁴⁴⁴. Das „Neue Forum“ verstand sich als Sammelbewegung, vergleichbar mit dem „Bürgerforum“ in der Tschechoslowakei, und wollte eine gemeinsame „politische Plattform für die ganze DDR“ sein, die „es Menschen aus allen Berufen, Landeskreisen, Parteien und Gruppen möglich macht, sich an der Diskussion und Bearbeitung lebenswichtiger Gesellschaftsprobleme in diesem Land zu beteiligen“⁴⁴⁵. Durch die persönlichen und inhaltlichen Differenzen zwischen vor allem den führenden und erfahrenen oppositionellen Intellektuellen entwickelte sich das „Neue Forum“ jedoch nicht zu einem Sammelbecken für die langjährigen intellektuellen Regimekritiker, obwohl aus den schon existierenden oppositionellen Gruppen führende Persönlichkeiten zu den Gründungsmitgliedern gehörten: vom „linken“ Flügel der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ kam zum Beispiel Bärbel Bohley und von den kirchlich gebundenen oppositionellen

⁴⁴⁰ Vgl. Chio, S. 110-114; Neubert, Opposition; S. 830-833. Siehe auch die Beschreibung der ersten Demonstration im Oktober bei Bahrmann; Links, Chronik der Wende, Bd.1.

⁴⁴¹ Vgl. Neubert, Opposition, S. 835, Meckel/Gutzeit, S. 350/351.

⁴⁴² Zu den ersten Schritten der politischen Pluralisierung in der DDR vgl. Neubert, Opposition, S. 833-840.

⁴⁴³ Jens Reich beschreibt die Gründung von NF in: Reich, Jens, Rückkehr nach Europa, Bericht zur neuen Lage der Nation. München 1991, S. 184ff. Dazu auch Joppke, S. 141.

⁴⁴⁴ Vgl. die Beschreibung der Rolle und Bedeutung des „Neuen Forum“ für die Protestbewegung im Herbst 1989 bis zur offiziellen Zulassung des NF bei Bahrmann, Links, Chronik der Wende, Bd. 1, S. 7-87.

⁴⁴⁵ Aufbruch 89- Neues Forum, abgedruckt in: DGB-Bundesvorstand (Hg.), Das Neue Forum – Selbstportrait einer Bürgerbewegung, o.O. und o.J. circa 1990 Dokument 1, S. 4, hier zitiert: Selbstportrait.

Intellektuellen Hans Jochen Tschiche. Außerdem war der SED-Kritiker Rolf Henrich unter den Initiatoren⁴⁴⁶. Aus diesem Grund war die konzeptionelle Arbeit des „Neuen Forum“ nicht nur durch die erfahrenden oppositionellen Intellektuellen geprägt, sondern auch durch Neulinge im „oppositionellen Geschäft“, was sich teilweise in der eher utopistischen und im Vergleich mit den anderen beiden für uns interessanten Bürgerbewegungen weniger konkreten Programmatik niederschlägt.

Im Gründungsauf Ruf „Aufbruch 89 – Neues Forum“, der von Jens Reich, einem bis dahin in der oppositionellen Szene noch nicht in Erscheinung getretenen Professor der Molekularbiologie, und der Rechtsanwalt Rolf Henrich formuliert wurde⁴⁴⁷, stellt das „Neue Forum“ fest, daß in der DDR „die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft gestört ist“⁴⁴⁸ und regt einen gesamtgesellschaftlichen Dialog über die notwendigen Reformen zwischen Gesellschaft und Staat an. Weitere programmatische Forderungen werden nur sehr pauschal geäußert: „Allen Bestrebungen, denen das Neue Forum Ausdruck und Stimme verleihen will, liegt der Wunsch nach Gerechtigkeit, Demokratie, Frieden sowie Schutz und Bewahrung der Natur zugrunde.“⁴⁴⁹ Im Unterschied zu den schon vorhandenen Gruppen wie IFM oder die Initiativegruppe „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ (seit dem 12. September „Demokratie Jetzt“), die schon deutlich ausgeprägte Programmvorstellungen hatten, wollte das „Neue Forum“ nähere programmatische Ziele erst in einem gesamtgesellschaftlichen Dialog erarbeiten. In der Anfangszeit war die Strategie der Oppositionellen im „Neuen Forum“, obwohl in dem Aufruf kein reformierter „Sozialismus“ gefordert wurde, im Unterschied zur IFM und „Demokratie Jetzt“ strikt legalistisch und auf Dialog ausgerichtet. Sie wollten sich sogar auf eine gesetzliche Grundlagen stellen und das „Neue Forum“ als Verein anmelden. Die Oppositionellen im „Neuen Forum“ verfolgten also eine ähnliche selbstbeschränkte Politik wie Solidarnosc in den frühen 80er Jahren. Dies machte auch Sebastian Pflugbeil, einer der Mitbegründer im Oktober 1989, nochmals deutlich:

„Es gibt Leute, die sind sehr viel radikaler und wollen jetzt die Verfassung ändern und wollen die führende Rolle der Partei beseitigen und haben auch ähnlich scharfe Thesen. Wir halten das einfach für unreal und auch für fraglich, ob das sinnvoll ist. Wir haben uns darauf geeinigt, die Verfassung als Verhandlungsgrundlage zu akzeptieren (...).“⁴⁵⁰

Die Machtfrage wurde mit Bedacht nicht gestellt. Es ging um die Umgestaltung ganz im Sinne der Perestroika-Politik von Gorbatschow⁴⁵¹. Die ostdeutschen staatlichen Behörden lehnten allerdings die Vereinsgründung zuerst als staatsgefährdende Organisation und später wegen nicht vorhandener gesellschaftlicher Notwendigkeit ab⁴⁵². In der Bevölkerung wurde die Resonanz jedoch immer stärker und bei

⁴⁴⁶ Vgl. zu den inhaltlichen und persönlichen Auseinandersetzungen die Aussagen von Bärbel Bohley in: Findeis, Entzauberung, S. 54. Sowie die Äußerungen von Thomas Rudolph, einem Sprecher der IFM, in: Findeis, Entzauberung, S. 201/202 und die harten Vorwürfe gegen die Initiatoren des NF durch Werner Fischer, Mitbegründer der IFM, in: Findeis, Entzauberung, S. 110.

⁴⁴⁷ Dazu Reich, Jens, Rückkehr nach Europa. München 1991, S. 184.

⁴⁴⁸ Aufbruch 89- Neues Forum, abgedruckt in: Selbstportrait, S. 4.

⁴⁴⁹ Ebenda, S. 4.

⁴⁵⁰ Pflugbeil, Sebastian, Wir müssen die Reform mit den Genossen machen. Interview, in: Rein, Opposition, S. 20-26, hier S. 22.

⁴⁵¹ Vgl. Schulz, Marianne, Neues Forum, in: H. Müller-Enbergs, M. Schulz, J. Wielgohs (Hg.), Von der Illegalität ins Parlament. Werdegang und Konzepte der neuen Bürgerbewegungen. Berlin 1991, S. 11-105, hier S. 27/28 Das Verhältnis zur Machtfrage der oppositionellen Gruppen beschreibt auch Poppe, Ulrike, Der Weg ist das Ziel, S. 260-262 und Dies., Warum haben wir die Macht nicht aufgehoben ..., in: Bündnis 2000. Forum für Demokratie, Ökologie und Menschenrechte 1 (1990), S. 19.

⁴⁵² Vgl. Neubert, Opposition, S.835-837; Schulz, S. 13/14; Staritz, S. 362.

den nun beginnenden Demonstrationen wurden immer häufiger Plakate des „Neuen Forum“ mitgetragen⁴⁵³. Die erste eindeutige programmatische Äußerung des „Neuen Forum“ war der „Offene Problemkatalog: Vom vormundschaftlichen Staat zum Rechtsstaat“, der in den ersten Oktobertagen veröffentlicht wurde⁴⁵⁴. Zwar wird hier schon durch den Titel die Orientierung auf den zivilgesellschaftlich orientierten Entwurf von Rolf Henrich deutlich, allerdings dreht sich in dem kurzen Forderungskatalog noch alles um die „politische Gesellschaft“ (Rechtsstaat mit allen Bürgerrechten) und die „ökonomische Gesellschaft“. Das „Neue Forum“ setzte in der Anfangszeit noch auf den „Dritten Weg“ zwischen Sozialismus und Kapitalismus und lehnte eine marktwirtschaftliche Entwicklung ab. Die antimarktwirtschaftliche Zielsetzung verschwand allerdings in der weiteren programmatischen Entwicklung. Auf dem Gründungskongreß am 26./27. Januar 1990 führte dieser Umorientierungsprozeß beinahe zur Spaltung des „Neuen Forum“⁴⁵⁵. Die Oppositionellen des „Neuen Forum“ wollten dem Staat jedoch nur noch sehr begrenzte Kompetenzen zugestehen. „Der Staat ist um der Menschen willen da! Er darf nicht mehr sein als ein Zusammenschluß von Menschen unter Rechtsgesetzen“⁴⁵⁶. Daher soll „der demokratische Wandel in der DDR sich von unten her entwickeln und nicht allein von oben her verordnet werden.“⁴⁵⁷

Die Mitglieder des „Neue Forum“ kümmerten sich in dieser Zeit mehr um den Aufbau einer zivilen Gesellschaft als um den Diskussionsprozeß über ihre rechtliche und verfassungsgemäße Verankerung. Konzeptionell-theoretische Auseinandersetzungen über das Zusammenspiel zwischen politischer, ökonomischer und ziviler Gesellschaft sind meist nur indirekt vorhanden. Die Orientierung auf die intermediäre Sphäre zwischen Privatsphäre und Staat wurde jedoch in der politischen Praxis in den Mittelpunkt gestellt.

Für das „Neue Forum“ waren das Erlernen demokratischer Spielregeln in den Bürgerinitiativen und der Dialog mit der Staatsmacht wichtiger als die theoretische Diskussion über die Verfassung und politische Organisation eines Staatswesens. Aus diesem Grund gab die Initiativgruppe schon am 23. Oktober 1989 eine Anleitung zum Erlernen der „Basisdemokratie“ heraus, in der von der Antragstellung bis zum Diskussionsverhalten die ersten Schritte zur demokratischen Selbstverwaltung in Bürgerbewegungen erklärt wurden⁴⁵⁸. Bärbel Bohley, eine der Symbolfiguren des „Neuen Forum“, machte diese Strategie deutlich: „Eine legale politische Ebene muß dem Staat abgerungen werden, auf der die Menschen sich finden können, um ihre Aktivitäten für eine Veränderung der Gesellschaft zu entfalten.“⁴⁵⁹

Diese Basisorientierung und der strikte Legalitätskurs trugen dazu bei, daß sich das „Neue Forum“ sehr schnell zur mitgliederstärksten neuen Bürgerbewegung entwickelte⁴⁶⁰. Die programmatische Fokussierung auf die Einforderung rechtsstaatlicher Prinzipien, die eine freie Öffentlichkeit sowie Reise- und Versammlungsfreiheit auf der Grundlage der vorhandenen DDR-Verfassung gewährleisten, sowie der Aufbau einer selbständigen DDR-weiten Bürgerbewegung, die mit der SED über weitere konzeptionelle Schritte

⁴⁵³ Zu den Demonstrationen vgl. die eindrucksvollen Beschreibungen bei Bahrmann; Links, Chronik der Wende, Bd. 1, vor allem die Kapitel über den Oktober und November 1989.

⁴⁵⁴ „Offener Problemkatalog: Vom vormundschaftlichen Staat zum Rechtsstaat“, abgedruckt in: Rein, Opposition, S. 16-19.

⁴⁵⁵ Vgl. Schulz, S. 53/54.

⁴⁵⁶ „Offener Problemkatalog: Vom vormundschaftlichen Staat zum Rechtsstaat“, abgedruckt in: Rein, Opposition, S. 18.

⁴⁵⁷ Ebenda, S. 19.

⁴⁵⁸ Vgl. „Ansätze zur Basisdemokratie“, abgedruckt in: Selbstportrait, S. 15/16, Dok 8.

⁴⁵⁹ Bohley, Bärbel, u.a., 40 Jahre DDR „...und die Bürger melden sich zur Wort“. Frankfurt/Main 1989, S. 10.

⁴⁶⁰ Vgl. Schulz, S.14.

beraten sollte, prägten in der Anfangszeit die Arbeit des „Neuen Forum“ und alle konzeptionellen und programmatischen Veröffentlichungen vor allem in der eigenen Zeitung „Neues Forum“, die im Oktober erstmals erschien.

Nach dem Rücktritt Honeckers am 17. Oktober und den ersten Demonstrationswochen beschleunigte sich in den ersten Novembertagen 1989 nochmals der gesellschaftliche Wandel: Am 4. November kam es zur ersten offiziell genehmigten Demonstration in Berlin, auf der auch oppositionelle Intellektuelle wie Jens Reich Reden hielten. Am 7. November trat die Regierung Stoph zurück. Am 8. November wurde das „Neue Forum“ offiziell zugelassen, am 9. November die Maueröffnung bekanntgegeben⁴⁶¹. Durch die Maueröffnung mußten sich das „Neue Forum“ und alle anderen Bürgerbewegungen auf einen Umschwung in der öffentlichen Meinung einstellen. Die Vereinigung beider deutscher Staaten trat immer mehr in den Mittelpunkt der Diskussionen und wurde zu einer zentralen Forderung der Demonstrationen⁴⁶². Zwar konnten jetzt in einer weitgehend freien Öffentlichkeit alle politischen Forderungen geäußert werden; viele Bürger hatten jedoch kaum noch Interesse an einer reformierten demokratischen DDR. Die alte Bundesrepublik wurde immer mehr zum politischen Vorbild⁴⁶³.

Gerade das „Neue Forum“ war sehr besorgt über diese Entwicklung und veröffentlichte am 12. November 1989 eine Stellungnahme zum Fall der Mauer, in der es unter anderem hieß:

„Laßt euch nicht von der Forderung nach dem politischen Neuaufbau der Gesellschaft ablenken! (...) Ihr seid die Helden einer politischen Revolution, laßt euch jetzt nicht ruhigstellen durch Schulden und schuldenerhöhende Konsumspritzen! Fordert die Erfüllung der politischen Reformen und die Ausarbeitung eines sozial verträglichen Wirtschaftskonzepts.“⁴⁶⁴

Obwohl einige der anderen Bürgerbewegungen die Maueröffnung und die damit im Raum stehende deutsche Vereinigung viel positiver sahen⁴⁶⁵, wurden die Bürgerbewegungen seit dieser Kampagne des „Neuen Forum“ in der Öffentlichkeit als Einheitsgegner angesehen. Auch aus diesem Grund und ihrem teilweise ambivalenten Verhältnis zum Sozialismus wurden die Forderungen der Bürgerbewegungen nach einem anderen neuen politischen System in der Öffentlichkeit immer mehr in den Hintergrund gedrängt, obwohl erst zu diesem Zeitpunkt ohne Angst vor Repressionen diskutiert werden konnte.

Nach der offiziellen Zulassung des „Neuen Forum“ und unter diesen veränderten gesellschaftlichen Bedingungen begann der programmatische Findungsprozeß der Bürgerbewegung, der sich in der Diskussion über eine verbindliche Programmerkklärung und in dem Streit um die Umwandlung der Bürgerbewegung in eine Partei manifestierte. Beide Diskussionen schärfen das programmatische Konzept der Bürgerbewegung⁴⁶⁶. Jens Reich, nun eine der Führungsfiguren des „Neuen Forum“, machte in einem Artikel für die Berliner Zeitung die Position der Bürgerbewegungsbefürworter deutlich:

„Wir brauchen eine politische Bürgerbewegung, die in kleinen Basisgruppen am Ort arbeitet, wo sich alle kennen und wo es nicht um hohe Politik geht, sondern um das, was uns alle angeht.(...) Wir müssen den neuen Staat von unten nach oben aufbauen, nicht nur durch Verordnungen ganz oben. (...) Parteien haben

⁴⁶¹ Vgl. Schulz, S. 17; Staritz, S.370-385; Weber, S. 354-356; Schroeder, S. 303-305.

⁴⁶² Vgl. Staritz, S. 387.

⁴⁶³ Vgl. zum Meinungsumschwung auch Schroeder, S. 473/474.

⁴⁶⁴ „Die Mauer ist gefallen“, abgedruckt in: Selbstportrait, S. 40, Dok 20.

⁴⁶⁵ Vgl. die Aussagen von Wolfgang Ullmann, Mitbegründer von „Demokratie Jetzt“ in der taz vom 18.11.89.

eine wichtige Funktion im Leben eines Staatswesens, und wir wollen sie nicht abschaffen. Aber eine reine Parteienlandschaft droht immer zu verkalken.“⁴⁶⁷

Auch Bärbel Bohley machte in den ersten Januartagen ihre Präferenzen sehr deutlich:

„Deshalb plädiere ich nach wie vor für die Bewegung, weil eine Gesellschaft, die gewachsen ist, wie die unsere, sich nur verändern kann, wenn sie sich zu einer Bürgergesellschaft mündiger Menschen entwickelt. Ich kenne keine Partei, die daran interessiert ist, mündige Bürger hervorzubringen.“⁴⁶⁸

Obwohl die führenden Persönlichkeiten so klar Stellung bezogen, spitzte sich die Debatte im Dezember nochmals zu. Einige Basisgruppen gründeten sogar „Neue Forum-Parteien“.

Auf der Landesdelegiertenkonferenz am 6./7. Januar wurde dann ein Kompromiß gefunden, man einigte sich auf einen Statutentwurf, der auf der Gründungskonferenz am 26./27. Januar endgültig beschlossen werden sollte und lehnte eine Umwandlung in eine politische Partei ab⁴⁶⁹. Auf dem Gründungskongreß wurde nach einigen wenigen Änderungen folgendes Statut beschlossen, das viel vom Selbstverständnis der Bürgerbewegung verdeutlicht:

„§ 1 Das Neue Forum ist eine politische Vereinigung von Bürgerinnen und Bürgern, die Demokratie in allen Lebensbereichen durchsetzen wollen. (...) § 3 Das Neue Forum arbeitet auf der Grundlage der Basisdemokratie. Meinungsäußerungen und politische Willensbildung vollziehen sich in einem demokratischen Prozeß von unten nach oben. § 4 Die Mitglieder des Neuen Forums organisieren und fördern Bürgerinitiativen. Das Neue Forum bekennt sich zur politischen Verantwortung und ist bereit, politische Mandate auf allen Ebenen zu übernehmen.“⁴⁷⁰

Auch über die Programmerkklärung wurde kontrovers diskutiert, so daß erst am 18.12.89 ein erster Programmentwurf vorgelegt werden konnte. Auf der Gründungsversammlung am 26./27. Januar 1990 wurde dann ein endgültiges Programm beschlossen. Auf der Gründungsversammlung konnte aufgrund der marktwirtschaftlichen Orientierung der Programmerkklärung eine Spaltung des „Neuen Forum“ nur mit größten Anstrengungen vermieden werden⁴⁷¹. Nach dreimonatiger, oftmals ermüdender Diskussion erläuterte Jens Reich in der Begrüßungsrede das politische Selbstverständnis des „Neuen Forums“:

„Wir halten es für wichtig, daß die neue Gesellschaft und die neue Öffentlichkeit von unten aufgebaut werden, nicht nur durch Verordnungen, Gesetze und Verfassungen von oben! Wir betonen die lokale Politik, gemacht durch die, die sich und ihre Probleme kennen. (...) Wir wollen direkte Politik, nicht komitee- und bürovermittelte. Politik kommt von Polis, das betont den Wohnort und seine Autonomie. Wir wollen direkte Demokratie durch den öffentlichen Meinungsaustausch vermitteln, daher Neues Forum. Forum heißt Marktplatz, direkte Öffentlichkeit. Da kann jeder Bürger die Toga anziehen, nicht nur der Funktionär. Wir

⁴⁶⁶ Zur Programm- und Strukturdiskussion vgl. vor allem Schulz, S. 36-42, 51-58.

⁴⁶⁷ Reich, Jens, Neues Forum – 10. Partei oder Bürgerbewegung? in: Berliner Zeitung 13. Dezember 1989, S. 11.

⁴⁶⁸ „Ich kenne keine Partei, die mündige Bürger hervorbringt.“ Interview mit Bärbel Bohley in taz, 5.1.90.

⁴⁶⁹ Vgl. den Abdruck des Beschlusses in: Selbstportrait, S. 91.

⁴⁷⁰ Neues Forum, Statut, abgedruckt in: Selbstportrait, S. 99. Zur Diskussion über Partei oder Bürgerbewegung? vgl. auch die Zusammenstellung der Zuschriften an das Neue Forum in der zweiten Ausgabe der Zeitung „Neues Forum“, abgedruckt in: Selbstportrait, S. 53. Wie auch die zusammenfassende Beschreibung der Diskussion auf der Republikssprechersitzung vom 11.11.89 in der 3. Sonderausgabe des Bezirksinformationsblattes für Magdeburg vom 13.11.89, abgedruckt in: Selbstportrait, S. 41/42 und Schulz, S. 36-41.

⁴⁷¹ Vgl. Schulz, S. 52.

wollen den Durchgriff der Bürgerbasis in die politische Entscheidung. Auch wenn es dabei zu Überraschungen kommt.⁴⁷²

Die programmatische Rede macht deutlich, daß das „Neue Forum“ ein sehr weites Verständnis von ziviler Gesellschaft hatte und eher auf die Einführung einer „Marktplatzdemokratie“ zielt. Vor allem die Ablehnung von komitee- und bürovermittelter Politik charakterisiert diese Zielrichtung. Dieses Selbstverständnis wird in der nun endgültigen Programmerkklärung allerdings eher indirekt umgesetzt. Wirklich basisdemokratische Verfahrensregeln werden nicht entworfen. Zwar fordert das „Neue Forum“, das Recht auf Volksentscheide und Volksbegehren sowie die Wählbarkeit von Bürgerbewegungen gesetzlich zu verankern, allerdings machen die Mitglieder nicht deutlich, wie der Anspruch einer direkten, nicht primär durch Bürgerbewegungen vermittelten Mitwirkung jedes einzelnen Bürgers der zivilen Gesellschaft am politischen Willensbildungsprozeß umgesetzt werden sollte. Ausdrücklich wurde jedoch keine selbstbeschränkte Politik mehr propagiert. Eine Selbstbeschränkung war nun, da die Opposition praktisch schon mit in der Regierung saß, auch nicht mehr nötig⁴⁷³. In der „politischen“ und „ökonomischen Gesellschaft“ setzte das „Neue Forum“ daher auf die grundlegende demokratisch-rechtsstaatliche und marktwirtschaftliche Umgestaltung des sozialistischen Systems und verabschiedete sich von einer ökonomischen „Dritte Weg“-Utopie⁴⁷⁴. Dieses Programm wurde erst in den Verhandlungen mit „Demokratie Jetzt“ und der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ zum Wahlbündnis im Februar wieder diskutiert und größtenteils in das Wahlprogramm von „Bündnis 90“ übernommen⁴⁷⁵.

Die Oppositionellen in den Bürgerbewegungen *Demokratie Jetzt* und *Initiative Frieden und Menschenrechte* gingen im Herbst 1989 anders mit der konzeptionellen Arbeit um. Gerade für Demokratie Jetzt, die Bürgerbewegung, die sich aus der Initiative „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ entwickelte, standen die Verfassung und die institutionelle Absicherung der durch Bürgerbewegungen und nicht durch „Marktplatzdemokratie“ organisierten Zivilgesellschaft im Mittelpunkt ihrer Überlegungen. Auch aus diesem Grund verzichteten die Oppositionellen der Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“ darauf, sich unter das Dach des „Neuen Forum“ zu begeben⁴⁷⁶. Sie setzten zwar auch auf den Dialog mit der SED-Regierung und regten maßgeblich die Einberufung des Runden Tisches an⁴⁷⁷, allerdings machten sie auch sehr deutlich, daß das gesamte System verändert werden müsse. Eine Eingliederung in das alte kommunistische Regime, wie es das „Neue Forum“ in der ersten Zeit anstrebte, kam für sie nicht in Frage. Im ersten Manifest von „Demokratie Jetzt“ mit dem Titel „Aufruf zur Einmischung in eigener Sache“ stellten die Autoren fest:

⁴⁷² Reich, Jens, Begrüßungsrede auf dem Gründungsparteitag des NF am 26./27. Jan. 1989 Ms in: Robert Havemann Archiv, Aktord. 3.1.1.1.1.2., Dok. 2337.

⁴⁷³ Vgl. die Beschreibung der Verhandlungen zum Eintritt in die Regierung am 22. Januar bei Bahrmann/Links, *Chronik der Wende*, Bd. 2, S. 74/75 und Weber, S. 360/361 sowie Schroeder, S. 346/347.

⁴⁷⁴ Vgl. Programmerkklärung vom 26./27. Januar 1990, abgedruckt in: Selbstportrait, S. 96-98.

⁴⁷⁵ Zum „Neuen Forum“ vgl. auch Schroeder, S. 315; Knabe, *Politische Opposition*, S. 26/27; Choi, S. 115; Wuttke, Carola; Musiolek, Berndt (Hg.), *Parteien und politische Bewegungen im letzten Jahr der DDR (Oktober 1989 bis April 1990)*. Berlin 1991, S. 54/55, Joppke, S. 140-142; Fehr, *Öffentlichkeit*, S. 251-277; Knabe, *Politische Opposition*, S. 26/27.

⁴⁷⁶ Vgl. Wielgoß; Müller-Engbergs, *Demokratie Jetzt*, S. 113.

⁴⁷⁷ Vgl. den Brief vom 1. Juli 1989 an die SED mit dem Titel „Auch wir brauchen autorisierte Gesprächsrunden“, abgedruckt in: Rein, *Opposition*, S. 66 und den Vorschlag zum Runden Tisch vom 27. Oktober 1989 abgedruckt als Dok. 10 in: Mehlhorn, Ludwig, 1989: *Von der Opposition zur Revolution – „Demokratie Jetzt“*, in: Kuhr, Eberhard (Hg.), *Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft. Analysen, Erfahrungsberichte, Dokumente*. Opladen 1999, noch nicht erschienen/Aufsatzmanuskript vom Autor zur Verfügung gestellt. Hier zitiert, Mehlhorn, *Demokratie Jetzt*, o. S..

„Trotz der unbestreitbaren Leistungen für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit ist es heute offenkundig, daß die Ära des Staatssozialismus zu Ende geht.“

Dennoch strebten sie, wie die Mehrzahl der neu gegründeten Bürgerbewegungen und Parteien, in ihren ersten programmatischen Äußerungen noch nach dem „besseren“ Sozialismus.

„Der Sozialismus muß nun seine eigentliche, demokratische Gestalt finden, wenn er nicht geschichtlich verloren gehen soll.“⁴⁷⁸

Die positive Bewertung des „Sozialismus“ bezog sich nach Mehlhorn allerdings nur auf die geschichtliche Bewegung, die soziale Gerechtigkeit und eine solidarische Gesellschaft angestrebt hat⁴⁷⁹. Die Skepsis gegenüber der staatssozialistischen Orientierung bestimmte ja schon die Diskussion in der Initiativgruppe „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“. Ludwig Mehlhorn hebt diesen Sachverhalt in der Rückschau nochmals hervor:

„Mir war schon damals klar, daß der Begriff ‚Sozialismus‘ einfach verschlissen ist und man ihn nicht mehr als einen positiven Begriff, als eine Wirklichkeit, die sich noch einmal gestalten ließe, benutzen kann.“⁴⁸⁰

Spätestens seit Ende November verschwanden sozialistische Begrifflichkeiten endgültig aus der programmatischen Debatte von „Demokratie Jetzt“⁴⁸¹.

Gegründet wurde „Demokratie Jetzt“ nur drei Tage später als das „Neue Forum“. Am 12. September 1989 veröffentlichten die bis jetzt in der Initiative „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ tätigen kirchlich gebundenen oppositionellen Intellektuellen um Hans-Jürgen Fischbeck, Ludwig Mehlhorn, Stephan Bickhardt, Wolfgang Ullmann und Ulrike Poppe den „Aufruf zur Einmischung in eigener Sache“ in dem sie die Gründung der Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“ bekannt gaben. Im Unterschied zum „Neuen Forum“ legten sie dem Aufruf ein dezidiertes programmatisches Konzept bei, welches das SED-System in Frage stellt und eindeutige Bezüge zur Programmatik der Vorläuferinitiative „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ aufweist. Ohne den Begriff „parlamentarische Demokratie“ explizit zu benutzen, fordern sie in den „Thesen für eine demokratische Umgestaltung in der DDR“ alle Strukturmerkmale dieses politischen Systems ein – „strikte Trennung von Legislative und Exekutive“; Reformierung des Wahlrechts mit dem Ziel der Gewährleistung von „Wahlfreiheit und Wahlgeheimnis“ und der Möglichkeit, über verschiedene politische Programme“ und Personen zu entscheiden; „Unabhängigkeit von Richtern und Verteidigern“. In der ökonomischen Gesellschaft wollten sie die staatlichen Einflußmöglichkeiten auf eine „Rahmenplanung“ zum Beispiel im Energiesektor und auf die Sicherung der „Umwelt- und Sozialverträglichkeit“ beschränken, damit lösten sie sich schon in ihrem ersten Manifest von ökonomischen „Dritte Weg“-Theorien. Auch in diesem Aufruf legen sie wieder, wie schon in den programmatischen Aussagen vor 1989, großes Gewicht auf die Entflechtung von Staat und Gesellschaft. Der Staat soll sich aus Funktionen, die „Sache der Gesellschaft sind“ zurückziehen, besonders aus den Medien, den Schulen und Hochschulen, Parteien, Gewerkschaften und Institutionen von Kultur und Wissenschaft⁴⁸².

⁴⁷⁸ Beide Zitate aus „Aufruf zur Einmischung in eigener Sache“, abgedruckt in: Rein, Opposition, S. 59.

⁴⁷⁹ Vgl. Mehlhorn, Demokratie Jetzt.

⁴⁸⁰ Ludwig Mehlhorn in einem Interview Anfang 1990, in: Findeis, Entzauberung, S. 159.

⁴⁸¹ Vgl. Wielgohs; Müller-Engbergs, Demokratie Jetzt, S. 127/128. Dazu auch Pollack, alternative Gruppen, S. 92-102, bes. S. 97.

⁴⁸² Vgl. „Thesen für eine demokratische Umgestaltung in der DDR“, abgedruckt in: Rein, Opposition, S. 62-64. Die Zitate sind dort entnommen. Zur Gründung und dem ersten Manifest vgl. auch Mehlhorn, Demokratie Jetzt; Neubert, Opposition, S. 837/838; Knabe, Politische Opposition, S. 27; Templin/Weißhuhn, S. 112/113 und die

Nach der Verbreitung des „Aufrufs zur Einmischung in eigener Sache“ setzte ein Multiplikationseffekt ein. Der Text wurde von Lesern eigenständig mit Kontaktadressen versehen und weiterverbreitet. Das Resultat war die – im ursprünglichen Projekt nicht vorgesehene – Selbstorganisation von Basisgruppen, die sich an der programmatischen Diskussion beteiligten (Den Initiatoren gingen in den ersten Wochen rund eintausend schriftliche Stellungnahmen zu.) und im kommunalen, regionalen Raum politisch selbständig zu agieren begannen. Vom Gründerkreis wurde die Entwicklung sofort unterstützt. Zur Herstellung einer eigenständigen Öffentlichkeit gab dieser im wöchentlichen Turnus seit Oktober 1989 das Blatt: „Demokratie Jetzt, Zeitung der Bürgerbewegung“ heraus⁴⁸³.

Durch die klare programmatische Ausrichtung, die anders als beim „Neuen Forum“ und trotz der Anspielung auf einen reformierten Sozialismus eine Absage an das bestehende staatssozialistische System in der DDR darstellte und in keiner Weise einen selbstbeschränkten Charakter hatte, war der Zulauf allerdings geringer. Meist schlossen sich nur Bürger an, die schon mit den Thesen der Initiative „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ vertraut waren und ähnliche Ziele wie die Initiatoren verfolgten. Die Zahl der die Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“ bildenden Bürger und Bürgerinnen dürfte wohl zu keiner Zeit die viertausend überschritten haben. Aus diesen Gründen und wegen ihrer moralischen Integrität bestimmten die Berliner Initiatoren, unter ihnen vor allem Ludwig Mehlhorn und Wolfgang Ullmann, maßgeblich die programmatische Entwicklung der Bewegung. Durch die relative Stabilität des programmatischen Grundkonsensus‘ und der Autorität, die einige der Gründer auch in der Öffentlichkeit genossen, war der inhaltliche Beitrag von „Demokratie Jetzt“ zur Zivilgesellschaftsdebatte in der DDR erheblich, was sich auch später in den Beschlüssen des Runden Tisches niederschlug⁴⁸⁴.

Bei der Vorstellung von „Demokratie Jetzt“ am 27.10.1989 in der Gethsemanekirche wurde die Abkehr von jeglichen reformsozialistischen Zielen nochmals sehr deutlich. In seiner Rede über die angestrebte Wahlrechtsreform rief Wolfgang Ullmann zu einer Volksentscheid über eine Verfassungsreform auf, die eine demokratische Willensbildung ohne festgeschriebene Führungsrolle der SED ermöglichen sollte. Zudem regte er die Einberufung eines Runden Tisches an, der mit der Arbeit an einer neuen Verfassung beginnen sollte⁴⁸⁵.

Mit dieser Vorstellung in der Gethsemanekirche begann der Diskussionsprozeß über die programmatische Ausrichtung von „Demokratie Jetzt“, der bis zur geplanten Gründungskonferenz am 19./21. Januar 1990 abgeschlossen sein sollte. Damit einher ging der Streit über die Organisationsform: Partei oder Bürgerbewegung? Wie das „Neue Forum“ entschied sich „Demokratie Jetzt“ eindeutig gegen eine Parteigründung und für eine als horizontales Netzwerk agierende offene Bürgerbewegung ohne Mitgliedsstatus⁴⁸⁶. Wolfgang Ullmann machte seine Parteienskepsis Ende Oktober in einem Zeitungsinterview deutlich:

Aussagen von Wolfgang Ullmann, in: Maleck, Bernhard, „Ich werde nicht schweigen“. Gespräche mit Wolfgang Ullmann geführt von Bernhard Maleck. Berlin 1991, S. 66-73, hier zitiert, Maleck, Ullmann.

⁴⁸³ Vgl. Wielgohs; Müller-Enbergs, Demokratie Jetzt, S. 116/117.

⁴⁸⁴ Vgl. ebenda, S. 113-124 und Mehlhorn, Demokratie Jetzt.

⁴⁸⁵ Vgl. den Abdruck der Ansprache in der Berliner Gethsemane-Kirche in: Bürger, Wolfram; Weichenhan, Michael, Hg., Ullmann, Wolfgang, Demokratie – jetzt oder nie! Perspektiven der Gerechtigkeit. München 1990, S. 147/148.

⁴⁸⁶ Zur Struktur vgl. Wielgohs, Müller-Egbergs, Demokratie Jetzt, S. 118-123.

„Die vergangenen 40 Jahre haben mir bewiesen, daß politische Parteien nicht ausreichen. Ich sehe sie als Organisationsformen aus dem vergangenen Jahrhundert an. Jetzt ist die Zeit der Bürgerbewegungen, denn politische Willensbildung ist nicht mehr möglich ohne basisdemokratische Bürgerbewegungen. Und die wollen wir sein.“⁴⁸⁷

Schon ganz zu Beginn der programmatischen Debatte entwarf Ludwig Mehlhorn im Oktober 1989 das Selbstverständnis von „Demokratie Jetzt“ und nutzte erstmals auch den Begriff „Zivilgesellschaft“:

„Dezentralisierung in allen Bereichen ist dringend erforderlich. Der Staat, aber auch Massenorganisationen müssen sich von unten her aufbauen. Das zentralistische Wirtschaftssystem hat seine Bewährungsprobe nicht bestanden. Die alten Strukturen sind einfach historisch überholt und überhaupt nicht mehr in der Lage, den Herausforderungen auch des modernen Lebens zu begegnen. Der Staat muß sich aus weiten Bereichen der Gesellschaft lösen. Es muß eine Zivilgesellschaft, die Franzosen sagen *société civile*, entstehen, die unterhalb der staatlichen Ebene sich den Fragen zuwendet, die das Allgemeinwohl aller betreffen und die dann auch eine Willensbildung in der Gesellschaft möglich machen.“

Eine Grundvoraussetzung für den Aufbau einer funktionierenden zivilen Gesellschaft ist für Mehlhorn,

„daß es zu einem wirklichen öffentlichen Leben kommt. (...) Es muß eine unzensurierte, nicht vom Staat definierte Öffentlichkeit geben können, in der Publizistik möglich ist, in der Debatten möglich sind (...)“⁴⁸⁸.

Der rapide gesellschaftliche Wandel (Maueröffnung) in den ersten Novembertagen und die Umorientierung der öffentlichen Debatte beeinflussten die weitere programmatische Diskussion von „Demokratie Jetzt“ nicht in einem solchen Maße wie beim „Neuen Forum“⁴⁸⁹. Gerade die Maueröffnung wurde von den führenden Mitgliedern, wie schon erwähnt, außerordentlich begrüßt. Auch die IAPPA hatte ja schon Reisefreiheit gefordert. In der siebten Ausgabe des Blattes „Demokratie Jetzt. Zeitung für die Bürgerbewegung“ begrüßt Ludwig Mehlhorn die Maueröffnung und freut sich, daß „europäische Normalität für uns alle erlebbar wird“⁴⁹⁰. Allerdings wurde in der Öffentlichkeit kaum noch zwischen den einzelnen Bürgerbewegungen differenziert, so daß auch DJ zum Einheitsgegner erklärt wurde⁴⁹¹.

Die weitere Debatte über die Zielsetzungen und das Selbstverständnis von „Demokratie Jetzt“, der für unsere Fragestellung interessantesten Bürgerbewegung, war durch drei wichtige theoretische Orientierungen der führenden Intellektuellen gekennzeichnet. Die oppositionellen Intellektuellen der Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“ orientierten sich hauptsächlich an den zivilgesellschaftlichen Entwürfen der herausragenden ost-mitteleuropäischen Intellektuellen. Dies wurde oftmals von den Mitgliedern der Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“ hervorgehoben. Mehlhorn nennt in einem Interview als für ihn prägende Autoren: Robert Havemann, György Konrád, Václav Havel, Adam Michnik und Leszek Kolakowski⁴⁹². Auch Wolfgang Ullmann erwähnt in einem Interview den tschechischen Sozialwissenschaftler Jaroslav Langer, ein im Exil in Bonn lebender Unterstützer des Prager Frühlings und der Charta 77, der in seinem Buch „Grenzen der Herrschaft. Die Endzeit der Machthierarchien.“ dem alten westeuropäischen Parteienstaat den Untergang voraussagt und ein ausführliches Konzept einer machtvollen zivilen Gesellschaft entwirft, die dem Staat nur

⁴⁸⁷ „Zeit der Bürgerbewegung“, Interview mit Wolfgang Ullmann in: Berliner Zeitung, 29.12.1989.

⁴⁸⁸ Beide Zitate stammen von Ludwig Mehlhorn 1989 in einem Interview, abgedruckt in: Rein, Opposition, S. 80.

⁴⁸⁹ Vgl. Mehlhorn, Demokratie Jetzt

⁴⁹⁰ Mehlhorn in einem Interview, in: Demokratie Jetzt. Zeitung für Deutschland, Nr. 7, Jg. 1989.

⁴⁹¹ Vgl. auch die Aussagen von Wolfgang Ullmann in: taz 18.11.89 und Hans-Jürgen Fischbecks, der Anfang 1990 offen die Äußerungen von Bärbel Bohley, die die Maueröffnung als Ausverkauf der DDR bezeichnet hatte, „als schweren politischen Fehler“ kritisierte (Fischbeck, Hans-Jürgen, im Interview in: Findeis, Entzauberung, S. 94). Zur Deutschlandpolitik von DJ vgl. den Drei-Stufen-Plan der nationalen Einheit vom 14. Dezember 1989 angehängt an die „Programmaussagen der Bürgerbewegung Demokratie Jetzt“ vom 21./22. Januar 1990, abgedruckt in: Müller-Engbergs, Bürgerbewegung, S. 58/59.

⁴⁹² Vgl. die Äußerungen von Ludwig Mehlhorn in: Findeis, Entzauberung, S.164 und Mehlhorn, Demokratie Jetzt.

noch eine "Nachtwächterfunktion" im Sinne von Wilhelm von Humboldt zubilligt⁴⁹³. Auf der anderen Seite waren sie geprägt durch die christliche Moralthologie und bezogen sich auf Politikentwürfe des nationalsozialistischen Widerstands⁴⁹⁴. Gerade Wolfgang Ullmann rekurriert in einer Rede im Juni 1989 auf das vom "Kreisauer Kreis" am 9.08.1943 entworfene Reformprogramm für ein demokratisches Nachkriegsdeutschland, in dem er meint, die ethisch-moralischen und bürgerrechtlichen Ansprüche von "Demokratie Jetzt" wiederzufinden⁴⁹⁵. Befragt nach politisch-konzeptionellen Vorbildern, führt er dazu in einem Gespräch am 30. Mai 1990 aus:

"Als erstes möchte ich den Kreisauer Verfassungsplan nennen, der ja zur Verwunderung der Anhänger der repräsentativen Demokratie gar keine Parteien kennt. Er geht aus von dem, was Helmut von Moltke die kleinen Gemeinschaften genannt hat. Die kleinste dieser Einheiten, die Familie, ist seiner Meinung nach gar nicht politischer Natur. (...) In der nächsthöheren Dimension beginnt nun das Politische in der überschaubaren Gemeinschaft von Bürgerinnen und Bürgern. Die Einsicht der Kreisauer war die, der mündige Mensch könne dort politisch sinnvoll handeln, wo man einander kennt. Wo dieses Kennzeichen entfällt, also in den noch höheren Einheiten, dort soll dann nur noch indirekt gewählt werden. Für diejenigen, die zukunftsfruchtige politische Strukturen und Verfassungen zu entwerfen aus sind, halte ich das für eine unumgängliche Basis des Nachdenkens."⁴⁹⁶

In den auf der Gründungskonferenz vom 19./21. Januar beschlossenen Programmaussagen finden wir nun nach dem eindeutigen Machtverlust der SED eindeutige Kritik am repräsentativen demokratischen System und zivilgesellschaftliche Zielsetzungen, die denen der genannten theoretischen Vorbilder nahekomen:

"Die indirekte (mittelbare oder repräsentative) Demokratie, auch ‚Zuschauerdemokratie‘ genannt, begrenzt die Beteiligung der Bürger auf die Stimmabgabe. In einer reinen Parteiendemokratie ist darüberhinaus die politische Willensbildung weitgehend auf politische Parteien eingeschränkt. Der Bürger ist von konkreten Sachentscheidungen ausgeschlossen. (...) Mehr Demokratie wird möglich durch Bürgerbewegungen, in denen jeder mitarbeiten kann, ohne Mitglied einer Partei sein zu müssen. Bürgerbewegungen können parlamentarisch und außerparlamentarisch arbeiten. Sie bieten Möglichkeiten direkter Demokratie. Sie erlauben die Ablösung der Zuschauer- durch eine Mitwirkungsdemokratie. Das beinhaltet eine stärkere Basisorientierung, z.B. öffentliche Entscheidungsvorbereitung mit möglicher Einflußnahme der Bürger, (...) Anhörung von Bürgerinitiativen sowie regionale oder landesweite Volksentscheide."⁴⁹⁷

Zudem sollte der geforderte demokratische Rechtsstaat die unabhängige Öffentlichkeit, welche gerade für die außerparlamentarisch arbeitenden Bürgerbewegungen von besonderer Wichtigkeit war, als vierte Gewalt durch entsprechende Gesetze absichern.

"Ziel ist ein demokratischer Rechtsstaat, der nicht nur in die üblichen drei Gewalten – Gesetzgebung, Regierung und Rechtsprechung – geteilt ist, sondern durch eine vierte Gewalt – die demokratische Öffentlichkeit – kontrolliert und kritisch begleitet wird."⁴⁹⁸

⁴⁹³ Maleck, Bernhard, "Ich werde nicht schweigen". Gespräche mit Wolfgang Ullmann geführt von Bernhard Maleck. Berlin 1991, S. 51; Langer, Jaroslav, Grenzen der Herrschaft. Die Endzeit der Machthierarchien. Opladen 1988 und das Interview mit Langer geführt von Ludwig Mehlhorn, in: Die Andere; 5/1990, S. 6.

⁴⁹⁴ Vgl. die Aussagen von Fischbeck, in: Findeis, Entzauberung, S. 78/79.

⁴⁹⁵ Vgl. "Die Staatsrechtsanforderungen der Nachkriegsgesellschaft und die Kreisauer Reformprogramme", abgedruckt in: Bürger, Wolfram; Weichenhan, Michael, Hg., Wolfgang Ullmann, Demokratie – Jetzt oder nie! Perspektiven der Gerechtigkeit. München 1990, S. 115-124.

⁴⁹⁶ Maleck, Ullmann, S. 51. Zum Kreisauer Kreis und seinen verfassungsrechtlichen Vorstellungen vgl. van Roon, Gert, Widerstand im Dritten Reich. München 1987, S. 141-160 und Karpen, Uwe; Schott, Alexander (Hg.), Zu den verfassungspolitischen Vorstellungen von Männern des Widerstandes um Helmuth Graf v. Moltke. Heidelberg 1996.

⁴⁹⁷ "Programmaussagen", abgedruckt in: Müller-Engbergs, Bürgerbewegung, S. 48-62, hier S. 48/49. Das Original ist im Robert Havemann Archiv, Aktord. 3.2.02 ungeordnet.

⁴⁹⁸ Ebenda; S. 49.

Außerdem wollten sie das Subsidiaritätsprinzip ausbauen, so daß die örtlich arbeitenden Bürgerbewegungen Einflußmöglichkeiten auf die politischen Entscheidungen im kommunalen Bereich erhalten.

„Auf höherer Ebene wird nur das entschieden, was auf unterer Ebene nicht gelöst werden kann.“⁴⁹⁹

Die schon im ersten Manifest angedeutete Abkehr von „Dritte Weg“-Theorien wird wiederum im wirtschaftspolitischen Programmteil deutlich. Dort stellt DJ fest:

„Die zentral dirigierte Staatsplanwirtschaft hat versagt. Eine Wirtschaft frei und selbstverantwortlich handelnder produzierender Gemeinschaften kann nur eine Marktwirtschaft sein.“⁵⁰⁰

Das Programm sollte eine „solidarische Gesellschaft“ aufbauen helfen, die ein moralisch-ethisches, am Gemeinwohl orientiertes Politikverständnis in den Vordergrund ihrer Entscheidungen stellt. Hier wird die Orientierung an der christlichen Ethik und den moralischen Zielen der IAPPA sehr deutlich. Das Programm, welches im Gegensatz zum „Neuen Forum“ keiner bloßen „Basisdemokratie“ das Wort redet, sondern eine stärkere direkte Beteiligung der Bürger am politischen System durch Bürgerbewegungen, die innerhalb einer zivilen Gesellschaft organisiert sind, anstrebte, bestimmte auch die Diskussion über eine gemeinsame Programmatik für die Wahlplattform „Bündnis 90“, wurde allerdings in dieser Ausprägung nicht in das Wahlprogramm übernommen. Erst in der Ausarbeitung des Verfassungsentwurfs des Runden Tisches wurden alle Programmpunkte in rechtliche Vorschriften umgesetzt. Die Programmaussagen sind das Fazit der programmatischen Diskussion in der Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“. Die christlich geprägten oppositionellen Intellektuellen vereinen in diesen dezidierten konzeptionellen Zielen ihre ethisch-moralischen und zivilgesellschaftlichen Ansprüche an ein neues demokratisches Staatswesen⁵⁰¹.

Die Mitglieder der schon seit drei Jahren bestehenden Initiative Frieden und Menschenrechte mußten in der Politisierungsphase der oppositionellen Bewegungen nicht mehr in eine allgemeine Programmdiskussion eintreten oder einen Gründungsauftrag formulieren, da ihre beiden programmatischen Entwürfe vom 10.12.1987 und 11.3.1989 schon ausdiskutierte programmatische Aussagen aufwiesen. Reformsozialistische Anklänge existierten in ihren Programmen schon seit der Gründung der Initiative nicht mehr. Seitdem forderten sie eine vollständige Demokratisierung der DDR und den Aufbau eines Rechtsstaates, der die Voraussetzung für eine starke Beteiligung der Bürger am politischen Prozeß innerhalb einer unzensurierten Öffentlichkeit und weitgehend selbstverwalteten Zivilgesellschaft rechtlich verankerte und absicherte. Diese Radikalität ließen sie allerdings bis zuletzt in ihren Konzepten für die ökonomische Gesellschaft vermissen. Hier verstiegen sie sich teilweise zu träumerischen sozialen Forderungen, obwohl sie die zentristische Planökonomie ablehnten und alle Eigentumsformen zulassen wollten. Erst innerhalb des „Bündnis 90“ legten sie diese „Dritte Weg“-Ziele ab⁵⁰².

Allerdings mußten sie im Herbst 1989 durch die Fluktuation ihrer Mitglieder und die Ausweitung ihrer Tätigkeit auf die ganze DDR die programmatischen Aussagen nochmals konkretisieren und für die im

⁴⁹⁹ Ebenda, S. 50.

⁵⁰⁰ Ebenda, S. 51.

⁵⁰¹ Zu den Programmaussagen vgl. Wielgohs; Müller-Enbergs, Demokratie Jetzt, S. 124-134 und Mehlhorn, Demokratie Jetzt, aber auch Poppe, Ulrike, Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“, in: Hubertus Knabe (Hg.), Aufbruch in eine andere DDR, Reformer und Oppositionelle zur Zukunft ihres Landes, Reinbek 1989, S. 160-163. Zu „Demokratie Jetzt“ im allgemeinen vgl. auch Neubert, Opposition, S. 837/838; Knabe, Politische Opposition, S. 27; Wuttke/Musiolek, S. 32/33.

⁵⁰² Vgl. Initiative Frieden und Menschenrechte. Wahlprogramm Februar 1990 abgedruckt in: Müller-Enbergs, Bürgerbewegung, S. 96-106, hier S. 98-100.

Frühjahr 1990 vorgesehenen Volkskammerwahlen ein neues Wahlprogramm ausarbeiten. Die IFM hatte vor dem Herbst 1989 ungefähr 30 Mitglieder. Ihr Wirkungskreis war auf Berlin beschränkt. Seit der politischen Pluralisierung des oppositionellen Milieus im Herbst veränderte sich die Mitgliederstruktur erheblich. Auf der einen Seite diente die IFM als Reservoir für die neuen oppositionellen Bewegungen und Parteien. So gehörten die IFM-Mitglieder Bärbel Bohley, Katja Havemann, Katrin und Frank Eigenfeld zu den Mitbegründern des "Neuen Forum" und Ulrike Poppe zu den Erstunterzeichnern des Gründungsaufrufs der Bürgerbewegung "Demokratie Jetzt". Ibrahim Böhme und Stephan Hilsberg waren an den Gründungsvorbereitungen der SDP beteiligt⁵⁰³. Auf der anderen Seite kam jedoch die schon im März geplante Regionalisierung der IFM im Herbst 1989 in Gang, was zu einem Mitgliederzuwachs führte. Anfang 1990 hatte die Initiative 50 Mitglieder in Berlin und ungefähr 300 in der DDR insgesamt. Es gründeten sich Gruppen in Leipzig, Magdeburg, Dresden und in etlichen anderen kleinen Städten⁵⁰⁴. Trotz der Neuzugänge erreichte die IFM nicht mehr die Bedeutung in der oppositionellen Szene, die sie vor 1989 gehabt hatte. Die öffentliche Aufmerksamkeit galt nun den neuen Bürgerbewegungen.

Die IFM wirkte eher im Hintergrund und versuchte, eine Zusammenarbeit der zersplitterten oppositionellen Gruppen zu befördern. Gerade die Gründung einer Wahlplattform der Opposition, ähnlich dem "Bürgerforum" in der Tschechoslowakei, wurde von der IFM forciert⁵⁰⁵.

Gemeinsam mit den neuen, zur IFM hinzugestoßenen Gruppen wurde am 28.10.1989 beim ersten landesweiten Treffen mit Vertretern aus 17 Orten der DDR ein Selbstverständnispapier ausgearbeitet und von den neu gewählten drei Sprechern Gerd Poppe, Werner Fischer und Thomas Rudolph veröffentlicht⁵⁰⁶. In dem Papier verwies sie nochmals auf den Aufruf vom 11.3.1989 und legte die Schwerpunkte ihrer weiteren Arbeit fest:

"Die aktuelle Entwicklung in der DDR bestätigt uns in den wesentlichen Aussagen des Aufrufes vom 11.3.'89. (...) Der Schwerpunkt unserer Arbeit soll auf der Behandlung von Menschenrechtsfragen in der DDR und im Ausland sowie auf der Diskussion von Modellen der Rechtsstaatlichkeit und der demokratischen Selbstbestimmung liegen. (...) Die IFM befürwortet dezentrale und selbstverwaltete Strukturen überall in der Gesellschaft. Mitbestimmung und öffentliche Kontrolle müssen in allen Bereichen garantiert sein, z.B. mittels unabhängiger Gewerkschaften und Interessen- und Betroffenenverbände. Parlamentarische Demokratie muß durch direkte Demokratie z. B. Volksbegehren und Volksentscheide ergänzt werden."⁵⁰⁷

Mit diesem Selbstverständnispapier stellte sie sich programmatisch in eine Reihe mit "Demokratie Jetzt" und dem "Neuen Forum". Die Maueröffnung am 9. November 1989 und die damit verbundene Beschleunigung des gesellschaftlichen Wandels in der DDR wurde von der Initiative zwar abgelehnt, hatte jedoch keine sichtbaren Auswirkungen auf die zivilgesellschaftliche Programmatik der IFM⁵⁰⁸. Anfang 1990, kurz vor der Verkündung des Wahlprogramms, skizzierte Gerd Poppe nochmals die zivilgesellschaftlichen Ziele:

"Ich würde unser Konzept nicht als Alternative zum parlamentarischen System sehen, sondern als notwendige Ergänzung. Der Parlamentarismus ist ganz sicher notwendig, aber nach unserem Verständnis nicht automatisch als getreues Spiegelbild der westlichen Verhältnisse. Wir sehen die Bürgerbewegung vor allem als Korrektiv zum parlamentarischen System: inwieweit können Betroffenenverbände oder Randgruppen oder Minderheiten ihre Positionen in der Gesellschaft und auch im Parlament vertreten?

⁵⁰³ Vgl. Templin/Weißhuhn, S. 157/158.

⁵⁰⁴ Die Zahlen stammen von Werner Fischer, einem der Mitbegründer der IFM, geäußert Anfang 1990 in einem Interview in: Findeis, Entzauberung, S. 105.

⁵⁰⁵ Vgl. Templin, Weißhuhn, S. 158.

⁵⁰⁶ Dazu auch Neubert, Opposition, S. 862.

⁵⁰⁷ Selbstverständnis der Initiative für Frieden und Menschenrechte vom 28.10.1989, abgedruckt in: Haufe, G.; Bruckmeier, K. (Hg.), Die Bürgerbewegungen in der DDR und in den ostdeutschen Ländern. Opladen 1993, S. 290/291 Dok 16.

⁵⁰⁸ Vgl. die Aussagen von Gerd Poppe in: Findeis, Entzauberung, S. 182 und von Werner Fischer, ebenda, S. 110/111.

Können sie Entscheidungen, die unzumutbare Härten mit sich bringen, in regionalen Bereichen aussetzen? Welches Maß an direkter Demokratie ist möglich? Zum einen wäre das eine Politik, die die Möglichkeit von Volksentscheidungen garantiert; natürlich nach einem bestimmten Verfahren und auch nicht zu allem und jedem. (...) Zum anderen wollen wir die außerparlamentarische Arbeit fördern, die Selbstverwaltung in kommunalen Bereichen und die vielfältigen Interessen- und Betroffenenvertretungen stärken.”⁵⁰⁹

Die Aussagen zeigen die große Kontinuität der programmatischen Ausrichtung der "Initiative Frieden und Menschenrechte", ähnliche Ziele wurden auch schon 1987/88 formuliert, wenn auch aus verständlichen Gründen nicht in dieser Konsequenz. Auch in der Orientierung auf ost-mitteleuropäische konzeptionelle Entwürfe blieben sich die Oppositionellen in der IFM treu. Thomas Rudolph, einer der Sprecher der IFM, verweist in einem Interview aus dem Frühjahr 1990 nochmals auf die Prägung der Initiative durch ost-mitteleuropäisches Gedankengut:

"Die Initiative ist heute noch stark von osteuropäisch-dissidentischem Gedankengut geprägt. Von daher ist es ganz klar, daß die Initiative in engem Austausch mit Solidarnosc, der Charta 77 und mit anderen Bürgerrechtsbewegungen in sozialistischen Ländern – auch in Moskau und Leningrad – stand.”⁵¹⁰

Im Februar 1990 veröffentlichte die "Initiative Frieden und Menschenrechte" ihr abschließendes Manifest, das zugleich als Wahlprogramm gedacht war. In dem Kapitel "Demokratisierung der Gesellschaft" finden sich zusammenfassend und in Kurzform die Forderungen der Initiative, die zu einer Institutionalisierung der Zivilgesellschaft führen sollten:

"Parteien und Parlamente sind wesentliche Bestandteile der Demokratie. Darüber hinaus benötigen wir starke Bürgerbewegungen, um politische Entscheidungen unmittelbar zu beeinflussen. Wir setzen uns ein für:

- eine weitgehende Dezentralisierung der Staatsmacht
- starke und unabhängige, territoriale und kommunale Vertretungen
- Möglichkeiten der Gesetzesinitiative für Bürgerbewegungen, Vereinigungen und Verbände
- klare Regelungen für Volksbegehren und Volksentscheide
- die öffentliche Diskussion wichtiger Parlaments- und Regierungsvorlagen”⁵¹¹

Dieses Manifest war die letzte programmatische Äußerung der IFM vor dem Eintritt in die Listenvereinigung "Bündnis 90". Kurz nach der Veröffentlichung wurde schon das Wahlprogramm von "Bündnis 90" herausgegeben, in dem einige der Forderungen der IFM zu finden sind⁵¹².

Die Diskussion über ein demokratisches Staatswesen mit einer starken Zivilgesellschaft verlagerte sich nach der Verabschiedung aller Wahlprogramme, die den Abschluß der programmatischen Debatten in den einzelnen Bürgerbewegungen kennzeichneten, in die Verhandlungen über ein gemeinsames Wahlprogramm für Bündnis 90, der Listenvereinigung von "Demokratie Jetzt", IFM und dem "Neuen Forum", und in die Beratungen der Arbeitsgruppe "Neue Verfassung" am Runden Tisch.

⁵⁰⁹ Gerd Poppe in: Findeis, Entzauberung, S. 180.

⁵¹⁰ Rudolph, Thomas, in: Findeis, Entzauberung, S. 194. Auch Wolfgang Templin skizzierte 1989 seine Lesart der ost-mitteleuropäischen Zivilgesellschaftsprogrammatik und sieht vergleichbare Ansätze bei der IFM und in der ostdeutschen Diskussion. Vgl. Templin, Zivile Gesellschaft. Dazu auch Poppe, Gerd, Internationale Beziehungen.

⁵¹¹ Initiative Frieden und Menschenrechte. Wahlprogramm Februar 1990, abgedruckt in: Müller-Engbergs, Bürgerbewegung, S. 98.

⁵¹² Zur IFM in 1989 vgl. Templin/Weißhuhn, S. 155-163; Wuttke/Musiolek, S. 46/47, Joppke, S. 102/103; Neubert, Opposition, S. 839; Fehr, Öffentlichkeit, S. 265/266; Poppe, Gerd, Internationale Beziehungen.

Im Zuge der schon am 4.10. 1989 durch die IFM angeregten Verhandlungen über das Bündnis 90 kam es Ende Januar innerhalb der Kontaktgruppe der neuen Bürgerbewegungen zu Abgrenzungs- und Auflösungserscheinungen, obwohl das "Neue Forum", die IFM, "Demokratie Jetzt", "Demokratischer Aufbruch", SDP und "Vereinigte Linke" am 3. Januar nochmals das Vorhaben bekräftigt hatten⁵¹³. Die Abgrenzungsbestrebungen innerhalb der Kontaktgruppe begannen kurz vor den Wahlen, da die machtpolitischen Auseinandersetzungen, zwischen den neuen Parteien mit Unterstützung der Schwesterparteien im Westen, aber auch gegenüber den eher "antipolitisch" organisierten Bürgerbewegungen, immer härter wurden⁵¹⁴. Erst als im Januar 1990 klar wurde, daß das neue Wahlgesetz für die Volkskammer die Kandidatur von Bewegungen sowie Listenverbindungen zuließ, schlossen sich trotz einiger Differenzen wenigstens drei Bürgerbewegungen (NF/IFM/DJ) der ursprünglich sechs Kooperationspartner am 6. Februar 1990 zum "Bündnis 90" zusammen⁵¹⁵. Die programmatischen Ziele des "Bündnis 90" waren in wesentlichen Teilen identisch mit den Wahlzielen von "Demokratie Jetzt", "Neues Forum" und der IFM. Wie schon im Wahlprogramm von "Demokratie Jetzt" stand der Aufbau einer solidarischen Gesellschaft im Mittelpunkt der Bestrebungen von "Bündnis 90".

Dabei sollen "Freiheit und Würde des Einzelnen und die Solidarität mit allen Maßstab und Ziel der neuen Gesellschaft sein. (...) Gesetzgebung, Regierung und Rechtsprechung werden getrennt und durch eine vierte Gewalt, die demokratische Öffentlichkeit, kontrolliert. Wir wollen parlamentarische und direkte Demokratie miteinander verbinden. Wichtige Elemente direkter Demokratie sind regionale und landesweite Volksentscheide, öffentliche Entscheidungsvorbereitung zukunftsbestimmender Projekte oder auch Direktwahl des Präsidenten. Die Regionen und Gemeinden sollen so selbständig wie möglich werden. Größere Selbständigkeit der Kommunen ist unerlässlich; sie müssen mit eigenen Finanzierungsquellen ausgestattet werden."⁵¹⁶

Auch das "Bündnis 90" wollte keinen ökonomischen "Dritten Weg" gehen und bekannte sich eindeutig zur sozialen Marktwirtschaft⁵¹⁷. Durch den Zwang, ein Programm als Kompromißformel zu finden, wurden allerdings die zivilgesellschaftlichen Konzepte der oppositionellen Intellektuellen von DJ und IFM "verwässert". Basisdemokratische Anforderungen des "Neuen Forums" traten in den Vordergrund. Vom besonderen Schutz der Bürgerbewegungen war keine Rede mehr. Die zivilgesellschaftliche Programmatik von "Bündnis 90" war daher viel weniger konkret als bei "Demokratie Jetzt" und der IFM. Erst im Verfassungsentwurf des Runden Tisches setzten sich die programmatischen Ziele von DJ und IFM wieder durch.

⁵¹³ Vgl. "Gemeinsame Erklärung der Bürgerbewegung vom 4. Oktober 1989," in: Haufe/Bruckmeier, S. 288, Dok. 11 und "Erklärung der Oppositionsbewegung in der DDR zum Wahlbündnis 90", 3. Januar 1990 in: ebenda, S. 310, Dok. 22 und Neubert, Opposition, S. 863/864.

⁵¹⁴ Beispiele hierfür sind vor allem der Versuch der SDP, die seit ihrer Umbenennung in SPD auf der Delegiertenkonferenz vom 12. –14. Januar stark vom Westen beeinflusst wurde, eine Fünf -Prozent-Hürde für die Volkskammerwahl ins Parteiengesetz einzubauen und die noch von der SDP zum eigenen Vorteil durchgesetzte Vorverlegung des Wahltermins vom ursprünglich geplanten 6. Mai auf den 18. März 1990. Vgl. Thaysen, Uwe, Der Runde Tisch. Wo blieb das Volk? Opladen 1990, S. 136, hier zitiert: Thaysen, Runder Tisch. und Wuttke/Musiolek, S. 58/59.

⁵¹⁵ Vgl. Hampele, Anne, Das Wahlbündnis "Die Grünen/Bündnis 90 – BürgerInnenbewegung", in: H. Müller-Enbergs; M. Schulz; J. Wielgohs (Hg.), Von der Illegalität ins Parlament. Werdegang und Konzepte der neuen Bürgerbewegungen. Berlin 1991, S. 307-342, hier S. 307-309 und Schulz, S. 59/60.

⁵¹⁶ Bündnis 90. Wahlprogramm, abgedruckt in: Haufe/Bruckmeier, S. 313-316, hier S. 313.

⁵¹⁷ Vgl. den Programmpunkt: Marktwirtschaft im Wahlprogramm, abgedruckt in: Haufe/Bruckmeier, S. 313-316, hier S. 313 Zum Bündnis 90 insgesamt vgl. auch Haufe, Gerda, Die Bürgerbewegungen im Jahr 1990, in: Haufe/Bruckmeier, S. 78-159, hier S. 107-109 und Hampele, Anne, Das Wahlbündnis "Die Grünen/Bündnis 90 – BürgerInnenbewegung", in: H. Müller-Enbergs; M. Schulz; J. Wielgohs (Hg.), Von der Illegalität ins Parlament. Werdegang und Konzepte der neuen Bürgerbewegungen. Berlin 1991, S. 307-342; Schulz, S. 59-65; Templin/Weißhuhn, S. 160-163.

Neben den Verhandlungen über eine gemeinsame Wahlplattform war der seit dem 7.12.1989 tagende Runde Tisch das Gremium, in dem nun alle relevanten gesellschaftlichen Kräfte über das Aussehen eines neuen demokratischen Systems in der DDR berieten⁵¹⁸. Gerade in der paritätisch zwischen neuen Bürgerbewegungen und Parteien und der Nomenklatura des alten Systems besetzten Arbeitsgruppe "Neue Verfassung", die Gerd Poppe einberief, wurden die Konzepte für eine neue Gesellschaftsorganisation diskutiert. Hier erhielten die Bürgerbewegungen die Möglichkeit, ihre zivilgesellschaftlichen Forderungen in rechtliche Richtlinien umzusetzen und auf Verfassungsrang zu heben. Dies gelang auch weitgehend, da die potentiellen Gegner einer solchen Verfassung, die neuen Parteien und teilweise die SED/PDS-Kader und alten Blockparteien – allen voran die CDU – kaum an den Sitzungen teilnahmen und nur geringes Interesse an einer neuen Verfassung für die DDR hatten.⁵¹⁹

Durch den Verfassungsentwurf⁵²⁰, der großen Wert auf eine freie und unabhängige Öffentlichkeit und das Subsidiaritätsprinzip legte, sollte, neben einem demokratischen und marktwirtschaftlich organisierten Staatswesen, eine zivile Gesellschaft institutionalisiert werden, die mehr als eine kritische Öffentlichkeit sein konnte. Als Ergänzung zu den in einer demokratischen Gesellschaft konstitutiven Bürgerrechten, wie Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, die der Staat den Bürgern zum Aufbau einer zivilen Gesellschaft zubilligen muß, gewährt der Entwurf den Bürgerbewegungen den besonderen Schutz der Verfassung und weitgehende politische Rechte.

Auch Sigrid Meuschel betont diesen Sachverhalt:

"Der Verfassungsentwurf des Runden Tisches erwies der demokratischen Revolution insofern seine Reverenz, als er explizit von einer Zivilgesellschaft ausging. Er stellte Bürgerbewegungen als ‚Träger freier gesellschaftlicher Gestaltung, Kritik und Kontrolle‘ unter den ‚besonderen Schutz der Verfassung‘ – nicht etwa des Staates – und ordnete Gruppen, Parteien und Verbände dem Verfassungskapitel über Menschen- und Bürgerrechte zu – nicht dem Kapitel über Grundsätze und Organe des Staates."⁵²¹

Im ersten und zweiten Abschnitt des Artikels 35 des Verfassungsentwurfs wird diese Intention sehr deutlich:

"Vereinigungen, die sich öffentlichen Aufgaben widmen und dabei auf die öffentliche Meinungsbildung einwirken (Bürgerbewegungen), genießen als Träger freier gesellschaftlicher Gestaltung, Kritik und Kontrolle den besonderen Schutz der Verfassung. (...) Bürgerbewegungen, deren Tätigkeit sich auf den Bereich eines Landes oder des Bundes erstreckt, haben das Recht des Vorbringens und der sachlichen Behandlung ihrer Anliegen in den zuständigen Ausschüssen der Volkskammer oder der Landtage. Sie haben, soweit die Persönlichkeit oder die Privatheit Dritter nicht verletzt werden, nach Abwägung entgegenstehender

⁵¹⁸ Über die Geschichte und die Arbeit des Runden Tisches soll hier nicht ausführlich berichtet werden. Dies würde von unserer Fragestellung wegführen. Hier interessiert nur der Verfassungsentwurf als Fazit der Diskussion in der DDR. Zum Runden Tisch und Geschichte der Verhandlungen vgl. Thaysen, Uwe, Der Runde Tisch. Wo blieb das Volk? Opladen 1990; Semtner, Klemens, Der Runde Tisch in der DDR. München 1992; Herles, Helmut; Rose, Ewald, Vom Runden Tisch zum Parlament. Bonn 1990; Rogner, K.M., Der Verfassungsentwurf des Zentralen Runden Tisches der DDR. Berlin 1993, aber auch Neubert, Opposition, S. 890-894; Fehr, Öffentlichkeit, S. 325-334.

⁵¹⁹ Vgl. die Anwesenheitsliste der Mitglieder und Berater des Runden Tisches bei Thaysen, Runder Tisch, S. 203-209 und S. 147/148.

⁵²⁰ Der Streit darüber, ob der Entwurf auch als Entwurf bezeichnet werden darf, obwohl erst eine vom Runden Tisch beauftragte Arbeitsgruppe nach Einstellung der eigentlichen Arbeit des Gremiums die Ausarbeitung übernahm, wurde zur Kenntnis genommen. Der Autor bleibt jedoch bei der Benennung: "Verfassungsentwurf des Runden Tisches", da auch der Runde Tisch selbst diesen Begriff nutzte. Vgl. Punkt 8 "Zur Arbeit an einer neuen Verfassung" des Ergebnisprotokolls der letzten Sitzung des Runden Tisches am 12. März 1989 abgedruckt in: Herles/Rose, S. 301. Dazu auch Thaysen Runder Tisch, S. 145.

⁵²¹ Meuschel, S. 327.

öffentlicher Interessen Anspruch auf Zugang zu den bei den Trägern öffentlicher Verwaltung vorhandenen Informationen, die ihre Anliegen betreffen.“⁵²²

Weiterhin wollte der Entwurf die kommunale Selbstverwaltung für die Bürger und Bürgerbewegungen attraktiver machen und das Subsidiaritätsprinzip stärken⁵²³. Zudem sollte die Zivilgesellschaft durch niedrige Hürden für Volksbegehren und Volksentscheide sogar auf höchster Ebene Einfluß gewinnen⁵²⁴.

Nur der Runde Tisch selbst, der auf Anregung von Mitgliedern der Bürgerbewegung "Demokratie Jetzt" einberufen wurde⁵²⁵, und den einige Protagonisten der Debatte als originäres Element der Zivilgesellschaft ansahen und später oftmals als neues Demokratiemodell überschätzten,⁵²⁶ wurde aufgrund der problematischen demokratischen Legitimation nicht im Verfassungsentwurf verankert. Die Bürgerbewegungen verstanden ihn eher als vermittelndes Organ zwischen allen gesellschaftlichen Kräften und Sphären, das sich spontan bilden konnte, um einen öffentlichen Dialog zu bestimmten gesellschaftlichen Problemen anzuregen und außerhalb des politischen Meinungskampfes vertiefend zu behandeln. Nur in Ausnahme- und Übergangssituationen sollte der Runde Tisch Entscheidungsbefugnisse bekommen⁵²⁷. Dies machten die Mitglieder des Runden Tisches schon auf der ersten Sitzung in einem Selbstverständnispapier deutlich:

"Die Teilnehmer des Runden Tisches treffen sich aus tiefer Sorge um unser in eine tiefe Krise geratenes Land, seine Eigenständigkeit und seine dauerhafte Entwicklung. (...) Obwohl der Runde Tisch keine parlamentarische oder Regierungsfunktion ausüben kann, will er sich mit Vorschlägen zur Überwindung der Krise an die Öffentlichkeit wenden. (...) Er versteht sich als Bestandteil öffentlicher Kontrolle in unserem Land. Geplant ist, seine Tätigkeit bis zur Durchführung freier, demokratischer und geheimer Wahlen fortzusetzen.“⁵²⁸

Der Verfassungsentwurf des Runden Tisches ist das Fazit der Diskussion über die Möglichkeiten der rechtlichen Verankerung der zivilgesellschaftlichen Forderungen der Bürgerbewegungen in der DDR und vereint alle vorher ausgeführten zivilgesellschaftlichen Forderungen der relevanten Bürgerbewegungen. Nach dem Wahldebakel der Bürgerbewegungen bei der Volkskammerwahl am 18. März 1990 (Bündnis 90 2,91 %⁵²⁹) und der Abweisung des Verfassungsentwurfs⁵³⁰ in der neu gewählten Volkskammer beschleunigte sich die Verdrängung der konzeptionellen und programmatischen Positionen der Bürgerbewegungen aus der

⁵²² Verfassungsentwurf der Deutschen Demokratischen Republik, abgedruckt in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 6/90, S. 731-757, hier S. 738.

⁵²³ Vgl. Artikel 50 in: ebenda S. 741.

⁵²⁴ Vgl. Artikel 89 und 98 in: ebenda, S. 746 und 748.

⁵²⁵ Vgl. den Brief vom 1. Juli "Auch wir brauchen autorisierte Gesprächsrunden" abgedruckt in: Rein, Opposition, S. 66 und den Vorschlag zur Einberufung des Runden Tisches vom 27. Oktober 1989 abgedruckt als Dok. 10, in: Mehlhorn, Ludwig, Demokratie Jetzt.

⁵²⁶ "Mit dem Runden Tischen (...) und den Bürgerkomitees waren Formen gesellschaftlicher Selbstorganisation entstanden. Anstatt vom demokratischen Rechtsstaat abgelöst zu werden, könnten diese den Weg in die zivile Gesellschaft eröffnen." Poppe, Ulrike, Warum haben wir die Macht nicht aufgehoben Rede zur Verleihung des Martini-Preises 1990, in: Demokratie Jetzt/Initiative Frieden und Menschenrechte (Hg.), Bündnis 2000, Forum für Demokratie, Ökologie und Menschenrechte, 1 (1990), S. 3. Dazu auch Ullman, Wolfgang, Runde Tische als "vierte Gewalt", in: Forum Bürgerbewegung, H. 3, 1994 und Probst, Ostdeutsche Bürgerbewegungen, S. 145-150.

⁵²⁷ Vgl. Haufe/Bruckmeier, S. 92-98.

⁵²⁸ Selbstverständnis des Zentralen Runden Tisches vom 7. Dezember 1989 abgedruckt in: Haufe/Bruckmeier, S. 308, Dok. 21.

⁵²⁹ Zur Wahl und den Zahlen vgl. Schulz, S. 63; Schroeder, S. 364/365.

⁵³⁰ Die Diskussion über den Verfassungsentwurf, der am 4. April 1990 in die Volkskammer eingebracht wurde, wurde von den neuen Parteien und ehemaligen Blockparteien in die Gremien verwiesen und nicht mehr zur Abstimmung gestellt. Von einem Volksentscheid über die neue Verfassung war nicht mehr die Rede. Sogar die Veröffentlichung des Entwurfes mußte die Arbeitsgruppe selbst besorgen, weil sich die Volkskammer als nicht mehr zuständig betrachtete. (Vgl. Semtner, S. 111-113.).

öffentlichen Wahrnehmung, die schon mit der Maueröffnung und der Umorientierung der öffentlichen Debatte auf die Wiedervereinigung begonnen hatte. Die zivilgesellschaftlichen Ansprüche an ein neues demokratisches System konnten seitdem nur noch marginal kommuniziert werden. Die etablierten Parteien aus dem Westen und die wirtschaftlichen Reformzwänge bestimmten nun die öffentliche Diskussionsagenda. Gerade die westdeutschen Parteien hatten kein Interesse an einer Verfassungsdiskussion in der DDR⁵³¹. Zwar wurde im Laufe des Jahres und vor allem nach der Wiedervereinigung auch gesamtdeutsch nochmals über den Verfassungsentwurf diskutiert, jedoch eher theoretisch⁵³². Die Protagonisten der Zivilgesellschaftsdebatte in der DDR wandten sich allerdings nicht von ihren Forderungen und programmatischen Zielen ab. Vor allem Wolfgang Ullmann und Ludwig Mehlhorn blieben hartnäckige Verfechter der zivilgesellschaftlichen Entwicklungsperspektive für die westeuropäischen repräsentativen Demokratien. 1992 faßte Ludwig Mehlhorn nochmals die Ziele der neuen Bürgerbewegungen in der DDR zusammen und deutet ihre Relevanz auch für das repräsentative parlamentarische System an:

„Selbstverständlich aber braucht jeder demokratische Staat eine wache und politisch bewußte Gesellschaft, und die stellt sich nur her, wenn es zwischen den verfassungsmäßig festgelegten politischen Strukturen und Mechanismen auf der einen Seite und der Privatsphäre und der wirtschaftlichen Existenz der Bürger auf der andern Seite eine gesellschaftliche und kulturelle Sphäre, die Möglichkeiten bietet, sich einzumischen und sich für das gesellschaftliche Ganze zu interessieren. Also die Ebene der zivilen Gesellschaft muß nach so einer langen Phase von Diktatur erst einmal reaktiviert und aufgebaut werden. (...) Ich sehe das zivile Engagement nicht als Alternative zum parlamentarischen Demokratie. Aber eine parlamentarische Demokratie bleibt defizitär, wenn sie nicht durch das außerparlamentarische Mitdenken und Mithandeln der Bürger ergänzt wird.“⁵³³

Und 1995 stellte er das zivilgesellschaftliche Projekt der ost-mitteleuropäischen und ostdeutschen oppositionellen Intellektuellen sogar in einen europäischen Zusammenhang:

„Das gemeinsame Projekt, den Aufbau von sozialer und rechtsstaatlicher Demokratie mit der europäischen Integration zu verknüpfen und die Wiederherstellung der Bürgergesellschaft auf die Schaffung einer gesamteuropäischen Friedensordnung zu stützen und umgekehrt, ist jedoch bis heute uneingelöst.“⁵³⁴

2.4. Fazit

Obwohl die Debatte in Ostdeutschland durch staatliche und kirchliche Restriktionen eingeschränkt war und sich eine weitgehend unabhängige publizistische Öffentlichkeit erst Mitte der 80er Jahre entwickelte, wurden in den eher kleinen oppositionellen Gruppen zivilgesellschaftlich orientierte Transformationskonzepte diskutiert. Hier entwarfen führende oppositionelle Intellektuelle der bürgerrechtlich und christlich orientierten Bürgerbewegungen „Initiative Frieden und Menschenrechte“ und „Demokratie Jetzt“ seit 1986/87 sowie der

⁵³¹ Arato bezeichnet die Übernahme der Meinungs- und Diskussionshoheit der westdeutschen Parteien in der DDR als Kolonialisierung des politischen Terrains. Vgl. Arato, civil society, S. 121.

⁵³² Vgl. zum Beispiel: „Ist das Volk untergegangen?“ Verfassungsrechtliche Probleme der deutschen Vereinigung (Ein Spiegelgespräch mit Wolfgang Ullmann, Rupert Scholz und Ulrich K. Preuß (Berater am Runden Tisch) in: Der Spiegel, 21/1990, S. 34-45 oder den Sammelband Guggenberg, Bernd; Stein, Tine (Hg.), Die Verfassungsdiskussion im Jahr der deutschen Einheit. Analysen, Hintergründe, Materialien. München 1991 und darin vor allem den wohlwollenden Artikel des westdeutschen Verfassungsrechtlers und Beraters des Runden Tisches Preuß, U. K., Auf der Suche nach der Zivilgesellschaft. Der Verfassungsentwurf des Runden Tisches, S. 357-367. Das Scheitern der Bürgerbewegung beleuchtet auch Dieter Rucht, Deutsche Vereinigung und Demokratisierung. Zum Scheitern der Bürgerbewegungen, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 8, H. 4, 1995, S. 5-19.

⁵³³ Ludwig Mehlhorn in: Findeis, Entzauberung S. 171.

⁵³⁴ Mehlhorn, Politischer Umbruch, S. 1435. Zur Zivilgesellschaftsdiskussion in der DDR vgl. auch Fehr, Dissidenz S. 314-319; Fehr, Öffentlichkeit, S. 203-279; Poppe, Ulrike, Der Weg ist das Ziel, S. 244-273; Meuschel, S. 321-330; Probst, Ostdeutsche Bürgerbewegungen, S. 75-87 und 134-161 und Natter, Erik, Die inneren Ursachen des Umbruchs in der DDR. Eine Analyse der politisch-kulturellen Debatten 1989-1991. Mainz

eher radikaldemokratisch eingestellten Bürgerbewegung „Neues Forum“ seit 1989 zwei zivilgesellschaftlich ausgerichtete Demokratisierungskonzepte.

Die oppositionellen Intellektuellen in den Bürgerbewegungen „Demokratie Jetzt“ und IFM forderten einen demokratischen Rechtsstaat, der alle Menschen- und Bürgerrechte gewährte und die aufzubauende zivile Gesellschaft rechtlich absicherte. Hier standen die Dezentralisierung der Staatsmacht, eine unabhängige Öffentlichkeit, Volksentscheide sowie Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit im Mittelpunkt der Konzepte. Der rechtlich abgesicherten, weitgehend selbstverwalteten zivilen Gesellschaft sollten Bürgerbewegungen mit erheblichen politischen Mitbestimmungsrechten das organisatorische Gerüst geben. Gerade die Mitglieder der Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“, die bis zum Herbst 1989 vordergründig immer noch einem sozialistischen Ideal huldigten, entwarfen die ausgeprägteste zivilgesellschaftliche Konzeption in der DDR. Sie verbanden zivilgesellschaftlich orientierte Demokratiekonzepte mit aus dem christlichen Gedankengut resultierenden ethisch-moralischen Ansprüchen an das politisch tätige Individuum. Gerade das „Leben in der Wahrheit“ und das solidarische Verhalten jedes einzelnen wurde als Grundvoraussetzung für den Aufbau einer starken zivilen Gesellschaft in einem demokratischen Staatswesen angesehen. Bei „Demokratie Jetzt“ und der IFM prägten vor allem die programmatischen Konzepte von Ludwig Mehlhorn, Wolfgang Ullmann und Gerd Poppe die konzeptionelle Ausrichtung.

Die Oppositionellen im „Neuen Forum“ gingen in der Anfangszeit einen anderen Weg. Sie wollten auf dem Boden der alten DDR-Verfassung arbeiten und sich erst mit den Genossen auf die Suche nach einem Demokratisierungsprogramm begeben, in dem die Bürger weitgehende politische Mitspracherechte bekommen sollten. Strukturierendes Element dieser zivilen Gesellschaft sollten basisdemokratische Formen der Mitbestimmung sein, die an eine „Marktplatzdemokratie“ erinnern, und nicht primär die Bürgerbewegungen. Das „Neue Forum“ spielte daher innerhalb der Zivilgesellschaftsdiskussion eine ambivalente Rolle. Auf der einen Seite bauten die Mitglieder durch ihre Basisarbeit eine funktionierende Zivilgesellschaft, vor allem im kommunalen und regionalen Bereich, auf. Auf der anderen Seite blockierte das „Neue Forum“ in der ersten Zeit durch die legalistische Dialogpolitik und durch ihren Glauben an die unvermittelte Basisdemokratie die beiden anderen Bürgerbewegungen, die viel konkretere zivilgesellschaftliche Forderungen hatten. Erst mit der Programmdiskussion wandelte sich die Zielrichtung des „Neuen Forum“ und es entwickelte ein Programm, das den anderen Bürgerbewegungen näher kam, obwohl die Orientierung auf eine „Marktplatzdemokratie“ blieb. Beim „Neuen Forum“ prägten auch wegen ihrer medialen Präsenz vor allem die Initiatorengruppe um Bärbel Bohley, Jens Reich und teilweise Reinhard Schult die konzeptionellen Vorstellungen. Bis zu den Wahlen am 18. März 1990 setzte sich von diesen zwei konzeptionellen Zugängen der Entwurf von „Demokratie Jetzt“, wenn auch nicht im Wahlprogramm von „Bündnis 90“, so aber in der Ausgestaltung des Verfassungsentwurfs durch, der als das Fazit der Zivilgesellschaftsdiskussion in der DDR angesehen werden kann. Auch nach dem Wahldebakel am 18. März 1990 und der Abweisung des Verfassungsentwurfs des Runden Tisches in der neu gewählten Volkskammer beharrten und beharren die Protagonisten der ostdeutschen Zivilgesellschaftsdebatte weiterhin auf ihre zivilgesellschaftlich orientierten Demokratisierungskonzepte.

1994, S. 92-112; Probst, Lothar, Bürgerbewegungen, politische Kultur und Zivilgesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 19/1991, S. 30-35.

Die für uns relevanten oppositionellen Intellektuellen in der DDR rekurrten auf nationale politische Konzepte, wie den Verfassungsentwurf des Kreisauer Kreises, Rudolf Steiner oder Wilhelm von Humboldt und das Gebot der christlichen Solidarität, aber auch gerade beim „Neuen Forum“ auf sozialistische Selbstverwaltungsentwürfe. Ihr Hauptaugenmerk galt jedoch den Entwürfen und Konzepten der ostmitteleuropäischen und besonders der tschechoslowakischen und polnischen oppositionellen Intellektuellen. Von den ostdeutschen Vertretern der Zivilgesellschaftsdiskussion werden oftmals die Namen Václav Havel, György Konrád, Adam Michnik oder Leszek Kolakowski als Vorbilder genannt.

IV. DIE OSTDEUTSCHEN UND DIE OST-MITTELEUROPÄISCHEN ZIVILGESELLSCHAFTSKONZEPTE: GEMEINSAMKEITEN UND UNTERSCHIEDE

Der Vergleich zeigt, daß auch die ostdeutschen oppositionellen Intellektuellen und besonders die Mitglieder der Bürgerbewegungen „Demokratie Jetzt“ und „Initiative Frieden und Menschenrechte“ in einem vergleichsweise kurzen Diskussionsprozeß zwischen 1986 und dem Frühjahr 1990 zivilgesellschaftlich orientierte Demokratisierungskonzepte entwarfen, die vergleichbar sind mit den in Ost-Mitteuropa seit Mitte der 70er Jahre entworfenen Konzepten. Allerdings verfolgten die beiden ostdeutschen Bürgerbewegungen – sieht man von eher philosophischen Bezügen zur sozialistischen Tradition ab – kaum noch selbstbeschränkte Ziele. Entwürfe wie der von Václav Benda waren in der DDR nicht in Diskussion. Obwohl die ostdeutsche Zivilgesellschaftsdebatte nur wenige Monate intensiv geführt wurde, entwickelten sich die zivilgesellschaftlichen Konzepte von „Dritte Weg“-Utopien zu Gesellschaftsentwürfen, die die westlichen marktwirtschaftlich organisierten Demokratien durch eine starke, mit politischen Rechten ausgestattete zivile Gesellschaft weiterentwickeln wollten. Genauso wie in den eher bürgerlichen ost-mitteuropäischen Entwürfen von Václav Havel oder György Konrád sollte diese zivile Gesellschaft vor allem durch Bürgerbewegungen strukturiert werden und direkte Bürgerbeteiligung am politischen Entscheidungsprozeß in einer freien und unzensierten Öffentlichkeit ermöglichen. Durch die marktwirtschaftliche Ausrichtung ihrer zivilgesellschaftlich orientierten Demokratisierungskonzepte gingen die ostdeutschen oppositionellen Intellektuellen allerdings einen Schritt weiter als ihre ost-mitteuropäischen Kollegen, die bis 1988/89, abgesehen von dem selbstbeschränkten Entwurf von János Kis, keine oder wenn dann eher auf Arbeiterselbstverwaltung rekurrierende Konzepte für die „ökonomische Gesellschaft“ entwarfen.

Diese der kritisch-emanzipatorischen Zivilgesellschaftsdefinition nahekommenden Modelle verbanden die ostdeutschen und ost-mitteuropäischen oppositionellen Intellektuellen zudem mit ethisch-moralischen Ansprüchen des solidarischen Verhaltens und des „Lebens in der Wahrheit“ und bezogen auf diese Weise kommunitaristische Überlegungen mit ein. Dabei rekurrten sie auf nationale politische Traditionen sowie christliches und sozialistisches Gedankengut und beriefen sich über die Ländergrenzen hinweg aufeinander, so daß ein internationaler Diskussionsprozeß eingeleitet wurde. Die für uns relevanten ostdeutschen oppositionellen Intellektuellen orientierten sich besonders an den polnischen und tschechoslowakischen Zivilgesellschaftsentwürfen. Von ihnen wurden immer wieder die Charta 77, Václav Havel, aber auch Adam Michnik und Jacek Kuron als Bezugspunkte genannt.

Die großen Gemeinsamkeiten der Zivilgesellschaftsentwürfe in Ost-Mitteleuropa und Ostdeutschland resultierten auch aus der Tatsache, daß sich die führenden Köpfe der Zivilgesellschaftsdiskussionen ähnlichen politischen Traditionen verpflichtet fühlten. Auf der einen Seite findet man Postmarxisten wie Gerd Poppe, Jacek Kuron oder András Hegedüs, auf der anderen Seite bürgerrechtlich orientierte „linke“ oppositionelle Intellektuelle, die teilweise aus dem kirchlichen Umfeld kamen, wie zum Beispiel Wolfgang Ullmann, Ludwig Mehlhorn, Tadeusz Mazowiecki, Václav Havel, György Konrád, János Kis oder Václav Benda.

Das „Neue Forum“ spielte im Vergleich zu Ost-Mitteleuropa eine besondere Rolle. Die Oppositionellen des „Neuen Forums“ verbanden vor allem in der ersten Zeit der Programmdiskussion innerhalb der Bürgerbewegung radikaldemokratische Konzepte mit einer legalistischen politischen Strategie, die in den ost-mitteleuropäischen Entwürfen nicht zu finden sind. Eine Orientierung auf eine zivile Gesellschaft, die durch eine „Marktplatzdemokratie“ gekennzeichnet sein sollte, wurde in Polen, der Tschechoslowakei oder Ungarn nicht diskutiert.

In den Transformationsphasen unterschieden sich jedoch die Entwicklungswege der ost-mitteleuropäischen und ostdeutschen Diskussionen. Durch den rapiden gesellschaftlichen Wandel und die ökonomische Misere in den einzelnen ost-mitteleuropäischen Ländern kam es in Polen zu einem Paradigmenwechsel in der programmatischen Diskussion der oppositionellen Intellektuellen, die ihre bis dahin vertretenen kritisch-emanzipatorischen Zivilgesellschaftmodelle zugunsten von eher wirtschaftsliberalen Ansichten aufgaben. Aber auch in der Tschechoslowakei und in Ungarn wurden die zivilgesellschaftlichen Ziele der Demokratisierungskonzepte von Havel oder auch Konrád in die Programmatik der neuen Bürgerbewegungen nicht mehr aufgenommen und vor allem in der Tschechoslowakei durch neoliberale Transformationskonzepte ersetzt. Erst nach der demokratischen Neuordnung der Gesellschaften fanden die Protagonisten der Zivilgesellschaftsdebatte in der Tschechoslowakei und Ungarn zu ihren kritisch-emanzipatorischen Zivilgesellschaftsforderungen zurück.

In der DDR zeigte sich eine andere Entwicklung. Hier wurden die zivilgesellschaftlichen Ziele der oppositionellen Intellektuellen in den Bürgerbewegungen nach dem Mauerfall zwar aus der breiten öffentlichen Debatte verdrängt. Allerdings blieben die oppositionellen Intellektuellen am Runden Tisch bei ihren zivilgesellschaftlichen Modellen und erarbeiteten einen Verfassungsentwurf, der im Vergleich zu Ost-Mitteleuropa die konkreteste Umsetzung der Programme der ostdeutschen Bürgerbewegungen und der ost-mitteleuropäischen oppositionellen Intellektuellen war.

Mit dieser Verfassung sollten die rechtlichen Voraussetzungen für eine parlamentarische Demokratie mit einer starken, durch Bürgerbewegungen strukturierten Zivilgesellschaft geschaffen werden. Der Versuch blieb im Vergleich zur ost-mitteleuropäischen Verfassungsentwicklung einzigartig. In den neuen Verfassungen oder Verfassungsrevisionen der ost-mitteleuropäischen Länder wurden die zivilgesellschaftlichen Ziele nicht in rechtliche Festlegungen umgesetzt.

Dieser Vergleich verdeutlicht, daß in Ostdeutschland ähnliche Zivilgesellschaftsdiskussionen geführt wurden wie in Ost-Mitteleuropa, wenn auch im kleineren Maßstab, später und innerhalb eines kürzeren Zeitrahmens. Allerdings entwickelten sich in der DDR konkretere Zivilgesellschaftsentwürfe, denen nur durch die schnelle

Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten und die Übernahme des westdeutschen demokratischen Systems sowie durch die zu späte eindeutige Verabschiedung von philosophischen Sozialismusbezügen weniger Aufmerksamkeit zuteil wurde. Die Verdrängung der Positionen der ostdeutschen bürgerbewegten Intellektuellen aus der öffentlichen Transformationsdebatte wurde zudem dadurch unterstützt, daß die Vordenker der ostdeutschen Debatte keine international bekannte Romanciers oder Theaterautoren waren und sich nicht zu Integrationsfiguren entwickeln konnten.

V. ANHANG

1. Abkürzungsverzeichnis

BZ	Berliner Zeitung
DA	Demokratischer Aufbruch
DJ	Demokratie Jetzt
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FR	Frankfurter Rundschau
IAPPA	Initiative „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“
IFM	Initiative Frieden und Menschenrechte
IM	Inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit
KOR	Komitee zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
NF	Neues Forum
SDP	Sozialdemokratische Partei
Stasi	Staatssicherheit
SZ	Süddeutsche Zeitung
taz	Die Tageszeitung
USAP	Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei
VL	Vereinigte Linke

2. Quellen und Literaturverzeichnis

2.1. Einleitung

Arato, Andrew, Revolution, Civil Society und Demokratie, in: *Transit – Europäische Revue* 1, 1990, S. 110-126

Arato, Andrew; Cohen, Jean, Civil Society and Political Theory. London 1992

Aristoteles, Politik. Stuttgart 1986.

Bayer, József, Geschichte als Schicksal oder Chance? Die Mitteleuropa-Diskussion, in: Hans Misselwitz, Dieter Segert (Hg.), Rückkehr nach Europa? Die geistig-politische Dimension des ostmitteleuropäischen Umbruchprozesses seit 1989, Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung 1997, S. 10-22

Bering, Dietz, Die Intellektuellen. Geschichte eines Schimpfwortes. Stuttgart 1978,

Bobbio, Norberto, Gramsci and the Concept of Civil Society, in: John Keane (Ed.), Civil Society and the State, New European Perspectives, London 1988, S. 73-101

Brumlik, Michael, Was heißt „Zivile Gesellschaft“? Versuch, den Pudding an die Wand zu nageln, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 36, Heft 8 (1991), S. 987-993

Charle, Christophe, Vordenker der Moderne. Die Intellektuellen im 19. Jahrhundert. Frankfurt/Main 1996,

Dahrendorf, Ralf, Die gefährdete Civil Society, in: Krzysztof Michalski (Hg.), Europa und die Civil Society, (Castelgandolfo - Gespräche, 1989), Stuttgart 1991, S. 247-63

Ehrenberg, John, Civil Society: the critical history of an idea. New York 1999

Ferguson, Adam, Versuch über die bürgerliche Gesellschaft. Hrsg. und übersetzt von Zwi Batscha und Hans Medick. Frankfurt/Main 1986

Fest, Joachim, Schweigende Wortführer. Überlegungen zu einer Revolution ohne Vorbild, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. Sept. 1989.

Garton Ash, Timothy, Prag: Intellektuelle und Politiker, in: *Transit*, H. 10, 1995, S. 136-155.

Gellner, Ernest, Bedingungen der Freiheit. Die Zivilgesellschaft und ihre Rivalen. (org. London 1994) Stuttgart 1995

Gransow, Volker, Zivilgesellschaft und demokratische Frage. Ein Literaturbericht, in: *Das Argument* 180, 1990, S. 249-254

Habermas, Jürgen, Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt/Main 1992, hier zitiert: Habermas, Faktizität und Geltung, S. ...

Habermas, Jürgen, Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Frankfurt/Main 1990

- Haupt, Heinz-Gerhard; Kocka, Jürgen*, Historischer Vergleich: Methoden, Aufgaben, Probleme. Eine Einleitung, in: dies., Geschichte und Vergleich. Frankfurt/Main 1996, S. 9-47
- Havel, Václav*, Intellektuelle in die Politik, in: Transit, H. 10, 1995, S. 156-161.
- Honneth, Axel*, (Hg.), Kommunitarismus, Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften, Frankfurt/ Main ³1995
- Honneth, Axel*, Soziologie. Eine Kolumne. Konzeptionen einer "Civil Society", in: Merkur, 46. Jg., 1992, S. 61-66, hier zitiert: Honneth, Soziologie, S.
- Kaelble, Hartmut*, Der historische Vergleich. Frankfurt/Main 1999
- Keane, John*, Despotism and Democracy. The Origins and Development of the Distinction Between Civil Society and the State 1750-1850, in: John Keane (Ed.), Civil Society and the State, New European Perspectives, London 1988, S. 35-73
- Kebir, Sabine*, Gramsci's Zivilgesellschaft. Hamburg 1991
- Klein, Ansgar*, Politik als zivilgesellschaftliche Einflußnahme. Literaturbericht über Jean L.Cohen/Andrew Arato: „Civil Society and Political Theory“, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 1/94, S. 98-104
- Kowalczyk, Ilko-Sascha*, DDR: Opposition und Widerstand, in: Werner Weidenfeld, Karl-Rudolf Korte (Hg.), Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999, Bonn 1999, S. 165, hier zitiert: Kowalczyk, Opposition und Widerstand.
- Kühnhardt, Ludger*, Umbruch-Wende-Revolution. Deutungsmuster des deutschen Herbstes 1989, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40-41/1997, S. 12-18.
- Merkel, Wolfgang; Lauth, Hans-Joachim*, Systemwechsel und Zivilgesellschaft. Welche Zivilgesellschaft braucht die Demokratie?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6-7/98, S. 3-12
- Pollack, Detlef.; Rink, Dieter (Hg.)*, Zwischen Verweigerung und Opposition. Politischer Protest in der DDR 1970-1989. Frankfurt/Main 1997, S. 13-24
- Rainer M. Lepsius*, Kritik als Beruf. Zur Soziologie der Intellektuellen, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 16 Jg. 1964, S. 75-91, hier: 85.
- Riedel, Manfred*, Bürger, Staatsbürger, Bürgertum, in: Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 1, Stuttgart 1972, S. 672-725
- Riedel, Manfred*, Gesellschaft, bürgerliche, in: Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 2, Stuttgart 1972, S. 719-800
- Schmidtbauer, Bernhard*, Die oppositionellen Gruppen in der DDR – Stiefkinder der bundesdeutschen DDR-Forschung, in: Heiner, Timmermann (Hg.), DDR-Forschung, Bilanz und Perspektiven, Berlin 1995, S. 263-299
- Seligman, Adam B.*, The Idea of Civil Society. Princeton 1995
- Shils, Edward*, Was ist eine Civil Society? in: Krzysztof Michalski (Hg.), Europa und die Civil Society, (=Castelgandolfo - Gespräche, 1989), Stuttgart 1991, S. 13-52
- Taylor, Charles*, Die Beschwörung der Civil Society, in: Krzysztof Michalski (Hg.), Europa und die Civil Society, (=Castelgandolfo - Gespräche, 1989), Stuttgart 1991, S. 52-81
- Taylor, Charles*, Die Beschwörung der Civil Society, in: Krzysztof Michalski (Hg.), Europa und die Civil Society, (=Castelgandolfo - Gespräche, 1989), Stuttgart 1991, S. 52-81
- Walzer, Michael*, Die kommunitaristische Kritik am Liberalismus. In: Axel Honneth (Hg.), Kommunitarismus, Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften, Frankfurt/ Main ³1995, S. 157-180
- Walzer, Michael*, Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie. Frankfurt/ Main 1996
- Weber, Hermann*, Aktuelles aus der DDR-Forschung, in: Deutschland Archiv, 1998/5, S. 19-22
- Weber, Max*, Die „Objektivität“ sozialwissenschaftlicher Erkenntnis (1904), in: ders., Soziologie – Universalgeschichtliche Analysen – Politik, hrsg. von Johannes Winckelmann, Stuttgart 1973, S. 233-244
- Wielgohs, Jan*, Auflösung und Transformation der ostdeutschen Bürgerbewegung, in: Deutschland-Archiv, 4/93, S. 426-434

2.2. Ost-Mitteleuropa

2.2.1. Quelleneditionen

Büscher, B. u.a., (Hg.), *Solidarnosc – Die polnische Gewerkschaft „Solidarität“ in Dokumenten, Diskussionen und Beiträgen*, Köln 1983 hier zitiert: *Büscher, Solidarnosc*.

Dalos, György, *Archipel Gulasch. Die Entstehung der demokratischen Opposition in Ungarn*. Bremen 1986, hier zitiert: *Dalos, Archipel*. (Dokumente im Anhang)

Mackenbach, Werner (Hg.), *Das KOR und der "polnische Sommer". Analysen, Dokumente und Interviews 1976-1981*. Hamburg 1982

Skilling, Gordon H.; Wilson Paul (Eds.), *Civic Freedom in Central Europe. Voices from Czechoslovakia*. Basingstoke 1991, hier zitiert: *Skilling, Civic Freedom*.

Wheaton, Bernhard, Kavan, Zdenek, *The Velvet Revolution, Czechoslovakia, 1988-1991*. Boulder 1992 (Dokumente im Anhang)

2.2.2. einzelne Quellen

Benda, Václav, *The Parallel 'Polis'* (1978), in: H.G. Skilling/P. Wilson (ed.), *Civic Freedom in Central Europe*, Basingstoke 1991

Geremek, Bronislaw, *Die Civil Society gegen den Kommunismus: Polens Botschaft*, in: Krzysztof Michalski (Hg.), *Europa und die Civil Society, (=Castelgandolfo - Gespräche, 1989)*, Stuttgart 1991, S. 264-273, hier zitiert: *Geremek, Civil Society*.

Havel, Václav, *Brief an Alexander Dubcek* (1969), in: ders., *Am Anfang war das Wort*, Reinbek 1990, S. 9-32

Havel, Václav, *Brief an Husak* (1975), in: ders., *Am Anfang war das Wort*, Reinbek 1990, S. 45-52

Havel, Václav, *Versuch in der Wahrheit zu leben*. Reinbek 1980 (org. 1978), hier zitiert: *Havel, Versuch in der Wahrheit zu leben*.

Havel, Václav, *Anti-Political Politics*, in: John Keane, (Hg.), *Civil Society and the State*, London 1988, S. 381-398

Havel, Václav, *Anatomie einer Zurückhaltung*, in: F. Herterich; Ch. Semler (Hg.), *Ostmitteleuropäische Reflexionen*, Frankfurt/Main 1989, S. 34-65

Havel, Václav & Václav Klaus, *Rival Vision* (Ein Gespräch), in: *Journal of Democracy*, Vol. 7, No. 1, 1996, hier zitiert: *Rival Vision*.

Hegedüs, András, *Democracy and Socialism in East and West*, in: Ken Coates; Fred Singleton (eds.), *The Just Society*, Nottingham 1977

Hegedüs, András, *Die bürokratischen Produktionsverhältnisse*, abgedruckt in: J. Pelikan; M. Wilke (Hg.), *Menschenrechte, Ein Jahrbuch zu Osteuropa*, Reinbek 1977, S. 388-396, hier zitiert: *Hegedüs, Produktionsverhältnisse*.

Hegedüs, András (Interview), in: *Telos*, No. 47 (Spring 1981), S. 132-137

Hegedüs, András, *Über politische Reformen eine pluralistische Gesellschaft entwickeln*, in: István Futaky,

Kis, János, *Gedanken über die nächste Zukunft* (1982), in: György Dalos, *Archipel Gulasch. Die Entstehung der demokratischen Opposition in Ungarn*. Bremen 1986, S. 152-173, hier zitiert: *Kis, Gedanken*.

Kis, János u.a., „Social contract“ (Prerequisites for Resolving the Political Crisis) Special Issue *Beszélő*, No 20, June 1987, abgedruckt in: F. Demzky, u.a., *Roundtable-Digest of the Independent Hungarian Press*, Vol. 1, No. 1-2, Budapest 1987, S. 93-141, hier zitiert: *Social contract*.

Kis, János, *Turning Point in Hungary*, in: *Dissent*, Spring 1988, S. 235-241

Klaus, Václav, *Signale aus dem Herzen Europas* (1989). Wiesbaden 1991

Kolakowski, Leszek, *Ist der bürokratische Sozialismus reformierbar? Thesen über Hoffnung und Hoffnungslosigkeit* (org. 1971), in: Gesine Schwan (Hg.), *Leszek Kolakowski, Narr und Priester, Ein philosophisches Lesebuch*, Frankfurt/Main 1987, S. 263-292, hier zitiert: *Kolakowski, Thesen*.

Kolakowski, Leszek, (Wieder)aufbau der Civil Society. Eine Diskussion, in: *Transit* 1/1990, S. 127-131

Konrád, György, *Antipolitik. Mitteleuropäische Meditationen*. Frankfurt/Main 1985

Kuron, Jacek, *Gedanken zu einem Aktionsprogramm* (1976), in: J. Pelikan/M. Wilke (Hg.), *Menschenrechte: Ein Jahrbuch zu Osteuropa*, Hamburg 1977, S. 269-289, hier zitiert: *Kuron, Aktionsprogramm*.

- Kuron, Jacek*, Wie weiter? (1980), in: Büscher, B. u.a., (Hg.), *Solidarnosc – Die polnische Gewerkschaft „Solidarität“ in Dokumenten, Diskussionen und Beiträgen*, Köln 1983, S. 75-82, hier zitiert: *Kuron, Wie weiter*.
- Kuron, Jacek*, Wir dürfen diese Chance nicht verpassen, in: *Gegenstimmen* Nr. 26/7Jg. Winter 1986, S. 2-4
- Kuron, Jacek*, Soziale Gerechtigkeit als soziale Bewegung, in *Transit*, H. 6, Herbst 1993, S. 6-25
- Manifest der Charta 77* (1. Januar 1977), in: Peter Millard, *Männer und Mächte hinter der Charta 77*. Wien 1977, S. 82-93, hier zitiert: *Manifest der Charta 77*.
- Mazowiecki, Tadeusz*, Christentum und Menschenrechte (1977), in: ders., *Partei nehmen für die Hoffnung. Über Moral in der Politik*. Freiburg 1990, 146-148, hier zitiert: *Mazowiecki, Christentum und Menschenrechte*.
- Mazowiecki, Tadeusz*, Menschenrechte als Aufgabe des einzelnen Christen“ (1977), in: ders., *Partei nehmen für die Hoffnung. Über Moral in der Politik*. Freiburg 1990, S. 134-139
- Michnik, Adam*, Der Neue Evolutionismus (1976), in: Helga Hirsch, (Hg.), *Adam Michnik, Polnischer Frieden, Aufsätze zur Konzeption des Widerstands*, Berlin 1985, S. 40-55, hier zitiert: *Michnik, Neuer Evolutionismus*.
- Michnik, Adam*, Die Kirche und die polnische Linke München 1980
- Michnik, Adam*, Was wir wollen und was wir können (1980), in: Helga Hirsch, (Hg.), *Adam Michnik, Polnischer Frieden, Aufsätze zur Konzeption des Widerstands*, Berlin 1985, S. 16-36, hier zitiert: *Michnik, Was wir wollen*.
- Michnik, Adam*, Ein Jahr Solidarnosc (1981), in: Helga Hirsch, (Hg.), *Adam Michnik, Polnischer Frieden, Aufsätze zur Konzeption des Widerstands*, Berlin 1985, S. 55-63, hier zitiert: *Michnik, Ein Jahr Solidarnosc*.
- Michnik, Adam*, The Promise of a Civil Society, in: *Times Literary Supplement*, 19. Februar 1988 S. 13-23, hier zitiert: *Michnik, Civil Society*.
- Michnik, Adam*, Ethik und Politik (1989), in: ders., *Der lange Abschied vom Kommunismus*. Reinbek 1992, S. 197-202, hier zitiert: *Michnik, Ethik und Politik*.
- Uhl, Petr*, 17 Thesen, in: *Gegenstimmen*, Nr. 0, April 1980, S. 7-29
- Uhl, Petr*, Was heißt, in Wahrheit leben, in: *Gegenstimmen*, Nr. 1, September 1980, S. 41-43
- Uhl, Petr*, Die Herausforderung. Frankfurt/Main 1981

2.2.3. Literatur

- Arato, Andrew*, Civil Society gegen den Staat: Polen 1980-81, in: Reinhard Fenchel; Anna-Jutta Pietsch (ed.), *Polen 1980/81. Gesellschaft gegen den Staat*. Hannover 1982
- Arato, Andrew*, Bruch oder Kontinuität? Verfassungsdebatten in den neuen Demokratien, in: *Transit*, H. 9, 1995, S. 6-32.
- Baer, Josette*, Politik als praktizierte Sittlichkeit. Zum Demokratiebegriff von Thomas G. Masaryk und Václav Havel. Sinzheim 1998
- Bango, Jenő*, Die postsozialistische Gesellschaft Ungarns. München 1991
- Bernecker, Walther L.; Corlado Seidel, Carlos*, (Hg.), *Spanien nach Franco. Der Übergang von der Diktatur zur Demokratie 1975-1982*, (=Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Bd. 67, 1993)
- Bernhard, Michael*, Civil Society and Democratic Transition in East Central Europe, in: *Political Science Quarterly*, Vol. 108 No. 2, 1993, S. 307-325
- Bozoki, András*, Critical Movements and Ideologies in Hungary, in: *Südosteuropa*, H. 7-8, 37 Jg. 1987; S. 377-388
- Bozoki, András*, Demokraten gegen Demokratie. Ziviler Protest in Ungarn seit 1990, in: *Berliner Debatte INITIAL* 5/1992, S. 60-70
- Bozoki, András*, Party Formation and Constitutional Change in Hungary, in: *The Journal of Communist Studies and Transition Politics*, Vol. 10, No. 3, Sept. 1994, S. 35-56
- Bozoki, András*, Post-Communist Transition: Political Tendencies in Hungary, in: *East European Politics and Societies*, Vol. 4, No. 2, 1990, S. 211-230
- Bozoki, András; Körösenyi, András; Schöpflin, George*, (eds.), *Post-Communist Transition: Emerging Pluralism in Hungary*. London 1992
- Brunner, Georg*, Die Verfassungsordnung, in: Georg Brunner, *Ungarn auf dem Weg der Demokratie, Von der Wende bis zur Gegenwart*, Bonn 1993, S. 42-87

Bruszt, László, „Without Us but for Us“? Political Orientation in Hungary in the Period of Late Paternalism, in: *Social Research*, Vol. 55, No. 1-2, 1988, S. 43-76

Büscher, Barbara u.a., (Hg.), *Solidarnosc – Die polnische Gewerkschaft "Solidarität" in Dokumenten, Diskussionen und Beiträgen*, Köln 1983, hier zitiert: *Büscher, Solidarnosc*.

Cox, Terry; Vass, László, Civil Society and Interest Representation in Hungarian Political Development, in: *The Journal of Communist Studies and Transition Politics*, Vol. 10, No. 3, Sept. 1994, S. 153-179

Dahrendorf, Ralf, Betrachtungen über die Revolution in Europa in einem Brief der an einen Herrn in Warschau gerichtet ist. Stuttgart 1990

Dalos, György, Archipel Gulasch. Die Entstehung der demokratischen Opposition in Ungarn. Bremen 1986, hier zitiert: *Dalos, Archipel*.

Dalos, György, Über die Verwirklichung der Träume, in: *Rainer Deppe, Helmut Dubiel, Ulrich Rödel* (Hg.), *Demokratischer Umbruch in Osteuropa*. Frankfurt/ Main 1991, S. 182-206

Demzky, Gábor, Die unverbrämte Wahrheit ist die Überwältigende des Samisdat, in: *H.-H. Paetzke* (Hg.), *Andersdenkende in Ungarn*. Frankfurt/Main 1986, S. 160-178

Deppe, Rainer; Dubiel, Helmut; Rödel, Ulrich (Hg.), *Demokratischer Umbruch in Osteuropa*. Frankfurt/ Main 1991, hier zitiert: *Deppe; Dubiel; Rödel, Demokratischer Umbruch*.

Emtmann, Anette, Zivilgesellschaft zwischen Revolution und Demokratie. Die „samtene Revolution“ im Licht von Antonio Gramscis Kategorien der „società civile“. Berlin 1998

Fehr, Helmut, Das Konzept der Zivilgesellschaft als ost-mitteleuropäische Alternative, in: *Hans Misselwitz, Dieter Segert* (Hg.), *Rückkehr nach Europa? Die geistig-politische Dimension des ost-mitteleuropäischen Umbruchsprozesses seit 1989*, Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung 1997, S. 67-88, hier zitiert: *Fehr, Zivilgesellschaft*.

Fehr, Helmut, Solidarnosc und die Bürgerkomitees im neuen politischen Kräftefeld Polens, in: *Rainer Deppe, Helmut Dubiel, Ulrich Rödel* (Hg.), *Demokratischer Umbruch in Osteuropa*. Frankfurt/ Main 1991, S. 256-281

Fehr, Helmut, Von der Dissidenz zur Gegen-Elite. Ein Vergleich der politischen Opposition in Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und der DDR (1976-1989), in: *Ulrike Poppe; Rainer Eckert; Ilko-Sascha Kowalczyk* (Hg.), *Zwischen Selbstbehauptung und Opposition. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR*, Berlin 1995, S. 301-334, hier zitiert: *Fehr, Dissidenz*.

Fehr, Helmut, Unabhängige Öffentlichkeit und soziale Bewegungen. Fallstudien über Bürgerbewegungen in Polen und der DDR. Opladen 1996, hier zitiert: *Fehr, Öffentlichkeit*.

Fein, Elke; Matzke, Sven, Zivilgesellschaft. Konzept und Bedeutung für die Transformation in Osteuropa. (=Arbeitspapiere des Osteuropainstitutes der FU Berlin, H. 7) Berlin 1997

Fried, Reinhard, Ansätze gesellschaftlicher Veränderung in Ungarn, in: *links*, 13 Jg., Juni 1981, S. 20-22

Garton Ash, Timothy, Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas. 1980-1990. München 1990

Garton Ash, Timothy, Prag: Intellektuelle und Politiker, in: *Transit* H.6 1995, S. 136-161

Garton Ash, Timothy, The Polish Revolution. Solidarity 1980-82. London 1983, hier zitiert: *Garton Ash, Solidarity*.

Gergely, András, Ungarns Perestrojka 1989/90, in: *Ulrich Geyer* (Hg.), *Europäische Perspektiven der Perestrojka*. Tübingen 1991

Gesine Schwan, Leszek Kolakowski – Ein religiöser Narr und konservativ-liberaler Sozialist, in: *Gesine Schwan* (Hg.), *Leszek Kolakowski, Narr und Priester - Ein philosophisches Lesebuch*, Frankfurt/Main 1987, S. 375-407

Hahn, Hans-Henning, Zur Dichotomie von Gesellschaft und Staat in Polen: Genese und Aktualität eines Grundmusters der polnischen Mentalität, in: *Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien* 20, Köln 1989, hier zitiert: *Hahn, Dichotomie*.

Hankiss, Elemér, Demobilization, Self-Mobilization and Quasi-Mobilization in Hungary, 1948-1987, in: *Eastern European Politics and Societies*, Vol. 3, No. 1, Winter 1989, S. 105-124

Hankiss, Elemér, *East European Alternatives*. Oxford 1990, hier zitiert: *Hankiss, Alternatives*.

Haraszi, Miklós, The Beginning of Civil Society: The Independent Peace Movement in Hungary, in: *Vladimir Tismaneanu* (ed.), *In Search of Civil Society*. New York/London 1990 18/90/173454

Hejdanek, H, Prospects for democracy and socialism in eastern Europe, in: *Václav Havel et al.*, *Power of the Powerless*. London 1985, S. 145-156, hier zitiert *Havel, Power of the Powerless*.

Hirsch, Helga, Bewegungen für Demokratie und Unabhängigkeit in Polen 1976-1980. Mainz 1985

hier zitiert: Hirsch, Bewegungen.

Hirsch, Helga, Unabhängiges Publikationswesen in Polen 1976-1983, in: Osteuropa 34. Jg., H. 7, 1984, S. 515-531, hier zitiert: Hirsch, unabhängiges Publikationswesen, S.

Hoensch, Klaus, Geschichte Polens, 2. Aufl. Stuttgart 1990, hier zitiert: Hoensch, Polen.

Hoensch, Klaus, Geschichte der Tschechoslowakei. Stuttgart 1992, hier zitiert: Hoensch, Tschechoslowakei.

Hoensch, Klaus, Ungarn-Handbuch: Geschichte. Politik, Wirtschaft. Hannover 1991, hier zitiert: Hoensch, Ungarn.

Holzer, Jerzy, Solidarität. Die Geschichte einer Gewerkschaft in Polen. München 1985, hier zitiert: Holzer, Solidarität.

Horsky, Vladimír, Die sanfte Revolution in der Tschechoslowakei 1989, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 14, Köln 1990

Kahlweit, Cathrin, Architekten des Umbruchs, Die Erben Gorbatschows: 85 Politiker des neuen Ost-Europa in Porträts. Frankfurt/Main 1993

Karpinski, Jakub, Polish Intellectuals in Opposition, in Problems of Communism Vol XXXVI, no. 4, (July-August 1987), S. 44-58

Kemp-Welch, A. (ed.), The Birth of Solidarity – The Gdansk Negotiations, 1980, Oxford 1983

Kende, Pierre, Leistungen und Aussichten der demokratischen Opposition in Ungarn, in: A. Smolar; P. Kende, Die Rolle oppositioneller Gruppen am Vorabend der Demokratisierung in Polen und Ungarn (1987-1989), Köln 1989, S. 64-95

Kennedy, Michael D., The Intelligentsia in the Constitution of Civil Societies and Post-Communist Regimes in Hungary and Poland, in: Theory and Society 21, 1992, S. 29-76

Kiss, J., Lázlo, Warum scheiterte der „Gulaschkommunismus“, in: J. Elvert; M. Salewski, Der Umbruch in Osteuropa, (=Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft, Beiheft 4) Stuttgart 1993, S. 121-134

Knabe, Hubertus, Der Kadarismus und seine Auswirkungen auf das politisch-soziale System in Ungarn, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 36-37, 1987, S. 13-25

Kriseová, Eda, Vaclav Havel. Dichter und Präsident. Berlin 1991

Kusin, Vladimír V., Challenge of Normalcy. Political Opposition in Czechoslovakia 1968-1977, in: Rudolf Tökés, Opposition in Eastern Europe. Oxford 1979; 26-60

Kwiatkowska, Jadwiga, Versuch, eine Bilanz über die unabhängigen Initiativen von Bürgern zu ziehen, in: Sozialistisches Osteuropakomitee, H. 38, 1979, S. 5-12

Lee, Kyu-Young, Zivilgesellschaft als Ansatzpunkt für den Umbruch der sozialistischen Systeme in Ostmitteleuropa? Das Beispiel Polen. Frankfurt/Main 1994

Lengyel, László, Drei Reformprogramme, in: Sandór Kurtán (Hg.), Vor der Wende, Politisches System, Gesellschaft und Reformen im Ungarn der achtziger Jahre, Wien 1993, S. 129-139.

Lipski, Jan Jósef, KOR, A History of the Worker's Defence Committee in Poland 1976-1981, Berkeley 1985

Luks, Zur Rolle des polnischen Katholizismus nach 1956: Programme und Politik, Frankfurt/Main 1989

Machos, Csilla, Demokratische Charta '91. Von der „alten“ zur „neuen“ ungarischen Opposition, in: Berliner Debatte 4/1992, S. 57-68

Mánicke-Gyöngyösi, Krisztina, Bürgerbewegungen, Parteien und „zivile“ Gesellschaft in Ungarn, in: Rainer Deppe, Helmut Dubiel, Ulrich Rödel (Hg.), Demokratischer Umbruch in Osteuropa. Frankfurt/ Main 1991, S. 221-234

Mansfeldova, Zdenka, Zivilgesellschaft in der Tschechischen und Slowakischen Republik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B6-7/98, S. 13-19

Mazowiecki, Tadeusz, Chancen der Civil Society in Mitteleuropa, in: Ingrid Czechowski (Hg.), Drei Meilen vor dem Anfang, Reden über die Zukunft, Leipzig 1998, hier zitiert: Mazowiecki, Chancen.

Michnik, Adam, Der lange Abschied vom Kommunismus. Reinbek 1992,

Mildenberger, Markus, Zwischen Konsens und Polarität. Zur Entwicklung der politischen Kultur in Polen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6-7/98, S. 39-49.

Millard, Peter, Männer und Mächte hinter der Charta 77. Wien 1977

Molnar, Miklós, From Béla Kun to János Kádár. Seventy Years of Hungarian Communism. New York 1990

- Offe, Claus, Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. Demokratisierung und Marktwirtschaft in Osteuropa, in: Merkur, 45. Jg., S. 279-292
- Orenstein, Mitchell, Václav Klaus: Revolutionary and Parliamentarian, in: East European Constitutional Review, Winter 1998, S. 46-55
- Ost, David, Solidarity and the Politics of Anti-Politics. Opposition and Reform in Poland since 1968. Philadelphia 1990, hier zitiert: Ost, Solidarity.
- Ost, David, The Transformation of Solidarity and the Future of Central Europe, in: Telos 79, Spring 1989, S. 69-94
- Paetzke, Hans-Henning (Hg.), Andersdenkende in Ungarn. Frankfurt/Main 1986
- Paetzke, Hans-Henning, Auf den Spuren eines Spions der Seele, in: Hans Peter Burmeister, György Konrád - eine Stimme aus Mitteleuropa, loccum 1996, S. 50-64
- Pallinger, Zoltán Tibor, Die politische Elite Ungarns im Systemwechsel 1985-1995. Stuttgart 1997
- Pelczynski, Z.A., Solidarity and „The Rebirth of Civil Society” in Poland, 1976-81, in: John Keane (Hg.), Civil Society and the State. New European Perspectives. London 1988, S. 361-381
- Preibisz, Joanna M. ed., Polish Dissident Publications. An Annotated Bibliography. New York 1982
- Reinhardt, Klaus, Polen 1977 – Gierék, ein zweiter Husák?, in: Jiri Pelikan/Manfred Wilke, Hg., Menschenrechte, Ein Jahrbuch zu Osteuropa, Reinbek 1977, S. 257-269
- Riese, Hans Peter, Bürgerinitiative für die Menschenrechte. Die tschechoslowakische Opposition zwischen dem „Prager Frühling” und der „Charta 77”. Frankfurt/Main 1977
- Rupnik, Jacques, Dissent in Polen, 1968-1978, The End of Revisionism and the Rebirth of Civil Society, in: Tökés, Rudolf L. (ed.), Opposition in Eastern Europe. London 1979, S. 60-113
- Sabata, Jaroslav, Probleme des Sozialstaats und Aspekte der Zivilgesellschaft, in: Jürgen Herda; Adolf Trügler (Hg.), Tschechien, der ferne Nachbar, Politik, Wirtschaft und Kultur nach 1989, Regensburg 1999, S. 123-130
- Schmidt-Rösler, Andrea, Polen. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart. München 1996
- Schöpflin, Georg, Opposition and Para-Opposition: Critical Currents in Hungary, 1968-1978, in: Rudolf Tökés (Ed.), Opposition in Eastern Europe, London 1979, S. 142-187, hier zitiert: Schöpflin, Opposition.
- Selznick, Philip, From Socialism to Communitarianism, in: Michael Walzer (Ed.), Toward a Global Civil Society, Oxford 1995, S. 127-133,
- Simecka, Milan, The Restoration of Order. The Normalization of Czechoslovakia 1969-1976. London 1984
- Skala, Jan, Die CSSR: Vom Prager Frühling zur Charta 77. Berlin 1978
- Skilling, Gordon H.; Wilson Paul (Eds.), Civic Freedom in Central Europe. Voices from Czechoslovakia. Basingstoke 1991, hier zitiert: Skilling, Civic Freedom.
- Skilling, H. Gordon, Charter 77 and Human Rights in Czechoslovakia. London 1981, hier zitiert: Charta 77.
- Skilling, H. Gordon, Samizdat and an Independent Society in Central and Eastern Europe. Basingstoke 1989, hier zitiert: Skilling, Samizdat.
- Smolar, Aleksander, Die polnische Opposition, in: A. Smolar; P. Kende, Die Rolle oppositioneller Gruppen am Vorabend der Demokratisierung in Polen und Ungarn (1987-1989), Köln 1989, S. 5-65
- Smolar, Aleksander, From Opposition to Atomization, in: Journal of Democracy 7 1996, S. 27-38
- Smolar, Aleksander; Kende, Pierre, Die Rolle oppositioneller Gruppen am Vorabend der Demokratisierung in Polen und Ungarn (1987-1989). Köln 1989
- Srubal, Ilja, Elitenwandel in der Tschechischen Republik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 8/98, S. 21-33
- Staniszkis, J., Poland's Self-Limiting Revolution. Hrsg. v. J.T. Gross, Princeton 1984
- Szabó, Máté, Die politische Entwicklung Ungarns nach Kádár (1988-89). Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie und nach Europa?, in: Gegenwartskunde, 38. Jg., H. 4, 1989, S. 425-436
- Szabó, Máté, Die Rolle von sozialen Bewegungen im Systemwandel in Osteuropa: Vergleich zwischen Ungarn, Polen und der DDR, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 1/91, S. 275-287
- Szelenyi, Ivan, Socialist Entrepreneurs. Embourgeoisement in Rural Hungary. Madison 1988
- Tatur, Melanie, Zur Dialektik der „Civil Society” in Polen, in: Rainer Deppe, Helmut Dubiel, Ulrich Rödel (Hg.), Demokratischer Umbruch in Osteuropa. Frankfurt/ Main 1991, S. 234-254

Thaa, Winfried, Die Wiedergeburt des Politischen. Zivilgesellschaft und Legitimitätskonflikt in den Revolutionen von 1989. Opladen 1996

Tökés, Rudolf, Hungary's negotiated Revolution. Economic Reform, Social Change, and Political Succession, 1957-1990. Cambridge 1996, hier zitiert: Tökés, Revolution.

Truhlar, Dalibor, Thomas G. Masaryk. Philosophie der Demokratie. Frankfurt/Main 1994

Vajda, Mihaly, Perspektiven der ungarischen Intellegenz, in: Osteuropa-Info, H. 1, 1982, S. 43-64, hier zitiert: Vajda, Perspektiven.

Vajda, Mihaly, Polen-Ungarn, in: Osteuropa-Info, H. 3, 1981, S. 101-106

von Beyme, Klaus, Systemwechsel in Osteuropa. Frankfurt/Main 1994

Wheaton, Bernhard, Kavan, Zdenek, *The Velvet Revolution, Czechoslovakia, 1988-1991. Boulder 1992*

Zielonka, Jan, Die Bewegung der gesellschaftlichen Selbstverteidigung in Polen (KSS-KOR), in: Osteuropa, 2/1985, S. 91-110

Ziemer, Klaus, Die Konsolidierung der polnischen Demokratie in den neunziger Jahren, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6-7/98, S. 29-38

2.3. DDR

2.3.1. Archivalien

Matthias Domaschk-Archiv, Berlin

- Stellungnahme zu einer Eingabe an den XI. Parteitag der SED 1986, (Aktord. Gegenstimmen 1.1.03.)
- Offener Brief "Zehn Jahre Charta 77", (Aktord. IFM 1.1.01/Dok. 68)
- Antwortbrief der IFM vom 20.4.1987, (Aktenord. IFM 1.1.01/Dok 76)
- Aufruf der Initiative Frieden und Menschenrechte vom 11.3.1989 (Aktord. IFM 1.1.01/Dok 98)
- Weil alle Abgrenzung. Dokumente im Streit um die Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung. Pfingsten 1988, (Aktord. 13.1.1.30. Dok. MDA)

Robert Havemann-Archiv, Berlin

- Reich, Jens, Begrüßungsrede auf dem Gründungsparteitag des NF am 26./27. Jan. 1989 Ms, (Aktord. 3.1.1.1.1.2/Dok. 2337)
- „Programmaussagen“ von DJ (Aktord. 3.2.02 ungeordnet)

Archiv „Demokratie Jetzt“ (Büro: Forum Bürgerbewegung, Berlin)

- Aufrisse zwei, Über das Nein hinaus, Herbst 1988, (radix-blätter)

2.3.2. Quelleneditionen/Interviewsammlungen

DGB-Bundesvorstand (Hg.), Das Neue Forum – Selbstportrait einer Bürgerbewegung, o.O. und o.J. circa 1990, hier zitiert: Selbstportrait.

Bohley, Bärbel u.a., 40 Jahre DDR "... und die Bürger melden sich zu Wort", Frankfurt/Main 1989

Bürger, Wolfram; Weichenhan, Michael, (Hg.), Wolfgang Ullmann, Demokratie – Jetzt oder nie! Perspektiven der Gerechtigkeit. München 1990

Elitz, Ernst, Sie waren dabei. Ostdeutsche Profile von Bärbel Bohley zu Lothar de Maiziére. Stuttgart 1991, S. 61-70

Findeis, H., D. Pollack, M. Schilling, Die Entzauberung des Politischen. Was ist aus den politisch alternativen Gruppen der DDR geworden? Interviews mit ehemals führenden Vertretern. Leipzig 1994, hier zitiert: Findeis, Entzauberung.

Haufe G., Bruckmeier, K. (Hg.), Die Bürgerbewegungen in der DDR und in den ostdeutschen Ländern. Opladen 1993 (Dokumententeil)

Havemann, Robert, Texte. Warum ich Stalinist war und Antistalinist wurde. Hrsg. von Dieter Hoffmann und Hubert Laitko. Berlin 1990

Hirsch, Ralf; Kopelew, Lew (Hg.), Initiative Frieden und Menschenrechte. Grenzfall. Vollständiger Nachdruck aller in der DDR erschienenen Ausgaben (1986/87). Erstes unabhängiges Periodikum. Berlin 1989

Knabe, Hubertus (Hg.), Aufbruch in eine andere DDR. Reformen und Oppositionelle zur Zukunft ihres Landes. Reinbek 1990

Maleck, Bernhard, „Ich werde nicht schweigen“. Gespräche mit Wolfgang Ullmann geführt von Bernhard Maleck. Berlin 1991, hier zitiert, Maleck, Ullmann.

Meckel, Markus; Gutzeit, Martin, Opposition in der DDR. Zehn Jahre kirchliche Friedensarbeit – kommentierte Quellentexte. Köln 1994

Müller-Enbergs, Helmut (Hg.), Was will die Bürgerbewegung? Augsburg 1992, hier zitiert: Müller-Enbergs, Bürgerbewegung.

Rein, Gerhard (Hg.), Die Opposition in der DDR. Entwürfe für einen anderen Sozialismus, Berlin 1989, hier zitiert: Rein, Opposition.

Schüdekopf, Charles (Hg.), „Wir sind das Volk“. Flugschriften, Aufrufe und Texte einer deutschen Revolution. Reinbek 1990

Ulrich, Holde-Barbara, Schmerzgrenze. 11 Portraits im Gespräch. Berlin 1991,

Wuttke, Carola; Musiolek, Berndt (Hg.), Parteien und politische Bewegungen im letzten Jahr der DDR (Oktober 1989 bis April 1990). Berlin 1991

2.3.3. Einzelne Quellen

Bickhardt, Stefan, Recht ströme wie Wasser. Christen in der DDR für Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung. Ein Arbeitsbuch. Berlin 1988, S. 16-19.

Fischbeck, H.-J. u.a., Initiative „Absage an Praxis und Prinzip der Ausgrenzung“, in: Frankfurter Rundschau vom 29.2.1988

Henrich, Rolf, Der vormundschaftliche Staat. Berlin 1989

Hirsch, Ralf, Die Initiative Frieden und Menschenrechte, in: Ferdinand Kroh (Hg.), Freiheit ist immer Freiheit ...“ Die Andersdenkenden in der DDR, Frankfurt/Main 1988, S. 210-234 (Mit Dokumententeil)

Mehlhorn, Ludwig, Öffentlich anwesend sein: Ein Diskussionsbeitrag, in: Über das Nein hinaus, in: Bickhardt, S., Lampe, R., Mehlhorn, L., (Hg.), Aufrisse zwei, Über das Nein hinaus, Herbst 1988, S. 10

Poppe, Ulrike, Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“, in: Hubertus Knabe (Hg.), Aufbruch in eine andere DDR, Reformen und Oppositionelle zur Zukunft ihres Landes, Reinbek 1989, S. 160-163

Poppe, Ulrike, Warum haben wir die Macht nicht aufgehoben ..., in: Bündnis 2000. Forum für Demokratie, Ökologie und Menschenrechte 1 (1990)

Reich, Jens, Neues Forum – 10. Partei oder Bürgerbewegung? in: Berliner Zeitung 13 Dezember 1989

Verfassungswurf der Deutschen Demokratischen Republik, abgedruckt in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 6/90, S. 731-757

Wolf, Christa: Im Dialog. Aktuelle Texte. Frankfurt/M. 1990

2.3.4. Zeitungen/Wochenzeitungen

Berliner Zeitung

Der Spiegel

Die Tageszeitung (taz)

Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)

Frankfurter Rundschau (FR)

Süddeutsche Zeitung (SZ)

2.3.5. Literatur

Berbig, Roland (Hg.), In Sachen Biermann. Protokolle, Berichte und Briefe zu den Folgen einer Ausbürgerung. Berlin 1994

Besier, Gerhard, Der SED-Staat und die Kirche 1969-1990. Die Vision vom „Dritten Weg“. Berlin 1995

- Bickhardt, Stephan*, Die Entwicklung der DDR-Opposition in den achtziger Jahren, in: Deutscher Bundestag (Hg.), Materialien der Enquete-Kommission, Frankfurt/Main 1995, Bd. VII/1, S. 450-503, hier zitiert: Bickhardt.
- Brinksmeier, Burghard*, Die Gruppen und die Kirche, in: Jürgen Israel, Zur Freiheit berufen, Die Kirche in der DDR als Schutzraum der Opposition, Berlin 1991, S. 46-62
- Bruckmeier, Karl*, Vorgeschichte und Entstehung der Bürgerbewegungen in der DDR, in: G. Haufe, K. Bruckmeier, (Hg.), Die Bürgerbewegungen in der DDR und in den ostdeutschen Ländern. Opladen 1993, S. 9-22
- Chio, Sung-Wan*, Von der Dissidenz zur Opposition. Die politisch Alternativen Gruppen in der DDR von 1978 bis 1989. Köln 1999
- Dalos, György*, Der politische Umbruch in Ost- und Mitteleuropa und seine Bedeutung für die Bürgerbewegung in der DDR, in: Deutscher Bundestag (Hg.), Materialien der Enquete-Kommission, Frankfurt/Main 1995, Bd. VII/1, S. 540-557, hier zitiert: Dalos, Politischer Umbruch.
- Dalos, György*, "Grenzfall", "Umweltblätter" und die anderen: Die DDR-Szene im Selbstbildnis ihrer Veröffentlichungen, in: Ostkreuz, Januar 1989
- Deutscher Bundestag* (Hg.), Rolle und Bedeutung der Ideologie, integrativer Faktoren und disziplinierende Praktiken in Staat und Gesellschaft der DDR. Bd. III, 1-3. Baden-Baden 1995
- Dietrich, Christian*, Der Protest formiert sich. Zur Entwicklung der Opposition in der DDR in den 80er Jahren, in: Bernd Lindner (Hg.), Für ein offenes Land mit freien Menschen. (Herbst `89 – fünf Jahre danach) Leipzig 1994, S. 38-52
- Dubiel, Helmut*, Deutsche Vergangenheiten, in: Transit, H. 1, 1991, S. 167-178
- Durstewitz, Heinz-Josef*, Die Rolle der Kirche vor während und nach dem Umbruch in der ehemaligen DDR, in: Jürgen Israel, Zur Freiheit berufen, Die Kirche in der DDR als Schutzraum der Opposition, Berlin 1991, S. 37-46
- Eckert, Rainer*, Die revolutionäre Krise am Ende der achtziger Jahre und die Formierung der Opposition, in: Deutscher Bundestag (Hg.), Materialien der Enquete-Kommission, Frankfurt/Main 1995, Bd. VII/1, S. 667-757
- Eckert, Rainer*, Opposition und Repression in der DDR vom Mauerbau bis zur Biermann-Ausbürgerung , in: Archiv für Sozialgeschichte, 39 (1999), S. 23-45
- Elvers, Wolfgang*, Politische Einstellung der Gruppenvertreter vor der Wende, in: H. Findeis, D. Pollack, M. Schilling, Die Entzauberung des Politischen. Was ist aus den politisch alternativen Gruppen der DDR geworden? Interview mit ehemals führenden Vertretern. Leipzig 1994, S. 222-241
- Faktor, Jan*, Intellektuelle Opposition und alternative Kultur in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10/1994, S. 30ff
- Faktor, Jan*, Brüchen und Abgrenzungstendenzen unter den jungen Oppositionellen in der DDR und in der alternativen Kultur. Verdeckte Brüche, der Verrat und Konsequenzen, in: Deutscher Bundestag (Hg.), Rolle und Bedeutung der Ideologie, integrativer Faktoren und disziplinierende Praktiken in Staat und Gesellschaft der DDR. Bd. III, 1-3. Baden-Baden 1995, S. 826-852, hier zitiert: Faktor, Brüche und Abgrenzungstendenzen.
- Fehr, Helmut*, Unabhängige Öffentlichkeit und soziale Bewegungen. Fallstudien über Bürgerbewegungen in Polen und der DDR. Opladen 1996, hier zitiert: Fehr, Öffentlichkeit.
- Fricke, K.W.*, Opposition und Widerstand in der DDR. Ein Politischer Report. Köln 1984
- Gieseke, Jens*, Das Ministerium für Staatssicherheit 1950 bis 1989/90. Ein kurzer historischer Abriss. (=BF informiert Nr. 21) 1998 hrsg. vom Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
- Grebing, Helga*, Die intellektuelle Opposition in der DDR seit 1956, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/1977, S. 3-19
- Guggenberg, Bernd; Stein, Tine* (Hg.), Die Verfassungsdiskussion im Jahr der deutschen Einheit. Analysen, Hintergründe, Materialien. München 1991
- Gutzeit, Martin*, Der Weg in die Opposition: Über das Selbstverständnis und die Rolle der Opposition im Herbst 1989 in der ehemaligen DDR, in: Walter Euchner (Hg.), Politische Opposition in Deutschland und im internationalen Vergleich. Göttingen 1993, S. 84-115
- Hampele, Anne*, Das Wahlbündnis "Die Grünen/Bündnis 90 – BürgerInnenbewegung", in: H. Müller-Enbergs; M. Schulz; J. Wielgoß (Hg.), Von der Illegalität ins Parlament. Werdegang und Konzepte der neuen Bürgerbewegungen. Berlin 1991, S. 307-342

- Häuser, Iris; Schenkel, Michael; Meyer, Gerd, Gesellschaftliche Differenzierung und Legitimitätsverfall des DDR-Sozialismus. Das Ende des anderen Wegs in der Moderne. Tübingen 1992,
- Haufe, Gerda, Die Bürgerbewegungen im Jahr 1990, in: G. Haufe, K. Bruckmeier (Hg.), Die Bürgerbewegungen in der DDR und in den ostdeutschen Ländern. Opladen 1993 (mit Dokumententeil)
- Heller, Frithjof, Unbotmäßiges von „Grenzfall“ bis „Wendezeit“. Inoffizielle Publizistik in der DDR, in: Deutschland-Archiv, H. 11/1988, S. 1188-1196
- Henke, Dietmar, Steinbach, Peter; Tuchel, Johannes (Hg.), *Widerstand und Opposition in der DDR*. Köln 1999
- Herles, Helmut; Rose, Ewald, *Vom Runden Tisch zum Parlament*. Bonn 1990
- Hirsch, Ralf, Die Initiative Frieden und Menschenrechte, in: Ferdinand Kroh (Hg.), "Freiheit ist immer Freiheit ..." Die Andersdenkenden in der DDR, Frankfurt/Main 1988
- Israel, Jürgen (Hg.), Zur Freiheit berufen. Die Kirche in der DDR als Schutzraum der Opposition 1981-1989, Berlin 1991
- Jander, Martin, Der Protest gegen die Biermann-Ausbürgerung, in: Klaus-Dietmar Henke, Peter Steinbach, Johannes Tuchel (Hg.), *Widerstand und Opposition in der DDR*, Köln 1999, S. 281-295.
- Jarausach, Konrad, Die unverhoffte Einheit 1989-1990, Frankfurt/Main 1995
- Jeschonnek, Günter, Ausreise – Das Dilemma des ersten deutschen Arbeiter und Bauernstaates?, in: Ferdinand Kroh (Hg.), "Freiheit ist immer Freiheit ..." Die Andersdenkenden in der DDR, Frankfurt/Main 1988
- Jesse, Eckhard, „Wir sind das Volk!“ Neues Selbstbewußtsein, Vielfältigkeit und Gefährdungen der Opposition, in: Göttrik Wewer (Hg.), DDR – von der friedlichen Revolution zur deutschen Vereinigung, (=Gegenwartskunde, Sonderheft 6) Opladen 1990
- Johannes, Günter; Schwarz, Ulrich, (Hg.), DDR. Das Manifest der Opposition. Eine Dokumentation. Fakten, Analysen, Berichte. München 1978
- Joppke, Christian, East German Dissidents and the Revolution of 1989: Social Movement in a Leninist Regime. Basingstoke 1995
- Karpen, Uwe; Schott, Alexander (Hg.), Zu den verfassungspolitischen Vorstellungen von Männern des Widerstandes um Helmuth Graf v. Moltke. Heidelberg 1996
- Kleßmann, Christoph, Opposition und Dissidenz in der Geschichte der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5/1991, S. 52-62
- Knabe, Hubertus, Politische Opposition in der DDR. Ursprünge, Programmatik, Perspektiven, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B. 1-2/1990, S. 21-32, hier zitiert: Knabe, politische Opposition.
- Knabe, Hubertus, Kirche, Intellektuelle, unorganisierter Protest. Unabhängige politische Bestrebungen in der DDR in den 60er und 70er Jahren, in: Lindner, Bernd (Hg.), Für ein offenes Land mit freien Menschen. (Herbst `89 – fünf Jahre danach) Leipzig 1994, S. 22-38, hier zitiert: Knabe, Kirche.
- Knabe, Hubertus, Was war die "DDR-Opposition"? Zur Typologie des politischen Widerspruchs in Ostdeutschland, in: Deutschland Archiv, 29 (1996) 2, S. 184-198
- Krämer-Badoni, Thomas, u.a., Die Entwicklung der Civil Society in einer Gesellschaft mit zwei politischen Kulturen. Städtische Bürgerinitiativen in Ost- und Westdeutschland: Versuch einer vergleichenden Analyse. (=Forschungsberichte der Universität Bremen, Nr. 10) Bremen 1998
- Kroh, Ferdinand, Havemanns Erben – 1953 bis 1988, in: Ferdinand Kroh, Freiheit ist immer die Freiheit ... , Die Andersdenkenden in der DDR, Frankfurt/Main 1988, S 10-59
- Lahmann, Brigitte, Genosse Judas. Die zwei Leben des Ibrahim Böhme. Berlin 1992.
- Land, R.; Possekel, R., Namenlose Stimmen waren uns voraus. Politische Diskurse von Intellektuellen in der DDR. Bochum 1994
- Lindner, Bernd (Hg.), *Für ein offenes Land mit freien Menschen. (Herbst `89 – fünf Jahre danach) Leipzig 1994 darin S. 38-52*
- Linke Dietmar, "Streicheln bis der Maulkorb fertig ist". Die DDR-Kirche zwischen Kanzel und Konspiration. Berlin 1993
- Links, Christof; Bahrmann, Hannes, *Chronik der Wende, Bd. 1/2*. Berlin 1995, hier zitiert: Links/Bahrmann, *Chronik der Wende, Bd.1/2*.
- Lutz, Annabelle, Dissidenten und Bürgerbewegung. Ein Vergleich zwischen DDR und Tschechoslowakei. Frankfurt/Main 1999

Mampel, Siegfried, Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR als Ideologiekontrolle. (=Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, Bd. 50) Berlin 1996

Materialien der Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" (12. Wahlperiode) hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd. VII, 1 und VII, 2: Widerstand, Opposition, Revolution, Baden-Baden u. Frankfurt/Main 1995

Mehlhorn, Ludwig, Der politische Umbruch in Ost- und Mitteleuropa und seine Bedeutung für die Bürgerbewegung in der DDR, in: Deutscher Bundestag (Hg.), Materialien der Enquete-Kommission, Frankfurt/Main 1995, Bd. VII/2, S. 1409-1436, hier zitiert: Mehlhorn, Politischer Umbruch.

Mehlhorn, Ludwig, 1989: Von der Opposition zur Revolution – „Demokratie Jetzt“, in: Eberhard Kuhrt (Hg.), Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft. Analysen, Erfahrungsberichte, Dokumente. Opladen 1999 noch nicht erschienen/Aufsatzmanuskript vom Autor zur Verfügung gestellt, hier zitiert: Mehlhorn, Demokratie Jetzt.

Meuschel, Sigrid, Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Frankfurt/Main 1992

Minnerup, Günter, Politische Opposition in der DDR vor dem Hintergrund der Reformdiskussion in Osteuropa, in: Die DDR im 40. Jahr: Geschichte, Situation, Perspektiven, 22. Tagung zum Stand der DDR-Forschung. Köln 1989

Natter, Erik, Die inneren Ursachen des Umbruchs in der DDR. Eine Analyse der politisch-kulturellen Debatten 1989-1991. Mainz 1994

Neubert, Erhart, Geschichte der Opposition in der DDR 1949 – 1989. Bonn 1997, hier zitiert: Neubert, Opposition.

Neubert, Erhart, Kirchenpolitik, in: Matthias Judt (Hg.), DDR-Geschichte in Dokumenten. (=Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, B. 350), Bonn 1998, hier zitiert: Neubert, Kirchenpolitik.

Neubert, Erhart, Der KSZE-Prozess und die Bürgerrechtsbewegung in der DDR, in: Henke, Dietmar, Steinbach, Peter; Tuchel, Johannes (Hg.), Widerstand und Opposition in der DDR. Köln 1999, S. 295-309, hier zitiert: Neubert, KSZE-Prozess.

Pahnke, Rudi, Die Kirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR und ihr Verhältnis zu den Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen, in: Deutscher Bundestag (Hg.), Materialien der Enquete-Kommission, Rolle und Selbstverständnis der Kirchen in den verschiedenen Phasen der SED-Diktatur, Frankfurt/Main 1995, Bd. VII/2, S. 177-190

Pollack, Detlef (Hg.), Die Legitimität der Freiheit. Politisch alternative Gruppen in der DDR unter dem Dach der Kirche. Frankfurt/Main 1990

Pollack, Detlef; Rink, Dieter (Hg.), Zwischen Verweigerung und Opposition. Politischer Protest in der DDR 1970-1989. Frankfurt/Main 1997

Pollack, Detlef, Wie alternativ waren die alternativen Gruppen der DDR. Bemerkungen zu ihrem Verhältnis zu Sozialismus, Demokratie und deutscher Einheit, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 11, H. 1, 1998, S. 92-102, hier zitiert: Pollack, alternative Gruppen.

Poppe, Gerd, Internationale Beziehungen der DDR-Opposition in den 80er Jahren, in: Eberhard Kuhrt (Hg.), Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft. Analysen, Erfahrungsberichte, Dokumente. Opladen 1999 noch nicht erschienen/Aufsatzmanuskript vom Autor zur Verfügung gestellt, hier zitiert: Poppe, G., Internationale Beziehungen, o.S.

Poppe, Ulrike, Das kritische Potential der Gruppen in Kirche und Gesellschaft (1988), in: D. Pollack (Hg.), Die Legitimität der Freiheit: Politisch alternative Gruppen unter dem Dach der Kirche, Frankfurt/M 1990, S. 63-80

Poppe, Ulrike, Trotzdem immer neue Hoffnung, in: Lindner, Bernd (Hg.), Für ein offenes Land mit freien Menschen. (Herbst '89 – fünf Jahre danach) Leipzig 1994, S. 174-180

Poppe, Ulrike, "Der Weg ist das Ziel". Zum Selbstverständnis und der politischen Rolle oppositioneller Gruppen der achtziger Jahre, in: Ulrike Poppe; Rainer Eckert; Ilko-Sascha Kowalczyk (Hg.), Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstands und der Opposition in der DDR, Berlin 1995, S. 244-273, hier zitiert: Poppe, U., Der Weg ist das Ziel.

Preuß, U. K., Auf der Suche nach der Zivilgesellschaft. Der Verfassungsentwurf des Runden Tisches, in: Bernd Guggenberg, Tine Stein (Hg.), Die Verfassungsdiskussion im Jahr der deutschen Einheit. Analysen, Hintergründe, Materialien. München 1991, S. 357-367

Probst, Lothar, Bürgerbewegungen, politische Kultur und Zivilgesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 19/1991, S. 30-35

Probst, Lothar, Ostdeutsche Bürgerbewegungen und Perspektiven der Demokratie. Entstehung, Bedeutung und Zukunft. Köln 1993, hier zitiert: Probst, ostdeutsche Bürgerbewegungen.

Protokoll der 57. Sitzung der Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" vom 15. Dez. 1993, in: Deutscher Bundestag (Hg.), Materialien der Enquete-Kommission, Rolle und Selbstverständnis der Kirchen in den verschiedenen Phasen der SED-Diktatur, Frankfurt/Main 1995, Bd. VII/2, S. 175-249

RR, Kopierer oder Stempelkasten. Politische Gegenöffentlichkeit in der DDR, in: Kirche im Sozialismus, 1. 1988, S. 14-16

Reich, Jens, Rückkehr nach Europa, Bericht zur neuen Lage der Nation. München 1991

Rochtus, Dirk, Zwischen Realität und Utopie. Das Konzept des "dritten Weges" in der DDR 1989/1990. Leipzig 1999

Rogner, K.M., Der Verfassungsentwurf des Zentralen Runden Tisches der DDR. Berlin 1993

Rüddenklau, Wolfgang, Störenfried. ddr-opposition 1986-1989. Düsseldorf 1991 (Zeitzeugenbericht)

Schmid, Josef, Die politische Rolle der Evangelischen Kirchen in der DDR in den achtziger Jahren, in: H. Müller-Enbergs, M. Schulz, J. Wielgoths (Hg.), Von der Illegalität ins Parlament. Werdegang und Konzepte der neuen Bürgerbewegungen. Berlin 1991, S. 342-367

Schroeder, Klaus, *Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft. 1949-1990*. München 1998

Schulz, Marianne, Neues Forum, in: H. Müller-Enbergs, M. Schulz, J. Wielgoths (Hg.), Von der Illegalität ins Parlament. Werdegang und Konzepte der neuen Bürgerbewegungen. Berlin 1991, S. 11-105

Semtner, Klemens, Der Runde Tisch in der DDR. München 1992

Staritz, Dietrich, Geschichte der DDR. Frankfurt/Main 1996

Templin, Wolfgang, Zivile Gesellschaft – Osteuropäische Emanzipationsbewegungen und unabhängiges Denken in der DDR seit Beginn der 80er Jahre, in: I. Spitmann, G. Helwig (Hg.), Die DDR im vierzigsten Jahr. Geschichte, Situation, Perspektiven. Zweiundzwanzigste Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland (16. bis 19. Mai 1989), Köln 1989, hier zitiert: Templin.

Templin, Wolfgang; Weißhuhn, Reinhart, Initiative Frieden und Menschenrechte. Die erste unabhängige DDR-Oppositionsgruppe, in: H. Müller-Enbergs, M. Schulz, J. Wielgoths (Hg.), Von der Illegalität ins Parlament. Werdegang und Konzepte der neuen Bürgerbewegungen. Berlin 1991, S. 148-165

Templin, Wolfgang; Werner, Sigrun; Ebert, Frank, Der Umgang des Staates mit oppositionellem und widerständigen Verhalten, in: Deutscher Bundestag (Hg.), Materialien der Enquete-Kommission, Frankfurt/Main 1995, Bd. VII/1, S. 1654-1706, hier zitiert: Templin/Werner/Ebert, widerständiges Verhalten.

Thaysen, Uwe, Der Runde Tisch. Wo blieb das Volk? Opladen 1990, hier zitiert: Thayssen, Runder Tisch.

Ullmann, Wolfgang, Verfassung und Parlament. Ein Beitrag zur Verfassungsdiskussion. Berlin 1992

Ullmann, Wolfgang, Runde Tische als "vierte Gewalt", in: Forum Bürgerbewegung, H. 3, 1994

Weber, Hermann, Geschichte der DDR. München 1999

Wielgoths, Jan; Müller-Enbergs, Helmut, Die Bürgerbewegung Demokratie Jetzt. Vom innerkirchlichen Arbeitskreis zur politischen Opposition, in: H. Müller-Enbergs, M. Schulz, J. Wielgoths (Hg.), Von der Illegalität ins Parlament. Werdegang und Konzepte der neuen Bürgerbewegungen. Berlin 1991, S. 105-147, hier zitiert: Wielgoths/Müller-Enbergs, Demokratie Jetzt.

Wielgoths, Jan, Die Vereinigte Linke, in: H. Müller-Enbergs; M. Schulz; J. Wielgoths (Hg.), Von der Illegalität ins Parlament. Werdegang und Konzepte der neuen Bürgerbewegungen. Berlin 1991, S. 283-307

Wielgoths, Jan, Schulz, Marianne; Müller-Enbergs, Helmut, Bündnis 90. Entstehung, Perspektiven. (Sonderausg. der Berliner Debatte Initial) Berlin 1992

Wielgoths, Jan, Schulz, Marianne, Die revolutionäre Krise am Ende der achtziger Jahre und die Formierung der Opposition, in: Deutscher Bundestag (Hg.), Materialien der Enquete-Kommission, Frankfurt/Main 1995, Bd. VII/2, S. 1950-1994

Weidenfeld, Werner; Korte, Karl-Rudolf (Hg.), Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999, (=Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 363), Frankfurt/Main 1999

Wittkowski, Joachim, Die DDR und Biermann. Über den Umgang mit kritischer Intelligenz: Ein gesamtdeutsches Resümee, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/96, S. 37-45

Wolle, Stefan, Die heile Welt der Diktatur, Alltag und Herrschaft in der DDR. Berlin 1998

van Roon, Gert, Widerstand im Dritten Reich. München 1987, S. 141-160

Reihe Opuscula

Frei verfügbar auf www.opuscula.maecenata.eu

2011	Nr. 52	Quo vadis Deutschlandstipendium Studie zur Spenden- und Stipendienkultur in Deutschland <i>Michael Beier</i>
2012	Nr. 53	Bürgerstiftungsschelte. Anspruch und Wirklichkeit von Bürgerstiftungen. Eine Fallstudie am Beispiel der Region Vorderes Fließtal/ Baden-Württemberg <i>Annette Barth</i>
	Nr. 54	Zivilgesellschaft und Integration Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Integrationsbegriff und der Rolle zivilgesellschaftlichen Engagements – drei Fallbeispiele <i>Karsten Holler, Thomas Pribbenow und Stefan Wessel</i>
	Nr. 55	Der Armutsdiskurs im Kontext der Zivilgesellschaft Drei Studien über Wirkungsmessung und Wahrnehmung als Erfolgsfaktoren <i>Markus Edlefsen, Johanna Mielke und Marius Mühlhausen</i>
	Nr. 56	Das philanthropische Netzwerk und sein Stellenwert für die Stadtentwicklung <i>Colin Beyer</i>
	Nr. 57	Bürgerengagement zwischen staatlicher Steuerung und zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation Die Wirkung des bundespolitischen Bürgergesellschaftsdiskurses auf die Etablierung einer deutschen Engagementpolitik <i>Daniela Neumann</i>
	Nr. 58	Chinas philanthropischer Sektor auf dem Weg zu mehr Transparenz <i>Dorit Lehrack</i>
	Nr. 59	Zweifelhafte Autonomie Zur Orientierung gemeinnütziger Organisationen an sozialen Investitionen. Eine neoinstitutionalistische Perspektive. <i>Marius Mühlhausen</i>
	Nr. 60	Für das Gemeinwohl? Politische Interessenvermittlung durch Stiftungen: eine organisationstheoretische Analyse der Legitimität <i>Marisa Klasen</i>
	Nr. 61	Stiftungen als aktiver Teil der Bürgergesellschaft Von Nutzen und Nachteil der Stiftungen für das politische und gesellschaftliche Leben in Deutschland <i>Herfried Münkler</i>
2013	Nr. 62	Bürgerstiftungen in den Printmedien <i>Berit Sandberg und Sarah Boriés</i>
	Nr. 63	Formen sozialer Ordnung im Vergleich: Hierarchien und Heterarchien in Organisation und Gesellschaft <i>Julia Dreher</i>
	Nr. 64	Kooperationen und die Intention zum Wir Ansätze einer kooperativ-intentionalen Handlungstheorie <i>Katja Hintze</i>
	Nr. 65	Der Auftritt der Zivilgesellschaft im transdisziplinären Dialog zur Energiewende <i>Elgen Sauerborn</i>
	Nr. 66	6. Forschungsbericht: Statistiken zum deutschen Stiftungswesen <i>Maecenata Institut (Hrsg.)</i>
	Nr. 67	Corporate Social Responsibility im Spannungsfeld zwischen individueller und institutioneller Verantwortung <i>Emanuel Rauter</i>
	Nr. 68	Forschung, Technik und Zivilgesellschaft Dossier über ein neuartiges Beteiligungsformat <i>Wolfgang C. Goede</i>
	Nr. 69	The Role of Awqaf in the 21st Century An Update on the Development of Islamic Foundations <i>M Hisham Dafterdar and Murat Cizakca</i>
	Nr. 70	The Potential of German Community Foundations for Community Development <i>Thomas Krikser</i>
2014	Nr. 71	Work + Life = Balance? Hauptamtliche in kleinen und mittleren Nonprofit-Organisationen <i>Tino Boubaris</i>
	Nr. 72	Stiftungen als Anwälte der Zivilgesellschaft - Ideal oder Wirklichkeit? <i>Mareike van Oosting</i>

URN: urn:nbn:de:0243-072014op733

ISSN (Reihe Opuscula) 1868-1840